

Theodor-Wolff-Preis

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen

Die nominierten Beiträge 2020

Theodor-Wolff-Preis

Theodor-Wolff-Preis

Journalistenpreis der deutschen Zeitungen

Nominierte 2020

Berlin 2020

Vorwort

»Journalistenpreise zu vergeben war auch schon leichter«, so hieß vor einem Jahr, mit Blick auf den Relotius-Skandal, der erste Satz unseres Vorwortes. Den nehmen wir einfach noch einmal, könnte man heute sagen. Nicht wegen des Fälschers Relotius, natürlich nicht. Aber wegen des Corona-Virus, das Auswahl und Verleihung der diesjährigen Theodor-Wolff-Preise mächtig durcheinanderwirbelt hat. In diesem Jahr war (fast) nichts, wie es sonst ist. Preisträger und preisgekrönte Texte gibt es trotzdem.

Klar ist: Das Covid-19-Virus war und ist tödlich für Tausende von Menschen in Deutschland und weiterhin lebensbedrohlich für viele Medien. Da gibt es nichts zu lachen. Trotzdem wurde auch gelacht bei den diesjährigen Jury-Sitzungen, es sitzen da ja auch nur Menschen. Die Juroren haderten mit der Technik bei Video-Schaltkonferenzen, nicht alle unter ihnen sind »digital natives«. Sie haderten zudem mit den besonderen Regeln und beschränkten Möglichkeiten, sich in den Auswahlrunden Gehör und in ihrem Sinne Durchschlagskraft zu verschaffen. Mit dem Finger aufzeigen, um dranzukommen, das hatte man das letzte Mal in der Schule. Aber trotz aller Widrigkeiten kam die Jury wie jedes Jahr zum Ziel: Aus 376 Einreichungen wurden im April 15 nominierte Texte, beeindruckend und preiswürdig allesamt, weshalb es die Jury jedes Mal aufs Neue freut, dass den Autoren dieser Texte allein durch die Nominierung Aufmerksamkeit und Applaus zuteil wird. Und am Ende, am 17. Juni, wurden aus diesen nominierten Stücken fünf preisgekrönte Texte ermittelt, jeder einzelne herausragend in seiner Klasse.

Wie üblich fielen Auswahl und Kür in den beiden Kategorien Reportage regional und überregional sehr schwer. Hier laufen jedes Jahr Texte in Zahl und Qualität ein, dass es die reine Freude ist. Es zeigt die Kraft und Kunst der einzelnen Redaktionen wie die Vielfalt und Tiefe der deutschen Presselandschaft. Das sucht in Europa seinesgleichen. Minutiöse Rekonstruktionen waren unter den Texten, bewegende Schicksalsbeschreibungen, aber auch im allerbesten Sinne klassische Auslandsreportagen, deren Autoren es unter dem allgemeinen Kostendruck in vielen Redaktionen extra schwer haben.

In den beiden Kommentar-Kategorien (regional/überregional) gab es im Text-Jahrgang 2019 mehr Breite und Stärke als in früheren Jahren. »Aber es geht noch besser«, möchte man Autoren und Chefredakteuren trotzdem zurufen. Der Theodor-Wolff-Preis ist gerade auch ein Preis für politische Kommen-

tare oder Kommentatoren, und er soll es bleiben: Sauber argumentierte Kommentierung ist das Rückgrat aller politischer Debatten. Sie ist zentraler Teil der »checks and balances« einer parlamentarischen Demokratie – und das erst recht in Zeiten von gesellschaftlichem Ausnahmezustand und massiven Eingriffen in bürgerliche Grundfreiheiten. Sauber zu argumentieren und für einen Standpunkt energisch, aber respektvoll zu plädieren, das ist auch die beste Impfung gegen all' das Gift von »fake news«, Hass und Verschwörungstheorien, sei es auf den Plätzen oder in den einschlägigen Foren.

Die Einreichungen zum Thema des Jahres, »Klimawandel«, haben die Jury ebenfalls beeindruckt. Sie reichten von sehr umfassend, aber erfrischend pointiert geschriebenen Essays zu Reportagen aus dem absoluten Nahfeld der Autorinnen und Autoren, aus ihrem Alltag. Wir sind uns sicher: Auch wenn Erderwärmung, Klimaschutz oder Fridays For Future von der Pandemie zeitweilig aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verdrängt wurden – die allermeisten dieser Texte zu unserem Thema des Jahres werden Bestand haben. Allein deswegen erweisen sie sich des Namenspatrons unseres Preises würdig. Denn es geht immer um nachhallenden Journalismus und Texte, die in Erinnerung bleiben, die Bestand haben.

Wir werden sehen, ob »Corona« das Thema des Jahres in der Ausschreibung 2020 wird. Grund genug zur Nachlese gibt es bestimmt, und seien es jene erneuerten Vorwürfe, wonach die Medien – vergleichbar dem Jahr 2015 in der Flüchtlingskrise – ihrem Auftrag nicht gerecht geworden seien. Sie hätten sich bereitwillig, willfährig geradezu, in den Dienst von Regierung und Behörden gestellt, als diese ab März 2020 gegen das Virus und seine Verbreitung kämpften. Das sind Vorwürfe, die leider nicht ausschließlich von den ortsüblichen Verschwörungstheoretikern und politischen Hasspredigern erhoben werden. Vielleicht kann der Theodor-Wolff-Preis des kommenden Jahres ein Forum sein, diesen Fragen mit journalistischen Mitteln auf den Grund zu gehen. Schließlich geht es wie zu Theodor Wolfs Zeiten um das Fundament einer freien, demokratischen Gesellschaft, wenn es um die freie Presse geht – die eben keine »Lügenpresse« ist und ebenso wenig eine Schönwetter-Presse sein will.

Helmut Heinen
Vorsitzender des Kuratoriums

Nikolaus Blome
Vorsitzender der Jury

Inhalt

		Seite
Thomas Löffelholz	Über den Tag hinaus Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis	7
Bernd Sösemann	»... so schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht« Zum Leben und Werk von Theodor Wolff	21
	<i>Die Nominierten und ihre Arbeiten</i>	
Katja Füchsel	Verdammt	43
Gregor Haschnik	Wie starb Jan H.?	57
Constantin Lummitsch	Ein Gedicht für Paula	77
Amrai Coen und Nicola Meier	Ein tödliches Versäumnis	89
Tina Kaiser	Nahkampf	111
Harald Maass	Totale Kontrolle	131
Maritta Adam-Tkalec	Leben als Opfer	149
Hans-Georg Gottfried Dittmann	Rückruf	153
Anna Sauerbrey	Wir Alltagsidioten	157
Hernán D. Caro	Deutschland – Ein Annäherungsversuch	165

		Seite
Andreas Rosenfelder	Das Ende der Institutionen	173
Julia Schaaf	Frauen, lasst die Vollzeit! Und Männer: Ihr auch!	189
Uwe Jean Heuser	Alles auf einmal	197
Marcus Jauer	Bis sie versinken	213
Katrin Langhans	Bis zum Umfallen	231
	Preisträger 1962 bis 2019	251
	Kuratorium und Jury	282

Über den Tag hinaus

Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen –
Theodor-Wolff-Preis

Von Thomas Löffelholz

Die Mauer teilt an jenem 13. August 1961 eine Stadt. Und eine Straße. Die Bernauer Straße in Berlin schneidet sie der Länge nach durch. Auf der einen Seite mauern sie die Fenster zu. Der junge Reporter beschreibt die Tragödien jener Tage. Auf den Pflastersteinen, dort wo eine 53-jährige Frau aus dem Fenster zu Tode stürzte, liegen noch Blumen; ein junger Mann springt in panischer Flucht vom Dach. Er verfehlt das Sprungtuch und stirbt. Von einem Fenster auf der westlichen Straßenseite winkt ein Vater der Tochter auf der anderen Seite zu, wendet sich – von Gefühlen überwältigt – ab und geht. Er kann nicht mehr. Der Reporter gibt dem Impuls des Augenblicks nach. Er winkt der unbekanntenen jungen Frau zu. Wann wird sie den Vater wiedersehen? »Im Berliner Wedding stirbt eine Straße«, titelt die Zeitung.

Der Bericht wird mit einem der ersten zehn Theodor-Wolff-Preise ausgezeichnet, die 1962 zum ersten Mal vergeben wurden. Der Verleger ist von der Ehre, die da seinem Redakteur zuteil wird, nicht rundum begeistert. »Dann werden Sie uns ja bald verlassen«, fürchtet er. Unbegründete Sorge. Der Preisträger bleibt noch 33 Jahre, die meisten davon als Chefredakteur. Die Jury hatte ein Talent erkannt.

Journalistenpreise – inzwischen gibt es rund 200 – waren anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende der Nazizeit rar. Von einigen kleineren Preisen abgesehen, von denen inzwischen wohl keiner mehr existiert, war der Theodor-Wolff-Preis die erste bedeutende Auszeichnung für Journalisten, die in der Bundesrepublik ausgeschrieben wurde. Und er wurde zur renommiertesten.

Dass man nicht früher Lorbeeren verteilte, kann niemanden wundern. Journalisten, Verleger und auch die Bürger hatten andere Sorgen. Man war noch einmal davongekommen. Man konnte – nach zwölf Jahren der Zensur und der Verbote – die eigene Meinung wieder frei sagen. Man konnte wieder alles lesen, und zwar nicht mehr nur zwischen den Zeilen. Warum Preise vergeben für etwas, was eine Gnade schien? Und: Warum Preise für einen Beruf vergeben, dem das Festliche, nach Auszeichnung Heischende fremd ist? Journalisten sind Tagschreiber, der Name sagt es. Was sie tun ist vergänglich. Der gedankenreichste Leitartikel, die packendste Reportage werden sehr schnell ein Stück Altpapier.

Ja, die Zeitung ist – soweit das möglich ist – in unseren Jahren sogar noch etwas vergänglicher geworden. Denn wir sind ja »live« dabei, wenn olympische Medaillen gewonnen, Tore geschossen, Könige gekrönt werden. Parlaments-

debatten entwickeln sich in der Ecke unseres Wohnzimmers, dort, wo wir morgen in Vettels Cockpit mit Tempo 300 um den Hockenheim-Ring rasen werden. Die Türme des World-Trade-Center stürzten vor unseren Augen zusammen – nur Sekundenbruchteile später als in Lower Manhattan. Und noch ehe die erste Wahlurne geöffnet ist, erfahren wir Schlag 18 Uhr, wie eine Wahl ausgegangen ist. Ganz schön alt: die Zeitung von heute!

Unterstützung vom Bundesverfassungsgericht

Warum dem Flüchtigen Kränze flechten? Und dann auch noch für Journalisten! Ihr Sozialprestige ist gering. Meinungsumfragen zeigen sie traditionell auf den hinteren Plätzen. Zwar haben sie in der Gunst des Publikums einige Plätze gut gemacht; Studienräte und Politiker, die beide vor 30 Jahren noch weit vorne lagen, wurden überholt. Doch vom Glanz, den der Beruf in den Augen der schreibenden Zunft selbst hat, finden die Demoskopien wenig. Max Weber hatte in seinem berühmten Essay über den »Beruf zur Politik« 1919 befunden, der Journalist gehöre in den Augen der Öffentlichkeit »zu einer Art von Pariakaste, die in der ›Gesellschaft‹ stets nach ihren ethisch tiefststehenden Repräsentanten sozial eingeschätzt« werde.

Wer sich angesichts solcher Urteile wieder aufrichten will, der muss ins Grundgesetz schauen. Es hält die Pressefreiheit sehr hoch, und das Bundesverfassungsgericht hat sie sogar gestärkt. »Im Zweifel für die Meinungsfreiheit«, entschied das Gericht immer wieder. Einzelne oder Gruppen müssen sich auch harsche, polemische Kritik gefallen lassen, bis hin zu dem Verdikt: »Soldaten sind Mörder«.

Man hatte gelernt. Hitler hatte 1933 die totale Macht binnen weniger Wochen auch dadurch errungen, dass er das freie Wort unterdrückte, Zeitungen zensieren ließ und auch einfach verbot oder enteignete. Ohne die freie Information aber hat Demokratie keine Chance. »Wo Pressefreiheit herrscht und jedermann lesen kann, da ist Sicherheit«, sagte Thomas Jefferson.

Es ist wahr: Die Pressefreiheit deckt auch (fast) jede Dummheit. Was wird nicht alles geschrieben! Doch wäre es anders, die Zensur wäre nahe: Wer will denn entscheiden, was dumm ist und was nicht? Manche »Dummheit« erweist sich später als Geistesblitz.

Theodor Wolff, dessen Namen dieser Preis trägt, hat deshalb zornig gegen das »Schmutz- und Schundgesetz« Stellung bezogen, das der Reichstag 1926 verabschiedete. Es sollte den Leser vor Schund bewahren. Wolff trat – im Streit um dieses Gesetz – sogar aus jener liberalen Deutschen Demokratischen Partei aus, die er 1919 mitgegründet hatte. »Schund«, so schrieb er, sei für ihn so unerfreulich wie für jeden anderen, und »Schmutz« habe auch für ihn einen ekligen Geruch. Doch das Gesetz sei »verwerflich und grotesk«, weil es »die Überwachung und Säuberung der Literatur und der Presse einer neu gebildeten Behörde, ... einem Areopag frommer Pädagogen und mütterlich-gütiger Damen, übergab«. Wo das Wort nicht frei ist, kann man auch journalistisch nicht arbeiten.

Dieser Konflikt zeigt, warum der Journalist einerseits Buhmann und zugleich doch Garant einer informierten Gesellschaft ist. Er hat Freiheit. Er nützt sie. Nicht immer ist das Ergebnis über jeden Zweifel erhaben. Manches ist dumm, manches auch falsch, und manchmal ist es »falsch« im doppelten Sinn des Wortes. Die Pressefreiheit ist deshalb nicht nur ein Recht, sondern auch eine Herausforderung.

Denn nicht Journalisten sind für die Demokratie wichtig; wichtig sind die Informationen, die sie vermitteln. Sie haben die Freiheit zur Dummheit, aber sie müssen der Dummheit und dem Vorurteil widerstehen, so gut dies eben geht. Sie müssen Interessen durchschauen, sich nicht zu Propagandisten machen lassen. Sie müssen verständlich sein und klar, um dem Leser ein Urteil zu erlauben. Sie brauchen Kompetenz und Unabhängigkeit.

Max Weber hat die Journalisten gegen jene Kritik, die er selbst beschrieb, energisch verteidigt. Nicht jedermann sei gegenwärtig, »dass eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens so viel ›Geist‹ beansprucht wie irgendeine Gelehrtenleistung – vor allem infolge der Notwendigkeit, sofort, auf Kommando, hervorgebracht zu werden und sofort wirken zu sollen, bei freilich ganz anderen Bedingungen der Schöpfung. ... Dass die Verantwortung eine weit größere ist, und dass auch das Verantwortungsgefühl jedes ehrenhaften Journalisten im Durchschnitt nicht im mindesten tiefer steht als das des Gelehrten ... wird fast nie gewürdigt.«

Solche Qualität zu sichern und das Verantwortungsgefühl zu schärfen, ist eine Herausforderung für die Medien. Wo dies gelingt, und damit dies gelingt, darf man auch einen Preis verleihen.

Am Anfang war die »Stiftung Die Welt«

Es war die »Stiftung Die Welt«, die den Theodor-Wolff-Preis erstmals aussetzte. Sie war 1953 gegründet worden, als die Briten *Die Welt* – die sie 1946 als Zeitung der Besatzungsmacht in Hamburg geschaffen hatten – privatisierten. Axel Springer erwarb 75 Prozent der Anteile. Den Rest überließ man der Stiftung. Indirekt wollten sich die Briten dadurch wohl auch einen Rest an Einfluss auf »ihr« Blatt sichern.

Die »Stiftung Die Welt« sollte in der noch jungen deutschen Demokratie die Zeitungswissenschaften sowie den journalistischen und verlegerischen Nachwuchs fördern und unterstützen. Briten, Amerikaner und Franzosen hatten nach dem Krieg dafür gesorgt, dass in Westdeutschland eine vielfältige Presse entstand. Unbezweifelbare Demokraten bekamen Lizenzen zur Gründung neuer Blätter. Die Besatzungsmächte gaben zwei eigene Zeitungen heraus: Der *Welt* im von den Briten kontrollierten Norden stand *Die Neue Zeitung* in der amerikanischen Zone gegenüber. Herausragende Journalisten, von denen viele vor Hitler aus Deutschland geflohen waren, prägten beide Blätter.

Zwar überlebten nicht alle der nach dem Krieg gegründeten Lizenz-Zeitungen die Währungsreform. Über Nacht war Geld knapp; in den Schaufenstern aber türmten sich Güter auf, die man fast nicht mehr kannte. Plötzlich sahen sich die Zeitungen im Wettbewerb mit unvorstellbaren Köstlichkeiten. Viele behaupteten sich und trugen maßgebend dazu bei, dass sich in jenen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein festes demokratisches Bewusstsein entwickelte und extremistische Parteien nie eine ernsthafte Chance hatten. Als 1960 der Theodor-Wolff-Preis vorgestellt wurde, hatte die deutsche Presse gezeigt, welchen Beitrag sie in dieser Gesellschaft leistet.

Wer den Theodor-Wolff-Preis »erfand«, ist nicht bezuget. Hans Wallenberg, langjähriger Chefredakteur der *Neuen Zeitung*, war wohl einer der Anreger, aber auch Alfred Frankenfeld, der Geschäftsführer der »Stiftung Die Welt«. Vorbild sollte der Pulitzerpreis sein, mit dem seit 1917 in den USA herausragende journalistische Leistungen ausgezeichnet werden. Den Namen – Theodor-Wolff-Preis – schlug jedenfalls Frankenfeld vor. Er hatte von 1924 bis 1933 unter dem Chefredakteur Theodor Wolff beim *Berliner Tageblatt* gearbeitet.

In den 27 Jahren, in denen Theodor Wolff das *Berliner Tageblatt* leitete, wurde es zu einer weltweit beachteten deutschen Zeitung. Glanzvolle Federn hatte er um sich versammelt. Seine Leitartikel setzten Maßstäbe. »Sie wurden als die Stimme des demokratischen, freiheitlichen, europäisch gesinnten Deutschland überall zitiert; und sie erregten die Wut derer, die bei den Worten ›Freiheit‹ und ›Demokratie‹ zu ihren Revolvern griffen«, berichtete bei der ersten öffentlichen Verleihung des Preises 1965 einer der engsten Mitarbeiter Theodor Wolffs, Wolfgang Bretholz.

Ein großer Journalist

Theodor Wolff, 1868 in Berlin geboren, kam als junger Mann zum *Berliner Tageblatt*, zunächst als kaufmännischer Lehrling. Doch das Talent zum Schreiben zeigte sich schnell. Er schrieb über Kultur, verfasste auch Romane und Dramen, mischte im Theaterleben mit. Die Neigung zum Feuilleton begleitete ihn sein Leben lang. 1894 ging er für das Tageblatt nach Paris. Die Dreyfuss-Affäre wurde für ihn zu einem prägenden Erlebnis. 1906 kehrte er als Chefredakteur nach Berlin zurück.

1933 entließ ihn das *Berliner Tageblatt* – nachdem die Nazis die Zeitung 14 Tage lang verboten hatten. »Wahre Demokratie und Gerechtigkeit verlangen«, so schrieb der Verleger damals an Wolff, »dass positive Leistungen des Staates ... sachliche Anerkennung erfahren. Ich kann mir nicht denken, dass Sie sich der Gefahr aussetzen wollen, von der Öffentlichkeit missverstanden zu werden, wenn Sie das *Berliner Tageblatt* auch dann noch verantwortlich zeichnen wollen.«

In diesem Brief spiegelt sich die ganze Ohnmacht jener Tage. Von »Demokratie und Gerechtigkeit« konnte ja längst keine Rede mehr sein. Aber Hans Lachmann-Mosse, der Verleger, war – anders als Theodor Wolff – ein ängstlicher Mann. Er gab dem Druck nach, anpassersich, wie der Brief zeigt. Es half ihm nichts: Auch er musste noch 1933 emigrieren. Für Theodor Wolff kam es zwei Monate später schlimmer. In Berlin verbrannten fanatisierte Studenten seine Werke. »Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung ... Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff.«

Er war für die Mächtigen nie ein bequemer Mann. Im Ersten Weltkrieg hatte er ein Jahr lang nicht geschrieben, weil er die Annexions-Politik Wilhelms II. und der deutschen Heeresführung ablehnte. Die Alldeutschen nannten ihn »Vaterlandsverräter«. Sein *Tageblatt* wurde auch damals schon immer wieder einmal verboten. Die Nationalisten merkten es sich und verfolgten ihn später mit blindem Zorn. Es zählte nicht, dass Theodor Wolff – durchaus national gesinnt – leidenschaftlich gegen die Verträge von Versailles kämpfte und die deutschen Politiker, die dem Druck der Sieger nachgaben und unterschrieben, hart kritisierte. Und auch mit den maßlosen Siegern ging er ins Gericht. Sein Leitartikel zu Versailles hieß: »Nein!«

Er plädierte für den Ausgleich zwischen Völkern und den Gegnern von einst. Er war entschieden, aber er argumentierte fast immer behutsam. »Über jeder Wahrheit«, so notiert er, »schwebt noch ein letztes Vielleicht«. Eine Wahrheit, an die mancher Selbstgerechte in diesem Beruf gelegentlich denken sollte. Der radikal-sozialistische Publizist Kurt Hiller – ein Gegner Wolffs – zollte ihm in einem Nachruf Respekt: Er kenne keinen Journalisten, der wahrheitsliebender gewesen sei. Kann man mehr sagen?

Den Nachwuchs durch Vorbilder schulen

Am 24. Juni 1960 wurde der Theodor-Wolff-Preis der Öffentlichkeit vorgestellt. Er sollte »zur Heranbildung des journalistischen Nachwuchses durch Vorbilder« herausragende journalistische Leistungen auszeichnen. Ein halbes Jahr später – am 1. Februar 1961 – wurde er zum ersten Mal ausgeschrieben. Zehn Preise waren mit insgesamt 30.000 Mark (rund 15.300 Euro) dotiert.

Man wollte damit herausragende Texte prämiieren. Doch zugleich sollte journalistische Qualität und Qualifikation gefördert werden. Deshalb kann der Preis nur an hauptberuflich tätige deutsche Journalisten vergeben werden und nur für Artikel, die in deutschen Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtendiensten erscheinen. Ursprünglich durften nur die Vorstände der Landesverbände des Deutschen Journalisten-Verbands – von 1962 an auch die der Deutschen Journalistenunion – preiswürdige Arbeiten vorschlagen. Dieses eingeeengte Vorschlagsrecht wurde aber bald aufgegeben. Seither können auch der Autor selbst und seine Zeitung Artikel einreichen und inzwischen können Vorschläge auch aus

dem Kuratorium und der Jury des Preises kommen. Über die Preisträger entschied am Anfang der Vorstand der »Stiftung Die Welt«, unterstützt von einem Beirat angesehener Journalisten.

In den ersten Jahren wurde um die Preisverleihung nicht viel Aufhebens gemacht. Die Preisträger wurden informiert und erhielten ihr Preisgeld. 1965 wurde der Preis zum ersten Mal öffentlich – in einer Feierstunde an der Freien Universität (FU) in Berlin – vergeben. Dies war möglich, weil die »Stiftung Die Welt« mit dem »Institut für Publizistik« an der FU 1964 vereinbart hatte, den Preis gemeinsam auszuschreiben. Den Anstoß gab der Geschäftsführer der Stiftung, Alfred Frankenfeld. In einem Brief hatte er 1962 dem Direktor des »Instituts für Publizistik«, Fritz Eberhard, geschrieben, ein so bedeutsamer Preis sollte eigentlich nicht allein von einer privaten Stiftung verteilt werden. Auch beim Pulitzerpreis in den USA habe eine Universität – Columbia – die Ausschreibung übernommen.

Kooperation mit der Freien Universität Berlin

Für den Theodor-Wolff-Preis lag die Zusammenarbeit mit der Freien Universität nahe. In Berlin hatte Theodor Wolff gewirkt. Durch die Zusammenarbeit wollte man – so Frankenfeld – den Preis aufwerten und ihm »jene Neutralitätsposition« geben, »die verhindert, dass manche Verleger oder auch Journalisten fürchten, die ›Stiftung Die Welt‹ wäre doch nur ein Anhängsel der Welt-Verlagsgesellschaft in Hamburg, (obwohl sie in Wirklichkeit unabhängig ist)«. Die Kooperation mit dem »Institut für Publizistik« verschaffte zudem den jungen, um Anerkennung ringenden Zeitungswissenschaften an den deutschen Universitäten Aufmerksamkeit, ganz im Sinn der Stiftung. Fritz Eberhard berief 1964 gemeinsam mit der Stiftung eine zehnköpfige Jury, die über die Preisvergabe entscheiden sollte. Die Preissumme wurde auf 42.000 Mark (rund 21.470 Euro) erhöht.

Doch die Zusammenarbeit stand unter keinem guten Stern. Spannungen brachen auf, als die Apo (Außerparlamentarische Opposition) gegen die »faschistoide« Gesellschaft in der Bundesrepublik aufbegehrte. Als deren publizistischer Exponent erschien den 68ern die »Springer-Presse«. Fritz Eberhard selbst war in den 20er Jahren als radikaler Sozialist aus der SPD ausgeschlossen worden. Er hatte sich später unter großer persönlicher Gefahr im Widerstand gegen Hitler engagiert. Und auch wenn er nach der Rückkehr aus dem Exil ins politische

»Establishment« aufrückte – er war einer der Väter des Grundgesetzes und der erste Intendant des Süddeutschen Rundfunks –, solidarisierte er sich als Professor schnell mit den Zielen der Apo. Ihm – der 20 Jahre später als Mittachtziger noch Hausbesetzern in Kreuzberg Mut zusprach – war die »Springer-Presse« fast so verdächtig wie manchen seiner Studenten, jedenfalls zu konservativ.

Als die »Stiftung Die Welt« 1966 in der umfassenderen »Axel Springer Stiftung« aufgeht, kündigt Eberhard den Vertrag. Er wolle seinen Namen und sein Institut nicht mit Springer in Zusammenhang gebracht sehen. Die Stiftung solle nur noch das Geld zur Verfügung stellen und dem Institut die Verwaltung des Preises ganz überlassen, um dessen »Unabhängigkeit von einseitiger Interessennahme« zu unterstreichen, forderte Eberhard. Auch bei der Wahl der Jury beanspruchte er das letzte Wort.

Die »Axel-Springer-Stiftung« empfand es als Affront, dass ihre Unabhängigkeit derart infrage gestellt wurde. Man konnte geltend machen, dass in der Jury prominente Journalisten verschiedener politischer Couleur saßen – darunter Fritz Sängler, Ex-Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, der acht Jahre lang die SPD im Bundestag vertrat. Der Konflikt spiegelte die Unversöhnlichkeit jener Jahre wider. So schrieb nun die »Axel-Springer-Stiftung« den Preis alleine aus.

In der aufgeheizten Atmosphäre nach 1968 war man aber auch bei Springer über den Konflikt nicht glücklich. Zwar zeigt die Liste der Preisträger aus jenen Jahren, dass der Theodor-Wolff-Preis allein nach journalistischer Qualität vergeben wurde. Viele Journalisten wurden ausgezeichnet, die der sozial-liberalen Koalition und vor allem ihrer Ostpolitik zuneigten. Niemand konnte also ernsthaft den Vorwurf erheben, die Jury sei nicht neutral.

Doch der Streit um die Politik der Bundesregierung gegenüber Moskau und der DDR begann die Gesellschaft zu spalten, und Axel Springer bezog in dieser Konfrontation sehr klar Position. Da lag es nahe, den Preis, der inzwischen zur angesehensten Auszeichnung für deutsche Journalisten geworden war, von jedem Verdacht der Parteilichkeit freizuhalten.

Der Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Johannes Binkowski, hatte, wie er später berichtete, »in verschiedenen Gesprächen mit Axel Springer die Überzeugung gewonnen, dass der Preis eigentlich in die Hände der gesamten Verleger gehöre«. Auch Springer dachte so. So wurde der Theodor-Wolff-Preis – für Arbeiten aus dem Jahr 1972 – zum ersten Mal vom

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger ausgeschrieben. Er hatte eine fiduziarische Stiftung »Theodor-Wolff-Preis« eingerichtet. Nicht alle Mitglieder des BDZV verstanden die Bedeutung des Preises für das Ansehen der Presse sofort. So half auch in der Übergangszeit die »Axel-Springer-Stiftung« noch über einige Jahre hin finanziell aus, bis die Stiftung beim BDZV auf festen Beinen stand.

Ein Preis ist ein Preis

Theodor-Wolff-Preis ist Theodor-Wolff-Preis, 1962 wie heute. So scheint es. Wer sich über die Details beugt, erkennt schnell: Es scheint nur so. Die Ausschreibungsbedingungen wurden immer wieder einmal verändert. Als die Zusammenarbeit mit der FU begann, hatte man die Zahl der ausgeschriebenen Preise von zehn auf 14 erhöht. Sogar dies schien der Jury nicht immer genug: Sie teilte einige Preise auf mehrere Preisträger auf.

Die Preisvermehrung war nicht unproblematisch, zumal der Theodor-Wolff-Preis Konkurrenz bekam. Presseorganisationen, Stiftungen, Verbände, Unternehmen lobten immer neue Journalistenpreise aus, darunter bedeutende, die bestimmte journalistische Stilformen förderten. Für Reportagen entstand der Egon-Erwin-Kisch-Preis, der 2005 im Henri-Nannen-Preis aufging und der 2016 eine Neuausrichtung erfahren soll. Für investigative Texte gibt es zudem seit 1969 den Wächter-Preis der Tagespresse, um nur zwei wichtige Journalistenpreise zu nennen. 1976 reduzierte man die Zahl der Theodor-Wolff-Preise auf fünf. Sie stieg später vorübergehend noch bis auf sieben.

Die Geschichte des Preises zeigt aber auch einen Konflikt zwischen Jury und Stifter. Jede Jury will möglichst freie Hand bei ihrer Entscheidung. Vergabekategorien stören da. Auf der anderen Seite hatten die Stifter des Theodor-Wolff-Preises ein großes Interesse, alle journalistischen Formen und alle Themen zu fördern.

Zunächst lobte man deshalb die Preise für präzise Textformen und Themen aus: je einen für Leitartikel, Korrespondentenbericht, Reportage oder Interview, Lokales, Wirtschaft, Feuilleton, eine Glosse oder einen Kommentar aus der Wissenschaft, Gerichtsbericht und Sport. Und – ein Tribut an das Berlin nach dem Mauerbau – einen Preis für Artikel über die »Wiedervereinigung oder Berlin«. Doch die Vorgaben engten die Jury ein. Man vergab Preise, weil sie bestimmten Kategorien entsprachen, während andere (bessere?) Arbeiten auf der Strecke

blieben. Sie waren eben – in ihrer Kategorie – nur die zweitbesten. So lockerte man über die Jahre hin die Regeln immer wieder.

Talente im Lokalen

1970 wird die Jury zum ersten Mal nicht mehr auf bestimmte journalistische Formen (wie den Leitartikel) festgelegt. Nur thematisch ist sie gebunden: Vier Preise sollten für Politik, je zwei für Kultur und Lokales und je einer für die anderen Themen vergeben werden. 1976 beschloss man, der Jury gar keine Vorgaben mehr zu machen – mit einer Einschränkung: Zwei der fünf Preise sollten Texte aus dem Lokalen auszeichnen. Im Übrigen galt: Qualität allein ist der Maßstab. Die Jury soll aber berücksichtigen, unter welchen Bedingungen die Artikel zustande gekommen sind. Der Preis soll nicht zur Domäne der großen Tages- und Wochenzeitungen werden, deren Redakteure viel Zeit zur Recherche und zum Schreiben haben. Auch bei kleineren Zeitungen gibt es große Talente, die Anerkennung verdienen. Wer die preisgekrönten Arbeiten der vergangenen Jahrzehnte liest, der sieht, wie viele eindrucksvolle Artikel in Lokalzeitungen erschienen sind. Und die Reaktionen zeigen, welcher Ansporn für diese Redaktionen die Auszeichnung ist.

Aus einem ähnlichen Grund wurden 1979 zwei Förderpreise für junge Redakteure ausgeschrieben. 1994 schaffte man sie wieder ab. Einmal, weil viele der Jüngeren nicht schlechter schreiben, recherchieren und argumentieren als altgediente Profis. Die Unterscheidung war willkürlich. Zum anderen wird seit 1991 der angesehene »Axel-Springer-Preis« gezielt für junge Journalisten ausgelobt.

Auch ein anderer Sonderpreis des Theodor-Wolff-Preises – für herausragende Parlamentsberichterstattung – wurde nur vorübergehend (1988 bis 1994) verliehen. Das Bundestagspräsidium hatte ihn angeregt. Die wichtige Arbeit des Parlaments sollte ins Licht gehoben werden. Doch der Preis half wenig: Die Einsendungen waren rar. Als der Bundestag 1993 selbst einen Medienpreis ausschrieb, wurde der Sonderpreis gestrichen.

Das Jahr 1995 brachte statt dessen eine andere Neuerung: Zum ersten Mal wurde ein Theodor-Wolff-Preis »für essayistischen Journalismus« durch ein höheres Preisgeld gegenüber sechs anderen Würdigungen herausgehoben. Er

sollte für eine »herausragende literarisch-journalistische Leistung« vergeben werden. Auch diese Regel hatte jedoch keinen Bestand.

Seit 2002 werden wieder nur noch fünf Preise ausgelobt, alle in gleicher Höhe mit 6.000 Euro dotiert. Die Form des journalistischen Essays hatte sich als schwer abgrenzbar erwiesen. So wurde – im Gedenken an den Leitartikler Theodor Wolff – einer der fünf Preise der Form »Kommentar/Glosse/Essay« gewidmet. Zwei der Preise werden für »Lokale Themen« vergeben, womit man der Tatsache Rechnung trägt, dass das Gewicht des Lokalen für die Zeitungen in der neuen Medienwelt wächst.

Die Jury hat 1997 zum ersten Mal zusätzlich ein »journalistisches Lebenswerk« mit einem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Dieser undotierte Preis wird nicht zwingend in jedem Jahr vergeben. Bisher haben 13 Journalisten ihn erhalten.

Brillante Texte

Wer die fast 50 Bände durchblättert, in denen seit 1969 die preisgekrönten Artikel erschienen sind, sieht freilich auch, dass sich nicht nur die Ausschreibungsbedingungen verändert haben. Die preisgekrönten Artikel sind emotionaler und persönlicher geworden. Es sind oft eher Geschichten als Analysen oder grundsätzliche Betrachtungen. Einzelschicksale rücken in den Mittelpunkt: Der Herzranke, der – fast ohne Hoffnung – über Wochen hin auf sein neues Herz wartet; der kleine Junge, den die Eltern in die Babyklappe legen und ein paar Stunden später zurückholen, zu ihrem Glück. Der Obdachlose, der als »Zugnomade« Tag und Nacht in den Zügen der Deutschen Bahn lebt und sich ernährt, indem er Pfandflaschen sammelt; die Geschichte eines Frankfurter Trinkhallenbesizers und dessen – zum Teil dahinvegetierender – »Saufkundschaft« oder das Porträt des Fotografen, dessen Lebensinhalt es war, Lady Di immer im Sucher zu haben. Texte, die – auch wenn es um einzelne Schicksale geht – doch Fragen an die ganze Gesellschaft stellen.

In den letzten Jahren wurden zudem immer wieder Artikel ausgezeichnet, in denen Journalisten über persönliche Erfahrungen berichteten, über den Konflikt, der sich an der Rolle des Vaters bei der Erziehung der eigenen Kinder entzündet; über die Gefühle des Journalisten, als er einer Partei beitrifft; über das glückliche

Leben mit dem eigenen behinderten Kind oder über die »Bewältigung« der Erinnerung an den RAF-Mord am Patenonkel: Alfred Herrhausen. Brillante Texte, emotionaler und gerade darum oft sogar fesselnder als jene, die in früheren Jahrzehnten ausgezeichnet wurden.

Doch dies hat auch eine Kehrseite, die zum Nachdenken über die Entwicklung der modernen Medien zwingt. Beiträge, die sich mit großen politischen Themen oder gesellschaftlichen Fragen beschäftigen, sind unter den preisgekrönten Arbeiten rar geworden. Vor rund 25 Jahren (1987) gingen drei Preise an Essays über die Barschelaffäre, Lothar Späths politischen Aufstieg und die provozierende Behauptung: »Deutschland ist teilbar.« Vor gut vierzig Jahren (1971) wurden Texte ausgezeichnet, die untersuchten, wie die Proteste der 68er das Denken der Gesellschaft verändert hatten, welche Rolle das Fernsehen für die Entwicklung eines Politikers spielte, die die politische Bedeutung de Gaulles würdigten und die mit den überzogenen Erwartungen abrechneten, die am Ende der Wunderjahre an die Wirtschaft gestellt wurden. Analytische und nachdenkliche Betrachtungen.

Dieser Wandel hat eine innere Logik. In einer Welt, in der die Bilder und Berichte von jeder mittleren Katastrophe, wo immer sie sich ereignet, uns zuverlässig und fast sekundenschnell erreichen – jedes Flugzeugunglück vom anderen Ende der Welt, jeder dramatische Autounfall auch in 500 Kilometer Entfernung –, wird es schwerer, den Zeitungsleser zu fesseln. Wir sind »live« dabei, wenn auf dem Tahrir-Platz in Kairo Mubarak hinweggefegt wird. Für einen Augenblick sind wir alle Ägypter. Wir hörten Gaddafis wütende Reden, wir erleben, wie der Tsunami ganze Städte in Japan hinwegschwemmt und wie die Atommeiler in Fukushima explodieren. Solchen Bildern gegenüber hat es das gedruckte Wort schwer. Bewegende Geschichten aber ragen aus dem unendlichen Strom der Bilder, Nachrichten, Informationen heraus. Und es sind Unikate. Dass Texte – verknüpft mit dramatischen Einzelschicksalen oder gar mit persönlichen Erlebnissen – mehr Aufmerksamkeit wecken, spiegelt den Umbruch in der Welt der Zeitungen und der Medien wider.

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte, sagen wir leichthin. Aber sagen Bilder wirklich immer, was sie zu sagen scheinen? Ein överschmierter Kormoran wurde zum abschreckenden Symbol des Golfkrieges. Nur: Der Kormoran hatte den

Golf nie gesehen. Sein Bild lag im Archiv. Und weckte Emotionen. Doch wird hier sachlich informiert? Das ist eine Frage an den Qualitätsjournalismus.

Die Zeitung kann gar nicht von gestern sein

Längst werden Zeitungen nicht mehr nur gedruckt, sondern auch digital gelesen. Jury und Kuratorium haben dem Rechnung getragen: Seit 2013 kann der Theodor-Wolff-Preis auch für Artikel vergeben werden, die ausschließlich auf den Online-Seiten der Zeitungen erschienen sind. Im Jahr 2015 wurde der Preis ganz neu strukturiert. Seither wird je ein Preis in den Kategorien Lokales, Reportage und Meinung vergeben. Ein weiterer Preis wird für das von der Jury gesetzte »Thema des Jahres« vergeben.

Nichts ist so alt, wie die Zeitung von gestern. Doch über alle Veränderungen hinweg lesen sich die preisgekrönten Artikel heute noch frisch wie am ersten Tag. Sie sind als Texte »vergessen«, aber wer sie liest, erkennt: Sie wirken »über den Tag hinaus«. Sie haben die Gedanken beeinflusst, Menschen informiert, Leser ergriffen. Die Zeitung vergeht, aber sie hinterlässt Spuren in den Köpfen. Und deshalb hatte der Journalist und Gründer des Verbands der Lokalpresse, Erich Wagner, der zwei Jahrzehnte lang zum Kuratorium des Theodor-Wolff-Preises gehörte, Recht, wenn er – ein Optimist – über die eigene journalistische Lebensbilanz schrieb: »Die Zeitung kann überhaupt nicht von gestern sein.«

Thomas Löffelholz ist am 15. März 2018 im Alter von 85 Jahren gestorben. Der langjährige Chefredakteur von Stuttgarter Zeitung und Die Welt war Träger des Theodor-Wolff-Preises und gehörte von 2001 bis 2016 dem TWP-Kuratorium an.

»... so schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht«

Zum Leben und Werk von Theodor-Wolff

Von Bernd Söseemann

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* lobte ihn als »genauen Zeitbeobachter und -schilderer« (Johannes Gross). In der Wochenzeitung *Die Zeit* rühmte Wolf Schneider seine sprachliche Klarheit und Stilsicherheit. Zu seinem 60. Geburtstag hatte ihn bereits das *Neue Wiener Journal* den »vielseitigsten und dabei tiefsten und stilvollsten politischen Journalisten Deutschlands« genannt. Bis heute hält die Bewunderung für den Berliner Journalisten Theodor Wolff an. Womit beeindruckte er seine Zeitgenossen und worauf gründet sich seine anhaltende Wirkung?

Theodor Wolff gehörte der Generation der um 1870 Geborenen an. Er zählte damit zu den »Jungen« des Kaiserreichs, die in den 1871 gegründeten Nationalstaat mit nicht geringen Erwartungen und einer ausgeprägten Bereitschaft zum Handeln hineinwuchsen. Dazu sind Max Reinhardt (1873-1943), Karl Kraus (1874-1936), Thomas Mann (1875-1955), Max von Baden (1867-1922), Karl Helfferich (1872-1924) oder Walther Rathenau (1867-1922) ebenso zu zählen wie Richard Riemerschmid (1868-1957), Werner Sombart (1863-1941), Max Weber (1864-1920), Peter Behrens (1868-1940), Harry Graf Kessler (1868-1937) oder Max Halbe (1865-1944). Sie alle verbanden keineswegs die gleichen, aber doch weithin ähnliche Vorstellungen über eine Modernisierung, einige dachten sogar an eine Demokratisierung des Kaisertums und damit des Wilhelminischen Machtstaats. Sie dachten über die Sicherung einer wirtschaftlichen Prosperität nach, die zu einer Stärkung der sozialen Integration in der Industriegesellschaft führen könne. Sie sannten über alternative Lebensformen nach. Ihre »authentische« Kultur sollte in jenem »Zeitalter der Reizbarkeit« (Karl Lamprecht) zu einer neuen Identität führen. Ihr gemäßigter und unterschiedlich konsequent umgesetzter Ausbruch aus der »Welt der Väter« manifestierte sich in vielgestaltigen ästhetischen Protesten. Dabei schrieben sie der Bildung, der Literatur, der Kunst und besonders einer als politische und gesellschaftliche Kraft erstarkenden Öffentlichkeit die Schlüsselrolle zu.

Theodor Wolff wurde am 2. August 1868 als Sohn des aus Grünberg (Schlesien) nach Berlin gezogenen jüdischen Textilkaufmanns Adolph Wolff und seiner Frau Recha, geb. Davidsohn (Tochter eines Arztes aus Danzig), in der jungen Hauptstadt des Norddeutschen Bundes geboren. »Die Firma, die mein Vater in Berlin gründete«, erinnerte er sich später, »verkaufte »en gros« die geblühten Kattune, die damals bei den Berlinerinnen sehr beliebt waren.« Er hatte drei



Theodor Wolff porträtiert von Lotte Jacobi, einer berühmten Fotografin der Weimarer Republik.

Geschwister. Nach einem kurzen, lediglich mit der Mittleren Reife abgeschlossenen Gymnasialbesuch – »ich hatte mit der deutschen Sprache bei den Magistern kein Glück« – begann er, der Journalist werden wollte, zuerst einmal eine kaufmännische Lehre beim *Berliner Tageblatt* (B.T.), einem der größten Publikationsorgane seines Cousins, des angesehenen Verlegers Rudolf Mosse. Dabei blieb es nicht lange, denn mit Reisefeuilletons, Theater- und Literaturberichten erregte er in Berlin schnell Aufmerksamkeit. Die Stadt weckte seinen literarischen Ehrgeiz erfolgreich, in wenigen Jahren wurde er mit mehreren Romanen, Feuilletonsammlungen und Schauspielen weit über die Stadtgrenzen und sogar über Deutschland hinaus beach-

tet. Theater in Berlin, München, Kopenhagen und Wien führten seine Stücke »Niemand weiß es« und »Die Königin« auf. Er gründete mit Otto Brahm, Samuel Fischer und Maximilian Harden den Theaterverein »Die Freie Bühne«, mit dessen Hilfe die damalige Moderne, der Naturalismus, ihren Siegeszug antrat. Theodor Wolff übersetzte aus dem Französischen und machte mit einem enthusiastisch eingeleiteten Reclam-Bändchen Jens Peter Jacobsen in Deutschland bekannt. Eine Karriere als Journalist schien zumindest nicht mehr nahe zu liegen; die literarischen »Ikarusflüge«, wie er im Alter selbstkritisch über seine Kunst spottete, gaben aber nicht zu großen Hoffnungen Anlass.

»Mosses junger Mann«

Die Perspektiven änderten sich überraschend schnell, als sein Verleger ihn für einen renommierten Platz im Ausland vorschlug. 1894 übernahm »Mosses junger Mann«, wie der schnelle Aufsteiger in der Öffentlichkeit in einer Mischung aus Spott und Bewunderung hieß, die Aufgaben des B.T.-Korrespondenten in Paris. Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten waren damals nicht die besten, und Wolff gab sich keinen Illusionen hin. Die inhaltliche Grundlage für seine pragmatisch angelegte Berichterstattung bildete die von ihm im Herbst 1895 formulierte Erkenntnis: »Ich habe die Stimmung in Frankreich niemals schlechter gesehen als zur Zeit unserer liebenswürdigsten Werbungen.« Seine ausführlichen, atmosphärisch dichten und präzisen Telegramme über die Dreyfus-Zola-Prozesse, die Flut des Antisemitismus und Chauvinismus in der französischen Gesellschaft und das Interesse der deutschen Leser an den skandalträchtigen Vorgängen ließen die Zeitungsauflage und Theodor Wolffs Ansehen in kurzer Zeit steigen. Sein Kürzel »T.W.« stand für journalistische Qualität, geistige Unabhängigkeit und politische Seriosität. Als Zola sich vor Gericht zu verantworten hatte, berichtete Theodor Wolff seinen fernen Lesern in einem kleinen politischen Feuilleton: »Man führt an diesem Tisch einen ernsten Kampf, aber man führt ihn mit einem vergnügten Eifer. Im Grunde amüsirt man sich königlich. Man amüsirt sich über jede gelungene List, über die Resultate des eigenen Scharfsinns, über den Kampf als Kampf. Die ›Angeklagten‹ sind die Herren im Saale, die Ankläger werden gezwungen, sich zu verantworten. Man hat selten einen solchen Prozeß gesehen [...]. Zola spricht mit einer etwas rauhen und harten Stimme. Bald stößt er die Worte einzeln hervor, bald überstürzen sie sich. Er ist kein Redner. Und wenn es auch ein prachtvoller Hieb war – und voll brutaler Ironie –, als er sagte: ›Der General Pellieux hat seine Schlachten mit dem Schwerte gewonnen, ich die meinen mit der Feder; die Nachwelt wird zwischen dem General Pellieux und Emile Zola wählen‹, in diesem Saale, dessen ganzer Hintergrund mit einer wohldressierten Generalstabsclique besetzt ist, schaden dem ›Angeklagten‹ diese Äußerungen eines großen, schönen und berechtigten Selbstbewußtseins.«

Der Aufenthalt in Frankreich formte Theodor Wolffs politisches Weltbild, ließen Parlamentarisierung und später auch Demokratisierung zu seinen Hauptzielen

werden. In seinem großen Essay »Geistige und künstlerische Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit fünfundzwanzig Jahren« (1897) plädierte er für eine vorurteilslose Annäherung der leichteren Art zwischen den beiden Staaten. Kein Volk müsse dabei seine Identität und Originalität verlieren, denn gerade weil Franzosen und Deutsche so wenig einander glichen, ergänzten sie sich, könnten viel voneinander lernen. Er hoffte, dass die Diplomaten ihnen die Zeit gönnten, sich auszusprechen. »Wenn es auch schön sein möchte, Geschichte zu gestalten, dann sei es noch schöner, Kulturgeschichte zu machen.«

Der Chefredakteur

1902 heiratete Theodor Wolff die Schauspielerin Marie Louise Anna Hickethier (1872-1956). Ihre drei Kinder wurden evangelisch getauft und von einem katholischen Hauslehrer in Berlin erzogen. Denn inzwischen, seit dem Herbst des Jahres 1906, war Theodor Wolff bereits wieder von Rudolf Mosse aus Paris in die Reichshauptstadt zurückgeholt worden. Er sollte die Chefredaktion der Zeitung übernehmen und ihr neue Impulse geben. Die Ablösung seines Vorgängers geschah allmählich und in moderater Form, der Wandel der Zeitung dagegen erfolgte in wenigen Jahren, kraftvoll, systematisch und entschieden. Theodor Wolff formte das B.T. zum fortschrittlich-liberalen Hauptblatt Deutschlands um. Nach kurzer Zeit wurde es auch vom Ausland hoch geschätzt und von den Diplomaten als repräsentative Stimme eines unabhängigen Nachrichtenorgans, den Nationalliberalen zwar im Grundsätzlichen, aber nicht in allen Fragen nahestehend, gewürdigt. Für die Redaktion gewann Theodor Wolff die besten Köpfe seiner Zeit. Bei der Suche nach Talenten konnte er sich neben seinen Kenntnissen auf ein sicheres Gespür und eine glückliche Hand verlassen. In der Redaktion sorgte er für die ihrer Entfaltung förderlichen Plätze, indem er diesen Individualisten, diesen versponnenen Künstlernaturen und genialen Sprachartisten den nötigen Freiraum verschaffte. Sein Vorgehen fand nicht immer sogleich den Beifall des Verlegers, doch der sich bald zeigende Erfolg des Blattes und die begeisterten Leserbriefe überzeugten Rudolf Mosse. Im *Berliner Tageblatt* schrieben u.a. Alfred Kerr, Rudolf Olden, Ernst Feder, Erich Dombrowski, Paul Scheffer, Fred Hildenbrandt, Victor Auburtin, Kurt Tucholsky, Joseph Roth und Alfred Einstein.



Der Familienvater: Theodor Wolff mit seinen Kindern Richard, Lilly und Rudolf (v.l.).

Als »Vaterlandsverräter« beschimpft

In der Wilhelminischen Gesellschaft existierte zwar ein latenter Antisemitismus, doch trafen seine punktuellen vulgär-radikalen Ausprägungen keineswegs auf eine allgemeine Zustimmung. Alle Juden, seien sie nun weitgehend assimilierte, getaufte oder überzeugte, nutzten die Freiräume, die ihnen die Rechtsstaatlichkeit sicherte. Die Öffentlichkeit, eine weitgehend freie Presse und die sich daraus entwickelnden machtbegrenzenden Wirkungen des »öffentlichen Druckes« erlaubten eine relativ freimütige politische Kritik und gestatteten die Suche nach neuen Orientierungen. Zu keiner Zeit war Theodor Wolff, der gebildete, selbstsichere und gewandte Jude, in seinen politischen, kulturellen und sozialen Kommentaren unumstritten. Den Künsten gegenüber aufgeschlossen, reich an Auslandserfahrung und parteipolitisch unabhängig, formulierte er seine Ansichten über eine selbstbewusster zu vertretende Politik viel zu entschieden, als dass er nicht im Tagesstreit ein bevorzugtes Feindbild abgegeben hätte. Den meisten Völkischen war er allein schon seines mosaischen Glaubens wegen ein hassens-

werter »typischer Vertreter der jüdisch-börsianischen Journaille«. Ein paar Jahre später setzten die gefährlichen Epigonen dieser Antisemiten ihn bei ihren Strafaktionen und in ihren Straßenschlachten auf die Feme-Mord-Listen. Die Alldutschen schimpften ihn »Vaterlandsverräter«, weil er in seinen Leitartikeln ihre nationalistisch-imperialistischen Ziele nur allzu wirksam widerlegt hatte. Konservative Minister des Kaiserreichs verweigerten Theodor Wolff die erbetenen Interviews, obwohl der Reichskanzler ihn zur selben Zeit zu einem Exklusivgespräch eingeladen hatte. Im Ersten Weltkrieg setzten die Militärs gegen den Widerstand der Politiker einen monatelangen, weit über Deutschland hinaus registrierten und dem Deutschen Reich letztlich zum Schaden gereichenden Schreibverzicht Theodor Wolffs durch. Dagegen sah die erste Regierung der jungen Weimarer Republik Theodor Wolff als Botschafter für Paris vor, doch lehnte er das Angebot des Reichskanzlers Hermann Müller schließlich zugunsten der journalistischen Arbeit ab. Dessen politisch so unterschiedlichen Amtsnachfolger, die Reichskanzler Hans Luther, Gustav Stresemann und Kurt von Schleicher, nutzten Theodor Wolffs langjährige Kontakte zum Quai d'Orsay wiederholt für vertrauliche Missionen.

Theodor Wolffs gesellschaftspolitisches Denken bestimmte seinen Schreibstil. Seine liberale Haltung und seine freiheitlichen Ansichten wirkten sich auf Argumentationsweise und Darstellungsform aus. Sie beeinflussten seine Wortwahl und Diktion, führten zu spezifischen Beispielen und historischen Analogien, prägten sogar Bilder und Metaphern. Den Zeitgenossen sind Theodor Wolffs Belesenheit und seine literatur- und kulturgeschichtliche Bildung am stärksten erinnerlich. In Memoiren, Tagebüchern, Autobiografien und Korrespondenzen stoßen wir auf seinen Namen oder auf Kommentare zu seinen Leitartikeln. Nahezu ausnahmslos beeindruckten der Kenntnisreichtum und die differenzierte Argumentation. Selbstverständlich schien es allen seinen Lesern, dass die ihnen mitgeteilten Fakten immer stimmten. Die Exempla schienen nicht aus entfernten Schultagen herbeigezerrt zu sein oder aus oberflächlicher Schnelllektüre zu stammen. Souverän ging Theodor Wolff mit Zitaten um. Seinen Gegnern hielt er am liebsten ihre sachlich überholten Ansichten und die von ihnen vergessenen oder verdrängten programmatischen Erklärungen vor. Im literarisch-journalistischen Gefecht freute es ihn, »auf glitschigem und abschüssigem Wege einen Halt bei einem berühmten Schriftsteller und einem guten Zitat zu

finden«. Mitunter häufte er jedoch auch zu viel des Guten auf einer einzigen Titelseite an. Es ist nicht nur einmal der Stoßseufzer überliefert, dass seine Kommentare zum Zeitgeschehen mit historischen und literarischen Bildungsgütern so befrachtet gewesen seien, dass man sich bei der Lektüre der eigenen Halbbildung nur allzu deutlich bewusst werde.

Keine Scheu vor offenen Worten

Selbst literarische und kulturelle Themen behandelte Theodor Wolff in enger Beziehung zu den politischen Grundfragen, aus denen sie sich ursprünglich sachlich ergeben hatten. Im Vordergrund stand bei ihm, der nie eng parteipolitisch dachte und handelte, zumeist das Dreieck »Demokratie – Parlamentarismus – Fortschritt«. Wenn wir heute – nach den Erfahrungen aus der Endphase der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur – den damaligen Optimismus auch nicht mehr teilen können, so beeindruckt in unserer Zeit immer noch Theodor Wolffs journalistische Entschiedenheit und die Lauterkeit seines politischen Wollens. Da die Öffentlichkeit der Weimarer Republik von starken monarchistischen und ständischen Vorstellungen bestimmt war und Theodor Wolff die deutliche Formulierung des eigentlichen Problems ebenso wie die journalistische Offensive liebte, setzte er in seinem für die Kandidatur Friedrich Eberts werbenden Porträt bei überholten feudalen Ansichten und den sich darauf gründenden aktuellen Diffamierungen an: »Es wäre vielleicht für Deutschland besser gewesen, hätte man einige solcher Sattlergesellen schon früher herangeholt. In keinem anderen Lande wagte man es noch, von einem Manne witzelnd zu sprechen, weil seine große Leistung nicht aus Familientradition und regelmäßig erledigter Amtsbüffelei entstand. Denjenigen fehlen Selbstbewußtsein und Kulturempfinden, die sich, neidischen und scheelsüchtigen Kasten nachplappernd, vor dem Verdienste eines, der zu ihnen gehört, nicht beugen wollen. Das englische Parlament vom Jahre 1653 hieß »Barabones Parlament«, nach einem Manne, der ebenfalls ein Sattler war. Mit Stolz verzeichnen die englischen Geschichtsschreiber, daß es unter den ersten Mitgliedern des freien Parlaments und unter den besten Staatsdienern jener Aufstiegszeit Schuhflicker wie Hewson und Rolfe, Schneider wie Pemble, gewöhnliche Soldaten wie Skippon, Bedienstete wie Deane, Berners und Horton, Kesselflicker wie Fox, Krämerlehrlinge wie Salvay



Klare Botschaft auf Seite Eins im März 1933.

Autorität durchzusetzen weiß. Er hatte diese Autorität nicht in einer goldenen Wiege gefunden, er borgte sie nicht von vermordeten Ahnen, er sicherte sie sich nicht durch Theaterputz und Treffen, aber sie kam ihm aus dem unerschütterlichen Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volke und der Republik.«

Gegen die Zensoren

Eine sprachlich und inhaltlich ungewöhnlich scharf ablehnende Position nahm Theodor Wolff im Sommer 1918 ein, als er Houston Stewart Chamberlains philosophischen Spekulationen über den »germanischen« und »semitischen« Geist und dessen deutschen Nachschwätzer ironisierte. Ebenso wenig wollte er Zweifel an seiner Einschätzung der geistig-kulturellen und damit auch der politischen

und Whalley gab. Allerdings, der Gerber Kleon in Athen hat in der Geschichte einen schlechten Ruf. Aber Kleon war ein nationalistischer Kriegshetzer, völkisch und athenisch-national. [...] Erst neu-lich hat mir ein Großindustrieller, den man nicht gerade zu den Demokraten rechnet und den seine Kreise besonders ehren, mit warmer Betonung gesagt: »Dieser Ebert ist wundervoll!« Und ein Hochgestellter, der auch kein Demokrat ist, pflegte seine Meinung gern in die Worte zusammenzufassen: »Er ist ein Herr!« In der Tat, Ebert, der »Sattlergeselle« war »ein Herr« – nicht ein Herr mit feudaler Volksverachtung, wohl aber ein Herr, der im Namen eines selbständigen Volkes auftritt und seine

Situation in der Weimarer Republik aufkommen lassen, als er das zeitweilige Aufführungsverbot des in den USA verfilmten Romans »Im Westen nichts Neues« von Erich Maria Remarque angriff. Die Oberzensurstelle hatte die Aufführung am 11. Dezember 1930 verboten. Vier Tage später erinnerte sich Theodor Wolff in der heftigen und politisch polarisierenden Debatte an die Zeit der Dreyfus-Auseinandersetzungen in Frankreich. Nur allzu deutlich standen ihm bei der Niederschrift seine historischen Erfahrungen vor Augen mit einem weithin gesellschaftsfähigen Antisemitismus und Rassismus, mit den Hetzkampagnen von Nationaldemagogen und mit einem, wie er meinte, schimpflichen Opportunismus liberaler Politiker. Deshalb appellierte er an die verantwortlichen Minister und Parteiführer Deutschlands, nicht mit dem Vertrauen des Volkes zu spielen. Es dürften demokratische Einstellungen und Haltungen nicht diffamiert, staatliche Institutionen nicht noch zusätzlich geschwächt und dadurch den wahren Feinden des freiheitlichen Rechtsstaates auch noch entgegengearbeitet werden. Der historische und Zitate gesättigte Rückgriff Theodor Wolffs geht dabei über Frankreich hinaus, sogar noch über das Nibelungenlied hinweg – der Film verzichte auf den hochpathetischen Recken-Ton von »Helden lobebäre« – und schließlich über die griechische Götterwelt bis hin zu Hannibal: »Hannibal ist immer vor den Toren geblieben, weil der römische Senat die Energie zum Widerstand aufbrachte, und in Frankreich hat die Faust Waldeck-Rousseaus schließlich die nationalistischen Republikfeinde gebändigt – bei uns will man offenbar den Nationalsozialismus überwinden, indem man ihm zu der wundervollen Siegesreklame verhilft. [...] Das Verbot ist erfolgt, nachdem zwei Minister, deren Ämter, deren zuständige Mitarbeiter den Film für absolut einwandfrei erklärt hatten, zu der Einsicht gelangt sind, daß weiterer Widerstand gefährlich für ihre ministerielle Stellung sei. Selbstverständlich sagen sie, sie hätten den Film erst jetzt kennengelernt und hätten sich nun nachträglich, sehr opportun, von seiner Schädlichkeit und von der Blindheit ihrer Ressortbeamten überzeugt. Wir haben hier das Reichskabinett Brüning so weit unterstützt, wie das einer unabhängigen Zeitung möglich ist, und wir hätten den Wunsch, das auch weiterhin tun zu können. Erstens, weil die Persönlichkeit Brünings Anspruch auf Sympathie und Achtung hat, und zweitens weil in der Weiterexistenz dieses Kabinetts einstweilen die einzige Möglichkeit liegt, die radikale Flut wieder verebben zu lassen oder zurückzudämmen. [...] Die plötzliche und momentane Furcht, die ein achtzehnjähriger

Krieger bei der ersten Begegnung mit dem Sperrfeuer empfindet, schädigt das Ansehen Deutschlands nicht. Aber das Ansehen Deutschlands und das Ansehen der Regierung werden sehr geschädigt, wenn die vollen Hosen Ministerhosen sind.«

»Sprache der Tatsachen«

Theodor Wolff bevorzugte in seiner Sprache das Florett, nicht den Säbel. Er bediente sich lieber der Ironie und des enthüllenden Zitats als der schwerfälligeren Darlegung von Argumentationsketten. Er wollte seine Leser zum Nachdenken anregen und lehnte es ab, sie mit Bewertungen und Urteilen zu bedrängen. Ein Grundton der Skepsis lässt sich in den Leitartikeln der späten Weimarer Jahre und in seinem literarischen Werk nicht überhören. Doch trat nicht einmal im Exil Resignation an die Stelle seiner letztlich doch optimistischen Grundhaltung. Diese Einstellung bestimmte eine Erfahrung, die Theodor Wolff in einem seiner historischen Berichte erläutert: »Man kann selbst die Menschen nicht mit der endgültigen Gewißheit erforschen, mit der ein wirklicher Historiker die Geschichte eines vor dreitausend Jahren beigesetzten Pharaonen verfaßt. [...] So schwebt über jeder Wahrheit noch ein letztes Vielleicht.« Kann man auf der Suche nach »Wahrheit« weiter gelangen? Einer seiner Kritiker auf dem linken Flügel des politischen Spektrums, der Publizist Kurt Hiller, hat in seinem Nachruf auf Theodor Wolff dessen Streben nach Genauigkeit im Faktischen und nach Wahrhaftigkeit in Darstellung und Argumentation anerkennend hervorgehoben, indem er feststellte, er kenne keinen Journalisten, »der wahrheitsliebender« gewesen wäre.

Theodor Wolff dürfte es nicht überrascht haben, dass der Titel eines seiner Bücher »Vollendete Tatsachen« wiederholt zur Kennzeichnung seiner Einstellung bemüht wurde. Seine »Sprache der Tatsachen« verdichtete sich leitmotivisch und konnte schließlich sogar sprichwörtlich werden. Die von ihm noch während des Krieges 1914/18 vorgelegte Sammlung seiner unter den Bedingungen von Zensur und Presselenkungen entstandenen Artikel stehen ebenfalls zu Recht unter diesem Signum »Vollendete Tatsachen«. Die Erfordernisse der Situation habe der Journalist zu erkennen und angemessen sachlich zu beschreiben,

sein prüfender Blick müsse sich auf die Voraussetzungen, die bestimmenden Faktoren und verantwortlichen Personen richten. Für Wunschvorstellungen gebe es im politischen Journalismus so gut wie keinen Platz. Träume, Visionen und Harmonisierungen aller Art seien höchstens für das Feuilleton brauchbar, denn außerhalb dieses Ressorts gelte es, sich den »fertigen Tatsachen« zu stellen. Auf diese Haltung gründe sich die Glaubwürdigkeit eines Journalisten. Ein Artikel wirke nur dann nachdrücklich, wenn er dem Leser den Eindruck vermittele, der Schreiber vermöge für das, was er spreche, mit voller Sicherheit einzustehen. Deshalb gehöre zur Überzeugungsmacht eines Zeitungsartikels nicht nur seine formale Korrektheit und ein gewisser Abwechslungsreichtum, sondern auch eine ehrlich-schlichte Schmucklosigkeit.

»Einheit aus Eigenwilligen und Eigenartigen«

Theodor Wolff hat sich nie gedrängt gefühlt, sein journalistisches Tun einmal systematisch und mit methodologischem Anspruch darzustellen oder sein Schreiben in der Öffentlichkeit zu reflektieren. Selbst als Willy Haas ihn aufforderte, für die *Literarische Welt* im Kreis von weiteren Chefredakteuren einmal über das »Zeitungsmachen« zu berichten, hat er sich nur widerwillig dazu bereit erklärt, einige allgemeine Gedanken niederzuschreiben. Sie handeln das eigentliche Thema kurz ab, um sich ausführlicher mit der »Organisation der Geister« auseinander zu setzen, denn das Ideal bestehe darin, erklärte Theodor Wolff, verschiedene Individualitäten um sich zu versammeln, Nivellierung zu vermeiden, allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit in ihrer Redaktion zu ermöglichen und »aus all den Eigenwilligen und Eigenartigen eine Einheit zu bilden«. Dieser Haltung müsse jeglicher Versuch widerstreben, alle Mitarbeiter auf einen Stil und das Blatt damit auf einen Jargon zu trimmen. Theodor Wolff vermutete nicht zu Unrecht, dass solche qualvolle Manier lediglich geeignet sei, Gedanken-
dürre zu verbergen.

Andererseits kannte er die schwierige Aufgabe des Journalisten, im täglichen Kampf um Beachtung und Erfolg originell, farbig und eindrucksvoll sein zu müssen. Seichter sprachlicher Manierismus konnte für ihn jedoch ebenso wenig eine Lösung des Problems sein wie das Hineinwuchern der schreienden Rhetorik

aus den Überschriften in die Texte. »Es empfiehlt sich«, mutmaßte er in der *Literarischen Welt*, »in einer Zeitung Schweres und Nüchternes gefällig vorzutragen, wenn man hurtig vorbeieilende, zerstreute Leser für eine Idee gewinnen will. Aber fürchterlich ist die wässrige, plätschernde Anmut gewisser Plauderkünstler, und an die Wand der Redaktionszimmer sollte man das Goethesche Wort schreiben, dass ›getretener Quark breit wird, nicht stark.«

Theodor Wolff fand seine Vorbilder für einen angemessenen journalistischen Stil zwar sowohl in der deutschen Klassik wie in der Gegenwartspublizistik, doch sah er sie in ungleich größerer Anzahl unter den Franzosen. Er nennt ausdrücklich Anatole France, Emile Zola, Georges Clemenceau und Stendhal mit seinen »petits faits«, Goethe, Kleist, den Fürsten von Bülow, Gustav Freytag und Victor Auburtin. Anatole France bewunderte er außerordentlich, denn dieses Sprachgenie arbeite behutsam wie ein Diamantschleifer und überlasse beim Niederschreiben nichts dem Zufall. Theodor Wolffs Urteil über den Politiker Clemenceau schwankte erheblich, allein seine Bewunderung für den Journalisten und Redner blieb bestehen, denn Clemenceau besitze eine Reihe von Eigenschaften, die urfranzösisch seien: »den blendenden Witz, die schneidende Ironie, den verblüffenden Elan, die künstlerische und gesellschaftliche Verfeinerung, das kalte Feuer und die rastlose, sprudelnde Lebendigkeit«. Er sei einer der geistreichen und blendendsten Redner. In der parlamentarischen Debatte brilliere er als geschicktester und als fortreibendster unter seinen Kollegen. Der klare Fluss seiner Sprache, den amüsanten Wechsel seiner Einfälle, die »frische Verve« seiner Angriffe und nicht zuletzt die logische Schärfe seiner Beweisführung gestatteten es, ihn den größten polemischen Journalisten unserer Tage zu nennen.

Im Weltkrieg 1914/18 hatte Theodor Wolff den annexionistischen Kurs der Reichsregierungen kritisiert. Die Schwert-Rhetorik Wilhelms II. und die Phrasen der zahlreichen literarischen »Schreibtisch-Helden« ließen ihn sogar einmal über den Sinn internationaler Journalistenschulen nachdenken. Doch letztlich hielt er von dergleichen Unternehmungen nicht viel. Er setzte auf die Kraft des Phantasiereichtums sowie auf die Unkonventionalität des Talents und dessen Willen zum Ausharren. Denn auch auf das Genie warte nicht die Sternstunde. Sie müsse vorbereitet werden. Wer die Zweifler besiegen und die Lauen gewinnen wolle, der benötige einen kräftigen und langen Atem. Eine Melodie müsse oftmals

vorgetragen werden; variationsreich und so ausdauernd, bis sich das Ohr an den neuen Ton gewöhnt habe.

Gründung der »Deutschen Demokratischen Partei«

Selbst in der praktischen Politik schlug Theodor Wolff einen ähnlichen Weg ein. Doch zeigte er auf diesem ihm weniger vertrauten Parkett nicht eine vergleichbare Kraft und eine ähnliche Ausdauer. Er gründete in der politischen Euphorie des Novembers 1918 zusammen mit Alfred Weber und Otto Fischbeck die »Deutsche Demokratische Partei«, kritisierte in den folgenden Monaten die Räteherrschaft und die Annahme des Versailler Vertrags und griff später sogar noch mit zwei anspruchsvollen Büchern in die Debatte über die Kriegsschuldfrage ein. Doch bereits nach einem Jahr praktischer Erfahrung mit dem Parteileben »leidend unter Fraktionszwang, organisatorischen Schwerfälligkeiten und einem verblässenden konzeptionellen Profil« zog sich Theodor Wolff sukzessive auf seine redaktionelle Arbeit zurück. 1926 trat er schließlich wegen eines fundamentalen Dissenses mit seinen liberalen Parteifreunden in der Kulturpolitik (sog. Schmutz- und Schundgesetz) aus der Partei aus. Diesen Schritt registrierte die Öffentlichkeit ebenso aufmerksam wie seine entschiedene publizistische Unterstützung der Politik des Außenministers Gustav Stresemann und seine zu Beginn der 30er Jahre wiederholten Aufforderungen an die Demokraten, sie sollten die Voraussetzungen für eine gemeinsame Front gegen KPD und NSDAP schaffen. Er hatte erkannt, dass die Gemäßigten, die Liberalen, traditionell die Kräfte des Ausgleichs und der Konfliktminimierung, langfristig keinen Rückhalt im parlamentarischen und öffentlichen Leben mehr fänden, wenn den Extremisten aus Schwäche ein zu großer Bewegungsraum zugebilligt würde.

Antisemitismus und »Judenfrage« bildeten für Theodor Wolff keine bedeutenden Themen. Im November 1923 hatte bereits sein Name auf den Mordlisten der rechtsradikalen Verbände und der Nationalsozialisten gestanden. Keine geschliffene Phrase, keine dunstige Ideologie, schrieb er damals, könne darüber hinwegtäuschen, dass die Nationalsozialisten mit ihrem Geschrei nach umstürzender Gewalt, mit der Rassenverhetzung und der Rohheit lediglich gemeine Pöbeltriebe aufreizten und zu Verbrechen trieben. »Würde man eine Unter-

suchung vornehmen können, so würde man unter den von alten Weibern verhätschelten und von ungebildeten Großindustriellen protegierten Wanderpropheeten des Nationalismus nicht wenige pathologisch interessante Gehirne feststellen. [...] Die Benebelten, die mit Theorien nichts anzufangen wissen, greifen zum praktischen Revolver und schießen los.«

Auseinandersetzung mit seiner jüdischen Herkunft

Erst im Exil und dabei vor allem in seinem Manuskript »Die Juden« hat Theodor Wolff sich gründlicher mit dem Judentum, dem Antijudaismus und mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten auseinandergesetzt. Er tat es im vollen Bewusstsein der quälenden Ungewissheit über sein eigenes späteres Schicksal in einer sich unaufhaltsam verschlechternden Exilsituation, in nur geringer Kenntnis der nationalsozialistischen Mordtaten – von einem systematisch betriebenen Massenmord an den Juden ahnte er nichts – und auch nur unvollständig informiert über die Mitwirkung der französischen Sicherheitskräfte an den Verfolgungen in seiner unmittelbaren Umgebung. Alles, was er in Nizza über Kollaboration der französischen Exekutive mit der Gestapo erfuhr und erlebte, musste ihn noch tiefer enttäuschen als das Verhalten der Italiener. In dem Vichy-Frankreich wollte er, nachdem seine Anfang der 40er Jahre halbherzig erfolgten Ausreisepäne gescheitert waren, eine zwar schwache, doch prinzipiell nicht unzuverlässige Bastion der Freiheit sehen. Deshalb stößt man in seinen Ausführungen über »Die Juden« auf eine heute sprachlich-inhaltlich irritierend wirkende Zurückhaltung im Urteil über die Verfolger. Mit der breiten Masse der geflüchteten Juden verband den geachteten, gebildeten und zeitlebens um Assimilation bemühten Theodor Wolff wenig. Über ostjüdische Emigranten vermochte er sich, wie zahlreiche andere deutsche Juden, keineswegs freundlich, ja in geradezu abschätziger Überheblichkeit zu äußern. Theodor Wolff hat so gut wie nie eine Synagoge besucht, erzählte sein Sohn Rudolf, dennoch habe er seinen Glauben nicht verleugnet. »Ich verstehe, daß Menschen, die immer herumgestoßen und aus ihrem Boden gerissen werden, eine Heimat brauchen, in der sie sich verwurzelt fühlen. [...] Wenn hinter den Fenstern einer benachbarten Wohnung ein frommes Ehepaar die Sabbatlichter anzündet, so sind das zwar nicht meine Kerzen, aber ihr Licht ist warm.«

Endphase der Weimarer Republik

In der Endphase der Weimarer Republik sah er die größte Gefahr für die Demokratie von den Nationalsozialisten ausgehen und empfahl deshalb zum Entsetzen seiner liberalen Parteifreunde öffentlich, in dieser Ausnahmesituation nicht die rechtsliberale Splitterpartei, die neu gegründete »Deutsche Staatspartei«, sondern die SPD zu wählen. Darin drückte sich kein politischer Kurswechsel aus, sondern lediglich politischer Pragmatismus. Die letzten Leitartikel beschworen wie zuvor nachdrücklich freiheitliche, politische Ideale und zeichneten ein düsteres Szenarium rechts- und linksradikaler Politik. Denn es sei schließlich ein geringer Unterschied, ob »statt des rechten Fußes der linke auf dem Nacken der Demokratie« stehe. Theodor Wolff musste nach dem Reichstagsbrand (27./28. Februar 1933) unter Lebensgefahr aus Berlin fliehen. Zwei Wochen später verbrannten die Nationalsozialisten seine Bücher. Ihr »Feuerspruch« lautete: »Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewußte Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff.« Am 27. Oktober 1937 erkannte ihm das nationalsozialistische Regime offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft ab. Im Frühjahr 1933 war er zuerst nach Österreich geflohen, dann in die Schweiz. Doch die eidgenössischen Behörden hatten ihm den erhofften Schutz verweigert und ihm lediglich ein



*Blick in eine ungewisse Zukunft:
Theodor Wolff im französischen Exil*

linksradikaler Politik. Denn es sei schließlich ein geringer Unterschied, ob »statt des rechten Fußes der linke auf dem Nacken der Demokratie« stehe. Theodor Wolff musste nach dem Reichstagsbrand (27./28. Februar 1933) unter Lebensgefahr aus Berlin fliehen. Zwei Wochen später verbrannten die Nationalsozialisten seine Bücher. Ihr »Feuerspruch« lautete: »Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewußte Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff.« Am 27. Oktober 1937 erkannte ihm das nationalsozialistische Regime offiziell die deutsche Staatsbürgerschaft ab. Im Frühjahr 1933 war er zuerst nach Österreich geflohen, dann in die Schweiz. Doch die eidgenössischen Behörden hatten ihm den erhofften Schutz verweigert und ihm lediglich ein

Visum für einen Kurzaufenthalt ausgestellt. Schließlich fand Theodor Wolff in seinem geliebten Frankreich einen Exilort.

Exil in Nizza

In Nizza lebte er sich unter relativ günstigen Umständen schnell ein, verfasste literarische und historische Werke, setzte sein Tagebuch fort und schrieb Teile seiner Erinnerungen nieder. »Anfangs kaufte er sich am Kiosk beim Casino de la Jetée [in Nizza]«, erzählte Egon Erwin Kisch in seinem mexikanischen Exil über Theodor Wolff, »gelegentlich das *Berliner Tageblatt* und schüttelte fassungslos den Kopf über den Tiefstand, der an der einst von ihm verwalteten Stelle Platz gegriffen. Nach dem 30. Juni 1934, so erzählte er dem Schreiber dieser Zeilen, kaufte ich mir das Blatt sogar aus Interesse; ich wollte sehen, was die Bürschchen über die Ermordung von Röhm sagten, dem sie immerfort ganz besonders Weihrauch gestreut, ihn, wenn auch in versteckter Form, über Hitler gestellt hatten. Da sah ich über die vier Spalten die ersten Seiten mit den größten Lettern die Überschrift: Durchgegriffen! Seither habe ich das *Berliner Tageblatt* nie mehr in die Hand genommen.«

Die autobiografischen Berichte über das Kaiserreich und die Weimarer Republik erschienen 1936 unter dem Titel »Der Marsch durch zwei Jahrzehnte« im Verlag Allert de Lange; im selben Jahr gab es eine englische und 1937 eine französische Übersetzung. An den publizistischen Fernkämpfen gegen den Nationalsozialismus beteiligte er sich prinzipiell nicht. Mit Erich Kästner teilte er die Meinung, ein Schneeball lasse sich aufhalten, nicht jedoch eine Lawine. In der Zeit der Demokratie und Freiheit hatte er seine politische und gesellschaftliche Aufgabe als politischer Mensch und Journalist gesehen. Ein autoritäres oder totalitäres Regime funktionierte nach Prinzipien, die sich auch auf die Presse verhängnisvoll auswirkten. In einer bislang unveröffentlichten Aufzeichnung aus dem Exil heißt es dazu: »In keinem autoritär geleiteten Lande kann die Presse handelnde Person sein, immer ist sie nur der begleitende Chor. Und auch nicht der antike Chor, der Chor des Ödipus, der nach freiem Ermessen lobsingend oder beschwörend seine Stimme erhob. Das gehört zu den Lebensnotwendigkeiten des Systems, der autoritäre Staat könnte nicht anders bestehen. Aber eine Abweichung vom ursprünglichen Prinzip ist es, wenn unter dem bolsche-



Von den Nazis in den Tod getrieben: Auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee fand Theodor Wolff seine letzte Ruhestätte (vorne links).

wistischen Regime innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaft die Diskussionsfreiheit, das Recht auf Kritik abgeschafft worden ist. ›Diktatur des Proletariats‹ war ein ziemlich enger Begriff, aber es kann innerhalb dieser verengerten Welt, diese Welt der Masse, noch etwas wie eine öffentliche Meinung geben, gewissermaßen sogar einen für diese proletarische Masse reservierten Rest von Demokratie. Der ›Führergedanke‹, in einer persönlichen Diktatur verwirklicht, stand nicht im Testament Lenins. Es leuchtet ein, daß eine exakt dirigierte Presse die Regierungsarbeit erleichtert, oder doch zumindest nicht behindern kann. Die Politik kann sich wie auf einer eingezäunten einseitigen Autostraße bewegen, kein Huhn, keine Gans laufen im unpassenden Moment über den Weg. Aber neben den Vorteilen der scharfen Reglementierung stellen sich auch einige Nachteile ein. Das Ausland verzeichnet die Äußerungen einer solchen ›öffentlichen Meinung‹ mit Vorbehalt, es vermag aus ihnen eine wirkliche Volksstimmung nicht herauszulesen, es sieht nur das Wunder der Disziplin. Sodann – die Bremsvorrichtungen, die aus der Existenz der Parteien, aus der Verschiedenheit der Ansichten, aus der Möglichkeit der Kritik sich ergeben, sind fortgenommen. Wie

die Beine der riesenhaften Massenarmee marschieren alle gedruckten Worte in der gleichen Richtung und zum gleichen Ziel. Es ist ein allgemeines Vorwärtsdrängen, und ein Zurück ist ein Manöver, das sich nur unter einem sehr geschickten Kommando glatt ausführen läßt. »Dynamik« ist eines jener Modeworte, die irgendwo auftauchen und die dann sehr bald auf jeder literarischen Suppe schwimmen. Es ist mit einer übertriebenen, nicht vorsichtig gelenkten Dynamik wie mit der Tanzleidenschaft jenes Fräuleins, das nicht aufhören konnte herumzuwirbeln, und tanzend in die Hölle geriet.«

Am Vormittag des 23. Mai 1943 verhafteten die nach Südfrankreich, in den Vichy-Staat vordringenden Italiener Theodor Wolff im Auftrag der Gestapo und lieferten ihn seinen Widersachern aus. In kurzer Zeit trieben jene den geschwächten alten Mann in Krankheit und Tod. Er starb am 23. September 1943 nach einer zu spät gestatteten Operation im Jüdischen Krankenhaus in Berlin. Sein Grab findet sich heute in der Ehrenreihe des dortigen Friedhofs. Der ehemalige Blumenmarkt in der Nähe des alten Berliner Zeitungsviertels trägt seit 1988 den Namen Theodor-Wolff-Park; eine Schautafel präsentiert dort ausgewählte Leitartikel im jährlichen Wechsel.

Alle in diesem Beitrag veröffentlichten Fotos entstammen dem Teilnachlass von Theodor Wolff, der sich im Besitz der Freien Universität Berlin befindet.

Verzeichnis der wichtigsten Werke

Theodor Wolff: *Der Journalist; Der Publizist; Der Chronist*, hg. von Bernd Söse-
mann, 3 Bde., Düsseldorf/München 1993-1997. – Bernd Söse-
mann: *Theodor Wolff: Ein Leben mit der Zeitung*, Stuttgart, 2. überarb. Auflage, 2012. – *Erleb-
nisse, Erinnerungen, Gedanken im südfranzösischen Exil*, hg. von Margrit Bröhan,
Boppard 1992. – *Die Juden*, hg. von Bernd Söse-
mann, Königstein 1984. – *Tagebücher 1914-1919*, hg. von Bernd Söse-
mann, 2 Bde., Boppard 1984. – Jür-
gen Fröhlich/Bernd Söse-
mann: *Theodor Wolff: Journalist, Weltbürger, Demokrat*,
Berlin 2004 – Reingard Porges: *Theodor Wolff, The Writer in Exile 1933-1943*,
Münster 2010. – Söse-
mann: »Ich will mir gern die Finger verbrennen.« *Der Journal-
ist Theodor Wolff*, Berlin 2009. – Söse-
mann: »Es ist im Grunde eine schöne
Zeit« *Vater-Tagebuch 1906-1913. Mit ausgewählten Dokumenten*, Berlin 2018.

Bereits zu Lebzeiten Theodor Wolffs sind erschienen

Die stille Insel, Schauspiel, Berlin 1894. – *Die Sünder*, Berlin 1894 (Köln
²1909). – *Niemand weiß es*, Stück in 3 Aufzügen, München 1895. – *Pariser Ta-
gebuch*, München 1908 (²1908; Berlin ³1927). – *Vollendete Tatsachen 1914-
1917*, Berlin 1918. – *Das Vorspiel*, München 1924 (Paris 1926). – *Der Krieg des
Pontius Pilatus*, Zürich 1934; (London 1935, Paris, New York 1936, Prag 1937).
– *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936; London 1936, Paris
1937 (Neuausgabe 1989 unter dem Titel: *Die Wilhelminische Epoche*). – *Die
Schwimmerin*, Zürich 1937.

Der Autor

*Professor Dr. Bernd Söse-
mann (geboren 1944) ist Historiker und Leiter der
Forschungsstelle AKiP am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität
Berlin. Als pensionierter Professor für Allgemeine Publizistik mit dem Schwer-
punkt Neue Geschichte gibt er die »Beiträge zur Kommunikationsgeschichte«
heraus und hat unter anderem Schriften, Tagebücher und Korrespondenzen
Theodor Wolffs veröffentlicht. Seit 1992 ist er Mitglied im Kuratorium Theodor-
Wolff-Preis.*

Die Nominierten und ihre Arbeiten

Er ist Sexualstraftäter, rückfallgefährdet – und frei. Kann das gutgehen? – Mehr Berlin

DER TAGESSPIEGEL

HEUTE MIT
Klimawandel
Wahlrecht



Plötzlich Weltchef:
Tesla-Chef **Elon Musk**
lässt Grunheide tra...

Wütende Bauern:
... sie die neuen
Seite 2

Winterblues:
Zehn Tipps für
bessere Laune – Seite 32

BERLIN, 26. NOVEMBER 2015 15 UHR

BRUNNEN | FOTO: MICHAEL M. HADAD / GUESS.COM



Verleger Friedrich war Stasi-IM

„Berliner Zeitung“, Besitzer spricht von Zwangssituation

Beizee. Der neue Eigentümer der Berlin-Verlag, Jürgen Friedrich, hat für die DLR-Abstammung erklärt, dass er bei seiner Übernahme der Zeitung gezwungen wurde, dass die „Berliner Zeitung“ Reichlich geschuldeten Stasi-Funktionären zu übergeben. Friedrich hat erklärt, dass die Übernahme in seiner Zeit als Unternehmensleiter der Berliner Volksarmee unter dem Druck eines „Brennens“ der Stasi über Kontakte herbeigeführt sind, die sich nicht durch andere Faktoren lösen. Friedrich hat erklärt, dass er sich nicht geschuldeten Stasi-Funktionären hat übergeben. Friedrich hat erklärt, dass er sich nicht geschuldeten Stasi-Funktionären hat übergeben.

Umwelt

Beizee. Die Stasi-Funktionäre in der Bundeswehr sind die größten Arbeitgeber für Stasi-Funktionäre in Deutschland. Die Stasi-Funktionäre sind die größten Arbeitgeber für Stasi-Funktionäre in Deutschland. Die Stasi-Funktionäre sind die größten Arbeitgeber für Stasi-Funktionäre in Deutschland.

Habeck erl...

...

Windenergie Die Zukunft liegt in der Luft

Von **Andreas Frenn**

Die Mitte des Jahres ist der deutsche Windkraftmarkt in der zweiten Jahreshälfte im Wachstum. Die erneuerbare Energien sind die größten Lieferanten für die deutsche Wirtschaft, vor allem die Erneuerbaren Energien. Die Erneuerbaren Energien sind die größten Lieferanten für die deutsche Wirtschaft, vor allem die Erneuerbaren Energien. Die Erneuerbaren Energien sind die größten Lieferanten für die deutsche Wirtschaft, vor allem die Erneuerbaren Energien.



Theodor-Wolff-Preis

Katja Füchsel, Jahrgang 1966, ist in Berlin geboren und im Westteil der Stadt aufgewachsen. Sie hat an der Freien Universität Linguistik, Publizistik und Rechtswissenschaften studiert und als Magistra abgeschlossen. Für den Tagesspiegel arbeitet sie seit 1995, zunächst als freie Autorin, dann als Redakteurin. 2005 wurde sie stellvertretende Ressortleiterin der Lokalredaktion. 2013 wechselte sie zur Dritten Seite, übernahm 2014 deren Leitung und verantwortete später auch die Beilage Mehr Berlin. Im September 2019 ist Füchsel nach 14 Jahren „Innendienst“ wieder auf die Autorensseite gewechselt: Als Redakteurin für besondere Aufgaben kümmert sie sich um Großrecherchen und Reportagen zu den Themen Justiz und Kriminalität..

KATJA FÜCHSEL ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage lokal« für ihren Beitrag »Verdammt«, erschienen am 16. November 2019 in *Der Tagesspiegel*.

Verdammt

Von Katja Fücksel

Irgendwann steht er vor dem Spiegel, brüllt: »Du bist ein elender Kinderficker!« Torsten Sieberts Taten sind unverzeihlich. Er gilt als rückfallgefährdet, doch er lebt in Freiheit. Kann das gut gehen?

Sie wissen ganz genau, was sie mit einem wie ihm anstellen würden. Torsten Siebert sagt, dass er erst am Tag zuvor wieder neben zwei Männern in der S-Bahn gesessen habe, die sich mit ihren Ideen lautstark überboten. Wegsperrten, fauchte der eine, für immer. Schwanz ab, der andere, oder am besten gleich die Rübe! Torsten Siebert wusste, dass er gemeint ist, und tat, als hörte er nichts.

Seit zweieinhalb Jahren ist Siebert draußen, was nicht heißt, dass er frei ist. Er ist einer von 239 entlassenen Sexualstraftätern, die in Berlin unter besonderer Beobachtung leben, weil Gericht und Polizei befürchten, dass sie rückfällig werden könnten. Es sind Vergewaltiger und Pädophile, darunter etliche Wiederholungstäter, die sich nach vielen Jahren Gefangenschaft jetzt frei in der Anonymität der Großstadt bewegen. Männer wie Siebert, die ihr Leben lang am Rand der Gesellschaft gelebt haben und nun Teil von ihr werden sollen. Einer Gesellschaft, die sie fürchtet und ächtet, weil sie sich an ihren Schwächsten vergangen haben. Kann das gut gehen?

Die Berliner Polizei hat jeden der Risikokandidaten im Blick, gibt aber keine Zahlen oder Details zur Überwachung preis. Auch der Stadtplan, auf dem Ermittler im Landeskriminalamt die Wohnorte der rückfallgefährdeten Sexualstraftäter mit bunten Plastikpikern markiert haben, bleibt geheim: um bei der Bevölkerung eine Panik zu vermeiden und die Entlassenen vor Übergriffen zu schützen. Auch wir haben alle Namen und Orte, die Rückschlüsse auf den echten Torsten Siebert geben könnten, verfremdet.

Zum Reden will Torsten Siebert raus, wo niemand lauschen und ihn dafür hassen kann, wo er beim Denken laufen, rauchen kann. Dieser schmale Mann mit den freundlichen braunen Augen, der sich immer etwas kleiner zu machen scheint, als er mit seinen 1 Meter 72 ist, hat nichts mehr zu beschönigen, mit 54 Jahren, nach drei Haftstrafen und Sicherungsverwahrung. »Ich weiß ja, was ich getan habe«, sagt Torsten Siebert, als er sich im Berliner Zoo auf eine Bank setzt. Ein Wasserbüffel schaut in seinem Gehege auf, kaut auf einem Bündel Heu herum.

Siebert zieht ein Päckchen Red-Bull-Tabak, einen Drehapparat und Blättchen aus seiner schwarzen Schultertasche. »Wasserbüffel«, sagt Siebert, »haben die ooch in China uff den Reisfeldern.« Er spricht das harte, unverstellte Berlinisch, dass man meist nur noch in Brandenburg hört. Beim Drehen seiner Zigarettentanz tanzen die Fingerknöchel unter verblassten Narben. Bevor Torsten Siebert entlassen wurde, hat er sich die Tätowierungen, ein Kreuz, eine Spinne und einen Ring, von seinen Händen schleifen lassen. Die übrigen Knast-Tattoos (»Hundeköpfe, Frauenköpfe, Monsterköpfe, Spinnenköpfe «), die sich über Arme, Rücken und Beine verteilen, wäre er auch am liebsten los.

Dass Siebert jetzt hier im Zoo auf die Tiere in ihren Käfigen schauen kann, liegt nicht an seiner Reue. Es liegt auch nicht an seiner guten Führung, dass er den Rauch in den blauen Herbsthimmel pusten kann, obwohl er seine eigene Schwester, die Nichte seiner Frau und seine Stieftöchter vergewaltigt hat und gerade mal 18 Monate in Sicherungsverwahrung saß, nachdem er seine letzte Haftstrafe abgesessen hatte. Vor dreieinhalb Jahren entscheidet sich Siebert im Knast für die Spritze, unterdrückt seine Triebe mithilfe von starken Medikamenten.

Anfang September, es ist einer dieser Berliner Spätsommertage, die sich nach Hochsommer anfühlen, als Siebert morgens um 9 Uhr eine Treppe zum zweiten Stock hochsteigt. Er hat die Ärmel seines Hemdes hochgekrempt, an seiner Halskette hängt ein silbernes Kreuz. Weil er's mag, nicht weil er glaubt. »Forensisch-Therapeutische Ambulanz« steht auf dem Klingelschild. Die Tür ist mit Gegensprechanlage und Kamera gesichert. In der FTA, untergebracht in der ehemaligen Wäscherei der Justizvollzugsanstalt Tegel, neben dem Haupttor an der Seidelstraße, kümmern sich Ärzte und Therapeuten um die harten Fälle: 100 Gewalttäter, Pädophile, auch Mörder und Totschläger, viele mit schwieriger Prognose.

Es ist Zeit für Sieberts Drei-Monats-Depot: Im Labor, einem Ärzezimmer mit Liege, Körperwaage, Kühlschrank, setzt sich Siebert auf den Patientenstuhl und bekommt 11,25 Milligramm Salvacyl in den rechten Arm injiziert. Salvacyl, einst entwickelt für die Krebstherapie, gilt heutzutage als das wirksamste Mittel für die antiandrogene Behandlung.

Der Wirkstoff hat Nebenwirkungen, er verändert die Knochendichte, führt zu Schmerzen und Hitzewallungen. Trotzdem will Siebert nie wieder ohne. »Ich lebe ja auch viel ruhiger«, sagt er. Früher habe nur das Eine sein Leben be-

stimmt, ihn jeden Tag aus dem Haus getrieben, selbst auf seinen Freigängen habe er nach jungen Frauen und Mädchen Ausschau gehalten, um sich mit »neuem Stoff für Fantasien« zu versorgen. Was er wohl in seiner Zelle getan habe, als man ihn nach seiner ersten Vergewaltigung geschnappt hatte, fragt Siebert und gibt die Antwort gleich selbst. »Ick hab an die Tat jedacht und mir einen von der Palme jewedelt.«

Zurzeit regt sich bei Siebert nichts mehr. »Viele fühlen sich befreit, wenn das Kopfkino aufhört und der Stress nachlässt«, sagt Tatjana Voß, die Leiterin der Ambulanz. 2016 verabreicht ihm ein Gefängnisarzt das erste Mal Salvacyl, nachdem er beim Gefangenen einen hohen Testosteronwert gemessen hatte. Während bis zu 25,7 Nanomol pro Liter als normal gelten, lag Sieberts Wert bei 36,3.

Die antiandrogene Behandlung wirkt im hormonregulierenden Zentrum des Gehirns, der Hypophyse, wo Fortpflanzung und Sexualität des Menschen gesteuert werden. Als die Testosteronwerte in Sieberts Körper sinken, lassen auch die Fantasien nach.

Von ihrem Schreibtisch blickt Tatjana Voß auf die stacheldrahtgesicherten Mauern von Deutschlands größtem Gefängnis. »Das Allerwichtigste ist der Schutz der Kinder«, sagt die Psychiaterin. Immer nur über Wegsperrern zu sprechen und die Täter auf Lebenszeit auszugrenzen, erhöhe die Gefahr zusätzlich. Nicht nur in Deutschland, auch in Neuseeland und den USA habe sich gezeigt, dass die Therapie »am wirksamsten ist, wenn man mit Sexualstraftätern respektvoll und human umgeht«. In aktuellen Studien gehe man derzeit von einem einschlägigen Rückfallrisiko für Sexualdelikte von knapp zehn Prozent aus. Die FTA liege mit 7,5 Prozent trotz ihrer besonders schwierigen Klientel darunter.

Ärzte, Therapeuten, Suchthelfer, Sozialarbeiter, Bewährungshelfer, Richter, Polizei – es ist ein Netzwerk, das von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt in Berlin zu verhindern versucht, dass es trotz schlechter Sozialprognose zu Rückfällen kommt. Alle Stellen stehen miteinander in Kontakt und informieren im Idealfall einander umgehend, wenn der Kandidat zu schlingern beginnt.

Im LKA 13 kümmert sich die Zentralstelle Spree (Sexualstraftäter Prävention bei Rückfallgefahr durch Eingriffsmaßnahmen und Ermittlungen) seit zehn Jahren um »Vollverbüßer aus dem Hochrisikobereich«. Nach seiner Freilassung hat Siebert von den zivilen Beamten öfter Besuch bekommen. Als der Verdacht aufkommt, dass er wieder trinkt, obwohl ihm das für die Zeit der Führungsauf-

sicht verboten ist, observieren sie ihn. Es entsteht ein Schnappschuss, als Siebert bei Penny sechs Flaschen Bier aufs Band legt. Als er mit einem Freund nach Dresden fährt, bittet »Spree« die sächsischen Kollegen, im Hotel vorbeizuschauen. Der positive Alkoholtest kostet Siebert im Januar 2018 eine Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu jeweils 20 Euro.

Im Berliner Zoo dreht Siebert, die Hände in den Taschen seiner schwarzen Thermojacke vergraben, jetzt seine Runden. Er schaut kaum auf, will nichts essen, nichts trinken, nur reden: über sein Leben, seine Schuld, seine Hoffnung. Ginge es nach ihm, also dem Siebert, der heute auf jeden Sex verzichtet, wäre die Spritze für alle Sexualstraftäter Pflicht – Grundrechte hin, Grundrechte her. »Und zwar schon für die, die Bilder von den Kindern angucken. Das ist doch nur der Anfang, die wollen später doch mehr.« Ihm mache keiner was vor, er wisse das aus eigener Erfahrung.

Geboren ist Siebert im Jahr 1965, das siebte von 13 Kindern, auf einem Bauernhof in der brandenburgischen Provinz. Der Vater und die älteren Brüder arbeiten bei der LPG, die jüngeren Geschwister müssen nach der Schule auf dem Hof helfen. Die Mutter ist eine unnachgiebige Frau, die die Kinder zur Strafe an die Heizung kettet oder auf den Pflaumenbaum schickt. »Unten band sie den bissigen Schäferhund fest«, sagt Siebert.

Er ist elf, als die Mutter stirbt, Darmverschluss. Die fünf Jüngsten kommen ins Heim, wo sich Torsten zum Problemkind entwickelt und am Abschluss der 8. Klasse scheitert. Ein dicker Junge, der schüchtern ist bis zur Sprachlosigkeit. Er ist 14, als der Vater erneut heiratet und die Kinder zurück nach Hause holt. Die Stiefmutter schlägt ihn, »bis mir der Knoten geplatzt ist«. Er reißt ihr den Gürtel aus der Hand und ihn ihr quer übers Gesicht.

Torsten kommt wieder ins Heim, schwänzt die Schule, reißt aus, muss nun in den Jugendwerkhof, schwänzt weiter. »Ich wusste, dass mich zu Hause keiner will – aber ich wollte immer wieder zurück.« Er fährt per Anhalter nach Leipzig, wo ihn zwei Männer ansprechen, die ihn mitnehmen, in einen Keller stoßen, vergewaltigen, verprügeln. Nach Stunden gelingt ihm die Flucht, nackt rennt er durch die Hinterhöfe, reißt von einer Wäscheleine eine Uniformhose und fällt darin der Volkspolizei am Bahnhof auf. Die schickt ihn zurück ins Heim – das war's. Für alles andere gilt: Was es nicht geben darf im Sozialismus, gibt es nicht. Siebert beginnt zu saufen.

Mit 16 wird der Junge für drei Monate in den berüchtigten Jugendwerkhof Torgau geschickt. Ein Spezialkinderheim mit hohen Mauern und Gittern vor den Fenstern, wo Drill und Misshandlungen zum Alltag zählen. »Da ging's richtig zur Sache«, sagt Siebert. Die ersten drei Tage verbrachte er im Bunker, eine rundum geflieste Zelle, an jeder Wand eine Öffnung in zehn Zentimetern Höhe. »Da haben sie morgens das Wasser reingelassen, damit man sich tagsüber nicht hinlegen kann.«

Zurück auf dem ersten Jugendwerkhof beendet er 1983 eine Lehre zum Betonwerkerhelfer, wird es aber sein ganzes Leben nie länger als einige Monate bei einem Arbeitgeber aushalten. Bei der GST, der Gesellschaft für Sport und Technik, verdient er sich seine ersten roten Streifen auf der Uniform. Die GST, eine Massenorganisation der DDR, ist auch für die vormilitärische Ausbildung zuständig. Siebert bekommt seine eigene Kompanie und fühlt ein großes Glück, wenn er sie durch den Schlamm kriechen lässt: »Ich bin oben und ihr da unten. Ich kann machen, was ich will, ich kann euch bestrafen, und ihr habt mir zu gehorchen!«

Es klingt wie ein Erweckungserlebnis. Siebert hat da längst eine »dissoziale Persönlichkeitsstörung« entwickelt, kann keine Schuld und kein Mitleid fühlen, kennt keine Rücksicht, kein Verantwortungsgefühl, denkt nie an morgen und immer nur an sich. »Wenn ich Druck hatte, war's völlig egal, ob das Opfer elf, 23 oder 30 war, völlig wurscht.«

1986 lernt er seine erste Freundin kennen. Aus der sechswöchigen Beziehung geht eine Tochter hervor, er zieht weiter, zahlt nie Unterhalt. Mit 24 kommt er mit Anke zusammen, sie heiraten und bekommen drei Kinder. »Auch zu diesen Kindern hielt der Angeklagte keinen Kontakt«, steht im Urteil des Landgerichts Potsdam von 2007. Als das erste Kind zur Welt kommt, ist Siebert mit seinen Fantasien schon längst nicht mehr bei Anke.

Je mehr Siebert trinkt, umso gefährlicher wird er. Im August 1992 vergewaltigt Siebert, er ist 27, die Freundin eines Kumpels in seinem Wartburg. Im Februar 1993 fällt er über seine sturzbetrunkene 26-jährige Schwester her, er nennt es »ne spontane Aktion«. Für beide Taten verurteilt ihn das Bezirksgericht Frankfurt (Oder) zu viereinhalb Jahren Haft. 1998 vergewaltigt er die 13 Jahre alte Nichte seiner Frau – und geht für weitere fünf Jahre ins Gefängnis. Als er entlassen wird, steht er unter Führungsaufsicht. Er trinkt weiter, 20 Fla-

schen Bier am Tag, manchmal Wein. Sein Bewährungshelfer schreitet nicht ein, als Siebert die Termine schwänzt und mit seiner neuen Freundin und ihren Töchtern zusammenzieht – obwohl es ihm verboten ist, sich Kindern zu nähern. Was dann geschieht, hat der Chefarzt der städtischen Kinderklinik im späteren Prozess als den schlimmsten Fall seiner Laufbahn beschrieben. Siebert sagt: »Irgendwann war ich auf Katrin und Hanna mehr fokussiert als auf die Mutter.«

Mehrfach missbraucht Siebert die Mädchen, fesselt, schlägt und würgt sie. Die elfjährige Tochter vergewaltigt er drei Mal hintereinander. Das Landgericht Frankfurt (Oder) verurteilt ihn 2007 zu acht Jahren – mit anschließender Sicherungsverwahrung, weil er eine »Gefahr für die Allgemeinheit« ist.

Die Wunden, die Torsten Siebert den Frauen und Kindern zugefügt hat, werden niemals verheilen. Mehr als die Hälfte der Deutschen fordert, Sexualstraftäter für immer wegzusperren. Das wohl Furchtbarste an dem Wunsch nach ewiger Verdammnis ist, dass er so verständlich ist. Und zugleich so irrational: Torsten, dem missbrauchten Kind, hätte all ihr Mitgefühl gehört. Siebert, der Erwachsene, erntet nur ihren Hass.

Im Jahr 2012 geschieht, was keiner mehr für möglich gehalten hatte: Siebert beginnt im sozialtherapeutischen Wohngruppenvollzug der JVA seine Taten aufzuarbeiten. Er sagt, dass er durch die Therapie zum ersten Mal Schuld fühlte, ihm bewusst geworden sei, was er den Frauen und Mädchen angetan, wie er ihr Vertrauen ausgenutzt habe. Er entwickelt einen »barbarischen Hass« auf sich selbst, stellt sich vor den Spiegel und brüllt: »Du bist ein elender Kinderficker!« Siebert fällt in Depressionen, ein Selbstmordversuch misslingt.

Er entwickelt sich zum Musterhäftling. Im Jahr 2016 hat er seine Haftstrafe bereits verbüßt, sitzt in Sicherungsverwahrung und wird auf die Entlassung vorbereitet. Bei einem Ausgang steht auf der Bahnhofstreppe plötzlich sein Opfer vor ihm: Katrin, jetzt 19 Jahre alt, starrt ihn mit großen Augen an. Er habe sie erst gar nicht erkannt, sei dann die Treppe runtergerannt, um sich auf der Toilette zu verstecken. Als er sich wieder hinaustraut, sitzt Katrin auf einer Bank und winkt ihn heran. Sie habe ganz ruhig gefragt: »Ich will nur eines wissen: Warum?« Und er habe gesagt: »Ach, Mädchen, ihr wart das schwächste Glied. Eure Mutter hätte zurückgeschlagen.«

Als er auf der Bank saß, wusste Siebert schon, dass es den Mädchen nicht gut ergangen war. »Man denkt, man schafft es, aber es holt einen immer wie-

der ein«, hatte Katrin während seiner Haft der *Märkischen Allgemeinen Zeitung* gesagt. Siebert habe ihr das Leben versaut, nach seiner Festnahme sei alles aus dem Ruder gelaufen. Die Kinderpsychiater erreichen die Jugendliche nicht, sie kommt ins Heim, nimmt Drogen, durchlebt Phasen der Magersucht. Mit 15 hat sie ihre erste Fehlgeburt, wenig später bringt sie einen Jungen zur Welt, den sie in eine Pflegefamilie gibt. Katrin sagt der *MAZ*, was sie dann auch Siebert auf der Bank erzählt: dass sie ihn gern hassen würde, aber noch immer »irgendwie lieb« habe. Über die Taten ihres Stiefvaters will sie heute nicht mehr reden: Anfragen des *Tagesspiegels* über ihren Anwalt und Social Media bleiben unbeantwortet.

Siebert kann nicht mehr zählen, wie oft er in den vergangenen Jahren über seine Verbrechen und Süchte gesprochen hat. Eines aber habe ihm bis heute niemand erklären können: Warum er? So viele Geschwister – aber er sei der Einzige, der sich zum Sexualstraftäter entwickelte.

Man könnte also sagen: Pech gehabt, Herr Siebert.

Hinter einer Paraphilie, also einem abweichenden Sexualverhalten, steckt laut Experten ein unglückliches Zusammenspiel von genetischen Faktoren mit einem nachteiligen Umfeld.

Voll schuldfähig, lautete das Urteil des Landgerichts Potsdam. Selbst wenn Siebert sich seine pädophilen und sadistischen Neigungen nicht ausgesucht hat, ist er für sein Verhalten selbst verantwortlich. Doch die Gesellschaft, die für Kinderschänder die volle Härte ohne Gnade fordert, will nicht akzeptieren, dass auch sie Verantwortung trägt.

Sieberts Familie hat den Tod der Mutter nie verwunden. Im Gefängnis überbrachten ihm die Wärter eine Todesnachricht nach der nächsten. »Der Vater hat nur noch gesoffen, ich kannte den nur noch blau.« Als sie ihm im Jahr 1995 ein Raucherbein abnehmen, überlebt er die OP nicht. Der jüngste Bruder stirbt, als er vor der Polizei über eine Bahnschranke flüchtet. Und die anderen? »Haben sich fast alle das Gehirn weggesoffen.« 2017 stirbt die letzte Schwester, Lungenkrebs.

Nur ein paar Wochen später, am 7. August, wird Siebert in eine Freiheit entlassen, die für ihn vor allem Einsamkeit bedeutet. Für die Therapeuten, Sozialarbeiter und Ärzte heißen die wahren Gegner Isolation, Armut, Hoffnungslosigkeit.

Bis August 2022 gilt für Siebert die Führungsaufsicht: Er darf, wenn er nicht wieder ins Gefängnis will, sich seinen Opfern nicht nähern und musste deshalb nach Berlin ziehen. Er darf zu »Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren keinen Kontakt aufnehmen, darf sie nicht ausbilden, beschäftigen oder beherbergen«, es ist ihm verboten, an Spielplätzen oder Schulen zu wohnen. Alkohol ist tabu, er muss regelmäßig zur Urinkontrolle, seine Medikamente nehmen, seine Termine bei den Helfern des Netzwerkes einhalten. Jeder Verstoß gegen eine der Weisungen gilt als Verbrechen.

Jeden Morgen um 8 Uhr zieht Siebert im Auftrag des Grünflächenamts los, fegt Laub, sammelt Müll auf und befreit Wege vom Unkraut, um mit den 220 Euro sein Hartz-IV-Geld aufzubessern. 644 Euro hat er im Monat, die 397 Euro Kaltmiete übernimmt das Jobcenter.

Heute Nachmittag hat sich Sandra Schauen, seine Therapeutin von der FTA, zu ihrem ersten Hausbesuch angekündigt. Siebert mag Schauen, auch oder vielleicht gerade, weil sie seine kleinen Lügen und Ausflüchte durchschaut. Die Therapeutin, 44 Jahre alt, groß, schlank, mit langen braunen Haaren, arbeitet seit 2011 für die Ambulanz. Über Siebert macht sie sich keine Illusionen. »Er ist ein Wackelkandidat«, sagt Schauen. Im Netzwerk der Helfer und Kontrolleure halte Siebert so ziemlich jeden in Atem. »Wir mussten seit seiner Entlassung einen Brandherd nach dem nächsten löschen.« Weil Siebert erst gegen das Alkoholverbot verstößt, sich dann bei der Suchthilfe nicht einbringt, wegen seiner Schulden fast die Wohnung verliert, eine Alkoholkontrolle verweigert, gegen das Kontaktverbot verstößt.

Die Therapeutin zieht sich im Flur die Sneaker aus, läuft auf Socken durch die Ein-Zimmer-Wohnung und steuert direkt auf den mannshohen Käfig mit den Sittichen zu.

»Wie heißt da wer?«

»Nicki, Charly und Moritz«, sagt Siebert. Die Wellensittiche seien schon durch seine Zelle in der JVA geflogen, der Schönsittich kam später dazu. Vor dem Kleiderschrank steht sein Rad, daneben liegen die Hanteln, die er jeden Abend stemmt. Mal zwölf, mal 15 Kilo.

Sandra Schauen bewegt sich wie ein Gast, wenn auch kein sonderlich diskreter, durch die Wohnung. »Darf ich mir Ihre Küche ansehen?« Sie geht auf den Balkon, schaut leicht missbilligend auf den laut laufenden Fernseher, guckt kurz ins Bad, bevor sie sich in den Sessel fallen lässt. Schauen hat Kuchen aus

der Gefängnisbäckerei mitgebracht, Schoko und Kirschplunder. Dazu reicht Siebert Cola und Wasser aus bunten Plastikbechern.

Sieberts Finger fährt durch die Luft, als er die Fotos erklärt, die sich im Wohnzimmer auf Regalen und Wänden verteilen. »Das ist meine Wohngruppe aus der Sotha«, sagt er. Über der Couch sieht man Siebert neben einer jungen Frau stehen: seine Tochter Lina. Er hatte ihr aus dem Gefängnis einen Brief geschrieben und sie – selbst Mutter eines heute elf Jahre alten Sohnes und einer vier Jahre alten Tochter – war bereit, ihn bei einem bewachten Ausgang zum Einkaufen im Ringcenter zu treffen. Die Anhänglichkeit der Tochter wächst, als die 27-Jährige merkt, dass der Vater mit den 10.000 Euro aus dem Heimkinderfonds äußerst großzügig umgeht. Er habe die Einschulung des Enkels bezahlt, ein Fest, Mietschulden, Strom – bis er pleite war und die Tochter wieder auf Abstand ging.

Neben dem Vogelkäfig hängt ein Foto von Sieberts Sohn Kevin. Der Junge sei jetzt 24, alkoholabhängig und lebe nach einer Therapie im betreuten Einzelwohnen. Ein stiller, zurückhaltender Kerl, der Einzige aus der Familie, der ein Foto von ihm aufgehoben habe und ihn auch mal umarme. »Wir haben viel mehr gemeinsam«, sagt Siebert. Nächste Woche will er Kevin das erste Mal zu seiner Selbsthilfegruppe mitnehmen.

Bleibt noch Kühlmann, Sieberts bester Freund. Er hat ihn vor 25 Jahren im Knast kennengelernt, der saß wegen Mordes, weil er seine Freundin erschlagen hatte. Kühlmann hat seine Bewährungszeit hinter sich, lebt trocken und engagiert sich in der Suchthilfe. »Ich will so werden wie er«, sagt Siebert. Kühlmann sei immer für ihn da, wenn der Saufruck steigt, wenn es nicht mehr hilft, sich zur Ablenkung das Gummiband gegen den Arm zu schnipsen oder mit der Faust auf den Oberschenkel zu hämmern.

Sandra Schauen pflegt mit ihren Klienten ein Ritual: Ist das erste Jahr in Freiheit geschafft, geht sie mit ihnen feiern – auf eine Cola in die Tegeler Pommeshütte. Mit Siebert steht sie im Sommer 2018 da, und beide sind ein bisschen stolz, dass sie hier ihre Löffel in der Erbsensuppe versenken können. »Wir haben uns in Gedanken gegenseitig auf die Schulter geklopft.«

Sie haben sich zu früh gefreut.

Am 17. September 2019 steht Siebert vor dem Amtsgericht Tiergarten. Es wird, im Namen des Volkes, ein Anschiss, der sich gewaschen hat. Torsten Siebert sitzt in seiner schwarzen Thermojacke vor der Richterbank und zieht

den Kopf ein. Die Richterin, eine kleine Frau mit großem Temperament, schlägt mit der Faust auf den Tisch, dass ihre Locken tanzen: »Sie haben Mist gebaut – wieder mal! Sie saufen, Sie haben Kontakt mit Kindern. Wollen Sie mit Gewalt wieder in den Knast? Sie haben mit Kindern nix am Hut zu haben. Ist nicht, null, aus! Nein! Lassen Sie es sein! Nein und nochmal nein! Wenn ein Kind zu Besuch kommt: Gehen Sie! Sofort! Aufstehen, Jacke nehmen, raus!«

Die Anklägerin wirft Siebert vor, drei Mal gegen seine Auflagen verstoßen zu haben: Am 5. September 2018 weigert er sich, sich einem Alkoholtest zu unterziehen, am 7. November ergibt eine um 12.40 Uhr durchgeführte Atemalkoholkontrolle 0,16 Promille. Und am 29. September 2018 habe er sich einem dreijährigen Mädchen »genähert«. Er sitzt bei seiner Tochter Lina im Wohnzimmer, als diese Besuch von einer Bekannten mit ihrem dreijährigen Mädchen bekommt. Alle sagen »Hallo«, dann verschwindet das Kind bei Sieberts Enkeln, die vom Umgangsverbot ausgenommen sind, im Nebenzimmer. Weil er die Wohnung nicht sofort verlässt, verstößt er zum dritten Mal gegen seine Weisungen.

Siebert hatte einem Betreuer von dem Übernachtungsbesuch erzählt und sich in Widersprüche verwickelt. Da fasste »Spree« nach: Die Beamten befragten die Tochter, leiteten das Verfahren ein.

Es geht im Saal 456 an diesem Tag um viel, Siebert weiß das: »Kann ,ne Geldstrafe werden, kann Bewährung werden, aber auch ,ne Haftstrafe.« Am Morgen sitzt er eine knappe Stunde zu früh vor dem Saal, rutscht auf dem Stuhl hin und her, reibt sich die Handflächen, fährt sich mit der Hand über den stoppeligen Schädel. »Sehen Sie«, sagt Siebert und streckt seine flatternden Hände aus.

Zwei leere Metallstühle weiter, eine junge Frau: Seine Tochter Lina ist gekommen, um dem Gericht mitzuteilen, dass Pete, ihr neunjähriger Sohn, nichts sagen will zu dem Tag, an dem der Opa sie in der neuen Wohnung in Oranienburg besucht hat. Enge Hose, graue Trainingsjacke, weißes Top. Schwarz gefärbte Haare, drei silberne Stecker im linken Ohr. Die beiden wechseln kaum ein Wort. Beim LKA hat Lina bestritten, dass sie ihren Vater seit Jahren anschnorrt. »Wat is'n dis für einer? Der Aufpasser?«, fragt sie, als ein Justizbediensteter im Saal verschwindet. Das Urteil wäre längst gesprochen, wenn die 22-Jährige nicht die letzten zwei Gerichtstermine verpasst hätte.

Sechs Minuten lang ergießt sich über den Angeklagten die Tirade der Richterin. Hart klingt ihr Urteil, mild fällt die Strafe aus: 200 Tagessätze à 25 Euro. Dass er erneut um eine Haftstrafe herumkommt, hat Siebert auch dem Umstand zu verdanken, dass die Richterin sich von der Kontrolle des Netzwerks – vor allem durch LKA und Bewährungshilfe – überzeugt hat. »Für Ihren Bewährungshelfer sollten Sie drei Kreuze machen, der kümmert sich.«

Drei Wochen später, ein Freitag in Wedding, Schönstedtstraße 5. Im Amtszimmer 268 wartet Gerichts- und Bewährungshelfer Thomas Fetting auf seinen Klienten. Hätte jemand mit ihm gewettet, Fetting hätte verloren. »Ich war sicher, dass Siebert dieses Mal nicht mit einer Geldstrafe davonkommt.« Vor dem 33-Jährigen liegt die Akte Siebert, ein mächtiger Packen Papier, der mit jedem Weisungsverstoß ein Stückchen gewachsen ist. Zwei Mal hat die Staatsanwaltschaft Potsdam beantragt, Siebert zurück in die Sicherungsverwahrung zu stecken. Bislang hat die Richterin am Landgericht immer abgelehnt.

Vorm Amtsgericht Tiergarten hatte Fetting als Zeuge ausgesagt und empfohlen, Siebert »aus pädagogischen Gründen« per Weisung zu einer dreimonatigen Alkoholtherapie zu bringen – vergeblich. Schade, sagt Fetting. »Das hätte mir die Arbeit erleichtert.« Er hält nicht viel von der Wirksamkeit der Geldstrafen, wenn es doch eigentlich um eine Suchtproblematik geht.

Fetting gehört zur »Sima«, die vor drei Jahren in Berlin gegründet wurde und eng mit Sandra Schauen von der FTA, den freien Trägern und der Strafvollstreckungskammer zusammenarbeitet. Die »Sicherheitsmanagement«-Truppe besteht aus zehn Bewährungshelfern, die sich in Wedding um alle Sexualstraftäter der Stadt kümmern: Hilfe und Kontrolle, lautet das Motto. »Ich verstehe mich als Spezialcoach, der sich mit Straftaten auskennt«, sagt Fetting. Die Bewährungshelfer betreuen in Berlin rund 400 Sexualstraftäter – darunter eine Handvoll Frauen –, nicht alles schwere Fälle wie Siebert, etwa ein Drittel sind Ersttäter mit einer Bewährungsstrafe.

15 Uhr, Siebert klopft, pünktlich wie immer. Er setzt sich an den runden Besuchertisch und packt das jüngste Urteil aus, fünf eng beschriebene Seiten.

»So«, sagt Fetting, während er seine Beine unter die Tischplatte zwingt. Ein bärtiger Hüne, der gerne lacht.

Typ: echter Kumpel – aber verarsch mich nicht.

Fetting ist wie Siebert in Brandenburg aufgewachsen, Amtssprache ist heute

Berlinerisch. Der Bewährungshelfer lehnt sich zurück und verkündet: Zeit für eine Bilanz, »die Hälfte haben wir rum«.

Siebert legt den Kopf schräg und lächelt unsicher, als wappne er sich für eine Standpauke.

»Wat haben Sie denn erreicht in den letzten zweieinhalb Jahren?«, fragt Fetting.

»Hmmm, wat hab ick erreicht »

»Muss Ihnen doch wat einfalln!«

»Da war ja so viel Negatives in letzter Zeit »

Siebert schaut an die Decke, hat eine Idee: »Dass ich keine Sexualstraftaten begangen habe. Das war ja früher nich so.«

»Fällt Ihnen noch wat ein?«

»Hm, da fällt mir nix ein.«

»Wat trinken Sie denn zurzeit?«

Siebert lacht auf, wirkt ehrlich überrascht. »Na, nischt – bin seit dem siebten Ölfen trocken!« Seit einem Jahr.

»Seh'n Sie«, sagt Fetting. »Das hat aus Ihrer Familie bislang niemand geschafft.«

DER TAGESSPIEGEL

Nr. 24007 vom 16. November 2019



Erlösung oder Vernichtung?
Über Brüche im Leben und anderswo.
Die FR-Serie „Du gehörst zu mir“, S. 1-101, Blattmitte



Frankfurt



FRAUEN
Erste Chefin leitet einen Dax-Konzern
Historischer Moment für die deutsche Wirtschaft. Jemini Morgen ist neue Chefin der Softwareriesen SAP. Die Freude über die Personal ist groß. Seite 12

SYRIEN
„Europa kann sich schämen“
Nach dem Start der türkischen Offensive in Nordsyrien hat die EU keine Chance, Einfluss zu nehmen. „Für eine kurzfristige Aktion ist alles zu spät“, sagt Experte Christian Mölling. Seiten 4, 5

NAHRUNG UND KLIMA
Kommt das Ende der Massentierhaltung?
Fleisch aus dem Labor könnte schon in wenigen Jahren die Umwelt- und Klimaprobleme lösen, die mit der heutigen Fleischerzeugung einhergehen. Mit weitreichenden Folgen. Seite 20



IM QUARTIER



NACH HALLE
Hass in rechten Foren im Fokus
Alte Muster. Digitalexpertin Marina Weisband beschreibt den Sicherheitsbedrohenden Nachholbedarf bei der Beobachtung der rechten Szene im Netz. Die immer wiederkehrende Debatte über ein Verbot von „Kilbgersteinen“ hält sie für falsch. Seite 5



BUCHHANDEL
„Gerade ist fast eine Renaissance des Buches spürbar.“
Nina Hagedorn über Geschäftsführerin Seiten 16/17

LEICHTATHLETIK
Nike zieht die Notbremse
Der Sportartikelhersteller stellt das Elite-Laufteam Oregon Projekt ein. Der Druck nach der Dopingperre Felipe Salazar war zu groß. Dritte Kommission muss Bericht abgeben.

Theodor-Wolff-Preis

Gregor Haschnik, Jahrgang 1982, ist in Kattowitz geboren und 1989 nach Hanau gezogen. Nach dem Abitur schrieb er erste Berichte für den *Maintal Tagesanzeiger* und studierte Journalistik und Kommunikationswissenschaft sowie Romanistik in Hamburg. Währenddessen erschienen Texte von ihm in der *Süddeutschen Zeitung*, *Financial Times Deutschland* sowie anderen Medien und er zählte zu den Autorinnen und Autoren des an der Universität Hamburg entstandenen Interview-Buches »Skandal! Die Macht öffentlicher Empörung«. In den Semesterferien war er als freier Mitarbeiter im Pariser Korrespondentenbüro von Burda tätig. Anschließend erst Volontär, dann Politikredakteur bei der *Saarbrücker Zeitung*. Haschnik wurde 2011 mit dem Deutschen Lokaljournalistenpreis in der Kategorie Integration ausgezeichnet. Seit September 2012 ist er Redakteur bei der *Frankfurter Rundschau* im Ressort Frankfurt/Rhein-Main.

GREGOR HASCHNIK ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage lokal« für seinen Beitrag »Wie starb Jan H.?«, erschienen am 12. Oktober 2019 in der *Frankfurter Rundschau*.

Wie starb Jan H.?

Von Gregor Haschnik

Es klingt wie ein Fall aus »Aktenzeichen XY ... ungelöst«: Ein vierjähriger Junge, der mit seinen Eltern in einer Sekte lebt. Eine Anführerin, die »Botschaften von Gott« erhält. Ein Tag im Sommer 1988, an dem das Kind stirbt, verschnürt in einen Leinensack. Ein *FR*-Reporter, der sich auf die Suche nach der Wahrheit macht. Und ein Prozess, der erst Jahrzehnte später beginnt. Die Geschichte einer Recherche.

Der Fall

Jan H. war vier Jahre alt, als er vor mehr als 30 Jahren starb. Jahrzehntlang blieben die genauen Umstände seines Todes ungeklärt. Er lebte mit seinen Eltern in Hanau, in einer sektenähnlichen Gruppe von Menschen, die der Anführerin Sylvia D. huldigten. Diese glaubte, Jan sei von dunklen Mächten besessen. Er starb, unterernährt und abgemagert, offenbar in einen Leinensack verschnürt.

Eine Obduktion gab es nicht, es hieß, er sei an seinem Erbrochenen erstickt. Doch an dieser Version gibt es erhebliche Zweifel – und D. rückte in den Fokus der Ermittlungen. Aufgrund von Hinweisen von Aussteigern und akribischer *FR*-Recherchen wurde der Fall 2015 neu aufgerollt. Nun wird Jan H.s Tod vor Gericht verhandelt; am 22. Oktober beginnt vor dem Landgericht Hanau das Hauptverfahren gegen die 72-jährige Sylvia D. Neben Jan H. lebten in der Sekte ihre leiblichen Kinder sowie Adoptiv- und Pflegekinder.

D. soll Jan H. am 17. August 1988 grausam und aus niedrigen Beweggründen getötet haben. Laut Staatsanwaltschaft habe sie ihn seinem Schicksal überlassen*, obwohl sie seine panischen Schreie* gehört habe. Das Gericht sieht nach einer langen Prüfung ebenfalls einen hinreichenden Tatverdacht und hat die Anklage von Oberstaatsanwalt Dominik Mies zugelassen. Die Verteidigung weist den Mordvorwurf entschieden zurück.

Die ersten Hinweise

Die Umstände sind kaum zu fassen: Seit Jahrzehnten hat eine Gruppe von Menschen offenbar ihr Leben nahezu komplett nach den Vorgaben einer Frau ausgerichtet: Sylvia D., die angeblich mit Gott kommunizieren kann und Bot-

schaften von ihm erhält. Diese müssen ihre Anhänger strikt befolgen. Ein Professor, ein ehemaliger Richter und weitere Akademiker sind unter den etwa 20 Mitgliedern, auch der inzwischen verstorbene Ehemann der Anführerin, Walter D., der evangelisch-methodistischer Pastor war und ebenfalls vorgab, göttliche Anweisungen zu bekommen. Wegen radikaler Ansichten sollte er aus dem Kirchendienst entlassen werden, kam dem aber zuvor und schied auf eigenen Wunsch aus. Die D.s und ihre Anhänger sind angesehen, weit über die Stadt Hanau, in der sie leben, hinaus.

Gemeinsam betreiben sie eine preisgekrönte Medienproduktionsfirma, die regelmäßig lukrative Aufträge von der öffentlichen Hand und von Großunternehmen bekommt und erfolgreich umsetzt. Eine perfekte Fassade. Doch Aussteiger aus der Gruppe gewähren Einblicke ins Innere: Sie schildern, dass ihr Leben von Druck, gegenseitiger Kontrolle, von Abhängigkeit und Ausbeutung geprägt gewesen ist und sie Gewalt erlitten haben, physisch und psychisch. In allen Belangen des täglichen Lebens, auch bei Beruf und Finanzen, habe Sylvia D. die Richtung vorgegeben.

Im Jahr 2014 wendet sich ein ehemaliges Sektenmitglied an die *Frankfurter Rundschau* und gibt die ersten Hinweise, die die enorme, auch juristische Brisanz des Falls bereits erahnen lassen. In den nächsten Monaten und Jahren folgen unzählige Gespräche und Schriftwechsel mit Aussteigern, Mitgliedern, Mitarbeitern der Stadt Hanau, Behörden, Geistlichen, Rechtsmedizinern und Juristen, Bücher und Briefe werden ausgewertet, dazu interne E-Mails, amtliche Unterlagen, Aufnahmen. Allein die Schreiben und Publikationen füllen mehrere Tausend Seiten. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln mehr als zweieinhalb Jahre lang. Und allmählich kommen Dinge, die jahrzehntelang im Dunkeln lagen, ans Licht.

Das System

Vor rund 40 Jahren beginnt Sylvia D. zusammen mit ihrem Ehemann Walter D., Menschen um sich zu scharen. Die Krankenschwester und der Pfarrer »wirkten charismatisch, konnten Leute für sich einnehmen«, erinnert sich ein Mann, der in den Anfangsjahren dabei war. »Sie bedienten die Sehnsucht nach Sinn, nach Spiritualität – und alternativen Wegen dorthin.« Er habe zu Beginn

die Gemeinschaft geschätzt. Andere seien mit den D.s befreundet gewesen oder in einer persönlichen Umbruchphase dazugekommen und froh über das Gefühl von Sicherheit gewesen, das sie zunächst spürten. Aber auch darüber, dass ihnen jemand den Weg wies, sagte, wo es langgeht.

Sylvia D. entwickelt im Laufe der Jahre eine krude Lehre, die man als eine Mischung aus Theorien von Carl Gustav Jung, Christentum, Okkultismus, Personenkult und Diktatur bezeichnen könnte. Sie fußt auf der Behauptung, dass zwei gegensätzliche Kräfte auf den Menschen einwirken: Auf der einen Seite der mit D. verbundene große Gott – von ihr »der Alte« und »Alterchen« genannt –, auf der anderen Seite »die Dunklen«: Wer auf D. und die Botschaften ihrer Traumdeutung höre, brauche sich nicht zu fürchten, werde Sinn und Erfüllung finden. Wer »den Dunklen« Raum gibt, sei verloren und von schweren Krankheiten wie Krebs bedroht.

In einer angeblich göttlichen Botschaft an D. ist zu lesen: »Dein geliebtes Alterchen sagt, alle, die dein Leben endgültig verraten haben und die Botschaft deines großen Gottes und dein Leben für immer beschmutzt und verunglimpft haben, haben eine schwere und unfassbare Schuld auf sich geladen.« Eine Aussteigerin erzählt, wie die anfänglich gute Stimmung »nach und nach in Druck, Abhängigkeit und Kontrolle umschlug, die Schlinge zugezogen wurde«. Eine Methode: »Ich habe meine Träume aufschreiben müssen. Weil sie dadurch meine innersten Vorgänge kannte, wusste D. mich und andere zu manipulieren. Immer wieder bohrte sie in alten Wunden und riss an den Gefühlen.« Gleichzeitig soll eine Gruppendynamik entstanden sein, in der sich jeder die Gunst der D.s sichern will – und dafür andere kontrolliert, mitunter bespitzelt. In stundenlangen Einzel- und Gruppengesprächen werden die Anhänger demnach auf Linie gebracht, in Büchern, Briefen und Nachrichten, die der *FR* vorliegen, werden die gottgleiche Stellung von Sylvia D. und ihre wundersamen Fähigkeiten betont. »Hinter Sylvia steht der Große Gott und Schöpfer«, heißt es an einer Stelle.

»Wer auf die Alterchen-Worte von Sylvia depressiv oder aggressiv reagiert, gibt den Dunklen Macht und Raum.« Zwei weitere Gebote lauten: »S. sagt des großen Gottes objektiv gültige Wahrheit weiter.« Und: »Wer S. nicht liebt, der liebt sich selbst nicht.« Gott habe ihr »den Schlüssel zu seiner Apotheke anvertraut«. In mehreren, in den 80er Jahren im Selbstverlag veröffentlichten Büchern werden D.s Theorien vermittelt. Über eines heißt es auf einem Bestellzettel, es

werde eines Tages in den Schulen »zur Pflichtlektüre gehören«. Denn Gott »steht so hinter Sylvia D., daß die Bibel vollgültig ersetzt ist«. Oft sind es verschachtelte, verwirrende Sätze. Viele davon wirken bedrohlich und erscheinen geprägt von einem negativen Menschenbild – auch in Bezug auf Kinder, die in die Gruppe hineingeboren wurden und sie inzwischen verlassen haben. So schreibt D. etwa: »In allen Träumen wurde die kalte, überhebliche Verlogenheit unserer Kinder attackiert (...) Immer ging es um die Diagnose von Gott her und um den Weg zur Heilung (...), daß sie von ihren asozialen Tendenzen frei würden in dem Maß, wie sie innen und außen die Beziehung zu mir aufnehmen.« Die »kalten, verlogenen Machtkomplexe« bei Kindern würden schon früh beginnen. Vor Jahren sei sie nachts aufgewacht »und bat Gott um Vergebung, weil ich so zornig gegen die Gemeinheit der Kinder vorgegangen war. Plötzlich konnte ich kein Wort mehr sagen und sah ein Bild vor mir, daß unsere sieben Kinder sich wie zu einem Vampir vereinigten.« Da habe sie begriffen und »bat Gott um Verzeihung, daß ich auch ein gutes Muttmchen sein wollte«. Die Theorien hatten reale, mitunter furchtbare Auswirkungen, besonders für die Pflege- und Adoptivkinder der D.s, sagt eine Betroffene. Ihr sei eingetrichtert worden, sie sei von »den Dunklen« besessen. Deshalb sei sie erniedrigt, misshandelt und oft eingesperrt worden, habe nur Tee, trockenes Brot und Ungenießbares zu essen bekommen. Manchmal habe sie das Brot auf die Heizung gelegt, um etwas Warmes zu haben.

Ihre Adoptivmutter habe sie oft aus dem Schlaf gerissen, an den Haaren gezogen und geschlagen. In den 1980er Jahren ziehen die D.s aus dem Raum Darmstadt nach Hanau. Dort leben sie und die meisten Mitglieder der Gruppe in mehreren benachbarten Bungalows in einer unauffälligen Gegend. In dem Haus, in dem Sylvia D. bis heute wohnt, sind die Jalousien häufig heruntergelassen, ein Teil der Fenster ist vergittert. Die Frau, die auf Tonaufnahmen schnell, durchdringend und im Befehlstone spricht, wohnte zumindest früher hauptsächlich im Keller. Ein großer Teil der Anhänger hat einen akademischen Abschluss, auch ein IT-Experte und eine Frau, die einst Führungskraft bei einem Konzern war, gehören der Gruppe an.

Aussteiger sagen, dies sei Teil einer Strategie: Die Titel und Professionen sollen Ansehen bringen und Seriosität suggerieren, die juristischen Kenntnisse aber auch dabei helfen, gegen Kritiker vorgehen zu können. Ein Mitglied hat

seiner wissenschaftlichen Abschlussarbeit eine Widmung vorangestellt: »Für Sylvia D. – der ich die wertvollsten Hinweise und hilfreichsten Ratschläge verdanke – ohne die ich nie auf die Spur des einzig wahren Schatzes gekommen wäre«. Aber warum haben sich diese hochgebildeten Menschen nicht längst von der Gruppe gelöst? Weshalb lassen sie über ihr Leben bestimmen? Es gibt etwa schriftliche Anweisungen, Sylvia D.s Botschaften mehrmals täglich zu lesen und äußerst sparsam zu sein. In einer E-Mail, die zu den von der *FR* ausgewerteten Dokumenten gehört, steht beispielsweise: »Sylvia bittet noch mal – auch angesichts der hohen Heizölpreise – darum, dass wir wie mit allem auch sorgsam mit Heizung und Warmwasser umgehen. Wir können ja auch Duschen und Haarewaschen so einrichten, dass wir das mit dem Schwimmengehen verbinden. Übrigens: Wir sollten nicht länger als eine halbe Stunde schwimmen.« Die Sparsamkeit soll laut Aussteigern so weit gegangen sein, dass sie verdorbene Lebensmittel essen mussten.

Die Abhängigkeit sei immer größer geworden, sagt ein ehemaliger Anhänger: »Wenn man voraussetzt, dass alle Botschaften stimmen, macht man es sich passend.« Dahinter steckt auch die von D. propagierte Überzeugung, Zweifel würden von »den Dunklen« gesät. Noch schwieriger sei es, sich zu lösen, »wenn die wichtigsten Bezugspersonen davon überzeugt sind«. Enge Beziehungen oder Partnerschaften mit Menschen außerhalb der Gruppe existierten nicht, andere private Kontakte gab es kaum. Es ist im Kern ein sich elitär fühlender, abgeschotteter Zirkel.

»Nebenautoritäten« wie Staat, Polizei oder Kirche« seien in der von D. propagierten Lehre »nur lächerliche Marionetten der ›Dunklen‹«, erklärt ein ehemaliger Insider. Eine zentrale Rolle soll die Medienproduktionsfirma spielen, die einst Filme für die Brüder-Grimm-Festspiele in Hanau drehte. Laut früheren Mitarbeitern waren hier 16-Stunden-Arbeitstage und Niedriglöhne üblich. Das Unternehmen sollte demnach dazu dienen, Einnahmen zu generieren und, zum gegebenen Zeitpunkt, die Botschaften Sylvia D.s zu verbreiten. Auf eine Verflechtung mit der Glaubensgruppe deutet etwa der Inhalt eines Dokuments hin, in dem eine neue Produktionshalle der Firma als Symbol dafür bezeichnet wird, dass durch Sylvia D. »Leben innen und außen gerettet worden ist«. Ein anderes Schreiben beginnt mit den Worten: »Liebe Sylvia, dein großer Gott hat das Jahr 2011 zu seinem Ziel geführt. Er hat mit seinem Studiozentrum den Ausgangs-

punkt für die neue, ergänzende und erweiternde Arbeit für seine Firma geschaffen.« Die D.s haben von ihren Anhängern offensichtlich finanziell stark profitiert. »Mein Gehalt ging nahezu komplett an die D.s. Ich erinnere mich, dass ich mir fast nichts mehr kaufte. Jeden Einkauf musste ich rechtfertigen«, erzählt eine ehemalige Anhängerin. Andere erklärten sich bereit Sylvia D. ihre Immobilien zu überschreiben, teilweise sicherten Gruppenmitglieder mit ihrem Privatvermögen Investitionen in der Firma ab. Das belegen Einträge im Grundbuch und im Bundesanzeiger.

Jans H.s Tod

Kinder, die nicht exakt so »funktionierten«, wie Sylvia D. es sich vorstellte, wurden bestraft: Ihre beiden leiblichen Kinder sowie die drei Adoptivkinder und die Kinder von Anhängern, die D. betreute, seien regelmäßig misshandelt worden, berichten Aussteiger. »Ich wurde nachts schockartig aus dem Schlaf geholt, um von D. schreiend vorgetragene Traum inhalte anzuhören oder Hiobsbotschaften mit Warnungen zu erfahren, die dazu dienten, tiefe Ängste zu schüren und stetig aufrechtzuerhalten«, sagt ein Betroffener. Dabei sei auch er an den Haaren gezogen und geschlagen worden. Er spricht von permanentem Psychoterror: »Oft musste ich mich für angebliches Fehlverhalten entschuldigen und beispielsweise etwa 100-mal sinngemäß schreiben: ›Ich bin ein verlogenes Schwein, welches versucht die Wahrheit Sylvias und des großen Gottes in den Dreck zu ziehen.« Andere erzählen, wie ihnen der Mund mit Seife ausgewaschen, sie an den Ohren gezogen wurden und in engen Säcken schlafen mussten, die am Hals fest verschnürt worden seien. Ein Kind soll besonders im Fokus der Bestrafungen gewesen sein: Jan H., geboren 1984, dessen Eltern nach wie vor der Gruppe angehören. Während der Arbeitszeit oder anderer Beschäftigungen gaben sie ihn in Sylvia D.s Obhut.

In D.s Augen sei auch Jan H. von »den Dunklen« besessen gewesen, berichtet eine Aussteigerin: »Er brachte seine kurze Kindheit vorwiegend auf dem Topf zu, auf dem er stundenlang alleine oder mit dem Gesicht zur Wand sitzen musste.« Er habe kaum essen wollen und sei abgemagert gewesen. »Während er schrie, stopfte D. ihm Essen in den Mund und nötigte ihn zu schlucken.« Er sei auch als »Wiedergeburt Hitlers« und »böses Schwein« bezeichnet wor-

den und angeblich von der »schwarzen Kerze« besessen gewesen. D. habe ihm in ohrenbetäubender Lautstärke Vorträge gehalten, um ihn »zu bekehren« – und ihn so massiv eingeschüchtert. Der 17. August 1988, der Tag, an dem Jan H. starb, hat sich nach Schilderungen von Aussteigern so abgespielt: Es ist ein heißer Sommertag.

Am Nachmittag ist das Haus der Familie D., in dem zu jener Zeit Jan H. mit seinen Eltern lebt, ungewöhnlich leer und still. Sie sind mit Walter D. zum Einkaufen gefahren. Außer dem Jungen und Sylvia D., die auf ihn aufpassen soll, ist ein Jugendlicher im Haus, der kurz von der Treppe aus herunterschaut und ansonsten, wie von D. angeordnet, im ersten Stock bleibt. Im Erdgeschoss liegt der vierjährige Jan H. im Badezimmer in einem engen Schlafsack aus Leinen, der nicht am Hals, sondern sogar über dem Kopf verschnürt ist. Das Bad ist gekachelt, die Tür hat unten einen Spalt. Der Junge kann offenbar kaum atmen, bekommt Panik und beginnt zu schreien. Dies hört nach eigenen Angaben auch der Jugendliche im ersten Stock. Dann geht im Erdgeschoss eine Tür auf und kurz darauf ist es still. Die Ermittler sind überzeugt, dass Sylvia D. das Kind ermordet hat. Wie die Staatsanwaltschaft bereits 2015 der *FR* auf Anfrage bestätigte, bestritt sie damals auch nicht, dass der Junge in einem Sack schlafen musste, der über dem Kopf zusammengebunden war. Sie und andere Mitglieder sollen aber von einem sehr großen Sack gesprochen haben. Laut Anklage habe Sylvia D. Jan H. seinem Schicksal überlassen und ihn ersticken lassen.

Die genauen Umstände sind weiterhin unklar. Im Ermittlungsbericht aus dem Jahr 1988 heißt es, H. sei an seinem Erbrochenen erstickt – ein Unfall. Seine Leiche wurde aber nicht obduziert. Vor rund fünf Jahren, im September 2014, erscheint in der *FR* der erste Text über die Glaubensgruppe – Jan H.s Tod bleibt darin noch unerwähnt. Die im Raum stehenden Vorwürfe – fahrlässige Tötung bis hin zu Mord – wiegen schwer und sind zum damaligen Zeitpunkt nicht ausreichend belegt für eine Verdachtsberichterstattung. Aber im Laufe der weiteren Recherche verdichten sich die Hinweise darauf, dass der Junge misshandelt und bereits vor dem 17. August 1988 in einem Sack verschnürt worden war, wie es eine Aussteigerin schilderte: Eines Tages beobachtete sie ein »komplett verschnürtes Bündel« im Bad der D.s, das sich hob und senkte: Es war Jan H., eingeschnürt »wie eine Mumie«. Nach und nach kommen weitere Indizien hinzu, und der Verdacht, es könne sich um ein Verbrechen handeln, wächst. In der

dünnen Akte des damaligen Todesermittlungsverfahrens, das den Namen nicht verdient, heißt es unter anderem, es gebe keine Hinweise auf ein Fremdverschulden. Jan H. sei im Schlaf an erbrochenem Haferschleim erstickt.

Doch wie wahrscheinlich ist das? Drei erfahrene Rechtsmediziner, darunter Markus Rothschild, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität zu Köln, äußern im Gespräch mit der *FR* Zweifel. Im Kern sind sie sich einig: Normalerweise sterbe ein Vierjähriger nicht auf diese Weise. Er würde aufwachen und das Erbrochene durch einen Hustenreflex aus der Luftröhre herausschleudern. »Warum konnten die natürlichen Schutzreflexe des Jungen nicht greifen?«, fragte Rothschild und kritisierte scharf, dass keine Obduktion durchgeführt wurde. Weshalb sind die damaligen Ermittler diesen Widersprüchen nicht nachgegangen? Warum haben sie die Eltern nur gehört, nicht aber befragt? Warum wurde keine Hausdurchsuchung angeordnet? Frühere Mitglieder berichten, Sylvia D. habe Jan H.s Tod angekündigt und später als Drohung gegenüber anderen Kindern benutzt. »Sie propagierte oft, dass Kinder vom großen Gott ›geholt‹ werden könnten«, so ein Aussteiger. Kurz nach Jan H.s Tod habe sie gesagt, dieser sei boshaft und besessen gewesen, und es habe »keine Aussicht auf Besserung« bestanden.

Dass der Todesfall alles andere als große Trauer auslöste, belegen nach *FR*-Informationen Dokumente aus der Gruppe. Ein ehemaliger Anhänger hat das Hanauer Jugendamt bereits Anfang der 1990er Jahre über den Tod informiert: Vor dem Eintreffen von Rettungsdienst und Polizei sei der Sack fortgeschafft und der Junge aus dem Bad geholt worden. In einem auf den 24. August 1989 datierten Brief, der der *FR* vorliegt, gibt eine Anhängerin einen Eindruck davon, wie Kinder innerhalb der Sekte gesehen wurden. Die Frau bezieht sich wohl direkt auf Sylvia D.s Lehren: »Wenn ein Kind nur seinen verlogenen Materialisten lebt und in einer opportunistischen falschen Beziehung, dann geschieht ihm das, was Gott einer Mutter für ihre Kinder sagen ließ: Wenn sie weiterhin Gott nur ausnehmen wollen und den Dank an ihn vergessen, dann macht er den Sack zu!« Das bedeute, »daß die Kinder innerlich leergeräumt werden«.

Diese innere Leere der Kinder könne kein Elternpaar der Welt füllen. Am Ende geschehe nichts anderes, »als daß sie alles zerstören, wie beispielsweise ein Junge, der immer nur böse sagte: Ich mache alles kaputt!« Ist Jan H. damit gemeint? An einer anderen Stelle ist in dem Schreiben zu lesen, Gott habe mit

dem Geburtstag Sylvia D.s 1989 »die Reinkarnation abgeschafft, weil er es satt hat, daß so mancher Hitlerkomplex in seinem nächsten Leben wieder nur seine Schlammflut gelebt und über anderen Menschen wieder nur seine Gemeinheit ausgebreitet hat«. Einer der Verteidiger Sylvia D.s weist die Vorwürfe energisch zurück. Bereits im Frühjahr 2017 verweist er in einer E-Mail an die *FR* darauf, dass die Ermittlungen im Fall Jan H. 1988 eingestellt worden seien, weil »keinerlei Anzeichen von Fremdeinwirkung festzustellen waren«. Es gebe nach wie vor keine objektiven Anhaltspunkte für die Taten, die seiner Mandantin zur Last gelegt werden. Gäbe es sie, wäre damals Untersuchungshaft angeordnet worden, wie dies bei vorhandenen dringendem Tatverdacht regelmäßig der Fall sei. Sylvia D. habe sich nichts zuschulden kommen lassen und könne dem Ausgang des Verfahrens beruhigt entgegensehen. Der Tod des Kindes habe damals sowohl bei der Mutter als auch bei D. »eine große Betroffenheit« ausgelöst.

Die Anschuldigungen seien »infam« und wühlten beide Frauen auf. Auch den anderen Vorwürfen – etwa Gewalt gegen andere Kinder – widerspricht der Anwalt: Ermittlungen dazu seien eingestellt worden. Die »Behauptungen« seien »unzutreffend« und Teil einer Rufmordkampagne. Aktuelle *FR*-Anfragen hat die Verteidigung bislang nicht beantwortet. Walter D. kann zu allem nichts mehr sagen. Er starb 2017 und wurde auf einem anonymen Grabfeld bestattet. Vor vier Jahren hatte D. erklärt, er habe damals nach der Rückkehr vom Einkaufen »lange und ununterbrochen« versucht, Jan H. wiederzubeleben. Den Vorwurf, er oder andere hätten das Geschehen manipuliert, damit es wie ein Unfall aussehe, wies er zurück.

Die Aussteiger

»Manchmal erwische ich mich bei dem Gedanken, dass alles doch wahr sein und ich mit Krebs bestraft werden könnte, weil ich die Sekte verlassen und Informationen weitergegeben habe.« Diese Angst kommt manchmal hoch, erzählt ein Aussteiger. Ein anderer, der schon vor längerer Zeit ausgestiegen ist, berichtet, wie er kurz danach unter Haarausfall litt und fürchtete, »dass die Prognose von Sylvia D. eingetreten ist«: Dass er als Abtrünniger mit einer Krankheit bestraft würde. Tatsächlich war es der enorme Stress, der die Haare ausfallen ließ. Noch heute wird der Betroffene unruhig, rutscht auf seinem Stuhl hin und

her, wenn er sich an die Zeit in der Sekte erinnert. Es ist spürbar, wie massiv D. und ihr System auf die früheren Mitglieder einwirkten. Sowohl ihr Leben als auch ihren Tagesablauf mussten sie nach ihren Anweisungen gestalten, sagt ein Aussteiger: »Sie ist auf absolute Kontrolle aus. Dabei separiert sie Leute gekonnt, um sie einzeln besser kontrollieren zu können.«

Der Alltag sei von Lernen, Arbeiten und den angeblichen Botschaften Gottes geprägt gewesen. »Jeder wurde mit so vielen Aufgaben versorgt, dass oft nur wenige Stunden Schlaf blieben.« Niemand habe die Chance gehabt, etwas zu hinterfragen. Es galt demnach, Qualifikationen für die Firma und akademische Titel für das Ansehen zu erwerben, auch um zu zeigen, dass sich ausschließlich intelligente Menschen Sylvia D. angeschlossen haben. Eine Frau habe überdies beispielsweise Stenografie lernen müssen, um Sylvia D.s Worte mitschreiben zu können. D. habe immer wieder Vorträge gehalten, vor allem an Wochenenden. »Da wurden die Briefe Gottes vorgelesen und häufig einer oder mehrere aus der Gruppe zur Rede gestellt, zum Beispiel, weil sie sich nicht genug eingebracht hätten.« Die Mitglieder seien angehalten worden, »eigene dunkle Gedanken zu erzählen« und außerdem alle systemkritischen Verhaltensweisen oder Äußerungen zu melden, was zu »Telefonterror, Bloßstellen oder Anschreien führte«. Manchen gelang der Ausstieg, als sie eine Partnerschaft mit Menschen außerhalb der Gruppe eingingen. Solche unerwünschten Liebesbeziehungen hätten geheim gehalten werden müssen.

»Wir standen unter einem hohen Druck, hatten ständig Angst aufzufliegen«, erzählt ein Betroffener. Dennoch sei die gemeinsame Zeit ohne Vorschriften befreiend gewesen – und habe ihnen die Augen geöffnet. Andere verließen die Gruppe, als sie körperlich und seelisch am Ende waren. Eine Frau, die in Ungnade gefallen war, erinnert sich, am Ende in der Gruppe völlig isoliert gewesen zu sein: »Ich durfte nur noch arbeiten gehen. Ansonsten wurde ich im Haus gehalten, musste Dienste für Sylvia D. erledigen und hatte keinerlei Freiheiten mehr.« Fast täglich hätten die D.s ihr die Zahl der Krebszellen in ihrem Körper genannt, »so dass ich den Lebensmut verlor«. An einem Geburtstag habe sie geglaubt, dass es der letzte sei und an Suizid gedacht. Dann nahm sie all ihren Mut zusammen und floh. Ein anderer Aussteiger versuchte, sich das Leben zu nehmen. Er habe sich so sehr nach einer normalen Kindheit, nach Wärme und Wertschätzung gesehnt. Stattdessen habe er Gehirnwäsche und Gewalt erlebt,

ein »Regime«, in dem alles Positive auf Sylvia D. oder »den Alten« zurückgeführt wurde und alles Negative auf einen selbst. Er ist nicht der Einzige, der in psychologischer Behandlung war. Anderen entglitt zwischenzeitlich die Kontrolle, sie gerieten auf die schiefe Bahn. Doch die meisten haben es geschafft, die Erlebnisse weitgehend hinter sich zu lassen und nach vorne zu schauen.

Sie haben sich beruflich und privat neu orientiert, stehen mit beiden Beinen im Leben. »Ich genieße meine Freiheit«, sagt ein Informant. Manche machen sich selbst den Vorwurf, sich der Gewalt nicht entgegengestellt, die Gruppe nicht früher verlassen zu haben: »Ich frage mich heute, wieso ich damals unfähig war zu reagieren, aber ich weiß auch heute, dass ich nach der langen Zeit in der Sekte gehirngewaschen war und selbst unter großer innerer Not litt«, sagt ein früheres Mitglied. »Die Angst war zu groß, die Kontrolle umfassend.« Und: Manche waren noch Kinder oder Jugendliche, die sich kaum wehren konnten. Den beginnenden Prozess um den Tod von Jan H. betrachten Aussteiger mit zwiespältigen Gefühlen. Einerseits »belastet mich die Vorstellung, über all das vor Gericht zu sprechen«, sagt einer von ihnen. Andererseits »bin ich froh, dass die Justiz uns nach so vielen Jahren anhört« und Licht ins Dunkel bringen wolle. Sie sind entschlossen, ihre Erfahrungen mitzuteilen. Als sie an die Öffentlichkeit gingen, sei es ihnen auch darum gegangen, vor der Gruppe zu warnen. Ein Grund: Die Firma wirke attraktiv auf junge Leute, um dort ein Praktikum oder eine Ausbildung zu machen. Die Sekte hat Familien zerrissen. Und so werden im Landgericht Eltern, die Sylvia D. weiter folgen, auf Kinder treffen, die ausgestiegen sind. »Ich habe kaum noch Hoffnung, dass sie ihre Meinung ändern«, sagt ein Sohn. »Möglicherweise hat sie das Ermittlungsverfahren – das ja bestimmt auch von ›den Dunklen‹ gesteuert wird – noch mehr zusammengeschweißt.«

Die Reaktionen

Früh zeigt sich, dass eine Reihe von direkt oder indirekt Beteiligten ein Problem mit der Veröffentlichung der Ereignisse hat, sie wohl am liebsten verhindern würde. Ein früherer Mitarbeiter der Stadt Hanau, der die D.s und die Hintergründe der Gruppe kennt, rät während eines Recherchegesprächs mit der *FR* sinngemäß: »Lassen Sie es besser bleiben. Die werden versuchen, Sie juristisch

fertigzumachen, und sind mit einflussreichen Leuten vernetzt. Es sind keine Kinder mehr in der Gruppe, fast alle Mitglieder sind alt, und sie missionieren nicht. Sie werden aussterben.« Ein gut gemeinter Rat? Oder ein vermeintlich subtiler Versuch, den Bericht zu verhindern, weil die Stadt aus den in den 90ern erhobenen Vorwürfen gegen die Sekte keine Konsequenzen zog?

Vor rund sechs Jahren wendet sich ein Aussteiger an eine Führungskraft der Stadt Hanau und gibt Informationen über die Gruppierung und die dazugehörige Firma. Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD), seit 2003 im Amt, erklärt jedoch erst nach entsprechenden Berichten in *FR* und *Hessenschau*, die Stadt werde die Zusammenarbeit mit der Produktionsfirma bis zur Klärung der Vorwürfe ruhen lassen. Kritik daran weist er zurück, man habe sich aus rechtlichen Gründen nicht vorher von dem Unternehmen öffentlich distanzieren können. Als die *FR* Walter D. im Sommer 2014 zahlreiche, teils konkrete, teils offene Fragen schickt, geht er auf viele davon nicht ein, sondern erhebt schwere Vorwürfe gegen die Informanten, die er kenne: »Sie führen seit spätestens 2013 einen erbitterten Kampf gegen meine Frau und mich sowie unseren Freundeskreis und das von mir geführte Unternehmen (...), indem sie schwere Vorwürfe erheben ...«, schreibt er. »Nach meiner Wahrnehmung geht es Ihren Informanten in erster Linie darum, mein Unternehmen mit allen Mitteln in den Ruin zu treiben.« Vor diesem Hintergrund »bitte ich um Verständnis, dass ich mich zu den von Ihnen gestellten Fragen nicht im Detail äußern will«. Walter D. betont: »Wir sind keine Glaubensgemeinschaft oder sonstige religiöse Gruppe; wir haben keine Glaubenslehre, kein ›Medium‹ und keine Kultgegenstände, keine Symbole, keine Liturgien und keine Rituale.« Sie missionierten nicht, kassierten weder Spenden noch Beiträge, sie »stehen aber füreinander ein, wie auch immer dies erforderlich erscheint«.

Die Firma wehrt sich auf ihrer Internetseite gegen die Vorwürfe: Ein ehemaliger Mitarbeiter »betreibt mit einigen Gesinnungsgenossen seit mittlerweile mehr als 6 Jahren mit falschen Behauptungen eine öffentliche Rufmordkampagne« gegen das Unternehmen, »mit dem Ziel, unseren Ruf so zu schädigen, dass wir keine Aufträge mehr erhalten«; möglicherweise verspreche er sich davon, Kunden zu gewinnen. Die Firma sei privatwirtschaftlich geführt; es gebe dort keine Sekte. »Religiöse Aspekte sind Privatsache der Mitarbeiter.« Der aktuelle Geschäftsführer teilte der *FR* kürzlich auf Anfrage mit, das Unterneh-

men sei »mit der behaupteten Glaubensgemeinschaft weder rechtlich noch unternehmerisch oder wirtschaftlich verbunden«. Zu den Vorwürfen gegen D., die Vorgänge im Jahr 1988 betreffen sollen, könne er keine Stellung nehmen. Weder das Unternehmen noch deren Rechtsvorgängerin, die 1989 gegründet wurde, »sind hiervon berührt«. Die Staatsanwaltschaft Hanau habe, heißt es auf der Webseite, »ausgelöst durch die gezielte, mit falschen Behauptungen geführte Kampagne, schwerwiegende Vorwürfe gegen eine ehemalige Mitarbeiterin erhoben«.

Sie sei nicht am aktiven Geschäft des Unternehmens beteiligt. Was sie außen vor lassen: die der *FR* vorliegenden Dokumente und an Eides statt versicherten Aussagen, die auf einen engen Zusammenhang zwischen Firma und Gruppe hindeuten, zudem die Tatsache, dass D. laut Handelsregister bis Ende 2017 Prokura in dem Unternehmen hatte. Und: Dass die Anklage der Staatsanwaltschaft vom Gericht zugelassen wurde und nicht nur auf »Behauptungen« basiert. Zu den »Gesinnungsgenossen« der »Kampagnentreiber« werde ich gezählt. Im Frühjahr 2015, bevor er mir mitteilte, ich solle von weiteren Anfragen absehen, schreibt mir Walter D.: »Sie haben sich zum Mittäter einer unglaublich skrupellosen Intrigenlügenkampagne gemacht, und Sie müssen nicht glauben, dass wir nicht auch genügend Zeugen haben, die die Lügen beweiskräftig entlarven können. Sie sind derjenige, der der Rufmordkampagne eine Bühne gegeben hat.« Das geht so weit, dass die Gruppe mir das Gefühl gibt, unter Beobachtung zu stehen: Im Winter 2015 soll ich beim früheren Verein Sekten-Information und Selbsthilfe einen internen Vortrag über meine Recherchen halten – kurz zuvor wird der Veranstalter in einer langen E-Mail informiert, dass ich Teil einer Rufmordkampagne sei. Bis heute aber hat niemand aus der Gruppe die *FR* oder mich verklagt, obwohl die seit 2014 laufende Berichterstattung ein großer Skandal sein soll. Den größten Widerstand aus der Gruppe bekommt ein Aussteiger zu spüren, der 2015 als erster nichtanonymisiert an die Öffentlichkeit geht.

In der *FR*, in Fernsehsendungen und auf Facebook erzählt er von seinem Leben in der Gruppe und der Ausbeutung in der Firma. Danach wird er von dem Produktionsunternehmen auf Unterlassung verklagt, weil er sich auch gegenüber Kunden geschäfts- und rufschädigend geäußert habe. Doch er gewinnt sowohl vor dem Landgericht als auch vor dem Oberlandesgericht Frankfurt in

fast allen Punkten. Letzteres urteilte: Die Aussage, es handele sich bei der Firma um eine Sekte, sei vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt. Dieses überwiege das Interesse der Klägerin am Schutz ihres »sozialen Geltungsanspruchs« als Wirtschaftsunternehmen. Der Beklagte habe in der Gruppe gelebt, die Sache sei von öffentlichem Interesse und die Vorwürfe hätten tatsächliche Anhaltspunkte, zum Beispiel dass die Gruppe einen religiösen Bezug hat und Mitglieder in der Firma arbeiten. Untersagt wurde lediglich die Behauptung, die Staatsanwaltschaft ermittle gegen die Firma, weil sie nur gegen Sylvia D. ermittelte.

Die Behörden

Schon vor Jahrzehnten, noch vor dem Umzug nach Hanau bekommen die Behörden Informationen über Missstände in der Gruppe. Unter anderem sollen Pflegekinder der D.s mangelernährt worden sein und Gewalt erlitten haben. Nach *FR*-Informationen bekam das Jugendamt Darmstadt entsprechende Hinweise – ohne Konsequenzen. Mitte 2015 kommt die *FR* in Kontakt mit einem Aussteiger, der erklärt, welche Informationen ein Mitarbeiter des Jugendamtes Hanau Anfang der 90er Jahre von ihm erhalten habe: »Ich habe detailliert beschrieben, was in der Gruppe abging: der Non-Stop-Psychoterror, die Misshandlungen, dieses totalitäre System, die tägliche Hölle.« Auch zu Jan H.s Tod habe er konkrete Angaben gemacht.

Die *FR* konfrontiert das Hanauer Jugendamt daraufhin mehrfach mit den Vorwürfen. Dessen Antwort: Die Aussagen zum Todesfall seien zu vage gewesen, die Polizei habe mitgeteilt, es sei ein Unfall gewesen. Das Fazit des Amtes: »Auch aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass alles getan wurde, was aufgrund der damaligen Informationslage möglich war.« Die Anführer der Gruppe seien damals nicht mit den Vorwürfen konfrontiert worden, »weil für die Kinder dadurch eine Gefährdungssituation hätte entstehen können«. Eine nicht nachvollziehbare Argumentation, die Betroffene als Schlag ins Gesicht empfinden: Das Jugendamt wusste offenbar, es hätte eigentlich aktiv werden müssen, weil die Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer Notlage waren, tat es aber nicht, weil dies den Kindern unter Umständen hätte schaden können?

Vieles in diesem Fall deutet auf ein massives Behördenversagen hin, sowohl die Fehler bei den ersten Ermittlungen zu Jan H.s Tod als auch die Passivität der Jugendämter. Das Hanauer Amt räumt ein, der Informant habe von einer Versklavung der Sektenmitglieder berichtet und davon, dass Anhänger die Umstände von H.s Tod vertuscht hätten. Daneben gab es weitere Alarmsignale: Zum Beispiel sollen mehrere Kinder durch Schlägereien und Diebstahl auffällig geworden sein. Weitergehende *FR*-Nachfragen dazu beantwortet die Stadt Hanau nicht oder blockt sie ab. Man habe damals einen Richter konsultiert, der angesichts der Informationslage keine Möglichkeit gesehen habe einzugreifen. Den Namen des Richters will die Stadt aber nicht nennen, aus »Gründen des Persönlichkeitsschutzes«.

Die neuen Ermittlungen

Im März 2015 rollt die Staatsanwaltschaft Hanau das Verfahren zu Jans Tod wieder auf, nach neuen Aussagen von Aussteigern. Dabei gerät Sylvia D. schließlich in den Fokus der Kriminalpolizei. Zunächst wird sie als Zeugin vernommen, etwa ein Jahr später ist sie Verdächtige. Zweieinhalb Jahre ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft, bis im September 2017 Anklage gegen Sylvia D. erhoben wird wegen Mordes mit den Merkmalen der Grausamkeit und niedriger Beweggründe. Zunächst leitet Oberstaatsanwalt Jürgen Heinze die Ermittlungen, dann sein Kollege Dominik Mies. Sie versprechen, den Fall minutiös aufzuarbeiten. Der Aufwand, den sie und die anderen Ermittler betreiben, ist enorm – und muss es sein, schließlich liegt das Geschehen weit zurück. Zahlreiche Zeugen werden befragt, mehrere Gutachten erstellt, etwa dazu, wie der Sack beschaffen war, in dem Jan H. schlafen musste. Später, im Juli 2017, wird seine Leiche auf dem Friedhof in Hanau exhumiert, um weitere Informationen zur Todesursache zu bekommen.

Es gibt mehrere Durchsuchungen, sowohl in Privathäusern als auch in Räumen der Medienproduktionsfirma. Dabei stellen die Ermittler Dutzende Kisten mit möglichem Beweismaterial sicher, ein Großteil davon besteht aus den angeblich göttlichen Briefen. Jeder Satz auf Tausenden von Seiten muss gelesen und seziiert werden. Offenbar haben die Ermittler in den Schreiben, die eine

große Bedeutung für das Leben in der Sekte* hatten, wichtige Hinweise gefunden. Andere Taten, die in der Gruppe verübt worden sein sollen, werden im Prozess um Jans Tod womöglich zur Sprache kommen, aber nicht mehr verfolgt. Ein Ermittlungsverfahren, in dem es vor allem um Missbrauch von Schutzbefohlenen ging, wurde bereits eingestellt: Laut Staatsanwaltschaft sind alle Vorwürfe in diesem Zusammenhang verjährt. Aber das Verfahren habe wichtige Informationen zum Fall Jan H. gebracht, bestätigte Dominik Mies vor zweieinhalb Jahren. Das Landgericht Hanau hat die Anklage der Staatsanwaltschaft mehr als eineinhalb Jahre geprüft und danach zugelassen. Es läuft auf einen aufwendigen Indizienprozess hinaus. Für Sylvia D. gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung. Die Kammer um den Vorsitzenden Peter Graßmück ist bekannt dafür, in komplizierten Fällen zu einem Verhandlungsmarathon bereit zu sein. Wird das Gericht Jan H.s Tod aufklären können? Die Verhandlung dürfte für alle Beteiligten aufreibend werden. Ein mehr als 30 Jahre zurückliegender Fall, ebenso komplex wie emotional. Es geht um den Tod eines kleinen Jungen, der viele Fragen aufwirft.

INFO

Anfang der 1980er Jahre entsteht in Darmstadt um Walter D., einen ehemaligen Pastor der evangelisch-methodistischen Kirche, und dessen Ehefrau Sylvia D. eine Glaubensgruppe. Sylvia D., die an der Spitze steht, erhält angeblich Anweisungen von Gott, die ihre etwa 20 bis 30 Anhänger umsetzen müssen. Kurz darauf ziehen die Familie D. und einige andere Mitglieder nach Hanau. Die D.s haben leibliche Kinder sowie Adoptivkinder, darüber hinaus passt Sylvia D. oft auf den Nachwuchs ihrer Anhänger auf. Auch auf Jan H., der 1988 laut Ermittlungsakte im Schlaf an seinem Erbrochenen erstickt sein soll. Im Herbst 2014 macht die *Frankfurter Rundschau* den Hanauer Sektenfall öffentlich. Aussteiger berichten in dem Artikel von Gehirnwäsche, Gewalt und Ausbeutung in einem Medienproduktionsunternehmen, für das ein großer Teil der Gruppierung arbeitet. Die Gemeinschaft und das Unternehmen hingegen sehen die Vorwürfe als Teil einer »skrupellosen Hetzkampagne« voller Lügen. Sie seien keine Glaubensgruppe. Die Mitglieder missionierten nicht und kassierten keine Spenden. Auch der Vorwurf der Ausbeutung wird zurückgewiesen. Mitte März 2015

nennt die *FR* den Namen der Firma, die auch öffentliche Aufträge bekam. Die Stadt Hanau erklärt daraufhin, die Zusammenarbeit ruhen zu lassen. Ende März 2015 berichten die *Hessenschau* und die *FR*, dass dem Hanauer Jugendamt die Sektenvorwürfe bekannt waren, es aber nicht einschritt. Ein Mann hatte die Behörde 1991 über die Missstände dort sowie über Jans Tod informiert. Im Herbst 2015 berichtet die *FR*, dass die Staatsanwaltschaft Hanau die Ermittlungen aufgrund neuer Hinweise wieder aufgenommen hat. Im Juli 2017 wird Jan H.s Leichnam exhumiert. Die Untersuchung der Knochen soll Hinweise auf die Todesumstände geben. Im September 2017 klagt Oberstaatsanwalt Dominik Mies Sylvia D. wegen Mordes an. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass D. Jan H. in einem über dem Kopf verschnürten Schlafsack ersticken ließ, obwohl sie seine Schreie gehört habe. D.s Anwalt weist den Vorwurf zurück. Das Landgericht prüft die Anklage und lässt diese im Mai 2019 zu. Der Prozess beginnt am 22. Oktober.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
Nr. 237 vom 12. Oktober 2019

Allgemeine Zeitung MAINZ Am Wochenende

Ein Zufluchtsort
„Leser helfen“ hilft dem Wenden
für obdachlose Frauen.

Weltneuheit!
Hörgeräte ohne Batterien
jetzt mit Li-Ionen-Technologie
Wir informieren Sie gerne!

Justi Termin
verstärken

Hörgeräte Fachberatung Becker GmbH
Für die Kirchstraße Am Brand 12 / 0 61 31-2 77 90 85



AKK
Beim Parteitag geht die CDU-CD

Von Katrin Dorn
und Eva Quasthoff

Unter dem Druck starker
parteiloser Kritik und
schlechten Umfrageer-
gebnisse hat CDU-Chefin Annegret
Kreber-Kamphauer heute
Parteitag in Leipzig die Vorstandsmit-
glieder gewählt und ein Signal des Zwi-
schenspiels der Union geschickt. Ihre
Widerpartei ist die frühere Frak-
tionsvorsitzende Friedrich Merz, die
den die Sozialdemokraten von
der ersten Stelle verdrängt hat.

**Der Applaus
Heute spricht
die CDU**

krank

Wieder für alle aus-
geworfen wird es am Don-
nerstag im Bundestag.
Für ein Pflanzjahr
Gründungs- geldern
es gibt auch Pflanz-
begünstigung, sagte Kreber-Kam-
phauer. Ein gleichzeitiges
Verbot des SC-
Bundes oder
der

Inhalt

KULTUR

Wegs aus der Klimakrise
Zur Mobilisierungswoche sind
aktiv Bürger einbezogen, die
Mit machen wollen.



AUS ALLER WELT

Angstapp
Mit „716“ sind einflussreiche
Menschen in der Welt - und
werden zunehmend bedroht.



LEBEN

Im Zug mit Denis Vögel
Eine Fahrt mit dem
Nahverkehr durch seine
heimatliche Heimat.



WISSEN

Eine Frage noch...
...an Wolfgang Schäfer Christ
Wagner. Der Nationalist über
seiner Liebe zum Klavierspielen.



Theodor-Wolff-Preis

Constantin Lummitsch, Jahrgang 1983, studierte Germanistik und Neuere Geschichte an der Universität Gießen. Er volantierte von 2016 bis 2018 beim *Darmstädter Echo*, das zur VRM gehört. Seitdem ist er Redakteur im VRM-Wochenendressort »Leben« in Mainz. In diesem Ressort erscheinen Reportagen und Hintergrundgeschichten. Einige seiner Texte wurden mit Förderpreisen ausgezeichnet.

CONSTANTIN LUMMITSCH ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage lokal« für seinen Beitrag »Ein Gedicht für Paula«, erschienen am 23. November 2019 in der *Allgemeinen Zeitung*.

Ein Gedicht für Paula

Von Constantin Lummitsch

Wenn ein Mensch gestorben ist und sich niemand um die Beerdigung kümmert, übernimmt das die Stadt. Zu Besuch bei Amtsbestattungen.

Drei Kilo wiegt der Menschenrest in der Urne, eher zweieinhalb, schätzt Alexander Alves Limbado, 48, Aufseher am Darmstädter Waldfriedhof. Er trägt zwei Urnen aus dem Verwaltungshaus, schwarze Behälter aus Maisstärke. Er teilt sich heute die Arbeit mit seinem Kollegen Horst Röpling. Alves Limbado trägt Schwarz und Schirmmütze, Röpling grüne Gärtnerhose. Röpling wird heute das Loch graben, Alves Limbado wird beerdigen. Sie tauschen regelmäßig die Rollen.

Beides ist gleich anstrengend, sagt Alves Limbado. Röpling nickt. Er ist 59 und seit 16 Jahren bei den Darmstädter Friedhöfen. Alves Limbado seit drei Jahren, vorher war er Bestatter. Sie arbeiten gerne auf dem Waldfriedhof, 33 Hektar groß, alte Bäume, Efeu, Rosenbüsche.

Wenn es nur nicht so traurig wäre, sagt Röpling. Die toten Kinder, die kleinen Särge, das macht ihm manchmal zu schaffen. Zuhause, beim Bier, redet er darüber oft mit seinem Schwiegersohn. Der arbeitet auch beim Friedhof.

Die Familie ist manchmal von unseren Friedhofsgesprächen genervt, sagt Röpling. Kann er verstehen. Der Tod ist ja nicht so leicht.

Alves Limbado bringt die Urnen zum Wagen. Ein offener Elektro-Caddy in Blau, vier Sitze und eine Ladefläche mit Plastikwanne. Da kommen Urnen, Spaten, Harke und Erdbohrer rein.

Alves Limbado schaut auf die Uhr.

Jetzt kommt keiner mehr, sagt Röpling.

Da ist ein Mensch gestorben, und niemand erscheint bei der Beerdigung, sagt Alves Limbado.

Die beiden steigen in den Elektro-Caddy. Der Motor summt leise, mit 15 Stundenkilometern rollen sie über die Wege des Waldfriedhofs. Vorbei an dicken Eichen, Gräften, Prunkgräbern. Hier liegen die Reichen und Berühmten.

Für die beiden Urnen in der Plastikwanne gibt es keinen Grabstein, nicht mal ein Kreuz. Ihr Platz ist 60 Zentimeter unter der Friedhofswiese. Wenn ein Verstorbener keine Angehörigen hat oder niemand die Kosten tragen will, muss die Kommune die Beisetzung ausrichten. Ordnungsbehördliche Bestattung oder Amtsbestattung nennt man das.

Meistens kommt keiner, sagt Alves Limbado.

Jedes Jahr werden es mehr Amtsbestattungen, sagt Röpling.

Vor fünf Jahren waren es zehn, heute ist es die Siebzehnte in diesem Jahr.

Der Caddy stoppt auf einer Wiese.

Hier sind die Urnenreihengräber, sagt Alves Limbado. Es riecht nach feuchter Erde und Kiefernadeln.

Sie steigen aus, suchen eine Metallplatte im Gras. Jede Platte trägt eine Nummer und steht für eine Grabstelle. Hier ist es. Röpling streift sich Handschuhe über, greift sich den Spaten. Viermal sticht er in den Rasen, dann hebt er ein Viereck aus Gras und Erde heraus, legt es vorsichtig ab.

Jetzt ist der Erdbohrer dran. Wie einen meterlangen Korkenzieher dreht ihn Röpling in die Erde, drückt auf den Bohrer, kurbelt, doch der kreist auf der Stelle.

Das geht in den Rücken, sagt er. Röpling schwitzt, wird blass: Irgendwas blockiert da unten. Er zieht den Bohrer nach oben. In der Stahlspirale steckt ockerfarbene, sandige Erde. Röpling kippt sie aus dem Gerät, beugt sich über das Loch, wühlt mit den Händen. Dann ein Grinsen: Er hält einen Stein im Handschuh. Der war schuld, sagt er und bohrt weiter. Mindestens 80 Zentimeter tief muss das Loch sein, damit über der Urne 60 Zentimeter Erde liegen.

Das ist die Vorschrift, sagt Röpling.

Endlich ist das Loch ausgehoben.

Alves Limbado setzt die Schirmmütze auf, streift Lederhandschuhe über. Er holt die Urne aus der Plastikwanne, geht langsam zum Grab. Die Urne steckt in einem schwarzen Netz. Er kniet, lässt die Urne am Faden des Netzes hinab in die Erde. Er steht auf, nimmt die Mütze ab, senkt den Kopf. Ein paar Sekunden bleibt er stehen, dann wendet er sich ab.

Röpling füllt das Grabloch auf, verteilt die überschüssige Erde mit einer Harke im Gras. Das war's.

Knien und Mütze abnehmen machen die beiden, weil es ihnen wichtig ist. Sie müssten es nicht tun. Abschiedsgesten sind bei Amtsbestattungen nicht vorgesehen, erst recht keine Worte. Die Friedhofsangestellten haben nur die Urne oder den Sarg unter die Erde zu bringen.

Alves Limbado steht neben dem Caddy, er möchte rauchen. Doch das verbietet die Friedhofsordnung. Röpling setzt sich auf eine Bank. Sein Gesicht ist weiß, er schwitzt. Der Rücken schmerzt, sagt er, aber es geht gleich wieder.

Die Asche unter der Erde war mal eine Frau, geboren im Jahr 1930, gestorben und verbrannt im August 2019, beerdigt an einem Montagmorgen im Oktober. Wo wuchs sie auf, wie starb sie? Die Männer wissen es nicht.

In Portugal kenne er keine Amtsbestattungen, sagt Alves Limbado. Seine Eltern stammen von dort. Wenn jemand stirbt, kümmert sich die Familie, sagt er. Aber in Portugal gibt es ein Sterbegeld von rund 1.300 Euro für die Ausrichtung einer Trauerfeier. In Deutschland hatte das Sterbegeld eine lange Tradition. Seit dem Jahr 1911 verlangte die Reichsversicherungsordnung von den Krankenkassen Zahlungen an die Hinterbliebenen. 1989 waren es 2.100 D-Mark. Die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder strich das Sterbegeld im Jahr 2004. Begründung: Krankenkassen und Arbeitgeber sollen entlastet werden. 800 Millionen Euro Sterbegeld mussten die gesetzlichen Krankenkassen bis dahin pro Jahr zahlen. Aktuell haben sie laut Bundesgesundheitsministerium mehr als 21 Milliarden Euro als Rücklage angehäuft.

Heute muss man selbst vorsorgen. Eine schlichte Erdbestattung kostet mit Grabstelle, Miete der Trauerhalle, Bestatter und Verwaltungsgebühren etwa 5.000 Euro. Kommen Grabstein und Leichenschmaus dazu, wird es teurer. Aber es geht auch viel günstiger.

Alles, was die Verwaltung bei einer Amtsbestattung für überflüssig hält, wird eingespart. In Darmstadt auch ein Kreuz oder eine Grabplatte. Die Stadt gibt für eine Feuerbestattung durchschnittlich 2.500 Euro aus:

Abholung, Einsargung, Bestattung: 757,51 Euro

Einäscherung: 392,70 Euro

Urnenbeisetzung: 300 Euro

Wiesenuarnenreihengrab: 665 Euro

Nachdem die Männer die zweite Urne vergraben haben, packen sie das Werkzeug in die Plastikwanne. Aufsitzen, es geht weiter.

Röplings Rücken tut nicht mehr weh, sein Gesicht bekommt wieder Farbe.

Wenn Leute Röpling fragen, was er beruflich mache, sagt er: Mein Job bei der Stadt ist ziemlich wichtig. Ich habe 20.000 Menschen unter mir.

Die Leute gucken dann erstaunt, bis er beschreibt, was er genau macht. Dann schmunzeln sie, sagt Röpling.

Manchmal braucht man für den Beruf Humor, sagt Alves Limbado.

Sie rollen an den Kindergräbern vorbei, biegen auf den Hauptweg Richtung Verwaltung ab.

Noch sind Amtsbestattungen selten. Auch Sozialbestattungen, bei denen Angehörige die Beerdigung ausrichten, aber Unterstützung von der Kommune bekommen, sind in der Minderheit. Doch die Häufigkeit von Amtsbestattungen wird zunehmen. Im Jahr 2036 soll laut einer Bertelsmann-Studie rund ein Drittel aller alten Menschen in Deutschland von Armut bedroht sein. Zur Armut kommt die Einsamkeit: Heute lebt die Mehrheit der über 85-Jährigen isoliert oder in Heimen. Wer will heutzutage mit seinen Eltern oder Großeltern unter einem Dach leben? Wer möchte sie pflegen und in den Tod begleiten? Das übernehmen immer häufiger Pflegedienste, das Heim und später der Hospizverein. Das Thema Sterben lässt sich outsourcen.

In 15 Jahren wird jeder fünfte Westdeutsche und jeder zehnte Ostdeutsche im Alter kinderlos sein, schätzt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Wer wird dann um diese Menschen trauern?

Schon jetzt nimmt in Großstädten wie Frankfurt die Anzahl der Amtsbestattungen zu. 106 waren es im Jahr 2009.

2011: 83

2013: 147

2015: 154

2017: 173

Die Stadt Frankfurt bleibt jedoch nicht auf den gesamten Kosten sitzen. In rund 40 Prozent der Fälle findet die Behörde zahlungspflichtige Verwandte oder erhält Geld aus dem Nachlass der Verstorbenen.

Auch in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden werden es mehr Amtsbestattungen, sagt Alfred-Erich Unkelbach. Er leitet hier die Ordnungsbehörde für das Leichenwesen. Seit 1974 arbeitet er für die Stadt. Ein großer stämmiger Mann mit weißem Schnauzer. Er unterscheidet drei Varianten:

Fall eins: Tote ohne Angehörige.

Fall zwei: Verwandte wollen nichts mit der Beerdigung zu tun haben.

Fall drei: Angehörige möchten sich um die Beerdigung kümmern, haben aber kein Geld. Hier hilft das Sozialamt.

Die Gewichtung ist etwa 20-40-40, Armut ist oft das Problem, sagt Unkelbach.

Am schwierigsten sind die Fälle ohne Angehörige. Das ist dann wie bei einem Puzzle, sagt er. Der Sachbearbeiter muss dann Detektiv spielen, nach Einträgen

in Melderegistern und Familienbüchern suchen, um mögliche Verwandte zu finden. »Pittelarbeit« sagt er dazu.

Gibt es keine Angehörigen, muss die Stadt die Beerdigung ausrichten. Ein Bestatter arbeitet für diese Fälle mit der Behörde zum Festpreis zusammen. Im Gegensatz zu anderen Städten zahlt Wiesbaden ein Holzkreuz mit Namen und Lebensdaten.

Ein bisschen Würde wollen wir trotzdem noch, sagt Unkelbach.

Etwa 260 Fälle prüfen die Sachbearbeiter pro Jahr, 110 davon übernimmt die Behörde. Bei den restlichen kümmern sich Angehörige oder Freunde um die Bestattung.

Er erzählt von Billigst-Gräbern im Hunsrück. Dort bietet ein Bestattungsunternehmen Wiesengräber für 200 Euro an, Rasenpflege für 15 Jahre inbegriffen. Manche senden die Urne per UPS an günstige, aber weit entfernte Friedhöfe, um Geld zu sparen.

Früher war die Bestattung eines nahestehenden Menschen Ehrensache, das ist heute nicht mehr so, sagt Unkelbach.

Auf der anderen Rheinseite liegt die Mainzer Friedhofsverwaltung. Ein Neubau neben dem Klärwerk, viel Glas, große Büros. Die zuständige Sachbearbeiterin möchte anonym bleiben. Sie recherchiert wie Unkelbachs Team nach Angehörigen von Verstorbenen. Verwandte müssen für die Beerdigungskosten aufkommen, deshalb sucht die Behörde nach ihnen. Aber auch, um mehr über den Toten zu erfahren.

Wenn wir rausbekommen, dass jemand nicht verbrannt werden wollte, setzen wir das um, sagt die Sachbearbeiterin. Auch wenn das teuer ist. 2.300 Euro kostet eine Erdbestattung, 1.580 Euro eine Feuerbestattung. Damit sind Grabstelle, Leichenschau und bei einer Urnenbeisetzung die Kremation bezahlt. Gebühren für den Bestattungsunternehmer kommen noch dazu.

Wenn die Sachbearbeiterin einen Angehörigen ausfindig gemacht hat, ruft sie ihn an. Manchmal waren Geschwister zerstritten, hatten jahrelang keinen Kontakt.

Von mir erfahren sie dann vom Tod des Bruders oder der Schwester, sagt sie.

Manche sagen gar nichts, legen auf.

Manche weinen.

Manche brauchen einen Tag Zeit und melden sich dann.

Manche wollen nichts von ihren toten Vätern wissen. Einer sagte mal: Schmeißt ihn doch auf den Müll, mir ist er egal.

Man braucht Fingerspitzengefühl, sagt die Sachbearbeiterin. Dazu kommen religiöse Traditionen: Gläubige Moslems und Juden lehnen es meist ab, dass man ihre Leichen verbrennt.

Wenn wir die Konfession herausfinden, informieren wir die zuständige Kirche, damit auch bei Amtsbestattungen ein Geistlicher dabei ist, sagt sie.

Und was ist mit Atheisten oder Menschen mit ungeklärter Religionszugehörigkeit?

Um die kümmern sich Günther Götz und Christopher Jones, zwei Seelsorger im Ruhestand, sagt die Sachbearbeiterin. Ehrenamtlich.

Christopher Jones ist 67 und Blues-Musiker. Er trägt eine weiße Mähne, Schnauzer und Kinnbärtchen zu abgewetzten Jeans. Er ist der Sohn eines amerikanischen Literaturwissenschaftlers und einer deutschen Schauspielerin, war Schulsprecher, Hippie, Musiker, Weltreisender, Tischler, Kellner, Tellerwäscher und Wohnungsloser, bevor er in einer New Yorker Bahnhofsmision bei einem Gottesdienst mitmachte und gläubig wurde. In Mainz studierte er katholische Theologie, arbeitete als Diakon, kümmerte sich um Obdachlose und Inhaftierte, unterrichtete Religion an Schulen, betreute Gemeinden, beerdigte Verstorbene.

Was man als Diakon eben so macht, sagt Jones.

Jetzt, im Ruhestand, kümmert er sich immer noch um Beerdigungen.

Ihn stört es, wenn ein Mensch wie ein totgefahrenes Tier verscharrt wird, ohne Trauerfeier, ohne Zeugen, ohne Abschied.

Er sitzt gerade an einem neuen Fall. Eine Frau ist gestorben, nennen wir sie Paula: 93, Altenheimbewohnerin, keine Angehörigen. Die Sachbearbeiterin von der Friedhofsverwaltung hat Jones eine Mail mit Paulas Lebensdaten geschickt: Geboren 1926 bei Magdeburg, verstorben im Oktober in Mainz. Kinderlos. Konfession: nicht bekannt. Amtsbestattung am 4. November, 11 Uhr, Waldfriedhof Mainz-Mombach.

Aber es gibt da eine Betreuerin. Sie kümmerte sich um Paula, sagt Jones. Er hat eine Mail von der Betreuerin erhalten. Er liest, dass Paula im Jahr 2012 in der Mainzer Neustadt lebte, sich noch selbst versorgen konnte. Ihr Mann war gestorben, seine Urne steht in einer Kammer des Kolumbariums, einer Urnen-

wand auf dem Waldfriedhof Mainz-Mombach. In seiner Kammer ist noch ein Platz frei: Dort wird Paula beigesetzt.

Sie pflegte Rituale: Mit der Nachbarin trank sie jeden Morgen einen Piccolo. Beim Einkaufen auf dem Mainzer Wochenmarkt brauchte sie manchmal Hilfe. Paula ging immer zu denselben Ständen. Sie mochte Spargel, Handkäse, warme Brezeln. Nach dem Einkauf aß sie Stachelbeertorte vom Domcafé. Sie war eine eigenwillige Dame, schreibt die Betreuerin. Paula legte großen Wert auf die Qualität ihrer Kleidung, kaufte sie nur in Fachgeschäften. In den vergangenen Jahren lebte sie in einem Altenheim. Und da ist noch ein Foto: Paula als alte Frau bei einer Senioren-Fastnachtssitzung in der Mainzer Rheingoldhalle. Sie blickt Richtung Bühne, trägt eine rosa Kette aus Plastikblumen. Die Mundwinkel zeigen nach unten, sie wirkt mürrisch, die Hände wie zum Gebet gefaltet.

Das Foto, die Mails, das sind viel mehr Informationen als sonst, sagt Jones.

Vielleicht weiß die Betreuerin noch mehr. Er wählt ihre Nummer. Sie geht ran.

Er sagt, dass er ein Gedicht für Paula schreibt. Für die Beerdigung. Er fragt, ob Paula dement gewesen war, ob sie krank war, ob sie Schmerzen hatte.

Die Betreuerin weiß es nicht. Sie leitet den Betreuungsdienst, kennt Paula nur aus der Zeit um 2012. Eine andere Betreuerin besuchte Paula in den letzten Jahren.

Kommen Sie zur Beerdigung?, fragt Jones.

Die Betreuungsdienstleiterin hat Termine, doch sie will es sich überlegen. Auf jeden Fall komme jemand vom Betreuungsdienst zur Beerdigung.

Jones bedankt sich und legt auf.

Aus dem, was ihm Friedhofsverwaltung und Betreuungsdienst berichten, schreibt er ein Gedicht. Dabei hilft ihm die Wiesbadener Schriftstellerin Gisela Winterling.

Gestern Abend war die Gisela da, sagt er. Sie saßen am Küchentisch, die ausgedruckten Mails der Friedhofsverwaltung und der Betreuerin neben sich. Sie überlegten: Was war das für ein Leben? Was war Paula für ein Mensch?

Wir wissen ja eigentlich nichts. Und wir wollen ihr nichts andichten, sagt Jones.

Sie reden, dann schreiben sie gemeinsam. Immer im Wechsel notiert jeder eine Zeile. Ein Satz greift in den anderen und eine Geschichte entsteht. So machen sie es immer. Sind sie mit dem Ergebnis zufrieden, nimmt Winterling

das Blatt mit nach Hause und formt aus der Rohfassung ein Gedicht. Poetry-Portrait sagen sie dazu.

Meistens geht es bei Amtsbestattungen weniger poetisch zu. Eine Pfarrerin aus Darmstadt sagt: Ich recherchiere nichts über die Verstorbenen. Ich muss nichts über den Verstorbenen wissen, Gott kennt ihn ja. Deshalb liest sie etwas aus der Bibel vor, einen Psalm oder ein Gebet. Ihr reicht das.

Für Beerdigungen sind Kirchen gut gerüstet: Die Bibel ist voller schöner, trauriger und hoffnungsvoller Geschichten. Aber Jones kann sie nicht verwenden: Seine Amtsbestattungen sind für Konfessionslose. Das Material seiner Grabrede sind die Bruchstücke eines Lebens.

Waldfriedhof Mainz-Mombach, 11 Uhr. Treffpunkt ist vor der Trauerhalle. Es nieselt, ein kühler Novembermontag. Jones kommt um die Ecke, Gitarre in der Hand. Er trägt eine schwarze Lederjacke, dunkle New Balance und einen roten Schal. Gisela Winterling begleitet ihn, auch die Betreuerin ist erschienen. Sie stellen sich unter das Dach der Trauerhalle. Die Frauen schweigen.

Noch müssen wir nicht andachtsvoll dastehen, sagt Jones, schnallt sich seinen Mundharmonikahalter um, streicht mit den Fingern über seine Gitarre, als wolle er gleich auf eine Bühne steigen. Beerdigungen machen ihn nicht mehr traurig. Bei seiner ersten, in Darmstadt war das, hatte er Muffensausen. Doch das ist wie bei einer Hebamme, für die ist eine Geburt nach dem hundertsten Mal auch was ganz Normales, sagt er.

Die Chefin konnte leider nicht kommen, wegen Terminen, sagt die Betreuerin. Sie selbst kannte Paula seit drei Jahren.

War Paula ein Pflegefall?, fragt Jones.

Nein, aber sie brauchte einen Rollator, sagt die Betreuerin.

Am Ende wollte Paula nicht mehr spaziergehen, nicht mehr essen, nicht mehr reden.

Ich kam kaum noch an sie ran, sagt die Betreuerin, ich glaube, sie wollte nicht mehr.

Nur ganz selten blühte Paula nochmal auf: Spielte Mainz 05, rollte sie rüber in den Fernsehraum des Altenheims, fieberte mit, fluchte. Wenn sie sprach, dann vom Urlaub im Allgäu, damals, als ihr Mann noch lebte. Oder von ihrer alten Heimat Magdeburg, sie wechselte dann in den Dialekt und sagte immer Machdeburch.

Wann zog sie nach Mainz? Nach dem Krieg, vorm Mauerbau?

Die Betreuerin weiß es nicht.

Es hat aufgehört zu regnen. Der Friedhofsverwalter kommt aus der Trauerhalle, stellt die Urne auf ein mit rotem Samt verhülltes Podest. Jones geht zur Urne. Die Betreuerin, der Friedhofsverwalter und Gisela Winterling blicken ihn an.

Jones spricht mit klarer, lauter Stimme, mit einer Fröhlichkeit, die wohl nur Menschen verspüren, die an ein Leben nach dem Tod glauben. Er liest ihr Geburtsdatum und ihr Todesdatum ab, nennt ihren Namen, ihre Herkunft.

Wir sind zusammenkommen, um Abschied zu nehmen, sagt Jones.

Das Gedicht trägt Gisela Winterling vor.

Für Paula, die wir nicht kannten, beginnt es. Das Gedicht erzählt von Paulas Mann, vom gemeinsamen Tanzen, vom Urlaub im Allgäu, vom Piccolo mit der Nachbarin, vom Brezelstand. 138 Wörter, wenig Adjektive, 45 Zeilen. Die ersten gehen so:

Du gehst Deinen Weg
In einer Zeit
Irgendwann, irgendwie
Ohne Kind und Kegel
Von Machedeburch nach Mainz

Danach trägt der Friedhofsangestellte die Urne zum Kolumbarium. Die anderen folgen ihm, Jones spielt im Gehen Gitarre, singt: ein irisches Tanzlied, die Dubliners bringen es häufig. Das Lied ist gleichzeitig eine Allegorie auf das Leben Christi. Ganz ohne Jesus kann es der alte Diakon nicht machen.

Im Kolumbarium stellt der Friedhofsverwalter Paulas Urne neben die ihres Ehemannes. Ein winziger verwitterter Plastikbar sitzt neben seiner Urne. Hat Paula ihn damals in das Wandgrab gelegt?

Winterling liest ein Gedicht von Mascha Kaléko vor: Die Zeit steht still. Wir sind es, die vorübergehen.

Wir wissen nicht, ob du gläubig warst, sagt Jones. Aber als Gläubiger möchte ich für dich beten, um von dir, die ich nicht kannte, Abschied zu nehmen.

Er spricht das Vaterunser.

Der Friedhofsangestellte verschließt das Urnengrab.

Die Feier ist vorbei. Bevor alle gehen, tritt Jones nochmal ans Grab, berührt mit der Hand die Steinplatte. Er murmelt etwas, man kann es nicht so genau verstehen, aber es klingt wie: Schön, dass du nicht alleine bist.

ALLGEMEINE ZEITUNG

Nr. 273 vom 23. November 2019



FRANZ BRITTINGLAND LITVY

DIE ZEIT



WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



25. APRIL 2011 1714



Wann sind

SRI LANKA

Warum trifft es
jetzt die
Christen?

Fünf Fragen, fünf
Antworten zu den
Terroranschlägen
am Ostermontag

Politik, S. 4

»Dann zittere
ich halbe«

Der Moderator Frank
Ehlers spricht erstmals
über seine Parkinson-
erkrankung

Entdecken, S. 38

»Nichte

»Stefle

»Stiller

»Aber

»und

»erbole

Theodor-Wolff-Preis

Amrai Coen, Jahrgang 1986, Redakteurin im Dossier von *Die Zeit*. Geboren und aufgewachsen in Hamburg. Zur Schule gegangen in Deutschland, Mexiko und Australien. Rugby gespielt für den FC St. Pauli und in der deutschen Nationalmannschaft. Schreiben gelernt an der Zeitenspiegel-Reportageschule in Reutlingen und der Henri-Nannen-Schule in Hamburg. Seit 2012 bei *Die Zeit*.

Nicola Meier, Jahrgang 1979, arbeitet seit 2016 für *Die Zeit*, erst als Pauschalistin im Dossier, dann als Redakteurin beim *ZEITmagazin* und Autorin fürs Dossier. Vorher arbeitete sie als freie Reporterin in Hamburg. Sie studierte Publizistik, Politikwissenschaft und Literatur in Mainz und besuchte die Reportageschule in Reutlingen. Ihre journalistischen Arbeiten wurden mehrfach ausgezeichnet.

AMRAI COEN und NICOLA MEIER sind nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage überregional« für ihren Beitrag »Ein tödliches Ver-säumnis«, erschienen am 25. April 2019 in *Die Zeit*.

Ein tödliches Versäumnis

Von Amrai Coen und Nicola Meier

Im Wartezimmer eines Arztes steckt ein Elfjähriger zwei Säuglinge mit Masern an. Der Junge war nicht geimpft. Rekonstruktion eines tödlichen Versäumnisses

Natürlich ist da das Wenn.

Wenn der Junge schon den typischen Ausschlag gehabt hätte, dann hätte sein Großvater vielleicht das Schild an der Praxis beachtet: »Bei Verdacht auf ansteckende Krankheit bitte klingeln!«

Wenn der Großvater geklingelt hätte, dann hätten die Arzthelferinnen den Flur geräumt, die Türen geschlossen und den Jungen statt ins Wartezimmer direkt ins Behandlungszimmer geführt.

Wenn nicht Montag gewesen wäre, dann wäre das Wartezimmer nicht so voll gewesen.

Wenn, wenn, wenn.

In Bad Salzuflen sagt ein Arzt: »Wenn wir bei dem Patienten erkannt hätten, dass das nicht nur ein Fieber ist, dann hätte man das vielleicht verhindern können.«

Christoph Holzhausen stützt sich auf einen Gehstock, er überquert einen Zebrastreifen, schaut auf den Asphalt, um nicht zu stolpern. Er steuert auf das Eckhaus am Marktplatz zu, ein gelber Altbau mit verzierter Fassade, anno 1906.

Holzhausen, ein schlanker Mann mit weißen Haaren und dichten weißen Augenbrauen, betritt das Haus, nimmt, weil es keinen Aufzug gibt, die Stufen in den ersten Stock. Er ist 79 Jahre alt, bis vor drei Jahren hat er hier gearbeitet. Er würde noch immer hier arbeiten, hätte er seit einer Herzoperation nicht diese Gleichgewichtsstörungen.

Sein Sohn hat die Praxis übernommen, und so stehen dieselben Wörter an der Tür wie früher: »Dr. med. Holzhausen, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin«. Eine von drei Kinderarztpraxen in der nordrhein-westfälischen Stadt Bad Salzuflen.

Christoph Holzhausen war ein halbes Jahrhundert lang Kinderarzt. Er sagt: »Ich hätte mir keinen anderen Beruf vorstellen können.«

Es ist ruhig, als er die Praxis aufschließt, ein Samstag. Langsam geht Holzhausen den Flur entlang, rechts und links Zimmer, Anmeldung, Behandlungs-

räume, am Ende des Flurs eine Tür, auf der »Wartezimmer« steht. »Wahrscheinlich war es hier«, sagt Holzhausen und zeigt mit seinem Gehstock durch den Raum. Grüne Wände, ein Bild mit Zebras, Giraffen und Elefanten, graue Sitzbänke, auf dem Parkettboden steht ein Spielzeugauto. »Sieht noch genauso aus wie damals.«

Damals, an einem Montag im Mai 1999, nahm hier eine unglückliche Verkettung von Zufällen ihren Anfang. Holzhausen spricht ungern darüber. Er will abschließen mit dieser Sache, die ihn noch immer quält, nach all den Jahren. Aber er will auch nicht wegsehen, jetzt, da im Fernsehen und in den Zeitungen seit Wochen schon von den Masern die Rede ist.

Tagesschau, 24. März 2019: »Angesichts einer Häufung von Masernfällen prüft die Koalition eine Impfpflicht für Kinder«.

Der Spiegel, 30. März 2019: »Impfen auf Befehl. Der bizarre Streit um den Schutz unserer Kinder«.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. April 2019: »Debatte über Masern-Impfpflicht für Kindergarten- und Schulkinder«.

Süddeutsche Zeitung, 15. April 2019: »Immun gegen Argumente. Die Impfskepsis wächst weltweit – und mit ihr die Zahl der Masernfälle.«

Die Masern – eine Krankheit, die längst ausgerottet sein könnte, ist wieder ausgebrochen, auch in Deutschland. Seit Beginn dieses Jahres gab es 101 Fälle in Nordrhein-Westfalen. 46 in Niedersachsen. 46 in Baden-Württemberg. 34 in Bayern. 19 in Rheinland-Pfalz. 17 in Hessen. 15 in Sachsen. Elf in Berlin. Vier in Hamburg. Zwei in Thüringen. Einen Fall in Schleswig-Holstein.

In Lage sagt eine Mutter: »Wenn ich damals nicht in die Praxis gegangen wäre. Wenn ich Michas Fieber einfach abgewartet hätte. Wenn ... dieses Wörtchen. Das ist eine Sackgasse.«

Lage, eine Kleinstadt, 15 Autominuten entfernt von Bad Salzuffen. Ein moderner Neubau, vom Flur geht es in den Wohn- und Essbereich, rechts eine frei stehende Küche, links cremefarbene Sofas. Der Blick fällt auf ein Foto an der Wand, ein Junge, dunkle Haare, schiefes Lächeln, ein weißer Rahmen, an dem ein Herz hängt.

Oxana Giesbrecht, 46 Jahre alt, setzt sich an den Esstisch, eine schmale Frau, goldbrauner Bob, Hornbrille, manikürte Hände. Sie sagt, sie sei etwas aufgeregt. Auch sie will eigentlich nicht über das reden, was damals in Holzhaus-

sens Praxis begann. Trotzdem stimmt sie einem Gespräch mit dieser Zeitung zu, tritt in der Talkshow Maischberger auf. Sie hofft, wenigstens ein paar Menschen davon zu überzeugen, wie gefährlich diese Krankheit sein kann. Sie, die Mutter von Micha, der heute 20 Jahre alt wäre. An dessen Geburtstag sie immer eine Kerze anzündet.

An einem Freitag im Mai 1999 betritt ein elfjähriger Junge die Praxis von Christoph Holzhausen, er wird begleitet von seinem Großvater. In der Karteikarte des Patienten steht: Schlechter Impfstatus.

Christoph Holzhausen: »Den Impfstatus habe ich immer auf die erste Seite der Karte geschrieben. Damit der gleich zu sehen war.«

Er untersucht den Jungen und notiert: 14.05.99 mit Fieber, Bauch- und Kopfschmerzen in Praxis. Es sind Symptome, mit denen Holzhausen jeden Tag mehrmals konfrontiert ist. Er erinnert sich nicht mehr genau, aber wahrscheinlich hat er gesagt, was fast alle Kinderärzte in dieser Situation sagen: Bitte beobachten, ob es schlimmer wird.

Am 17. Mai 1999 kommt der Junge wieder.

Christoph Holzhausen: »An normalen Tagen hatten wir zwischen 80 und 110 Patienten in der Praxis. Montags war es immer am vollsten.«

Der 17. Mai ist ein Montag.

Christoph Holzhausen: »Der Junge war am Vormittag da.«

Auch Oxana Giesbrecht ist an diesem Vormittag in der Praxis. Ihr Sohn Micha, sechs Monate alt, hat das ganze Wochenende lang gefiebert.

Oxana Giesbrecht: »Ich dachte, bevor ich irgendwas verpasse, Mittelohrentzündung oder so, gehe ich besser zum Arzt. Ich hatte Michas großen Bruder dabei, der war drei Jahre alt. Im Wartezimmer war es voll. Der Gedanke, dass Micha sich mit etwas anstecken könnte, kam mir gar nicht. Ich war keine ängstliche Mama.«

Christoph Holzhausen: »Micha hatte ein Exanthema subitum, ein Drei-Tage-Fieber, harmlos.«

Aus Christoph Holzhausens Patientenakten lässt sich rekonstruieren, dass an diesem Vormittag im Wartezimmer auch ein neun Monate altes Kind mit einem Wangen-Ekzem sitzt. Ein zweijähriges, das eine Schnittverletzung hat. Ein fünfjähriges mit Bauchschmerzen. Ein zwölf Monate altes, das wegen einer Vorsorgeuntersuchung da ist.

Keines der Kinder ist gegen Masern geimpft. Sie sind zu jung. Oder ihre Eltern sind Impfgegner.

Nach Empfehlung der Ständigen Impfkommission des Robert Koch-Instituts in Berlin sollten Kinder »die 1. MMR-Impfung (MMR steht für Masern-Mumps-Röteln) im Alter von 11–14 Monaten und die 2. MMR-Impfung im Alter von 15–23 Monaten durchführen lassen«.

Auch Micha war noch nicht alt genug für die Impfung.

Bei Masern ist die Infektionsgefahr enorm groß: Die Krankheit ist ansteckender als die Grippe, ansteckender als Tuberkulose, ansteckender als Ebola. Ein Niesen, ein Husten, ein Lachen genügt. Wer nicht geimpft ist und sich mit einem Erkrankten in einem Raum aufhält, steckt sich mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 95 Prozent an. In der Fachsprache: Kontagionsindex nahe 100 Prozent.

Christoph Holzhausen untersucht den elfjährigen Jungen erneut. Diesmal notiert er in der Akte: 17.05. Rachen gerötet und Entwicklung eines Exanthems, Diagnose: Masern.

Es vergehen zwei Wochen, dann häufen sich in Holzhausens Praxis die Diagnosen derselben Krankheit.

29.05. Patient, 9 Monate alt. Diagnose: Masern.

31.05. Patient, 2 Jahre alt. Diagnose: Masern.

02.06. Patient, 12 Monate alt. Husten und Schnupfen, Koplik nachweisbar, Diagnose: beginnende Masern mit Fieber und Ausschlag.

Gleich mehrere Masernkranke in wenigen Tagen, das hat Holzhausen selten erlebt. Aber noch ahnt er nicht, dass die Sache etwas mit seiner Praxis zu tun hat.

Oxana Giesbrecht: »Micha bekam hohes Fieber, richtig hoch. Wir hatten gerade ein bisschen mit Zufüttern angefangen. Er wollte gar nichts mehr. Wollte nur an die Brust. Und dann kam der Ausschlag.«

02.06. Patient, 6 Monate alt. Diagnose: Masern mit Bronchitis und Konjunktivitis.

Oxana Giesbrecht: »Wir haben gedacht: Na gut, Masern halt. Das war nichts, wo man sich groß Gedanken gemacht hat.«

Masern, eine harmlose Kinderkrankheit, das denken viele. Früher hatten schließlich alle Masern, gab es sogar Masernpartys, auf denen Kinder sich anstecken sollten, damit sie es hinter sich hatten. Alles halb so wild, oder?

Christoph Holzhausen ist in der DDR geboren und aufgewachsen, in Brandenburg, man hört es manchmal noch, wenn er sagt: jeschaut, jedacht, je-

macht. 1966 hat er seine erste Stelle in einer Klinik in Wittenberg angetreten, vier Jahre später erlebte er die Einführung der Masernimpfung, in der DDR war sie verpflichtend. 1973 wurde die Impfung auch in Westdeutschland eingeführt.

Holzhausen war nicht glücklich in der DDR, seine Kinder hatten kaum Ausbildungsmöglichkeiten, er stellte einen Ausreiseantrag. Im Frühjahr 1989 übersiedelte er mit seiner Familie nach Nordrhein-Westfalen, Anfang der Neunzigerjahre eröffnete er in Bad Salzuflen seine eigene Praxis.

Manchmal wundert sich Christoph Holzhausen, wie schnell Menschen vergessen. Die Masern sind nicht harmlos, sind es nie gewesen. Sie schwächen das Immunsystem, und dann steigt die Wahrscheinlichkeit einer Mittelohrentzündung, einer Lungenentzündung, einer Gehirnentzündung.

Bis 2016 nahm die Zahl der Masernfälle ab. Seitdem werden es jedes Jahr mehr.

Gemeldete Masernfälle 2016 in Europa: 5.273.

Gemeldete Masernfälle 2017 in Europa: 23.927.

Gemeldete Masernfälle 2018 in Europa: 82.596.

Lange Zeit sah es so aus, als gebe es Masern-Epidemien nur noch in Entwicklungsländern, dort, wo das Geld fehlt, um die Menschen zu impfen. Jetzt aber ist die Krankheit plötzlich auch in den Industrienationen wieder allgegenwärtig. In den USA, in Europa, in Deutschland. Nicht weil der Impfstoff zu teuer wäre. Sondern weil Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen wollen. Weil sie glauben, die Impfung würde ihre Kinder nicht schützen, sondern ihnen schaden. Anfang dieses Jahres erklärte die Weltgesundheitsorganisation die Impfgegner zur »globalen Bedrohung«.

Oxana Giesbrecht wuchs in der Sowjetunion auf, wo es umfangreiche Impfprogramme gab, mit 16 Jahren kam sie nach Deutschland. Darüber, ob sie ihre Kinder impfen lassen soll oder nicht, hat sie sich nie Gedanken gemacht.

Oxana Giesbrecht: »Für uns als Eltern war klar: Impfen, trösten – und gut ist.«

Micha hat die Masern schnell überwunden. Er wird ein Jahr alt, zwei Jahre, drei, vier, fünf.

Oxana Giesbrecht: »Er hat Bilder gemalt, ich habe eine ganze Kiste. Er war der einzige von unseren vier Jungs, der malte. Er konnte seinen Namen schreiben und unsere Namen. Er hat sich völlig normal entwickelt.«

Dann kommt der Sommer 2004, Micha ist fünfzehnhalb.

Oxana Giesbrecht: »Er war bockig, richtig aggressiv. Ich war wieder schwanger. Wir dachten: Vielleicht ist er eifersüchtig. Dann gab es eine Nacht, in der er nicht schlafen konnte, er hat geweint und gesagt: Ich sehe überall Käfer! Große Käfer! Das war kurz vor unserem Urlaub. Wir dachten: Der ist so überdreht im Moment. Im Urlaub ist er oft gestolpert. Wir dachten: Micha, langsam! Anfang September kam er in den Schwimmkurs. Der Lehrer sagte: Frau Giesbrecht, so ein Kind hatte ich noch nie. Er hat so viel Kraft in den Armen. Aber seine Beine bewegt er nicht. Danach habe ich einen Termin bei Dr. Holzhausen gemacht.«

Christoph Holzhausen: »Wir hatten kurz vorher eine Vorsorgeuntersuchung, da konnte Micha alles. Und wenig später, der Einbeinstand zum Beispiel – ging nicht mehr. Ich habe Micha sofort in die Klinik geschickt.«

Oxana Giesbrecht: »Ein Neurologe hat ihn untersucht und dann gesagt: Wir werden ihn stationär aufnehmen.«

Bericht des Klinikums Lippe Detmold: »Sehr geehrte Familie Giesbrecht, wir berichten über o. g. Patienten, der sich vom 12.10.2004 bis 16.10.2004 in unserer stationären Behandlung befand.«

Oxana Giesbrecht: »Der Neurologe sagte: Ich möchte, dass Sie Ihren Mann anrufen. Ich habe ihm gesagt: Peter, bitte komm.«

Bericht des Klinikums Lippe Detmold: »Diese Befunde sprechen für das Vorliegen einer subakuten sklerosierenden Panenzephalitis (SSPE) [...] als Spätfolge einer frühkindlichen Maserninfektion.«

Oxana Giesbrecht: »Der Arzt hat gesagt: Genießen Sie jeden Tag mit ihm. Das klang wie: Er wird morgen sterben.«

SSPE. Vier Buchstaben, Oxana Giesbrecht schreibt sie auf.

Christoph Holzhausen: »Die Klinik rief mich an. Sie hätten SSPE festgestellt. Selbstverständlich guckt man dann in der Literatur nach, was da geschrieben steht. Und welche therapeutischen Möglichkeiten es gibt.«

Aus dem Masern-Ratgeber des Robert Koch-Instituts: »Die subakute sklerosierende Panenzephalitis (SSPE) stellt eine sehr seltene Spätkomplikation dar, die sich durchschnittlich 6–8 Jahre nach Infektion manifestiert. Nach Literaturangaben kommt es durchschnittlich zu 4–11 SSPE-Fällen pro 100.000 Masernerkrankungen. Ein deutlich höheres Risiko besteht bei Kindern < 5 Jahren. Dieses wird auf etwa 20–60 SSPE-Fälle pro 100.000 Masernerkrankungen geschätzt [...]. Die Prognose ist stets infaust.«

Infaustus, das ist Latein für: ungünstig.

Den Bericht der Klinik bekommt Christoph Holzhausen direkt in seine Praxis gefaxt.

Christoph Holzhausen: »Die wichtigste Aufgabe für einen Kinderarzt ist, dass die Kinder gesund sind. Und wenn sie krank sind, dass sie wieder gesund werden.«

Bericht des Klinikums Lippe Detmold: »Eine Heilungschance besteht derzeit leider nicht.«

Ungünstig, das bedeutet in der Medizin: endet tödlich.

Die Masernviren befallen Gehirnzellen, jahrelang unbemerkt. Nach und nach breiten sie sich im Gehirn aus. Nervenzellen werden zerstört, Muskeln reagieren nicht mehr. Von den ersten Symptomen der SSPE bis zum Tod dauert es in der Regel ein bis drei Jahre, manchmal länger.

Christoph Holzhausen setzt sich damals in seiner Praxis an den Computer. Er will wissen, wann genau Micha Masern hatte. Als er das Stichwort in die Suchmaske eingibt, taucht der Name jenes Jungen auf, der am 17. Mai 1999 in seine Praxis gekommen war. Und die Namen der sechs Kinder, die wenig später ebenfalls an Masern erkrankt waren.

Holzhausen kommt ein schwer erträglicher Verdacht. Er forscht weiter in den Patientenakten: Alle infizierten Kinder waren kurz zuvor für andere Untersuchungen bei ihm in der Praxis gewesen, alle an jenem Tag, an dem auch der elfjährige Junge in seinem Wartezimmer saß, die Krankheit noch nicht diagnostiziert, aber schon hochansteckend.

Die infizierten Kinder, sie hatten nichts gemein, außer dass sie alle Patienten von Dr. Holzhausen waren und am selben Vormittag in seiner Praxis.

Christoph Holzhausen: »Es war damals eine dunkle Stunde, als ich das feststellte: in der eigenen Praxis angesteckt. Schiete.«

Im Herbst 2004 erstellt Holzhausen eine Liste: Indexpatient: geboren 1988. Impftermine wurden nicht wahrgenommen.

Als bei Micha Giesbrecht SSPE diagnostiziert wird, ist der Junge, den Christoph Holzhausen als »Indexpatient« bezeichnet, 16 Jahre alt. Holzhausen hat ihn zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zwei Jahren nicht gesehen.

Christoph Holzhausen: »Der war gar nicht mehr in meiner Praxis. Vielleicht war der weggezogen aus Bad Salzufen, ich weiß es nicht.«

Er sucht nicht weiter nach dem Jungen. Wozu auch? Die Frage nach Schuld verbietet sich für Holzhausen. Der Elfjährige war einfach ein krankes Kind, das zu ihm in die Praxis kam.

Patient 2: geboren 1998. 6 Monate alt.

Patient 3: geboren 1998. 12 Monate alt.

Patient 4 ist ein erwachsener, ungeimpfter Verwandter eines Patienten.

Patient 5: geboren 1998. 9 Monate.

Patient 6: geboren 1991. 8 Jahre.

Patient 7: geboren 1994. 5 Jahre. Eltern Impfgegner.

Patient 8: geboren 1997. 2 Jahre. Eltern Impfgegner.

Micha Giesbrecht ist Patient 2.

Die Liste nennt Holzhausen seine »Alarmliste«. Wenn noch eines der Kinder, die weiterhin Patienten in seiner Praxis sind, mit neurologischen Auffälligkeiten zu ihm käme, wäre ihm sofort klar: SSPE-Verdacht. Bei den Patienten 3 und 5, die sich wie Micha als Säugling mit Masern angesteckt haben, ist die Gefahr, dass sie an SSPE erkranken, noch einmal erhöht. Holzhausen weiß das damals nicht, weil die entsprechenden Studien noch nicht vorliegen.

Christoph Holzhausen: »Die meisten Patienten von der Alarmliste kamen weiterhin in die Praxis zu mir. Ich war immer froh, wenn die gesund waren.«

Holzhausen bestreitet nicht, dass Impfungen ein Risiko in sich tragen, dass es Komplikationen geben kann. Aber es geht beim Impfen immer auch um Wahrscheinlichkeiten, um Statistik. Holzhausen ist ein Mann, der an Zahlen glaubt. In seinem Haus am Stadtrand von Bad Salzflun, stattliche Häuser und gepflegte Vorgärten, sitzt er im Wohnzimmer und blättert in einer Veröffentlichung des Robert Koch-Instituts, sie stammt aus dem Jahr 2004, dem Jahr, in dem Micha erkrankte. »Für mich ist die Frage: Ist die Gefahr durch die Erkrankung größer oder durch die Impfung? Und bei Masern ...«, Holzhausen zeigt auf eine Tabelle, in der die Wahrscheinlichkeit der Komplikation einer akuten Gehirnentzündung dargestellt wird: Bei Erkrankung: 1/1000–10.000. Nach Impfung: 1/1.000.000 (Zusammenhang unsicher).

Eins zu tausend bis zehntausend.

Eins zu eine Million, wenn es überhaupt einen Zusammenhang gibt.

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind eine Gehirnentzündung bekommt, ist bei einer Masern-Infektion also mindestens 100-mal so hoch wie bei einer Impfung.

Oxana Giesbrecht: »Micha hat das gar nicht so richtig wahrgenommen, seine Erkrankung. Wir haben gesagt: Micha, du bist schwer krank. Und er meinte: Ist nicht schlimm, ich bin nicht krank.«

Christoph Holzhausen: »Ich habe immer noch diesen einen Hausbesuch in Erinnerung. Sie wollten mir vorführen, wie er läuft. Und dann lief er und ist richtig nach vorne gefallen.«

Am 24. November 2004, fünf Wochen nach Michas Diagnose, bringt Oxana Giesbrecht ihr viertes Kind zur Welt: Elias.

Oxana Giesbrecht: »Da konnte Micha nur noch zwei, drei Wörter sagen. Innerhalb von einem Monat hat er aufgehört zu laufen und zu sprechen. An Weihnachten hatten wir ein apathisches, gelähmtes Kind. Mein Mann und ich konnten lange nicht über diese Phase reden. Es war so schmerzhaft, zu sehen, wie er alles verlernte. Wie dieser quicklebendige Junge zu einem Nichts wurde.«

Micha bekommt einen Rollstuhl.

Oxana Giesbrecht: »Für mich war der schlimmste Moment, als mein Mann einmal nach Hause kam. Ich hielt Micha zum Fenster, zum Parkplatz hin. Ich sagte: Schau mal, wer da ist! Und er guckte ... und er konnte nicht Papa sagen. Manchmal kamen noch Sprachbrocken raus. Oder er fing an zu lachen, wenn jemand nach einem Rülpsen sagte: ›Schulz.« Aber dann hörte auch das Lachen auf.«

Oxana Giesbrecht erinnert sich, wie schwierig das Jahr nach Elias' Geburt war. Nicht nur wegen der Erkrankung von Micha. Auch wegen Elias. Auf einmal hatte sie Angst, er könne sich ebenfalls infizieren. Auf einmal war sie, was sie nie sein wollte: eine ängstliche Mutter. Sie ging nicht mit ihm zum Babyschwimmen, hatte bei größeren Veranstaltungen ein mulmiges Gefühl.

Dass Säuglinge wie Elias, die noch zu jung zum Impfen sind, in Deutschland eigentlich nicht Gefahr laufen, sich mit Masern anzustecken, liegt an der sogenannten Herdenimmunität. Sind 95 Prozent der Bevölkerung geimpft, kann ein Virus zwar auftreten, sich aber nicht verbreiten, haben Experten berechnet. Die Infektionskette wird unterbrochen, das Virus findet keinen Wirt mehr, den es befallen kann. Eine Impfung schützt also nicht nur einen selbst oder das eigene Kind, sondern auch andere, die nicht oder noch nicht geimpft werden können.

Es gibt keine einheitlichen Angaben zur Impfsituation in Deutschland. Was man weiß: 92 Prozent der Schulanfänger haben beide Masernimpfungen erhal-

ten, eine Impflücke besteht vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, nur knapp 80 Prozent von ihnen sind geimpft. Deutschland liegt also weit unter dem Wert, den es für eine Herdenimmunität braucht.

Damals, Ende 2004, quält sich Christoph Holzhausen mit einer Frage: Soll er die Eltern jener Kinder, die auf seiner Alarmliste stehen, benachrichtigen? Soll er ihnen von Micha erzählen, von der möglichen Gefahr?

Holzhausen überlegt lange. Dann entscheidet er.

Christoph Holzhausen: »Ich habe es abgelehnt, die Eltern zu informieren und zu sagen: Ihr Kind hatte dann und dann Masern, und es könnte sein ... dass ... dass das auftritt.«

Das – SSPE. Jene vier Buchstaben, die auch Holzhausen sehr beschäftigen, bis heute.

Christoph Holzhausen: »Wenn man therapeutisch eingreifen könnte, dann hätte ich wahrscheinlich anders entschieden. Aber wenn man nichts machen kann? Ich bin selber Vater. Die Eltern leben sonst jahrelang in Angst. Die sind dann nur verkrampft, eine verkrampfte Familie. Und die Wahrscheinlichkeit, dass es nicht ausbricht, ist ja viel, viel größer als die, dass es ausbricht.«

Auch in diesem Fall glaubt Holzhausen, der Mann der Zahlen, die Statistik auf seiner Seite.

Micha ist seit zwei Jahren krank, als 2006 eine Masern-Epidemie in Deutschland auftritt, am Ende des Jahres werden es 2.308 Fälle sein. Wie immer, wenn Masern ausbrechen, berichten die Medien. Und so kommt es, dass eine Mutter im Fernsehen einen Beitrag sieht über ein Mädchen, das an den Folgen von Masern gestorben ist.

Diese Mutter, Anca Knäpp, ist eine Frau, die sich schnell Sorgen macht, die immer daran denkt, was alles passieren könnte. Sie hat eine Tochter, Natalie, die als Baby Masern hatte. Natalie ist ein Kind, das oft krank ist, vielleicht geht Knäpp die Fernsehreportage deshalb nicht mehr aus dem Kopf. Sie beschließt, am nächsten Tag zu Natalies Kinderarzt zu gehen. Anca Knäpp lebt in Bad Salzufflen, der Kinderarzt ist Christoph Holzhausen.

Anca Knäpp: »Ich habe ihn gefragt: »Könnte so was irgendwann auch bei Natalie passieren? Sie hatte ja Masern als Baby.« Da hat Herr Holzhausen einen Fall angedeutet, hat gesagt, dass ein Kind krank ist. Aber er hat nicht die Diagnose genannt, mir nicht vom Ausmaß erzählt. Vielleicht durfte er auch gar nicht so viel Auskunft geben. Oder er wollte mich nicht beunruhigen.«

Natalie Knäpp ist Patient 3 der Alarmliste.

Christoph Holzhausen: »Die Wahrscheinlichkeit, dass SSPE ausbrechen würde, war so, so gering. Es konnte eigentlich nicht passieren.«

Bei Micha Giesbrecht verschlimmert sich in der Zwischenzeit die Krankheit.

Oxana Giesbrecht: »Die Schläffheit verschwand, und es kamen Spastiken. Er hatte furchtbare Schmerzen.«

Michas Medikamente:

MST Granulat 60 mg 1x/Tag

MST Granulat 70 mg 2x/Tag

Tetrazepam 25 mg 3x/Tag

Tetrazepam 50 mg 2x/Tag

Lioresal 5 mg 1x/Tag

Lioresal 10 mg 4x/Tag

Keppra 500 mg 2x/Tag

Antra MUPS 20 mg 2x/Tag

Melatonin 5 mg 1x/Tag

Frisium 10 mg 1x/Tag

Movicol Junior 1½ Btl. 2x/Tag

Micha bekommt eine Magensonde. Micha bekommt Morphium.

An einer Grundschule in Bad Salzflun sackt die Leistung einer Schülerin ab.

Anca Knäpp: »Es fing damit an, dass Natalie sich immer schlechter konzentrieren konnte. Sie war in der dritten Klasse und war eigentlich eine sehr gute Schülerin – und plötzlich nicht mehr. Wir besorgten ihr Nachhilfe, aber das half nicht. Sie wiederholte die dritte Klasse. An einem Tag mussten die Schüler einen Aufsatz schreiben. Der von Natalie war schlecht. Und der Lehrer hat ihn vor der ganzen Klasse vorgelesen. Später hat er das bereut. Dann fing sie an zu stürzen. Erst einmal. Am nächsten Tag zweimal. Zwei Tage später, bei einem Schulausflug, viermal.«

Christoph Holzhausen: »Die Mutter rief an: Natalie ist gestürzt. Da habe ich gleich gedacht: Hoffentlich nicht dasselbe! Ich habe sie sofort ins Krankenhaus geschickt.«

Die Diagnose: SSPE.

Anca Knäpp: »Aus dem Krankenhaus hab ich mit Herrn Holzhausen telefoniert. Der sagte mir: ›Frau Knäpp, ich habe gehofft, dass es ein Tumor ist, aber nicht SSPE.«»

Gegen einen Gehirntumor kann man kämpfen, es wenigstens versuchen, mit allem, was die Medizin zu bieten hat.

Anca Knäpp, 42 Jahre alt, lebt in Bad Salzuflen in einem Viertel voller Einfamilienhäuser. Erst hat sie nicht geantwortet auf die Anfrage dieser Zeitung. Ein paar Tage später meldet sie sich doch. Im Flur, im Wohnzimmer, an den Wänden, in den Regalen, überall stehen und hängen gerahmte Fotos von der Familie, vor allem Fotos von Natalie. Anca Knäpp zeigt auf ein Bild: ein lächelndes Mädchen, lange, dunkelbraune Haare, eine kleine Lücke zwischen den Schneidezähnen. »Da ist sie acht«, sagt Anca Knäpp. »Und noch gesund.«

In drei Fotoalben hat Anca Knäpp Natalies Leben festgehalten. Natalie als pummeliges Baby. Natalie verkleidet als Prinzessin. Natalie mit einer Schultüte. Anca Knäpp blättert durch das letzte, das dritte Album. Natalie an ihrem achten Geburtstag: ein Kind, das fröhlich lächelt, vor einer Torte. Natalie an ihrem neunten Geburtstag: ein Kind, das etwas desinteressiert vor einer Torte sitzt. Natalie an ihrem zehnten Geburtstag: ein Kind, das im Rollstuhl sitzt, apathisch, jemand steht daneben und trägt eine Torte.

Anca Knäpp: »Du wusstest, dass du dich von deinem gesunden Kind verabschiedest. Tag für Tag.«

Christoph Holzhausen: »Die beiden Fälle, Micha und Natalie, das waren natürlich mit die übelsten Fälle in meiner Zeit als Arzt. Emotional die übelsten Fälle.«

Oxana Giesbrecht: »Manche haben zu mir gesagt: Verklage Dr. Holzhausen! Ich habe gesagt: Wie? Warum denn? Da war ein Junge in seiner Praxis, er hatte noch nicht einmal Ausschlag. Und seine Praxis hat uns immer angerufen, fürs Impfen: ›Frau Giesbrecht, wir müssen einen Termin machen.‹ Die waren da sehr gewissenhaft.«

Anca Knäpp: »Ich habe kein Bedürfnis, Herrn Holzhausen etwas vorzuwerfen. Viele haben mich gefragt: Wie konntest du danach nur weiter zu ihm gehen? Am Anfang war eine Wut da ... aber ich bin kein nachtragender Mensch. Ich habe gemerkt, dass ihn die ganze Sache sehr beschäftigt hat.«

Oxana Giesbrecht: »Ich weiß, wie entsetzt Dr. Holzhausen war, als Micha gelähmt dalag. Ich glaube, nach den Hausbesuchen ist er immer mit feuchten Augen gegangen. Auch für ihn ist das ein Trauma.«

Anca Knäpp: »Herr Holzhausen hat den Kontakt zwischen Oxana und mir hergestellt.«

Oxana Giesbrecht: »Ich hatte ein Kaffeetrinken bei mir zu Hause mit Freundinnen. Herr Holzhausen rief an und erzählte mir von Natalie. Ich fing an zu weinen. Meine Freundinnen dachten, jemand wär gestorben. Ich dachte: Das gibt es nicht, das kann nicht sein. Das ist doch so selten!«

Anca Knäpp: »Oxana hat uns angerufen, und wir haben uns verabredet. Micha konnte, als wir ihn kennenlernten, nicht mehr laufen oder sprechen. Natalie hatte auch schon viele Fähigkeiten verloren.«

Oxana Giesbrecht: »Natalie war so ein bildhübsches Kind. So eine Süße. Wenn wir uns besucht haben, lagen die Kinder nebeneinander.«

Anca Knäpp: »Oxana hat mir beigestanden, wenn ich nicht mehr weiterwusste.«

Oxana Giesbrecht: »Ich konnte Anca ein bisschen auffangen. Aber ich konnte sie nicht trösten. Ich konnte nicht sagen: Das wird schon! Hab Hoffnung! Ich wusste ja, wie der Verlauf ist.«

Anca Knäpp: »Wir wollten nicht wahrhaben, dass es keine Chance mehr für unser Kind geben soll. Keine Heilung.«

Sie und ihr Mann fahren mit Natalie zu Experten nach Hannover und nach Österreich, versuchen es mit allen möglichen Therapien. Natalie erhält Infusionen, bekommt alle drei Stunden Medikamente verabreicht, auch nachts. »Damit haben wir Natalie sehr gequält«, sagt Anca Knäpp.

Nichts hilft. Die Krankheit, später als bei Micha ausgebrochen, verläuft bei Natalie schneller.

Im April 2019 steigt Anca Knäpp aus ihrem Passat, sie überquert eine Straße und geht durch ein gusseisernes Tor. Wie immer an ihren freien Tagen, zweimal die Woche, kommt sie hierher. Sie geht einen Schotterweg entlang, geradeaus an den Urnengräbern vorbei, erste rechts, vierte links. Dann bleibt sie stehen und sagt: »Hallo, mein Schatz.«

Natalie Knäpp

* 12.5.1998

† 13.10.2011

Das Grab ist verziert mit Engeln, die Blumen sind noch frisch. »Es ist mein zweites Zuhause«, sagt Anca Knäpp. Oft verbringt sie Stunden am Grab, erzählt ihrer Tochter von ihrem Alltag, davon, was sie beschäftigt. In Natalies Nachbargräbern liegen Menschen, die älter als 90 wurden. Hin und wieder sind spielen-

de Kinder zu hören. Nur ein paar Schritte entfernt, gleich hinter der niedrigen Friedhofsmauer, liegt der Kindergarten, in den Natalie ging.

Anca Knäpp: »Sie bekam eine Lungenentzündung, und Herr Holzhausen hat uns ins Krankenhaus geschickt. Ich habe damals gespürt, dass es die letzten Tage mit Natalie sind. Auf der Intensivstation fragte uns der Arzt, ob sie an den Geräten weiterleben soll ... Das mochten wir ihr nicht antun. Ich habe Natalie dann einen Brief geschrieben, einen Abschiedsbrief. Der Pastor hat ihn bei der Beerdigung vorgelesen.«

Wir haben uns so sehr gewünscht, dass Du wieder gesund wirst, dass Du erwachsen wirst und eines Tages nach Hause kommst und sagst: »Mama, ich bin verliebt!« [...] Wir wollen dich nicht gehen lassen, aber wir müssen.

Zu der Beerdigung hat Anca Knäpp auch Natalies Kinderarzt eingeladen, Christoph Holzhausen.

Christoph Holzhausen: »Ich bin mit der ganzen Praxis hingegangen.«

Er hat Anca Knäpp nie die Frage gestellt, die er sich selbst bis heute stellt: Hätte er es den Eltern der anderen Kinder sagen sollen? Hätte er es Anca Knäpp sagen sollen? Damals, als Natalie noch gesund war – und Micha schon krank.

Anca Knäpp: »Ich weiß nicht, ob ich das gerne gewusst hätte. Es so ganz direkt von einem Arzt gesagt zu bekommen ... Die Masern waren ja ohnehin in ihrem Gehirn und haben angefangen, alles zu zerstören. Wenn es etwas gegeben hätte, was wir hätten tun können, wäre es gut gewesen, informiert zu werden – aber so? Wir haben diese Jahre mit unserem Kind genossen, waren unbeschwert.«

Auf dem Friedhof schaut Anca Knäpp jetzt auf die Uhr. Kurz vor eins, gleich kommt ihr Sohn aus der Schule, sie muss ihn zum Schwimmunterricht fahren, dann zum Fußballtraining. Sie kniet sich vor das Grab ihrer Tochter, zeichnet mit ihren Fingern ein Kreuz in die Erde.

Oxana Giesbrecht: »Micha ist an einem Montag gestorben, am 10. Juni 2013, zu Hause. Morgens um halb acht war seine Sauerstoffsättigung ganz unten. Ich hab seinen Kopf gehalten. Und dann merkte ich: Er fängt an zu verschwinden. Ich hab nur geschrien: Peter, komm her! Mein Mann nahm Micha auf den Arm. Und dann habe ich gesehen, Micha guckte geradeaus. Er schaute sich etwas an. Und er freute sich. Für mich ist das ein Trost. Er hat noch zweimal ausgeatmet. Und dann war er dahin.«

Micha stirbt knapp zwei Jahre nach Natalie und 14 Jahre nachdem er sich als Säugling mit Masern angesteckt hat.

Oxana Giesbrecht: »Ich habe nicht erwartet, dass Dr. Holzhausen zur Beerdigung kommt. Als ich ihn gesehen habe, habe ich ihn sehr bewundert. Er hatte die Stärke, zu kommen. Er sagte: ›Es tut mir so furchtbar leid, was passiert ist.‹ Und dass es bei ihm passiert ist. Ich habe ihm damals gesagt, er soll doch bitte aufhören damit.«

Christoph Holzhausen: »Frau Giesbrecht hat gesagt: Wir geben Ihnen keine Schuld. Wir geben Ihnen keine Schuld!«

Oxana Giesbrecht: »Es tat ihm sehr leid. Das wünsche ich keinem Kinderarzt. Gerade er, ein impfender Arzt!«

Christoph Holzhausen: »Besonders schlimm fand ich bei Micha und Natalie, dass sie so jung waren, als sie angesteckt wurden. Dass man sie noch nicht impfen konnte.«

Zwei Mütter, die ihre Kinder begraben mussten. Ein Arzt, der damit klarkommen muss, dass sie sich in seiner Praxis, in der er Kindern helfen wollte, mit der tödlichen Krankheit infizierten. Und das alles, weil ein elfjähriger Junge nicht geimpft war.

Anca Knäpp: »Dem Jungen mache ich keinen Vorwurf, das Kind kann nichts dafür, den Eltern aber schon. Der Gedanke ist mir natürlich gekommen: dass die das Leben anderer aufs Spiel setzen. Die bestimmen einfach über andere. Ich weiß nicht, was aus dem Jungen geworden ist.«

Christoph Holzhausen: »Ich habe nie wieder von ihm gehört. Auch nicht von seinen Eltern oder seinem Großvater.«

Nachdem Micha und Natalie an SSPE erkrankt sind, trifft Christoph Holzhausen eine Entscheidung: Er behandelt nur noch geimpfte Kinder, die Kinder von Impfgegnern nicht mehr. Außer es handelt sich um einen Notfall – als Arzt ist das seine Pflicht.

Christoph Holzhausen: »Man spricht Impfungen an, Impflücken. Und wenn die Eltern sagen: Nein, wir möchten keine Impfungen, dann sagt man: Dann können Sie hier nicht dauerhaft betreut werden.«

Holzhausen hat in solchen Gesprächen versucht, die Impfgegner auf seine Seite zu bringen, viele Male.

Christoph Holzhausen: »Da reden Sie sich dumm und dämlich.«

Ärzte wie Holzhausen können in solchen Gesprächen Zahlen, Fakten, Studien referieren. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse. Als Antwort bekommen sie dann meistens geheimnisvolle Theorien präsentiert, vermeintliche Beweise, angebliche Expertenmeinungen, oft hervorgegraben aus den Tiefen des Internets.

Christoph Holzhausen: »Ich kann mich nicht erinnern, dass es je zu einem lauten Streit mit Impfgegnern gekommen ist. Aber die Gespräche mit diesen Eltern dauerten immer lang. Zeit, in der die anderen Patienten warten müssen. Verschwendete Zeit.«

Oxana Giesbrecht, die vierfache Mutter, kann gut verstehen, dass es schwerfällt, ein Baby impfen zu lassen, dieses kleine Wesen, das man so liebt, dem ja kein Schaden widerfahren soll. Sie hat mit Impfgegnern diskutiert. Manchmal haben sie ihre Sätze angefangen mit »Das tut uns ja leid mit Micha, aber ...« Aber.

Aber wir hatten die Masern doch auch, und es war kein Problem.

Aber die Risiken von Impfschäden.

Aber die Chemikalien in den Impfstoffen.

Aber die Pharmaindustrie, die nur Kasse machen will.

Inzwischen versucht Oxana Giesbrecht, nicht mehr hinzuhören, wenn Impfgegner reden, zu viel Verletzendes ist in ihren Aussagen. Nur manchmal, wenn sie auf Facebook sieht, dass Impfgegner Beiträge über das Impfen kommentieren, erträgt sie es einfach nicht – und mischt sich ein. Dann schreibt auch sie in die Kommentarspalten. Dann erzählt sie davon, was Micha widerfuhr. Und wird nicht selten beschimpft dafür.

Oxana Giesbrecht: »Bei manchen dieser Leute habe ich das Gefühl, ich muss mich noch dafür entschuldigen, dass Micha gestorben ist. ›Einer von tausend!‹, sagen die. Sag so was einer Familie wie unserer: Einer von tausend. Das ist grausam. Diese Krankheit ist grausam. Das Kind stirbt nicht einfach. Das Kind wird durch die Krankheit gequält, und die Familie ist mit betroffen.«

Anca Knäpp: »Das ist kein Schicksalsschlag! Das ist etwas, was man vermeiden kann. Mit Impfen.«

Oxana Giesbrecht: »Die Hardcore-Impfgegner kriegt man nicht überzeugt. Mir geht es um die Mamis, die unsicher sind, die fragen: Wie sollen wir das entscheiden?«

Es gibt Impfgegner, die noch heute an eine Studie glauben, wonach Impfungen zu Autismus führen. Obwohl die Untersuchung vielfach widerlegt und dem

Autor die ärztliche Zulassung entzogen wurde. Einige wenige bezeichnen Impfen als »den neuen Holocaust«, der die gesamte Menschheit bedrohe. Wer so spricht, ist für Argumente nicht mehr empfänglich.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat in einer repräsentativen Befragung festgestellt, dass es in Deutschland zwei Prozent überzeugte Impfgegner gibt.

Eine sehr viel größere Gruppe sind diejenigen, die »teilweise Vorbehalte« gegen das Impfen haben, etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Sie lehnen Impfungen nicht mit der Vehemenz ab wie die Impfgegner. Auch sie hinterfragen die Sicherheit oder den richtigen Zeitpunkt einzelner Impfungen. Aber im Gegensatz zu den radikalen Impfgegnern lassen sie sich mitunter noch mit Argumenten erreichen.

Das ist der Grund, weshalb Oxana Giesbrecht noch immer über ihren Sohn spricht, obwohl es ihr wehtut. Wenn schon alles, was Micha zustieß, ohne Sinn ist, dann lässt sich vielleicht Sinn darin finden, aufzuklären.

Deshalb sind auch Anca Knäpp und Christoph Holzhausen bereit zu erzählen.

Als Holzhausen damals beschloss, keine ungeimpften Kinder mehr zu behandeln, hat er, ganz persönlich und nur in seiner Praxis, etwas eingeführt, was jetzt in ganz Deutschland diskutiert wird: eine Impfpflicht.

Anfang Mai will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen Vorschlag für ein Gesetz vorlegen, das vorschreibt, Kita- und Schulkinder gegen Masern impfen zu lassen. Er bekommt breite Unterstützung. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey spricht sich für eine Masern-Impfpflicht in Kitas und Schulen aus, die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles ist dafür, genauso wie Spitzenpolitiker der Linken und der FDP.

Als erstes Bundesland hat Brandenburg bereits Mitte April eine Masern-Impfpflicht für Kita-Kinder beschlossen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg prüfen die Bedingungen für die Einführung einer Impfpflicht.

Wenn sich Eltern weigern, ihre Kinder impfen zu lassen, und damit auch andere Kinder gefährden, ist der Reflex, sie per Gesetz zum Impfen zu zwingen, nachvollziehbar. Eine klare, einfache Lösung. In Wahrheit ist die Angelegenheit komplizierter. Eine vorgeschriebene Impfung verletzt das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und ist nur in Ausnahmefällen möglich. Am Mittwoch dieser Woche schaltete sich der Deutsche Ethikrat in die Diskussion ein und forderte »eine differenziertere Debatte«.

Bisher wird die Impfung gegen Masern zusammen mit der Impfung gegen Mumps und Röteln verabreicht. Einen einzelnen Impfstoff gegen Masern gibt es in Deutschland derzeit gar nicht, er müsste erst auf den Markt gebracht werden.

Die entscheidende Frage aber lautet: Wie würden Impfkritiker auf eine Impfpflicht reagieren?

Cornelia Betsch, Psychologin und Professorin für Gesundheits-Kommunikation an der Universität Erfurt, erforscht Impfentscheidungen. Sie hat ein Experiment durchgeführt, in dem es zwei Probandengruppen gab, die sich jeweils zwei fiktiven Impfentscheidungen stellen sollten.

Der einen Gruppe sagte man, die erste Impfung sei eine Pflichtimpfung, die zweite, gegen eine andere Krankheit, sei freiwillig. Die Angehörigen der anderen Gruppe hingegen konnten über beide Impfungen frei entscheiden. In beiden Gruppen gab es Impfbefürworter und Impfkritiker, die Einstellung wurde vor dem Experiment abgefragt.

Das Ergebnis: Jene Probanden, die einer Impfung skeptisch gegenüberstanden und der Gruppe angehörten, bei der die erste Impfung verpflichtend war, impften bei der zweiten, für sie freiwilligen Impfung oft nicht. »Sie holten sich sozusagen die eingeschränkte Entscheidungsfreiheit bei der nächstmöglichen Gelegenheit wieder zurück«, sagt die Wissenschaftlerin Cornelia Betsch. In der zweiten Gruppe, deren Probanden beide Male frei entscheiden konnten, war die Impfbereitschaft am Ende deutlich höher.

Betsch hält deshalb eine teilweise Impfpflicht, etwa nur gegen Masern, für den falschen Weg. »Ich stelle mir die Aufklärungsgespräche vor zwischen den Ärzten und den etwas skeptischen Eltern, die dann sagen: ›Na gut, Masern muss ich, aber dann lasse ich den Rest weg.«

Würde also eine Einzelimpfung für Masern gesetzlich vorgeschrieben, könnte es passieren, dass dann weniger Kinder gegen Röteln geimpft werden. Oder gegen Mumps. Auch diese Krankheiten können kompliziert verlaufen, auch sie können Gehirnentzündungen hervorrufen.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat untersucht, warum Menschen die empfohlenen Impftermine verstreichen ließen. Dass sie Impfungen skeptisch gegenüberstehen, war nur ein Grund. Ein anderer: Sie hatten es im Alltagsstress schlicht versäumt.

Vergesslichkeit, Unachtsamkeit, Schlampigkeit – das klingt weniger spektakulär als die kruden Verschwörungstheorien von Impfgegnern. Im Fall des Elfjährigen, der damals die Masern in Christoph Holzhausens Praxis brachte, aber war genau dies das Problem. In der Patientenakte des Jungen hatte Holzhausen damals nicht nur notiert: Schlechter Impfstatus. Er hatte noch hinzugefügt: Keine Impfgegner, eher unzuverlässig, Impftermine wurden durch Mutter nicht wahrgenommen.

Die Impfpflicht ist eine Idee. Andere Vorschläge sind: Impfungen auch in der Apotheke, um sie leichter zugänglich zu machen. Ein einheitliches Erinnerungssystem. Ein nationales Impfregister – das gibt es in Deutschland bisher nicht. Geht der Impfpass verloren, ist nirgendwo zentral festgehalten, wer wogegen geimpft ist und wann die nächste Impfung fällig wäre.

Oxana Giesbrecht und Anca Knäpp haben heute nur noch losen Kontakt zueinander, das Leben geht weiter, muss weitergehen. Als Anca Knäpp am 13. Oktober 2018, dem siebten Todestag von Natalie, Gedanken an ihre Tochter auf Facebook postet, fügt Oxana Giesbrecht einen weinenden Smiley unter den Post.

Und als Oxana Giesbrecht am 15. November 2018 Bilder von Micha, der an diesem Tag 20 Jahre alt geworden wäre, auf ihre Facebook-Seite stellt, postet Anca Knäpp darunter ein Herz.

Der damals elfjährige Junge ist heute 31. Ein erwachsener Mann.

Wenn er auffindbar wäre: Würde er sich an seine Masernerkrankung überhaupt noch erinnern?

Wenn er wüsste, was damals im Wartezimmer von Christoph Holzhausen seinen Anfang nahm: Würde er sich schuldig fühlen?

Wenn man ihm sagte, dass zwei Kinder starben, weil seine Eltern die Impftermine versäumten: Würde er ihnen einen Vorwurf machen?

Wenn, wenn, wenn.

DIE ZEIT

Nr. 18 vom 25. April 2019

Wenn Mieter und Vermieter streiten – ein Ratgeber für beide Parteien · Seite 37

WELT AM SONNTAG

Heute mit Gewinnspiel
Sechs Gewinnnummern
Seite 30

22. AUGUST 2019 | 100.36 | 8 €

DEUTSCHLANDS GROSSE SONNTAGSZEITUNG | GEGRÜNDET 1948

PREIS 12 € KAPIT



MODEL & EINRICHTUNG
Zwanzig Designklassiker unter 100 Euro
Seite 20

IN DIESER AUSGABE

Flex mit Bude
Jagd wird zum Trend-Hobby. Aber für Mieter: Warum dürfen die Wähler in dem Wahljahr...

Bauer wagt
Drittens ist auf dem Land. Nach dem Grundbesitz ist die neue Flächennutzung...

Auf Hundsp
Von Berlin bis zum Paradies. Die Hunde werden gewidert. Wie die wichtigsten Anbieter...

EX-VERFASSUNGSRICHTER

Paul Kirchhof kritisiert Nullzins

Der Nullzins verletzt nach Einschätzung des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Paul Kirchhof wichtige Eigenschaften des Eigentums. Die durch den Grundgesetz geschützt sind, die einen Teil einer Sache sind, sondern Eigenschaften der Gegenstände sind, die einen Teil einer Sache sind, sondern Eigenschaften der Gegenstände sind, die einen Teil einer Sache sind, sondern Eigenschaften der Gegenstände sind...



Wahlkampf
Bayern feiert Brandowski

Der 100. Geburtstag des Reichstagspräsidenten Paul Hindenburg wird in Bayern gefeiert. Der Reichstagspräsident war ein wichtiger Politiker der Weimarer Republik...

Frühling
Klein - Deutschland 13
Sonnens
Gottschalk - Leutenow 15
Mann - Mitternachts 17
Augsburg - Ullrich 17
Pöhlmann - Prager 17
Hoffmann - Bremen 17
Schäfer - München 17

SPD-PARTEVORSITZ

Olaf Scholz weist Kritik zurück

Der SPD-Vorsitzende Olaf Scholz hat die Kritik an seiner Führung zurückgewiesen. Er habe keine Wahlchancen, sondern eine Regierungsbildung...



Theodor-Wolff-Preis

Tina Kaiser, Jahrgang 1978, ist Absolventin der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft und Diplom-Volkswirtin. Seit 2005 arbeitet sie für die *Welt*-Gruppe, anfangs als Wirtschaftsreporterin, ab 2008 war sie Korrespondentin in London, anschließend wechselte sie 2013 als Korrespondentin nach New York. Seit 2016 ist sie zurück in Berlin und Reporterin im Ressort Reportage und Investigation.

TINA KAISER ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage überregional« für ihren Beitrag »Nahkampf«, erschienen am 25. August 2019 in der *Welt am Sonntag*.

Nahkampf

Von Tina Kaiser

In einer Woche wird in Sachsen gewählt. Die AfD könnte die stärkste Partei werden. Im Wahlkreis »Sächsische Schweiz Osterzgebirge 2« tritt ein früherer Rechtsanwalt gegen eine CDU-Frau an, die dort seit der Wende alle Wahlen gewonnen hat. Ihr Duell steht für den Graben in der deutschen Politik – und Gesellschaft

1) 18. März 2019, André Barths Landtagsbüro, Dresden

André Barth schreitet durch ein weißes Büro, stellt seinen Laptop auf einen weißen Besprechungstisch, in seinem jungenhaften Gesicht ein Ausdruck von Vorfreude. Er will eine seiner wirkungsvollsten Waffen vorführen. Sie kann, so hofft er, eine für seine Partei und ihn wichtige Schlacht entscheiden. Barth setzt sich, klappt den Laptop auf und spielt ein Video ab.

Zu sehen ist er, ein Mann von 49 Jahren, schmal, der am Rednerpult des Sächsischen Landtags steht und eine Rede zur Lage des Landes hält. »Gleich kommt's«, sagt Barth in seinem Büro.

Nach vier Minuten und sechs Sekunden sagt Barth, die AfD habe bei der vergangenen Bundestagswahl in einem Teil seines Wahlkreises direkt an der tschechischen Grenze deshalb so gut abgeschnitten, weil »einige Politiker in diesem Haus den Bundespolizei-Standort von Altenberg weg verlegen wollten«. Es ist nur ein Halbsatz, aber Barth verbreitet damit ein Gerücht, das sich in den folgenden Wochen verselbstständigen wird. Denn es geht nicht nur um die Verlegung einer Dienststelle, sondern um einen Konflikt, der in seinem Wahlkampf eine entscheidende Rolle spielt. Und um eine Politikerin, der angeblich ihre persönlichen Interessen wichtiger sind als die Sicherheit der Bürger. Man sieht auf dem Video, wie in seinem Rücken eine Frau mit langen blonden Haaren unruhig auf ihrem Stuhl umherrutscht, den Kopf schüttelt. Diese Frau ist Andrea Dombois von der CDU, Barths Rivalin im Wahlkampf. Barth grinst zufrieden. Seine Waffe hat die gewünschte Wirkung entfaltet.

Es ist das erste von vielen Treffen mit Barth, ein kleiner Ausschnitt aus einem Wahlkampf, in dem Dinge möglich sind, die eben noch undenkbar schienen. Barths Partei, die AfD, macht sich Hoffnungen, am 1. September die Landtags-

wahl zu gewinnen. Ausgerechnet in Sachsen, wo es seit der Wiedervereinigung, seit fast 30 Jahren, ein Naturgesetz zu sein schien, dass die CDU den Ministerpräsidenten stellt. Sachsen wäre das erste deutsche Bundesland in der Geschichte der Bundesrepublik, in dem eine rechtspopulistische Partei stärkste Kraft wird. Es wäre die größte Zäsur seit der Wende, für Sachsen, womöglich für das ganze Land.

Die Entscheidung darüber fällt nicht auf den großen politischen Bühnen, nicht in Berlin oder Dresden, sie fällt vor allem in 60 Wahlkreisen. Bei der Landtagswahl 2014 war die CDU noch so erfolgreich, dass ihre Kandidaten 59 der 60 Direktmandate in Sachsen gewinnen konnten. Dieses Mal, so besagen es Prognosen, wird die AfD ihr ein Drittel oder sogar die Hälfte dieser Wahlkreise wegnehmen. Für viele CDU-Abgeordnete bedeutet das: Sie müssen zum ersten Mal in ihrer Karriere um ihr Mandat kämpfen.

So ist es auch im Wahlkreis Sächsische Schweiz Osterzgebirge 2, in dem seit Monaten alles auf ein knappes Ergebnis hinausläuft. Er ist der Schauplatz eines Duells, in dem man viel über große Politik und die Politik im Kleinen lernen kann und darüber, warum die AfD im Osten seit einiger Zeit so erfolgreich ist.

Dort, zwischen Dresden und der tschechischen Grenze, hält seit 29 Jahren die CDU-Politikerin Andrea Dombois das Direktmandat, eine Frau von 61 Jahren, zurückhaltend, zierlich, konservativ in ihren Werten und ihrer Kleidung. Sie ist nach sechs gewonnenen Wahlen die dienstälteste Frau im Landtag, seit 25 Jahren Landtagsvizepräsidentin, eine Berufspolitikerin, deren Job bislang fast so sicher schien wie eine Beamtenstelle.

Barth ist zwölf Jahre jünger, zwei Köpfe größer, lauter, angriffslustig, ein politischer Neuling, der es in seiner ersten Legislaturperiode zum parlamentarischen Geschäftsführer seiner Fraktion geschafft hat. 2014 wählten ihn die Sachsen über die AfD-Liste in den Landtag – dieses Mal will er haben, was bislang Dombois gehörte: das Direktmandat.

Für beide ist das Mandat nicht die einzige Chance auf eine Wiederwahl. Barth steht auf Platz 20 der AfD-Liste, Dombois bei der CDU auf Platz vier. Er braucht das Direktmandat damit dringender – für sie käme es jedoch einer Abwahl gleich, es zu verlieren. Deswegen ist für beide, für Barth wie für Dombois, der Kampf um den Wahlkreis das vielleicht wichtigste politische Gefecht ihres Lebens.

2) Derselbe Tag, einige Stunden später, Bavaria-Klinik, Kreischa

Aktuelle Umfrageergebnisse* am 18. März: Die CDU führt in Sachsen mit vier Prozentpunkten vor der AfD. Im Wahlkreis liegt Barth bei der Erststimmprognose mit 3,5 Prozentpunkten vor Dombois.

Sie habe nicht viel Zeit, sagt Andrea Dombois, als sie sich auf einen Stuhl in der Klinikantenne fallen lässt. Es ist später Nachmittag, in 30 Minuten beginnt ein Stockwerk tiefer eine Diskussionsveranstaltung mit Michael Kretschmer, dem Ministerpräsidenten, CDU wie sie. Da müsse sie zwar nicht auf die Bühne, sagt Dombois, aber ihr Gesicht zeigen, das sollte sie schon.

Dabei sein, das ist seit 29 Jahren ihr Erfolgsrezept. Sie ist Mitglied in so ziemlich jedem Verein im Wahlkreis, Feuerwehr, Diakonisches Werk, Landschaftspflegeverband, Mittelstandsvereinigung. Und, und, und. Wohin sie in den kommenden Monaten auch gehen wird, begrüßt sie fast jeden mit Namen, oft mit Vornamen und Umarmung.

Dombois sagt, sie werde keinen Wahlkampf machen, auch keine Plakate aufhängen. So hält sie es seit 29 Jahren. Das gesparte Geld spendete sie vor jeder Landtagswahl an eine soziale Einrichtung. Es sei ihr völlig wurscht, wenn Wahlforscher behaupten, Plakate könnten gerade bei knappen Stimmverhältnissen über Sieg und Niederlage entscheiden. »Die Leute im Erzgebirge mögen es nicht, wenn man ihre schöne Landschaft zuplakatiert.« Das werde Herr Barth schon früh genug herausfinden. Den und seine »albernen Sticheleien« sehe sie übrigens gar nicht als Gefahr, sagt sie. Als würde irgendjemand glauben, sie ziehe beim Umzug einer Polizeidienststelle heimlich die Fäden. Es wird noch Wochen dauern, bis sie begreift, wie falsch sie damit liegt. Jetzt sagt sie: »Mich kennt hier jeder, die Leute vertrauen mir. Und sie wissen, was wir alles gemeinsam geschaffen haben.«

Zu DDR-Zeiten war ihr Wahlkreis eine der wichtigsten Bergbauregionen des Landes, die Schlacke aus dem Zinnbergbau färbte Flüsse rot. Auf der anderen Seite der tschechoslowakischen Grenze verpesteten Braunkohlekraftwerke die Luft. Der Erzgebirgskamm sah vor der Wende aus wie eine Endzeitlandschaft, in der nur noch abgestorbene Bäume in den Himmel ragten. Heute wachsen auf den Bergwiesen wieder Bärwurz und Orchideen, Schmetterlinge, Bienen

und Vögel sind zurückgekehrt. Der Schwefeldioxidausstoß in Sachsen ist dank moderner Filter in den Kraftwerken um 98 Prozent zurückgegangen.

Auch wirtschaftlich steht der Wahlkreis sehr gut da. Die Arbeitslosenquote liegt bei 3,6 Prozent, weit unter dem Bundesdurchschnitt. Häuser, Straßen und Marktplätze sind mit Abermillionen aus Berlin und Brüssel aufwendig saniert worden. Dass die Region die Umbrüche der Nachwendezeit viel besser als andere Gegenden im Osten verkraftet hat, hat sie auch der CDU-Abgeordneten Andrea Dombois zu verdanken. Sagt zumindest Andrea Dombois. Sie redet gern über ihren ersten Termin als Landtagsabgeordnete 1990. Damals, sagt sie, seien wichtige Männer aus dem Westen gekommen, die ihr erklärt hätten, die DDR-Bobbahn in Altenberg brauche im vereinigten Deutschland niemand mehr. Dombois war anderer Meinung, die Bahn blieb – auch deswegen ist die Region zu einem beliebten Wintersportziel geworden. 2020 finden in Altenberg zum wiederholten Mal die Bob-Weltmeisterschaft statt.

Dombois sagt, sie könne sich keinen Reim darauf machen, wieso der AfD-Kandidat Barth trotzdem in den Prognosen führt. Außer dass die Prognosen falsch sind. Daher schaue sie sich die einfach nicht an. Sie sagt: »Ich hab' ein gutes Gefühl.« Und sollte sie doch abgewählt werden, dann sei das nicht ihre Schuld. Warum? Dombois holt tief Luft, als sei es ein Ärgernis, dass sie das überhaupt erklären muss. »Ich hab' oft auf mein Privatleben verzichtet. Ich hab' kein normales Leben gehabt, mehr kann ich nicht geben.« Sie beginnt, schneller zu reden, aufzuzählen, ihre Tage, ihre Arbeitsstunden, jeden Tag von acht bis 23 Uhr, auch an den Wochenenden. Für Urlaub ist selten Zeit, ihre Tochter sehe sie zweimal im Jahr.

Ihre Ehe hält die Belastung aus, auch weil sie ihren Chauffeur geheiratet hat. Sie haben sich 1994 kennengelernt, damals wurde sie Vizepräsidentin des Landtags und er ihr als Fahrer zugeteilt. »Unsere Ehe findet größtenteils zwischen Terminen im Auto statt.«

Sie hält einen Moment inne, als sei ihr der Gefühlsausbruch ein bisschen unangenehm. Dann sagt sie, wieder ruhiger: »Ich will mich nicht beschweren, ich mach' das gern. Ich wollte nur sagen: Herr Barth wird den Job nicht besser machen. Im nächsten Haushalt wird es nicht mehr Geld zu verteilen geben als bisher. Und mehr arbeiten als ich kann man eigentlich nicht.« Es klingt, als seien viel Geld und viel Arbeit die Zutaten eines Rezepts, nach dem sich zuverlässig gute Politik herstellen lässt.

3) 2. April 2019, Parkplatz vor dem Landtag, Dresden

Es ist später Nachmittag, Barth öffnet die Tür seines Audis, im Fußraum liegen leere Limo-Flaschen und Flyer seiner Partei. Er will wissen, warum die Reporterin zu spät ist. Die Bahn sei schuld? Da falle ihm ein Witz ein: Neulich, bei einer AfD-Veranstaltung, habe er in den Saal gerufen: »Gehört der Islam zu Deutschland?« Da habe der Saal natürlich Nein gebrüllt, er aber habe gesagt: »Doch! Wie ist die Bahnverbindung von Dresden nach Berlin? Is-lam!« Ein Riesenbrüller sei das gewesen, sagt Barth, dann lässt er den Motor an.

Er will zu einer Veranstaltung von Dombois fahren. »Feindbeobachtung«, sagt er. In Sachsen setzen CDU und AfD fast auf dieselben Themen: mehr Polizisten, mehr Landärzte, mehr Geld für Pflege und Bildung. Barth und Dombois unterscheiden sich kaum darin, welche Politik sie machen wollen. Nur wie sie Politik machen wollen. In ihrem Wahlkreis scheint etwas ganz Ähnliches zu passieren wie in Berlin, wie in der Bundespolitik.

Auf der einen Seite steht eine Frau, die so lange im Amt ist, dass sich die Leute kaum noch erinnern können, wie es ohne sie war. Sie arbeitet viel, geht Ärger gern aus dem Weg und ist daran gewöhnt, ihre Politik nicht ständig erklären zu müssen, weil man sie kennt. Das macht sie angreifbar. Da geht es Dombois wie der Bundeskanzlerin.

Denn auf der anderen Seite steht der Neue, der so ganz anders auftritt, der laut ist, auch mal unverschämt und stolz darauf, den ihr Amt und ihre Leistungen nicht beeindrucken. Er stellt ständig die Frage, ob es wirklich alles so toll ist, was diese Frau tut.

Man kann sich kaum zwei gegensätzlichere Politiker vorstellen als Andrea Dombois und André Barth.

Dombois ist seit 40 Jahren CDU-Mitglied, sie hat fast ihr gesamtes Berufsleben als Politikerin gearbeitet. Vor der Wende war sie Kreisgeschäftsführerin der Ost-CDU in Dippoldiswalde. Ihr politisches Vorbild ist Kurt Biedenkopf, der einstige sächsische Dauerministerpräsident.

Barth trat 1996 in die SPD ein und 2010 wegen des Euro-Rettungspakets für Griechenland wieder aus. Als die AfD sich 2013 als euroskeptische Partei gründete, wurde er eines ihrer ersten Mitglieder. In der DDR war Barth Stellwerks-

meister bei der Reichsbahn, nach der Wende studierte er Jura und arbeitete als Rechtsanwalt. Er sagt, er habe keine politischen Vorbilder.

Dombois sagt, sie sei Politikerin geworden, weil sie nach 1990 »eine freie und demokratische Gesellschaft mitgestalten« wollte. Barth sagt, ihn hätten die »Zustände im Land angekotzt«.

Dombois wurde von ihrer Partei gebeten, erneut zu kandidieren. Barths Partei wählte zunächst einen anderen zum Direktkandidaten. Was dann passierte, darüber gibt es verschiedene Versionen. Es ist eine verworrene Geschichte, es geht um gebrochene Versprechen unter Parteifreunden, Intrigen und eine Privatsolvenz. Am Ende sah sich Barths Konkurrent gezwungen, von seiner Kandidatur zurückzutreten, und Barth wurde gewählt.

Wenn man Andrea Dombois nach ihren Fehlern fragt, sagt sie, ihr falle keiner ein. Barth sagt, mit seinem mangelnden Talent für Organisation habe er sich schon viel Ärger eingehandelt. Im Dezember 2018 zum Beispiel, als ihn ein Gericht verurteilte, eine offene Handwerkerrechnung zu begleichen. Barth sagt, er habe es halt verdaddelt. Oder die Sache vor drei Jahren, als er vergessen hatte, dem Landtag zu melden, dass er seine Anwaltszulassung verloren hatte, und dafür 1.000 Euro Strafe zahlen musste. Er sagt: »Ich stehe dazu, war doof, ja.«

Dombois scheinen Interviews mit Journalisten lästig zu sein, zumindest sagt sie immer wieder, dass sie dazu eigentlich keine Zeit habe. Barth glaubt, die Presse sei voreingenommen gegenüber AfD-Politikern. Trotzdem nimmt er sich viel Zeit und müht sich, seine Weltansicht zu erklären.

Wenn man Andrea Dombois fragt, was ihr zu Barth einfällt, dann sagt sie, sie rede nicht schlecht über andere, deshalb sage sie dazu lieber nichts. André Barth muss man nicht nach Dombois fragen, er spricht auch so oft von ihr. Sie sei mehr so die Wohlfühlpolitikerin, gut für »Kaffeekränzchen und Small Talk«. Er sei besser darin, den Finger in die Wunde zu legen, bei Kontroversen laufe er erst so richtig zu Hochform auf.

Im Grunde beschreibt Barth damit nicht nur sein Duell, sondern ein Dilemma der CDU, in Sachsen wie anderswo im Land. Denn die CDU in Sachsen versucht, die Leute daran zu erinnern, dass sie in einem Land mit toller Wirtschaftslage, niedriger Arbeitslosenquote und den bundesweit besten Pisa-Ergebnissen wohnen. Die AfD dagegen versucht, die Sachsen davon zu überzeugen, sie hätten sich zu lange als Bürger zweiter Klasse behandeln lassen.

»Sie müssen das verstehen«, sagt Barth, während er das Auto über eine kurvige Straße immer höher ins Erzgebirge steuert. »Als gebürtiger Dresdner bin ich groß geworden in der zweitgrößten Stadt des Landes, im Zentrum der DDR.« Heute liege die Stadt am Rand und sei auch sonst irgendwie nicht mehr wichtig. »Während der Olympischen Sommerspiele 1936 hatte Dresden eine schnellere Bahnverbindung nach Berlin als heute.«

Seine Erinnerungen an die DDR sind nicht die besten. Das Verhältnis zu den Eltern war schwierig. Sie lebten in einer Trabantenstadt, die Häuserblocks sahen alle so gleich aus, dass er sich als Kind darin verirrte. 1988, mit 18 Jahren, versuchte er über die Tschechoslowakei in den Westen zu fliehen, wurde aber noch auf DDR-Gebiet festgenommen.

Der Mauerfall sei ein Glück für ihn gewesen, sagt Barth. Wegen des Fluchtversuchs hätte er in der DDR nie studieren dürfen, wäre vermutlich heute noch Stellwerksmeister bei der Eisenbahn. Das vereinte Deutschland sei ihm trotzdem immer fremd geblieben. Inzwischen preist er die DDR, aus der er fliehen wollte, als Land mit »Zusammengehörigkeitsgefühl und großer nationaler Identität.« Er sagt: »Uns ist anerzogen worden, stolz zu sein auf unser kleines Land.« Deswegen verstehe er auch nicht, warum es die Menschen im Westen falsch fänden, stolz auf ihre Heimat zu sein und sie schützen zu wollen.

Barth glaubt, die AfD sei in der Region auch deshalb so erfolgreich, weil die Sachsen schon immer ein besonders stolzes Volk waren. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren sie die industrielle Avantgarde des Deutschen Reiches, die neben Kleinbildkamera und Porzellan auch die Filtertüte erfanden. In der DDR konnten sie immerhin noch die marode Infrastruktur am Laufen halten. Nach der Wende jedoch galt das alles nichts mehr.

»Dieses Gefühl, dass Politiker die eigenen Leute nicht wertschätzen, ist immer stärker geworden mit den Jahren«, sagt Barth. Erst recht, als die Flüchtlingskrise begann. In seinem Auto deutet er mit der Hand in die Ferne, Richtung Ostergebirgskamm. Die Bewohner dieser dünn besiedelten Gegend hätten sich jahrelang einen Bus gewünscht, der ihre Dörfer abklappert. Geht nicht, habe es immer geheißen: zu teuer. »Vor drei Jahren wurden dann in einem der Orte 16 Asylbewerber einquartiert, und die bekamen einen Bus, der dreimal täglich genau die Strecke fuhr.« Als die Asylbewerber wegzogen, wurde die Busverbindung eingestellt. Dombois wird diese Geschichte später bestätigen und sagen,

der Bus sei zu teuer gewesen. Barth sagt: »Da braucht sich die CDU doch nicht zu wundern, dass die Leute sich verarscht vorkommen.«

Er parkt sein Auto auf einem zugigen Parkplatz in Altenberg. »Frau Dombois wird nicht begeistert sein, mich zu sehen«, sagt er. Denn es geht wieder um sein Lieblingsthema, den Umzug der Bundespolizei. In dem Backsteingebäude, vor dem Barth nun steht, will Dombois heute den Altenbergern erklären, warum die Bundespolizei wirklich ihre Stadt verlassen will. Und Barth will wissen, ob ihr das gelingt. Ob die Altenberger ihr glauben oder ihm.

Seit zwei Jahren ist die Kleinstadt an der deutsch-tschechischen Grenze in Aufruhr, weil die Bundespolizei überlegt, ihren Standort in das 25 Kilometer landeinwärts liegende Dippoldiswalde zu verlegen. In Dippoldiswalde wohnt Andrea Dombois. Irgendwann kamen ein paar misstrauische Bürger auf die Idee, Dombois könne hinter dem Umzug stecken: Vielleicht wollte die Politikerin ihrer Heimatstadt etwas Gutes tun? Lange interessierte sich kaum jemand für dieses Gerücht. Bis Barth anfang, es zu wiederholen, im Landtag, in Festzelten und auf Facebook.

Es gibt keinerlei Belege, das sagt Barth selbst. Was es aber gibt, ist Misstrauen. Und aus Misstrauen lässt sich etwas machen. Dombois ist viel bekannter als er, ihren Vertrauensvorsprung kann er unmöglich aufholen. Was er aber kann, ist, ihre Glaubwürdigkeit infrage zu stellen.

Einige Minuten später im voll besetzten Veranstaltungssaal sitzt Barth in der letzten Reihe, Dombois vorn auf dem Podium. Sie hat zwei ältere Herren mitgebracht, einen von der Landes- und einen von der Bundespolizei. Es habe ja zuletzt einige »Irritationen« in Altenberg gegeben, sagt sie. Der Landespolizist liest Zahlen von einem Blatt ab. Demnach gab es 2018 in Altenberg 205 Straftaten, Tendenz sinkend, überhaupt sei Altenberg wahrlich »kein Hotspot für Kriminalität«. Der Bundespolizist erklärt, dass der geplante Umzug seines Reviers nichts mit politischer Einflussnahme zu tun habe, schon gar nicht mit Dombois. Es sei einfach sinnvoller, in der Mitte der Region zu sitzen als irgendwo am äußersten Rand.

Die Altenberger scheinen nichts davon zu glauben. Selbst wenn die Politikerin nicht hinter der Verlegung stecken sollte, habe Dombois zu wenig dagegen unternommen, sagt eine Frau. Ein Mann mit Bürstenschnitt erzählt von einem Altenberger, dem der Wohnwagen geklaut worden sei und der im »Schlüpper« den Dieb über die Grenze verfolgt habe. Wenn die Polizei weg sei, würde so was sicher öfter passieren.

Nach der Veranstaltung steht Dombois mit ihrem Mann auf dem Parkplatz. Barth und die anderen Gäste sind längst weg, Holger und Andrea Dombois rauchen noch gemeinsam eine E-Zigarette. Sie sagt: »Es ist schwer, mit Fakten gegen gefühlte Wahrheiten anzukämpfen.« Die, die heute gemeckert hätten, seien an der Wahrheit eh nicht interessiert. Als Abgeordnete könne sie der Bundespolizei doch nicht deren Dienststelle vorschreiben. Und überhaupt, in die Stadt Altenberg sei in den vergangenen Jahren so viel Geld geflossen! Die Bobbahn, das Bundesleistungszentrum, die Biathlon-Anlage! Das alles habe Millionen gekostet! Das müssten die Leute doch auch mal anerkennen!

»Mach dir nichts draus«, sagt ihr Mann. »Die Leute hier wissen, was sie an dir haben.« Sie nickt, dann steigt sie müde ins Auto.

4) 13. Mai 2019, Gasthaus »Zur Quelle«, Kreischa

Die sächsische CDU führt auf Landesebene nur noch mit zwei Prozentpunkten vor der AfD. Barth liegt in den Prognosen inzwischen neun Prozentpunkte vor Dombois.

Barth steht in einer Kneipe, um ihn herum etwa 50 Männer und vier Frauen, die Bier trinken und Schnitzel essen. Er hat beste Laune, es sind noch 13 Tage bis zur Europawahl und zur sächsischen Kommunalwahl, die Prognosen sagen einen Sieg der AfD voraus. An diesem Abend sollen sich die AfD-Kandidaten für den Gemeinderat in Kreischa vorstellen, einer Gemeinde im Speckgürtel von Dresden. 16 Plätze gibt es insgesamt im Rat zu besetzen. Die SPD und die Grünen treten gar nicht erst an, die Linke hat zwei Kandidaten zusammenbekommen, die CDU fünf, die Freien Wähler 18 und die AfD 24 Kandidaten – mehr wären nicht erlaubt gewesen.

Der AfD-Spitzenkandidat war früher bei der CDU, die meisten sind neu in der Politik. Auf Platz 5 der Liste steht Alice Scheuner, 39, Tagesmutter. Sie sagt, sie könne sich nicht erinnern, dass hier irgendeine Partei in den vergangenen Jahrzehnten mal ordentlich Wahlkampf gemacht habe. Die AfD dagegen, die hänge sich richtig rein: Plakate, Flyer, Infostände, ständig sei was los.

Bevor sich die 24 Kandidaten einzeln vorstellen, hält Barth einen kleinen Powerpoint-Vortrag zur Landespolitik. Titel: »Lügen haben kurze Beine, Frau Dombois«. Das sei etwas provokant, sagt Barth, als er die erste Folie an die

Wand projiziert, aber es sei nun mal seine Aufgabe, für politische Aufklärung zu sorgen. Auf der nächsten Folie zeigt Barth die Website von Dombois, auf der sie schreibt, sie setzte sich für den ländlichen Raum, Sicherheit, Unternehmen und den Breitbandausbau ein.

Das seien alles interessante Forderungen, sagt Barth. Allerdings frage er sich, warum Dombois und ihre CDU alle Anträge der AfD zu diesen Themen in der vergangenen Legislatur im Landtag abgelehnt habe. Zum Beispiel seinen Antrag: »Unterstützung für Wirtschaftsbetriebe in besonders kriminalitätsbelasteten Regionen«. Barth erklärt, die AfD-Fraktion wollte Firmen, die 30 Kilometer oder weniger von der polnischen oder tschechischen Grenze entfernt ansässig seien, finanziell fördern. »Wurde abgelehnt.« Was er nicht sagt, ist, warum: weil nämlich laut amtlicher Polizeistatistik die Kriminalität im Grenzbereich rückläufig ist und ohnehin wesentlich geringer als in Ballungsgebieten.

Insgesamt stellt Barth rund ein Dutzend AfD-Anträge vor, die aus formalen, finanziellen oder auch politischen Gründen vom Landtag abgelehnt wurden. Das ist oft so, auch im Bundestag werden Anträge von Oppositionsparteien fast immer abgewiesen, egal ob Grüne, FDP oder AfD sie gestellt haben.

Barth aber sagt, die Ideen der AfD würden abgelehnt, weil sie von der AfD seien. Damit würden sich die anderen Parteien aber schaden. »Je unfairer die AfD behandelt wird, desto mehr Menschen fühlen sich ihr verbunden.«

Als später einer der Gemeinderatskandidaten in die Runde ruft: »In Kreischa wurde den Mitarbeitern eines großen Arbeitgebers verboten, heute dabei zu sein. Danke, dass ihr trotzdem da seid«, bekommt er den lautesten Applaus des Abends. Dass er später zugeben muss, das habe er eigentlich nur als Gerücht gehört und nicht überprüft, bekommt kaum noch jemand mit.

5) 14. Mai 2019, eine Bushaltestelle, Fürstenwalde

Barth steht vor einer Bushaltestelle in Fürstenwalde, einem 300-Einwohner-Dorf zwei Kilometer vor der tschechischen Grenze. Er studiert den Busfahrplan und will zeigen, wie abgeschnitten die Leute hier sind. In diesem Moment hält ein Bus. Barth lacht. »Oh Mann, das nennt man Vorführeffekt.«

Barth hatte vorgeschlagen, einen ganzen Tag lang durch seinen Wahlkreis zu fahren und sich mit Menschen zu unterhalten. Er hat nichts geplant, sagt er. Der Bus beweise das ja. Er gibt sich viel Mühe, das muss er. Denn er kämpft

nicht nur gegen Dombois. Auch in seiner Partei hat er Feinde. Der Barth sei zwar fleißig, aber ein Mitläufer, der wolle es allen recht machen, erzählen sie. Er positioniere sich auch nicht klar für oder gegen den radikalen »Flügel« um Björn Höcke. Barth dagegen findet, die AfD könne nur eine Volkspartei werden, wenn sie unterschiedliche Meinungen zulasse. In der CDU seien ja auch nicht alle einer Meinung.

Die AfD, sagt er, sei schon lange keine Partei mehr, die nur noch ein Thema habe, den Euro oder die Flüchtlinge zum Beispiel. Sie versuche, gezielt diejenigen Wähler anzusprechen, die sonst keine der großen Parteien haben will. Das führt zuweilen zu einem wirren Politikmix. Bei der EU-Wahl will die AfD beispielsweise den Windradausbau stoppen, den »Diesel retten« und plakatiert: »Auch Tiere haben Rechte«. Barth sagt: »Die Tierschutzpartei hat in Sachsen ein Wählerpotenzial von 2,1 Prozent. Die wollen wir denen abluchsen.«

In einer Kaffeepause kommt Barth ins Gespräch mit Peter Mühlbach, 58, einem Wirt aus der Gegend. Der sagt, er werde bei der EU-Wahl das erste Mal seit dem Mauerfall wählen: die AfD. Weil die als einzige Partei gegen die Russland-Sanktionen der EU sei.

Wieder im Auto, schwärmt Barth von der Landschaft, den Wiesen, den Wäldern, dem Fluss Weißeritz, der sich durch ein Tal schlängelt. André Barth lebt in einem Einfamilienhaus in Dippoldiswalde, zusammen mit seiner Lebensgefährtin, seiner Münzsammlung und seiner Garteneisenbahn. Die Provinz und er, das ist eigentlich eine späte Liebe. Vor elf Jahren zog er seiner Freundin zuliebe in die Gegend. Dresden wäre nichts mehr für ihn, sagt er. Zu gefährlich.

Am Rande der Ortschaft Schmiedeberg hält Barth an. Er steht vor dem letzten Flüchtlingsheim, das es in seinem Wahlkreis noch gibt. Die Bewohner hätten immer wieder Ärger gemacht, erzählt Barth. Sie hätten den Schmiedebergern in die Gärten gepinkelt und im Supermarkt geklaut. Als er an der Heimtür klingelt, unangekündigt, führt ihn ein freundlicher Sicherheitsmann durch die Unterkunft. Die Zimmer sind sauber, die Gänge ruhig. Der Wachmann sagt, der Job sei easy, die meisten Flüchtlinge, alles Männer, gingen zur Schule und machten keinen Ärger.

Nach dem Besuch raucht Barth neben seinem Auto eine Zigarette. Okay, sagt er, dann sei das mittlerweile eben ruhig in dem Heim. Trotzdem: »Ich bin der Meinung, in dem Land, in dem man geboren wurde, sollte man auch leben.«

Ist das nicht eine etwas merkwürdige Aussage von jemandem, der 1988 selbst versucht hat, aus der DDR in ein besseres Leben zu fliehen? Für einen Moment wirkt Barth überrascht, als habe er diesen Widerspruch noch nie gesehen. Dann sagt er, das könne man überhaupt nicht vergleichen. Er habe ja schließlich von Deutschland nach Deutschland fliehen wollen.

6) 15. Mai 2019, Kulturzentrum, Reinhardtsgrμμα

Es ist früher Abend, als Andrea Dombois am Rand einer Dorfstraße aus ihrem Dienstwagen steigt. Sie versucht ein gequältes Lächeln. Sie hat von Barths Vortrag über ihre vermeintlichen Lügen gehört. Stillos sei das, sagt sie. Aber sie weiß nicht, wie sie sich dagegen wehren soll. Also tut sie, was sie immer gemacht hat, arbeitet, bleibt freundlich und sachlich, versucht, Bürgern zu helfen, die sie um Hilfe bitten. Das kam doch 29 Jahre lang gut an. Nun aber ist es, als hätte jemand die Regeln dieses Spiels namens Politik geändert, und sie hat keine Ahnung, wie die neuen funktionieren.

Im denkmalgeschützten Gewölbesaal des Kulturzentrums findet ein Bürgergespräch mit Dombois und dem sächsischen Landwirtschaftsminister statt. Es soll eigentlich um die großzügigen Förderprogramme der Landesregierung für ländliche Regionen gehen. Stattdessen kommt die Sprache schnell auf die AfD.

Ein Mann aus dem Publikum fragt nach einer Erklärung, warum die AfD so gute Umfragewerte in der Gegend habe. Dombois sieht plötzlich sehr traurig aus, sie steht auf und sagt, sie mache sich große Sorgen: »die Sprache, der Umgang miteinander, alles verroht«. Die AfD mache ihr Angst, da seien ganz viele Rechtsradikale drin, die seien gegen Europa, das dürfe man sich nicht gefallen lassen. Dombois hat sich warmgeredet, sie klingt plötzlich kämpferisch: Es liege an jedem Einzelnen, die AfD nicht zu stark werden zu lassen. Jeder Demokrat müsse sich klar gegen die AfD bekennen. Sie sagt: »Wir müssen sagen: AfD Nein!«, und setzt sich wieder.

Niemand klatscht.

Stattdessen steht ein Mann mit grauen Haaren auf. Er sei seit 30 Jahren in der CDU, erzählt er. Er war Helfer in Dombois' erstem Wahlkampfteam 1990. »Damals waren die Säle voll, 300, 400 Leute, alle jung. Wo sind die hin?« Er sieht sich um. Im Publikum sitzen rund 40 Leute, die vorherrschenden Haar-

farben sind grau und weiß. Er fragt: »Sind denn immer nur die anderen schuld? Oder sind wir zu bequem geworden? Wieso geht ihr denn nicht mal zu einer AfD-Veranstaltung und diskutiert mit denen, zeigt Zivilcourage!«

Dombois guckt ihn entgeistert an und sagt: »Da kannst du ja hinfahren.«

7) 28. Juni 2019, Fußballplatz Reinhardtsgrimma

Bei der Prognose zur Landtagswahl sind CDU und AfD erstmals gleichauf. Im Wahlkreis dagegen ist Barths Vorsprung geschrumpft, er führt noch mit 6,5 Prozentpunkten vor Dombois.

Es sind noch neun Wochen bis zur Landtagswahl, als Dombois das erste Mal laut ausspricht, dass es für sie eng werden könnte. Sie sitzt rauchend am Rand eines Fußballplatzes, auf einer Bank im Schatten. Auf dem Feld spielen zwei Amateurmansschaften, denen sie gleich ein Fass Freibier ausgeben wird, ein Freundschaftsspiel. Sie sagt: »Es wird ein Kopf-an-Kopf-Rennen.« Sie fragt sich, wie es sein kann, dass ihr Kontrahent führt. Die Prognosen sind das eine, die können irren, aber es gibt auch ein Wahlergebnis, das nicht gut für sie aussieht. Barth und sie haben beide am 26. Mai bei den Kommunalwahlen für den Stadtrat von Dippoldiswalde kandidiert. Beide sind gewählt worden, Dombois mit 4.038 Stimmen, Barth mit 4.206 Stimmen.

Man solle nicht glauben, dass sie kampfflos aufgeben wird, sagt Dombois. Sie erzählt von ihrer Kindheit in der DDR. Ihre Eltern seien politische Querköpfe gewesen, sie verboten ihr bei den Jungpionieren und der FDJ mitzumachen. In der Schule wurde sie deswegen ausgegrenzt, sie hatte kaum Freunde, die Lehrer schikanierten sie. Dombois sagt, sie sei hart im Nehmen.

Sie versucht, nach den neuen Spielregeln zu spielen, nach einigen zumindest. Die jungen Kollegen in ihrer Fraktion haben sie überredet, doch Wahlplakate aufzuhängen. Sie haben ihr gesagt, es sehe sonst so aus, als würde sie den Wahlkampf nicht ernst nehmen. So hat Dombois es vorher noch nie gesehen. Außerdem will auch sie jetzt einen richtigen Wahlkampf machen, wie Barth. Veranstaltungen organisieren, Bürger einladen.

Barth hat 15.000 Euro in der Wahlkampfkasse. Sie hat ihr Budget auf 30.000 Euro verdoppelt. Den Großteil des Geldes zahlen beide aus eigener Tasche. Barth freut sich, dass AfD-Prominente wie Beatrix von Storch in seinem

Wahlkreis mit ihm auftreten wollen. Dombois dagegen hat darauf verzichtet, die Kanzlerin oder ihre Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer als Wahlkampfunterstützung einzuladen. Die Sachsen reagierten allergisch auf Anweisungen von oben, sagt Dombois.

8) 25. Juli, Sächsischer Verfassungsgerichtshof, Leipzig

Bei der Prognose zur Landtagswahl sind CDU und AfD immer noch gleichauf. Im Wahlkreis ist Barths Vorsprung weiter geschrumpft, er führt noch mit 4,5 Prozentpunkten vor Dombois.

Es ist 18.15 Uhr, als die Richter im Landesverfassungshof eine Pause einberufen. Verhandelt wird über eine Klage der AfD gegen den Landeswahlausschuss. Er hatte entschieden, die Plätze 19 bis 61 der AfD-Kandidatenliste nicht zur Wahl zuzulassen. Barth steht auf Platz 20 der Liste – der Platz war seine Versicherung, falls er gegen Dombois verlieren sollte. Später am Abend werden die Richter Barths Listenplatz zulassen. Aber das weiß Barth noch nicht.

Er tritt in die heiße Abendluft vor das Gerichtsgebäude, es ist der Tag, an dem erstmals 42 Grad in Deutschland gemessen werden. Er zieht gierig an einer Zigarette, die Siegesgewissheit der vergangenen Wochen ist Unsicherheit gewichen. Wo eben noch Freunde waren, sieht er sich nun von Feinden und widrigen Umständen umzingelt.

»Wenn Sie wüssten, was ich im vergangenen Jahr mental durchgemacht habe«, sagt er. »Eine Tortur.« Erst die eigene Partei, die ihn nicht als Direktkandidaten gewollt habe. Dann die Lokalmedien, die in jedem Artikel wieder die alte Geschichte aufgewärmt hätten, dass er seine Zulassung als Anwalt verloren habe. Dann all die alten Freunde, die sich von ihm abgewandt hätten, angeblich weil er bei der AfD ist. Sogar sein Sohn aus einer früheren Beziehung, mittlerweile ein Teenager, meide ihn. Und nun das, dieser Mist mit dem Landeswahlausschuss.

Und als wäre das alles nicht genug, rutscht die AfD allmählich in den Umfragen ab. Was die Partei jetzt bräuchte, sei ein Anschlag, Anis Amri 2, sagt Barth und schiebt nach: So was dürfe man sich natürlich nicht wünschen.

Was würde er eigentlich machen, wenn er nicht wiedergewählt würde? Barth sagt, er habe keine Ahnung. »Auf jeden Fall nicht wieder Anwalt.«

9) 30. Juli, auf einer Landstraße, Dippoldiswalde

Barth zieht einen Kabelbinder fest und schiebt ein Barth-Plakat an einen Laternenpfahl hoch, auf dem »Mut zu Deutschland« steht. Barth sagt: »Das ist mein Lieblingsplakat, das würde ich mir auch übers Bett hängen.« Zwei seiner Mitarbeiter stehen daneben, einer fotografiert ihn, die Bilder erscheinen später auf Facebook. Seit einer Woche plakatiert er fast jeden Tag, es geht ihm gewaltig gegen den Strich, dass Dombois jetzt doch Plakate aufgehängt hat. Die CDU-Kandidatin hat dazu eine Firma engagiert, innerhalb von 24 Stunden hängen plötzlich 1.300 CDU-Plakate im Wahlkreis. Barth will 1.500 aufhängen, mehr sei nicht erlaubt.

Barth reagiert auf Dombois' plötzliche Geschäftigkeit mit noch mehr Umtriebigkeit und neuen Ideen. Jemand hat ihm zugetragen, dass Dombois einen lokalen Fernsehsender engagiert hat, der einen professionellen Imagefilm über sie produziert. Also hat Barth mit einem Hobbyfilmer aus der Partei einen eigenen Film gedreht, den er auf Facebook hochgeladen hat. In den ersten 24 Stunden sehen ihn mehr als 3.000 Leute. Er sagt darin, dass »eine Landtagsabgeordnete dafür gesorgt haben soll, dass die Bundespolizei aus Altenberg abziehen will«. Die Geschichte war einfach zu erfolgreich bisher, sagt Barth.

Zudem hat er angefangen, seine Facebook-Posts zu sponsern, sodass sie bei Tausenden von Bürgern im Wahlkreis auf ihren Facebook-Profilen eingespielt werden. Dombois weiß nicht einmal, dass so was überhaupt geht. Barth kennt sich mit sozialen Medien auch nicht aus. Er hat aber verstanden, dass sie nützlich sind, also hat er Leute eingestellt. Seine drei Mitarbeiter sind alle noch Studenten, dazu hat er zehn ehrenamtliche Helfer. Dombois' Wahlkampfteam besteht aus einer Person, einer schüchternen, älteren Dame, die seit 1989 ihr Büro im Wahlkreis leitet.

Barth will noch einen Moment allein reden, er hat seine Mitarbeiter mit den Plakaten weitergeschickt. Er war die ganze Zeit so selbstbewusst, aber jetzt, da sein Vorsprung immer kleiner wird, fürchtet er, dieser Bericht in *Welt am Sonntag* könnte ihm schaden. Er fragt sich, ob er zu offenherzig war.

Für ihn sei die Direktwahl auch wichtig, um sich gegen die Kritiker in der AfD abzusichern. Irgendwer hat rumerzählt, Barth sei spielsüchtig, sagt er entrüstet. Es ist nicht das einzige Gerücht, das gegen ihn in Umlauf ist. Ein AfD-Mitglied hat sich an diese Zeitung gewandt und behauptet, Barth stecke in finanziellen Schwierigkeiten, zeitweise habe er seinem Kreisverband 10.000 Euro geschuldet. Auch die Geschichte ist wohl erfunden, jedenfalls gibt es keinen einzigen Beweis, der sie stützt.

Er jammert: »Es ist so unfair, ich kann das jetzt hundertmal dementieren, ein bisschen was bleibt immer kleben.« Er wird gerade mit seinen eigenen Waffen geschlagen, aber er merkt es nicht. Später gibt er nach einer längeren Diskussion zu, dass seine Parteikollegen ihn letztlich mit ähnlichen Mitteln bekämpfen wie er Andrea Dombois. Den Facebook-Film, in dem er sie belastet, nimmt er trotzdem nicht aus dem Netz.

10) Am gleichen Nachmittag, Café »Buntes Häusl«, Altenberg

Dombois steht mit einem Paken Flyer und Wahlgeschenken unter dem Arm an der Kasse des Cafés, sie hat Tränen in den Augen. Sie hatte sich auf den Nachmittag gefreut, sie hatte Bürger eingeladen, um über die Erfolge von Altenberg als Wintersportregion zu sprechen, Kaffee und Kuchen wollte sie allen spendieren, aber bis auf ein paar CDU-Mitglieder und Sportfunktionäre ist niemand gekommen. »Das kostet doch alles Geld, die Einladungen, die Vorbereitung«, klagt sie. »Und wenn man nichts macht, dann meckern die Leute auch.«

Eine halbe Stunde später sitzt sie mit ihrem Mann im Nachbarort auf einer Gasthausterrasse in der Abendsonne, hinter ihr plätschert die Weißeritz vorbei. »Schön hier, oder?« Sie lächelt matt.

Eigentlich will sie hier nicht sitzen, eigentlich will sie auch kein Interview mehr geben. Sie scheint misstrauisch geworden zu sein. Wenn Menschen ihr jetzt sagen, dass sie sie wählen werden, fragt sie sich, ob sie das nur sagen, um nett zu sein. Und mit den Journalisten ist es auch so eine Sache. Dombois erzählt, dass sie schon einmal einer Journalistin vertraut und damit keine guten Erfahrungen gemacht habe. »Die war ganz freundlich, wie Sie, und hat mich dann reingelegt und mir eine Stasi-Vergangenheit angedichtet.«

Wann das war? Sie überlegt. »1990.« 1990, das ist so lange her. Und doch scheint sie die Wendezeit gerade wieder einzuholen. Damals erlebte das Land seinen größten Umbruch, nun erlebt Dombois ihren, mit 29 Jahren Verzögerung. Sie war ihr ganzes Leben lang Politikerin, nun fängt sie an, sich vorzustellen, wie ihr Leben ohne Politik aussehen könnte. Friedlicher.

Sie werde trotzdem bis zum letzten Tag um das Direktmandat kämpfen, sagt sie. Schon aus Pflichtbewusstsein. Wenn sie trotzdem verlieren sollte, werde sie ihren Listenplatz vielleicht einem jüngeren Kollegen überlassen, mal sehen.

André Barth hat keine Wahl, so sieht er das. Er braucht das Mandat, er braucht einen Job, ein Einkommen. Er hat alles auf diese eine Karte gesetzt, die Politik.

11) 20. August 2019

Bei den Umfragen führt die CDU in Sachsen nun mit knapp drei Prozentpunkten vor der AfD. Barths Vorsprung ist auf zwei Prozentpunkte zusammengeschrunpft.

Es sind noch zwölf Tage bis zur Wahl, und es ist die knappste Prognose, seit Dombois und Barth gegeneinander Wahlkampf führen. Im Mai hat er mit neun Prozentpunkten geführt, jetzt sind es noch zwei.

Sie sagt: »Ich hab noch mal alles gegeben. Das honorieren die Leute.« Er sagt: »Es liegt nicht an mir, davon bin ich überzeugt.«

Sie sagt, sie werde am Wahlsonntag in die Kirche gehen. Wenn um 18 Uhr die ersten Hochrechnungen kommen, will sie bei ihrer Fraktion im Landtag sein, beobachtet von Fernsehteams. Das sei eine Frage des Anstands, sagt sie.

Er sagt, er werde die Ergebnisse im kleinsten Kreis in seinem Heimatort abwarten. Sollte er verlieren, guckt ihm so wenigstens nicht halb Deutschland dabei zu. Er will nicht als traurige Gestalt in den Abendnachrichten enden.

UPDATE NACH DER WAHL VOM 1. SEPTEMBER 2019:

(Dieses Update wurde in der Online-Version nachträglich ergänzt. Die Print-Version erschien eine Woche vor der Wahl.)

Am Ende wird es so knapp, wie eine Wahl nur ausfallen kann. Andrea Dombois gewinnt mit 98 Stimmen Vorsprung das Direktmandat. Sie bekommt

11.503 Stimmen und 34 Prozent, André Barth 11.405 Stimmen und 33,7 Prozent. Barth zieht über die AfD-Liste in den Landtag ein.

ÜBER DER RECHERCHE:

Nach Wahlen wird gern analysiert, welche Fehler der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten wahlentscheidend waren. Dabei wird die Rolle der Direktkandidaten oft vergessen. Autorin Tina Kaiser wollte zeigen, wie ein Wahlkampf auf lokaler Ebene funktioniert – und wie sich die Taktiken der jeweiligen Lokalpolitiker unterscheiden. Es war nicht einfach, einen Wahlkreis mit zwei Kontrahenten zu finden, die beide bereit waren, sich über Monate begleiten und beobachten zu lassen. Meist waren es die CDU-Kandidaten, die absagten. Auch Andrea Dombois zögerte zunächst. André Barth dagegen sagte sofort zu. Neben den Interviews mit Dombois und Barth wurden auch viele Gespräche mit Familienmitgliedern, Freunden und Gegnern beider Kandidaten geführt.

* Für die landesweiten Wahlprognosen für Sachsen beziehen wir uns jeweils auf die aktuellste Prognose von Civey, Infratest dimap, IM Field und INSA. Die Prognosen für die Erststimme im Wahlkreis von Dombois und Barth stammen von dem Berliner Institut wahlkreisprognose.de (<http://wahlkreisprognose.de>).

WELT AM SONNTAG

Nr. 34 vom 25. August 2019

Nummer 11 | 15. März 2019

Süddeutsche Zeitung Magazin



Theodor-Wolff-Preis

Harald Maass, Jahrgang 1970, berichtete viele Jahre als Zeitungskorrespondent aus Asien und arbeitet heute als freier Journalist mit Sitz in München. Von Hongkong und Peking aus verfolgte der promovierte Politologe fast eineinhalb Jahrzehnte den Aufstieg Chinas und den gesellschaftlichen Wandel in Asien, unter anderem für die *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau* und den *Tagesspiegel*. Er bereiste mehrfach Nordkorea und gilt als Kenner der abgeschotteten Diktatur. Das journalistische Handwerk lernte er an der Deutschen Journalistenschule in München. Nach einigen Jahren als Inhaber einer Beratungsfirma arbeitet Harald Maass heute wieder als Journalist und beschäftigt sich insbesondere mit investigativen Recherchen. Er ist Autor der Bücher »China im Wandel« und »Kinder des himmlischen Friedens«. 2019 wurde er mit dem Deutschen Reporterpreis (Beste Reportage) ausgezeichnet.

HARALD MAASS ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Reportage überregional« für seinen Beitrag »Totale Kontrolle«, erschienen am 15. März 2019 im *SZ Magazin*.

Totale Kontrolle

Von Harald Maass

»Auf der Polizeiwache musste ich meine Hosentaschen leeren, den Gürtel und die Schnürsenkel abgeben. Dann setzten sie mich auf einen Eisenstuhl und stellten Fragen.« – Kairat Samarkhan, Gemüsehändler aus dem Regierungsbezirk Altai, Region Xinjiang, China

Mit einem Wink deutet der chinesische Grenzpolizist auf das Förderband. Mit erhobenen Händen muss ich mich auf das schmale Band stellen, das mich langsam durch eine große, graue Maschine zieht. Ein Brummen ertönt, während die Elektronik mich von Kopf bis Fuß durchleuchtet. Gleich werden die Beamten mein Gepäck durchwühlen. Die privaten Fotos und Nachrichten auf meinem Handy begutachten, Dokumente auf meinem Computer öffnen. Meine Fingerabdrücke scannen, mein Gesicht fotografieren. Und sie werden Fragen stellen: Warum ich einreisen will? Was mein Beruf ist? Ob ich Freunde oder Bekannte habe, die ich besuchen werde? Eine halbe Stunde dauert das Verhör. Dann stehe ich im gleißenden Sonnenlicht auf der Straße.

Durch die Region Xinjiang im Westen Chinas zogen einst die Karawanen entlang der Seidenstraße, um Gold und Glas ins Reich der Mitte sowie Seide und Porzellan auf dem Rückweg zu transportieren. Über Jahrtausende hinweg verbanden die Oasenstädte hier den Osten mit dem Westen. Heute ist das Wüstengebiet, mehr als viermal so groß wie Deutschland, ein Experimentierfeld für Chinas Überwachungsstaat – technisch hochgerüstet wie kein anderer Ort der Welt. Eine Dystopie aus Hightech-Kontrollen und Polizeiwillkür. Ein Gebiet, in dem die Menschen rund um die Uhr vom Staat bespitzelt werden. Von Kameras, die jeden Weg und jede Begegnung aufzeichnen. Von staatlichen Aufpassern, die sich für Wochen in den Häusern der Familien einquartieren und in deren Betten schlafen. Jeder steht unter Verdacht: ein Bart oder traditionelle Kleidung? WhatsApp, Facebook oder andere verbotene Apps auf dem Handy? Regelmäßiges Beten? Häufiges Tanken? In Xinjiang reicht das, um in einem System aus geheimen Umerziehungslagern und Gefängnissen zu verschwinden.

»Sie verhörten mich tagelang, ohne Unterbrechung. Irgendwann schlief ich ein. Dann hörte ich Gebetsrufe. Ich stellte mich schlafend. Es ist ein Trick: Wenn man auf die Gebetsrufe reagiert, sagen sie, man sei ein religiöser Extremist.«

– Kairat Samarkhan

Korgas am Rand des Tianshan-Gebirges, Grenzstadt zwischen Kasachstan und China. Entlang der sechsspurigen Hauptstraße ragen Hochhäuser und Baukräne in den Himmel. Peking hat hier, mehr als 3.000 Kilometer von der boomenden Küste entfernt, große Pläne. Korgas soll ein Verkehrsknotenpunkt für den Handel mit Zentralasien und Europa werden. Für Milliarden von Yuan entsteht im Grenzgebiet der größte Trockenhafen der Welt. Ein Vorzeigeprojekt für Chinas Wirtschaft. Doch die Stadt wirkt wie im Krieg. Die Eingänge zu den Gebäuden sind mit Panzersperren aus Stahl und Stacheldraht verrammelt. An den Straßenkreuzungen stehen Militärposten mit Maschinengewehren. Polizeiautos rasen mit jaulenden Sirenen durch leere Straßen. Nur noch wenige Händler und Reisende überqueren die Grenze. Zu gefährlich ist die Fahrt in Chinas Westen. Binnen eineinhalb Jahren – fast unbemerkt von der globalen Öffentlichkeit – hat China in Xinjiang ein gewaltiges Lagersystem errichtet. Nach Schätzungen sind bis zu eine Million Menschen, Angehörige muslimischer Minderheiten, in Umerziehungslagern interniert. Ein Bericht des US-Kongresses spricht von der »größten Masseninhaftierung einer Minderheitenbevölkerung weltweit«.

»Neue Grenze« bedeutet Xinjiang auf Deutsch. Für Chinas Kaiser waren die Wüsten und Gebirge lange der äußere Vorposten ihres Einflussgebietes. In den Oasen lebten vor allem Uiguren, ein muslimisches Turkvolk mit zentralasiatischen Gesichtszügen, dessen Sprache mit dem Türkischen verwandt ist. Dazu kamen Kasachen, Mongolen, Kirgisen und Tadschiken. Ein Schmelztiegel aus Sprachen, Kulturen und Religionen. 1949 besetzten Mao Zedongs Truppen das Gebiet. Xinjiang wurde zur Provinz der neu gegründeten Volksrepublik China und bekam später den Status einer Autonomen Region. In den folgenden Jahrzehnten schickten Pekings Kommunisten Millionen von Han-Chinesen als Arbeiter und Bauern in den bis dahin vor allem von Muslimen besiedelten Westen. Staatliche Unternehmen begannen, die reichen Bodenschätze auszubeuten. Noch mehr Chinesen kamen. Heute sind die elf Millionen Uiguren und 1,6 Millionen ethnischen Kasachen an vielen Orten eine Minderheit in ihrer eigenen Heimat.

»Strebt nach dem Glück des Volkes, nach dem Wiedererstarken des Landes«, steht in roten Schriftzeichen auf der Wand in einer Fußgängerunterführung. Unter der himmelblau beleuchteten Decke lächelt der Staats- und Partei-

chef Xi Jinping vom Poster. Vor der Busstation bewachen schwarz uniformierte Polizisten den Eingang. Jeder Reisende muss seinen Personalausweis auf ein elektronisches Lesegerät legen. Eine Kamera mit Gesichtserkennung prüft die biometrischen Daten. Erst wenn auf dem Bildschirm ein grüner Balken erscheint, darf man passieren. Dreimal wird jeder Fahrgast auf diese Weise noch kontrolliert – am Kartenschalter, beim Zugang zum Wartebereich, im Bus. Jede Fahrt wird so von den Behörden registriert und aufgezeichnet.

Mit einem schwarzen Handscanner, der wie ein größeres Handy aussieht, macht einer der Polizisten ein Foto von mir und lädt es hoch. Ab jetzt bin ich in Xinjiangs Überwachungssystem registriert. Es überwacht Telefongespräche, E-Mails und Chats. Es zeichnet auf, was Menschen einkaufen, welche Internetseiten sie aufrufen, wie viel Strom sie verbrauchen, wann sie wen besuchen. Dieses System wird sich in den folgenden 13 Tagen meines Aufenthalts als nahezu lückenlos herausstellen. In jeder Straße, jeder Gasse, selbst in den entlegensten Dörfern überwachen Videokameras das Leben der Menschen. Sie sind auf Metallbrücken über der Straße installiert, an Hauswänden, an Straßenlaternen, auf Kiosken. Sie starren einem in Geschäften entgegen, in Restaurants, Büros, Schulen, Moscheen, Behörden, Krankenhäusern, in jedem Taxi und Bus. Der Staat hat Millionen Augen.

»Ich sei illoyal gegenüber dem Vaterland, sagten sie. Sie fesselten mich an Händen und Füßen und zogen mir einen schwarzen Sack über den Kopf. Dann brachten sie mich ins Lager.«

– Kairat Samarkhan

Nach wenigen Kilometern stoppen Polizisten unseren Bus. Sicherheitskontrolle. Die vier Han-Chinesen dürfen sitzen bleiben. Alle anderen Passagiere, rund ein Dutzend Uiguren, ethnische Kasachen und ich, müssen aussteigen und werden von Uniformierten in eine Halle dirigiert. Dort beginnt das Prozedere von Neuem: Ausweiskontrolle, Gesichts- und Ganzkörper-Scan. Eine Frau und ein Mann müssen ihre Handys abgeben. Die Polizisten schließen die Handys an ein kleines Gerät an, das alle Fotos, Nachrichten, Chats und Anruflisten herunterlädt. Das Muster ist überall in Xinjiang gleich: Die Kontrollen beziehen sich ausschließlich auf die Muslime, die der Staat als Sicherheitsrisiko sieht.

Morgens beim Verlassen des Wohngebäudes, bei der Fahrt im Bus, während der Arbeit, beim Betreten des Supermarkts, auf der Straße – ständig werden die Menschen inspiert.

Chinas Regierung rechtfertigt die Praxis mit dem Schutz vor Terrorismus. Seit einigen Jahren häufen sich Unruhen und Anschläge, die die chinesische Bevölkerung verunsichern. 2014 stürmten mit Messern bewaffnete Angreifer einen Bahnhof in Kunming, Provinz Yunnan, und stachen 31 Menschen nieder. Ein Jahr zuvor hatten uigurische Selbstmordattentäter ein Auto in eine Menschenmenge auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gesteuert. In Ürümqi, der Hauptstadt von Xinjiang, kam es 2009 zu Massenprotesten und gewaltsamen Aufständen, von Chinas Militär brutal niedergeschlagen. Fast 200 Menschen starben in diesen Tagen. Peking macht uigurische Terrorgruppen für die Anschläge verantwortlich und verweist darauf, Uiguren würden an der Seite des Islamischen Staates in Syrien kämpfen. »Es besteht kein Zweifel, dass die intensiven Kontrollen zum Frieden im heutigen Xinjiang beitragen«, schreibt die staatliche Zeitung Global Times: Man habe ein »chinesisches Syrien« in der Region verhindert.

Viele Beobachter sehen das anders, für sie sind die Unruhen ein Ausdruck der wachsenden Verzweiflung der Uiguren: Seit den Neunzigerjahren hat China die Rechte der Minderheiten immer weiter beschnitten und ihre Kulturen zurückgedrängt. An den Schulen werden die Kinder heute fast ausschließlich auf Hochchinesisch unterrichtet – selbst in den Pausen und in Elterngesprächen dürfen die Lehrer nicht Uigurisch sprechen. Frauen dürfen keine Schleier mehr tragen, die ihr Gesicht verhüllen. Imame wurden verhaftet, Moscheen geschlossen.

Auslandsreisen sind für viele unmöglich geworden – ab 2016 sammelten die Behörden die Reisepässe der Uiguren und ethnischen Kasachen ein. In manchen Orten dürfen nur noch Messer verkauft werden, in die die Ausweisnummer des Käufers als QR-Code mit einem Laser auf die Klinge graviert ist, zum Schutz gegen mögliche Messerattacken. Dutzende muslimische Namen sind als »extremistisch« verboten, darunter so alltägliche wie Mohammed und Fatima. Kinder mit diesen Namen müssen umbenannt werden.

»Volkkrieg gegen Terrorismus« nennt Peking die Kampagne, die in Wirklichkeit ein Krieg gegen das eigene Volk ist. Als obersten Feldherrn schickte Chinas

Kommunistische Partei 2016 den Parteisekretär Chen Quanguo nach Xinjiang. Chen hatte sich zuvor in Tibet den Ruf eines Hardliners erarbeitet. 90.000 neue Polizeistellen ließ Chen allein im ersten Jahr nach seinem Antritt ausschreiben. Hunderttausende neue Überwachungskameras wurden installiert. 2017 verdoppelten sich die Ausgaben für Polizei und Sicherheit auf umgerechnet 7,3 Milliarden Euro. Manche Landkreise geben ein Zehntel ihres Budgets für den Überwachungsstaat aus.

»Das Lager liegt im Gebiet Altai neben einem Gefängnis, ein großer Neubau für mehrere Tausend Insassen. Ich musste mich nackt ausziehen. Dann haben sie mich untersucht und meine Haare kurzrasiert. Ich kam in einen Raum mit 16 Leuten. Ein Loch im Boden war die Toilette. Als Neuankömmling musste ich neben der Toilette schlafen.«

– Kairat Samarkhan

In Gulja im Norden von Xinjiang liegt der Duft von gebratenen Hammelspießen und Chilnudeln in der Luft. Aus den Kaufhäusern an der Straße der Befreiung dröhnen chinesische Popsongs. Plakate werben für Handys und Gesichtscremes. Auf den ersten Blick wirkt Gulja, mehrheitlich von ethnischen Kasachen bewohnt, wie eine normale chinesische Stadt. Dann fallen einem die Wachleute mit den meterlangen Holzknüppeln auf, die vor Märkten und an Kreuzungen stehen. Die Sicherheitsschleusen vor den Geschäften, Restaurants und Hotels. Mit Metalldetektoren und Röntgengeräten werden Menschen auf Waffen und Sprengstoff kontrolliert.

Alle paar Hundert Meter stehen Polizeiwachen entlang der Straßen, blau-weiß gestrichen. Davor sind Volkspolizisten mit Sturmgewehren, Schlagstöcken und Schilden postiert. »Nachbarschaftspolizei Servicestationen« heißen die hochgerüsteten Gebäude, die in den vergangenen zwei Jahren zu Tausenden errichtet wurden. Sie sind Teil des flächendeckenden »Rasters zur Verwaltung der Gesellschaft«, mit dem das Volk überwacht wird. Jede Polizeistation ist für etwa 500 Einwohner zuständig, die sich gegenseitig bespitzeln und denunzieren sollen. Auf den Dächern der Polizeiwachen blinken rund um die Uhr Alarmlichter in Rot und Blau, sie tauchen die Stadt nachts in ein stets zuckendes Licht. Vor manchen Stationen parken gepanzerte Militärwagen. Wachhunde bellen.

Sirenen heulen. Die Bevölkerung soll in ständiger Alarmbereitschaft gehalten werden. Und in Angst.

»Der Tagesablauf war immer gleich. Um sechs Uhr aufstehen, Frühstück, Betten machen. Dann Unterricht: Die Ergebnisse des Parteitags auswendig lernen. Die Nationalhymne und Parteilieder singen. Abends mussten wir Aufsätze darüber schreiben, was wir künftig besser machen wollen.«

– Kairat Samarkhan

Es war Nacht, Dolkun Tursun war im Videochat mit seinen beiden erwachsenen Töchtern, als es gegen seine Wohnungstür in Gulja hämmerte. »Jetzt sind sie da, um mich abzuholen«, sagte er noch. Dann wurde der Bildschirm schwarz. Das war im Oktober 2017. Kurz darauf verschwand der damals 51-Jährige in einem Umerziehungslager. »Wir wissen nicht, wie es ihm geht«, sagt seine Ehefrau Gülnur Beikut bei unserem ersten Treffen. Sie trägt ein blaues Kleid, um den Hals eine schlichte Goldkette. Das Interview mit ihr und anderen Angehörigen von Lagerinsassen, die in diesem Artikel vorkommen und denen es allen wichtig ist, dass sie mit ihren echten Namen genannt werden, müssen wir an einem geheimen Ort außerhalb von China führen. Wer in Xinjiang mit einem Ausländer spricht, wer auch nur ein Telefonat mit dem Ausland führt, der riskiert, sofort festgenommen zu werden und im Lager zu verschwinden.

Dolkun Tursun ist eigentlich ein Vorzeigebispiel für Chinas Minderheitenpolitik. Er ist Mitglied der Kommunistischen Partei und hatte sich vom Mathematiklehrer zum stellvertretenden Leiter der städtischen Märkte in Gulja hochgearbeitet. Wie Zehntausende andere ethnische Kasachen war er 2011 für die Rente ins benachbarte Kasachstan gezogen, auch weil das Leben dort billiger ist. Die Wohnung in Gulja behielt die Familie. Im März 2017 erhielt Torsun einen Anruf von seinem letzten Arbeitgeber. Es gebe Fragen zu seiner Rente, er solle bitte für zwei Tage nach Xinjiang kommen, berichtet seine Ehefrau: »Er dachte, das sei nur eine Formalie.« Als er in Gulja ankam, wurde ihm der Pass abgenommen. Die Behörden warfen ihm vor, dass er WhatsApp auf seinem Handy installiert hatte. Für 14 Monate musste Tursun ins Lager. Seit Dezember lebt er unter einer Art Hausarrest in Gulja. Die Familie hofft darauf, dass er wieder nach Hause darf. Es gibt keine formale Anklage, keinen Prozess, kein Urteil.

Meistens werden die Menschen in der Nacht oder am frühen Morgen abgeholt. In manchen Fällen erfahren die Familien, in welchem Lager die Verhafteten sitzen. Andere verschwinden ohne Spur.

Mehr als ein Dutzend Familien aus Xinjiang berichten mir über die Internierung ihrer Angehörigen. Viele legen Fotos und Ausweiskopien vor. Von den Bildern blicken Väter, Söhne, Onkel, Großväter, die in den vergangenen Wochen und Monaten unter willkürlichen Vorwänden in die Umerziehungslager gebracht wurden. Ihr einziges Vergehen: Sie sind keine Han-Chinesen.

Der Kleiderhändler Erbolat Savut wurde während der Arbeit festgenommen. »Sie warfen ihm vor, er habe zu viel Benzin getankt«, berichtet sein Bruder Bolatzhan Savut. Ein halbes Jahr verbrachte der 33-Jährige in einem Umerziehungslager. Auch nach seiner Entlassung darf er den Landkreis nicht verlassen. Den Rentner Islam Madinam, der früher bei China Telecom gearbeitet hat, holten sie in seinem Zuhause im Kreis Tarbaghtay ab. Kannte er durch seine Arbeit Geheimnisse? Zuvor hatten die Behörden Überwachungskameras in der Wohnung installiert, berichtet die Tochter Kurmangül Slamkyzy. »Meiner Mutter drohten sie, dass sie auch ins Lager kommt, wenn sie über die Festnahme spricht.« Der 57-jährige Bolat Razdykham erholte sich im Krankenhaus in der Provinzhauptstadt Ürümqi von einer Krebsoperation am Kehlkopf, als ihn Sicherheitskräfte mitnahmen. Er sei illoyal, weil er Familie im Ausland hat. Monatelang wusste die Tochter, Liza Bolat, nicht einmal, in welchem Lager ihre Eltern festgehalten werden. Im Dezember 2018 wurden sie überraschend freigelassen. »Es geht ihnen einigermaßen gut«, berichtet die Tochter.

Den Familien ist es meistens unmöglich, Kontakt zu den Inhaftierten zu halten. Aybibi Kozhamkul erfuhr nur durch Zufall, dass ihr Ehemann Zhengis Zhumadylkhan im Lager krank geworden war. Bekannte hatten den Manager einer Eisenfabrik zufällig im Krankenhaus gesehen, wo er offenbar behandelt wurde. »Was ist mit Papa?, fragen die Kinder. Sie malen jeden Tag ein Bild für ihn«, sagt Kozhamkul, deren Mann erst Monate später freigelassen wurde. In wenigen Fällen dürfen Angehörige die Lagerinsassen besuchen. Über einen Videomonitor hätten die Eltern drei Minuten lang mit seinem Bruder sprechen dürfen, erzählt Bolatzhan Savut. Einige müssen für die Umerziehung der Familienmitglieder zahlen. Jeden Monat würden ihm 650 Yuan – umgerechnet 85 Euro – von der Rente abgezogen, berichtet eine Frau über ihren internierten Mann.

Andere müssen Berichten zufolge in Fabriken auf dem Lagergelände arbeiten. Der Vorwurf der Zwangsarbeit sei »höchst glaubwürdig«, erklärt ein Sprecher von Amnesty International.

Jeder neunte Uigure und Kasache im Alter zwischen zwanzig und 79 Jahren wird derzeit in einem der Umerziehungslager interniert, schätzen Fachleute wie der deutsche China-Forscher Adrian Zenz. »Wir sprechen hier von einer riesigen humanitären Katastrophe«, sagt Zenz. In manchen Regionen gebe es Zielvorgaben für die Einweisungen in die Lager, berichtet der Auslandssender Radio Free Asia unter Berufung auf Interviews mit lokalen Parteikadern. In vielen Dörfern sind die Felder unbestellt, weil zu wenige Männer da sind. Überall in Xinjiang müssen neue Kinderheime gebaut werden, weil beide Eltern interniert sind.

Lange bestritt China die Existenz der Lager. Noch im August 2018 erklärte Pekings Vertreter Hu Lianhe vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen: »So etwas wie Umerziehungslager gibt es nicht.« Zum Schutz vor Terrorismus habe man in Xinjiang lediglich die »Sicherheit und das soziale Management« gestärkt. Nachfragen der UN-Kommission zu einzelnen Fällen wies die chinesische Delegation als »nicht faktenbasiert« zurück.

Mittlerweile hat Peking seine PR-Strategie geändert. Dass es die Lager gibt, wird nicht mehr bestritten, es handelt sich laut der Regierung jedoch um »Berufsausbildungszentren«. Das staatliche Fernsehen zeigt Bilder, auf denen fröhlich singende Uiguren an Unterrichtsstunden teilnehmen und sich beruflich weiterbilden. Ein neues Gesetz soll den Einrichtungen den Anschein der Legalität geben. Ihr Ziel sei, »das Umfeld und den Nährboden loszuwerden, der Terrorismus und religiösen Extremismus ausbrütet, und gewaltsame terroristische Angriffe zu verhindern«, sagt der Gouverneur von Xinjiang, Shohrat Zakir. Bislang verweigert China Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu den Haftanstalten. Auch die chinesische Bevölkerung soll von der Lage in Xinjiang nichts mitbekommen. Im chinesischen Internet löschen Zensoren systematisch Hinweise auf die Zwangslager. Der Sprecher des Außenministeriums in Peking sagt: »Die Gesamtsituation der Gesellschaft in Xinjiang ist stabil, die wirtschaftliche Entwicklung ist gut, und die ethnischen Gruppen leben in Harmonie.« Die staatliche Zeitung Xinjiang Ribao schreibt: »Viele Menschen sagen aus ihrem tiefsten Herzen: Die glücklichsten Muslime der Welt leben in Xinjiang.«

»Wir mussten jeden Tag dem muslimischen Glauben abschwören und erklären, dass wir die Gesetze Chinas respektieren. Bei jedem Essen riefen wir im Chor: Lang lebe Xi Jinping!« – Kairat Samarkhan

Am Abend im Hotel »Jade Hauptstadt« werde ich aus dem Bett geklingelt. Ein Mann von der Sicherheitspolizei wartet an der Rezeption. Er will wissen, warum ich in Gulja bin. Dann macht er ein Foto von mir, für das ich den aufgeschlagenen Reisepass unter mein Gesicht halten muss. Obwohl ich offiziell als Tourist reise, bin ich verdächtig. Die meisten Hotels in Xinjiang dürfen keine Ausländer mehr aufnehmen. Jede Übernachtung muss den Behörden gemeldet werden. In der Stadt Aksu, einer späteren Station meiner Reise, werden mich Sicherheitsbeamte in Zivil stundenlang verfolgen. In der Oase Yarkant muss ich auf Anweisung der Polizei Fotos von meiner Kamera löschen. Zuvor wurde ich Zeuge einer politischen Umerziehungsstunde auf offener Straße: Bewacht von Aufpassern mit Holzprügeln, saßen 200 uigurische Männer und Frauen auf dem Boden und sangen ein Lied mit der Strophe: »Ich liebe China, ich liebe mein Vaterland«. Als ich mich näherte, stürzten sich die Aufpasser auf mich und wollen mir die Kamera entreißen. »Sie dürfen nur Bilder von Sehenswürdigkeiten machen«, sagte ein Polizist und warnte, meine weitere Reise könne »sehr unangenehm« werden.

Das Internet wird in Xinjiang noch strenger zensiert als im restlichen China. Ausländische Mail- und Messenger-Anbieter sind blockiert, ebenso die wichtigsten globalen Webseiten. Erlaubt sind nur chinesische Apps wie der Kurznachrichtendienst WeChat oder die Navigations-App Baidu Maps, bei denen die Behörden in Echtzeit alles mitlesen und auswerten können. Die Daten laufen – zusammen mit den Daten aus Überwachungskameras, Kontobewegungen, Bewegungsprofilen, Informationen über das Einkaufsverhalten und den Gesundheitszustand – in die »Integrierte gemeinsame Operationsplattform«, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Künstliche Intelligenz und selbstlernende Algorithmen werten die Daten demnach systematisch aus und schicken, sobald sie verdächtige Aktivitäten – oder auch nur Abweichungen beim Einkaufsverhalten – feststellen, automatisch eine Meldung an die zuständige Polizeistation. An manchen Orten müssen Uiguren zusätzlich die Überwachungs-App Jingwang (»Sauberes Web«) auf ihr Smartphone laden, die

sämtliche Kommunikation kontrolliert. Unter dem Deckmantel kostenloser Arztuntersuchungen sammeln die Behörden Genmaterial und Stimmproben der muslimischen Bevölkerung ein, die ebenfalls in den Datenbanken landen.

»Xinjiang ist ein Testlabor für Chinas digitalen Überwachungsstaat«, sagt der China-Forscher Zenz. Viele neue Techniken wie Big Data, Iris-Scans und die Personenidentifikation über die Stimme werden erst in Xinjiang getestet, ehe sie im ganzen Land zum Einsatz kommen werden. Der nächste Schritt ist der Export der Techniken an autoritäre Staaten. Pakistan, Malaysia und Zimbabwe nutzen schon heute chinesische Überwachungstechnik. »In gewisser Weise ist es eine Hightech-Version der Kulturrevolution«, sagt Zenz: der Versuch, die totale Kontrolle über das Leben und Denken jedes Einzelnen zu erlangen.

Anhand eines Fragebogens, den viele Bewohner in Xinjiang ausfüllen müssen, wird die Bevölkerung kategorisiert. Wer männlich und im militärfähigen Alter ist, wer Verwandte im Ausland hat, in eines von 26 bestimmten Ländern gereist ist, arbeitslos ist, mehrmals am Tag betet oder Angehöriger einer Minderheit ist, bekommt einen Punktabzug und wird als »nicht vertrauenswürdig« eingestuft. »Pluspunkte bekommt man, wenn man an der wöchentlichen Flaggenzeremonie teilnimmt und die Nationalhymne singt«, berichtet ein Händler aus Gulja.

»Jeden Morgen mussten wir unsere Bettdecke falten, wie beim Militär. Wenn der Aufseher nicht zufrieden ist, musst du wieder von vorne anfangen. Einmal schmiss ich meine Decke aus Wut weg. Zwei Wachmänner brachten mich in einen Raum, in dem an einer Wand Eisenscharniere befestigt waren. Dort schnallten sie mich fest und fesselten mich mit einer langen Eisenkette. Nach drei Stunden hatte ich so starke Schmerzen, dass ich nur noch schrie: Ich tue alles, was ihr wollt! Danach habe ich mich nie wieder getraut, aufzubegehren.«

– Kairat Samarkhan

Eine Fahrt in die Oasenstadt Kuqa. Auf dem Bildschirm im Bus laufen Musikvideos und Ringkämpfe. Wir stoppen an einer Tankstelle, die wie alle anderen in Xinjiang mit Stacheldraht und Metallsperrern bewacht ist. Weil nur der Fahrer auf das Gelände der Tankstelle fahren darf, müssen sämtliche Passagiere aussteigen und in der Mittagshitze am Straßenrand warten. An einem Automaten

registriert sich der Fahrer mit Personalausweis und Gesichtsscan, dann darf er tanken. So überwacht der Staat, wer wann wie viel Benzin tankt. Jemand könnte damit Brandbomben bauen. Zusätzlich sind Autos und Busse mit GPS-Sendern ausgestattet, mit deren Hilfe die Polizei die Fahrzeuge jederzeit orten kann. Als unsere Fahrt weitergeht, läuft auf dem Bildschirm eine Gesangs-Castingshow mit Uiguren und Chinesen, die sich am Ende innig umarmen. The Voice of the Silk Road heißt die Sendung.

Die Kuqa-Moschee, erbaut im 16. Jahrhundert, ist das zweitgrößte Gebetshaus in Xinjiang. Am Eingang wieder Metallsperrern und Stacheldraht. Im Inneren ist außer zwei Wachleuten mit Schlagstöcken niemand zu sehen. An den Wänden hängen Kameras, die jeden Winkel ausleuchten. Die Gebetshallen, die 3.000 Gläubige fassen, sind leer. Während meiner fast zweiwöchigen Reise begegne ich keinem einzigen betenden Menschen. Nicht ein Mal höre ich den Ruf eines Muezzins. Jede Form von Religionsausübung gilt als verdächtig. Die Firma Hikvision aus der Küstenstadt Hangzhou, Marktführerin im Bereich Überwachungskameras, erhielt vor Kurzem den Auftrag, 967 Moscheen in Xinjiang mit hochauflösenden Videokameras auszurüsten, die eine automatische Gesichtserkennung ermöglichen.

In der Altstadt von Kuqa treffe ich auf Menschen, die ihr Hab und Gut auf Lastwagen verladen. Das Viertel soll in den kommenden Tagen abgerissen werden. »Wir haben Geld bekommen und eine neue Wohnung«, erzählt ein Anwohner. Ein Stück weiter graben Bagger bereits Fundamente für die Hochhäuser, die hier entstehen sollen. Viertel für Viertel wurde in den vergangenen Jahren in Xinjiang abgerissen und durch Neubauten ersetzt. Ganze Städte wurden zerstört. Mit den alten Häusern und über Generationen gewachsenen Strukturen geht ein weiterer Teil der uigurischen Kultur verloren. Eine alte Frau winkt mich in ihr leer geräumtes Haus und zeigt auf die mit Schnitzereien verzierte Holzdecke. »Alles kaputt«, sagt sie in gebrochenem Chinesisch. An der Innenwand des Hauses sind zwei Kameras befestigt – stumme Zeugen des Überwachungsstaates, der bis in den privatesten Bereich der Menschen hineinreicht.

Teams aus Parteikadern und Polizisten besuchen regelmäßig die Häuser und Wohnungen muslimischer Familien, um – wie es in offiziellen Berichten heißt – »extremistisches Verhalten« sowie »Tumore« auszumerzen. »Fanghuiju« heißt die Kampagne. Als verdächtig gilt schon, wer keinen Alkohol trinkt oder im

Ramadan fastet. Eine andere Kampagne heißt »Jieduirenqin«, das bedeutet so viel wie »Familie werden«: Muslimische Familien müssen für eine bestimmte Zeit einen Han-Chinesen aufnehmen. Der chinesische Gast unterrichtet die Muslime in Chinesisch, singt mit ihnen die Nationalhymne und spioniert das Familienleben aus. 1,6 Millionen Familien, die meisten Uiguren und ethnische Kasachen, mussten bereits einen solchen Aufpasser bei sich beherbergen. Wer nicht genug Vaterlandsliebe zeigt oder einen Koran zu Hause hat, bekommt Besuch von der Staatssicherheit.

Viele der in Xinjiang lebenden Chinesen scheinen das harsche Vorgehen gegen die Minderheiten gutzuheißen. Das Misstrauen zwischen den Volksgruppen sitzt tief, auch die Vorurteile. »Die Städte sind jetzt sicher«, sagt eine Lehrerin im Zug in die Stadt Yarkant und ergänzt: »Die Uiguren kriegen vier, fünf Kinder und kümmern sich nicht um die Bildung. Das ist das Problem.« In Hotan, in den vergangenen Jahren zu einer modernen Hochhausmetropole gewachsen, sagt ein Ladenbesitzer über die Uiguren: »Wir können die Infrastruktur verbessern und die Wirtschaft aufbauen. Aber das Niveau der Menschen hier zu heben, ist sehr viel schwieriger.« Eine Debatte über Chinas Minderheitenpolitik gibt es nicht – darf es nicht geben. Der in Ürümqi lebende Han-Chinese Zhang Haitao ist einer der wenigen, der Pekings Maßnahmen öffentlich hinterfragte. »Die sogenannten ethnischen oder religiösen Probleme sind im Grundsatz ein Menschenrechtsproblem«, schrieb er in sozialen Medien: »Es ist schamlos, wenn Chinas Kommunisten sich als Retter aufspielen und erklären, sie hätten die Uiguren aus der Armut befreit.« Zhang wurde verhaftet und vor Gericht gestellt. Die beiden zitierten Sätze waren der Beweis für eine »Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht«. Zhangs Strafe: 19 Jahre Haft.

»Nachts mussten wir abwechselnd Wache halten, damit niemand versucht, sich umzubringen. Einer hat es probiert, er wollte sich mit seiner Unterwäsche aufhängen. Zur Strafe bekam er eine Woche Hand- und Fußfesseln.«

– Kairat Samarkhan

Kashgar war jahrhundertlang das kulturelle Zentrum der Uiguren. Am Platz des Volkes erhebt sich Mao Zedong als riesige Statue über die Straßen und Märkte. Die einst prächtige Oasenstadt ist heute vor allem unter chinesischen Touristen beliebt, die in fröhlichen Gruppen durch die Altstadt ziehen. Wundern

sich die Reisenden über die Wachleute mit Stahlhelmen, die die Besucher an den vielen Kontrollpunkten sortieren? Han-Chinesen nach rechts, wo sie durch einen eigenen Eingang ohne weitere Kontrollen passieren dürfen. Uiguren und andere Minderheiten nach links: Anstellen zur Polizeikontrolle. Fällt den Touristen auf, dass es in der Stadt keine offenen Straßenrestaurants und Cafés im Freien mehr gibt? Zur Straße gerichtete Fenster von Geschäften sind mit Metallgittern befestigt oder zugemauert. Merken sie, dass die Messer und Beile, mit denen die Metzger auf den Straßenmärkten das Fleisch zerteilen, mit Eisenketten am Hackblock festgeschweißt sind? Kashgar – eine Stadt als Kulisse. Eine Stadt, in der die Menschen verschwinden.

Die Umerziehungslager sind ein gut gehütetes Geheimnis. Sie sind in keiner Karte verzeichnet, es existieren keine offiziellen Fotos. Die meisten liegen abgeschirmt und schwer zugänglich auf dem Land – unerreichbar für ausländische Reisende. Viele der Anlagen sind als Schulen, Krankhäuser oder Firmen getarnt. Es ist unklar, wie viele Menschen genau dort festgehalten werden. Adrian Zenz, der an der European School of Culture and Theology in Korntal bei Stuttgart forscht, hat Hunderte Dokumente lokaler Behörden sowie Informationen im Internet ausgewertet. Er kommt zu dem Schluss, dass es bis zu 1.300 Umerziehungslager in Xinjiang gibt, in denen »zwischen mehreren Hunderttausend und etwas mehr als eine Million« Menschen interniert seien. Experten der Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen rechnen mit ähnlichen Größenordnungen. Ein Lagersystem im industriellen Maßstab – manche der Anlagen fassen wohl 8.000 Menschen. Wer einmal in dem System ist, kommt kaum wieder heraus. Fachleute schätzen, dass bislang nur wenige Tausend Menschen aus der Umerziehung entlassen wurden.

»Irgendwann habe ich es nicht mehr ausgehalten. In einer Nacht, als ich Wache halten sollte, bin ich mit dem Kopf gegen die Wand gelaufen. Immer wieder. Ich wollte nicht mehr leben.« – Kairat Samarkhan

Eine hohe Mauer im Norden von Kashgar, mit zweifachen Rollen aus Stacheldraht gesichert. Entlang der Straße stehen Wachposten mit Gewehren. Durch das vergitterte Eingangstor sieht man Schäferhunde. »Das glorreiche Licht der Partei erleuchtet das Tianshan-Gebirge«, steht auf einem Propagandabild. Auch die Gassen rund um das weitläufige Gelände sind ungewöhnlich scharf be-

wacht. Auf jeden Hauseingang der umliegenden Straßen ist eine Überwachungskamera gerichtet. Auf einem Schild am Haupteingang steht: »Schule für Handel und Finanzen«. In Wirklichkeit ist die Anlage ein Umerziehungslager. Was passiert hinter diesen Mauern? Wer lebt in den Gebäuden, die Satellitenbilder auf dem Gelände zeigen? Sind es Männer wie Algumar Ratai? Der 23 Jahre alte Musiker wurde neun Monate lang in Lagern festgehalten und leidet heute an Rücken- und Herzschmerzen, wie seine Frau Aigerim Akimakyn erzählt. Seine Tochter, die kurz nach der Festnahme geboren wurde, sah er nach seiner Entlassung zum ersten Mal. Als ein Onkel sich bei der Polizei nach ihm erkundigte, wurde auch er weggesperrt. Sind es Fälle wie der 41-jährige Händler Tursun Mamet Düisenbei, der zur Beerdigung seines Vaters nach Gulja gereist war und dort verhaftet wurde? Sind es Menschen wie die Familie von Aitoldy Bektur, die in Kasachstan Design studiert? Ihre Mutter und ihr Bruder kamen ins Lager, nachdem sie über eine chinesische App mit Bektur geschattet hatten. Sie habe Angst, sagt Bektur, als ich sie treffe, dass ihre Familie »misshandelt und geschlagen« wird. Heute sind Mutter und Bruder wieder frei.

Aber auch ein digitales Überwachungssystem hinterlässt Spuren. Eine kleine Gruppe ausländischer Forscher und Menschenrechtsaktivisten sucht im chinesischen Internet nach Ausschreibungen lokaler Behörden für Sicherheitstechnik oder Bauarbeiten, die Hinweise auf den Ort und die Größe von Umerziehungslagern geben. Sie studieren die Bewerbungen und Lebensläufe ehemaliger Wachleute, aus denen sich die Zahl der Anlagen in einem Landkreis ableiten lässt. Sie durchforsten Chatgruppen und Berichte lokaler Medien, um versteckte Hinweise zu finden. »Das sind alles Informationen, die ich nutzen kann«, sagt der Jurastudent Shawn Zhang. Ihm ist es von Vancouver in Kanada gelungen, als einer der Ersten weltweit die geheimen Lager aufzudecken. 66 von ihnen hat er bislang identifiziert. Mithilfe von Satellitenbildern auf Google Earth vollzieht er die Errichtung der Haftgebäude und Wachtürme und sogar der Absperrungen aus Stacheldraht nach. Es sind die bis heute einzig sichtbaren Indizien und Beweise für die Existenz der Lager. Mittlerweile erhält Zhang – heimlich über Mittelsmänner im Ausland – Nachrichten und Hinweise von Anwohnern, früheren Häftlingen und sogar Wachleuten. Eines der von ihm aufgedeckten Umerziehungslager ist die erwähnte »Schule für Handel und Finanzen«. Auch ein zweites von ihm identifiziertes Lager in Kashgar wird bei

meinem Besuch scharf bewacht. Auf dem Eingangsschild steht: »Psychiatrisches Krankenhaus«.

»Ich wachte im Krankenhaus auf. Zwei Polizisten standen an meinem Bett. Erst dachte ich, dass ich wieder ins Lager muss, und weinte. Doch dann lösten sie meine Handschellen. Ich sei frei, sagten sie. Ich konnte es kaum glauben.«

– Kairat Samarkhan

Shawn Zhang, 29 Jahre alt, ist Han-Chinese, geboren in der Provinz Zhejiang, Studium in Peking. Er begann, sich mit der Lage in Xinjiang zu beschäftigen, weil er die Berichte westlicher Medien kaum glauben konnte. »Ein riesiges heimliches Lagersystem? Ich hielt das für unglaubwürdig. Es gibt ja so viele ›Fake-News‹«, sagt er heute. Er setzte sich an seinen Computer und suchte nach eigenen Quellen. Die Ergebnisse erschreckten ihn: »Je mehr ich recherchierte, desto klarer wurde, dass die Umerziehungslager wirklich existieren.« Für sein Engagement zahlt Zhang einen hohen Preis. Weil sein Name offenbar auf Chinas Fahndungslisten steht, kann er nicht mehr zurück in seine Heimat. Vor Kurzem hat Zhang in Kanada eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis beantragt. Ob man in Peking die Ironie erkennt? Die gleichen digitalen Techniken, mit denen China die Minderheiten unterdrückt, helfen dabei, das geheime Lagersystem zu entlarven. Und gerade ein Han-Chinese, der selbst nie in Xinjiang war, liefert der Welt die Beweise.

»Sie legten mir mehrere Dokumente vor: Eine Erklärung, dass ich alles geheimhalten muss. Dass ich nichts mehr mit Religion zu tun haben würde. Dass ich keine Schadensersatzforderung stellen würde. Ich unterschrieb alles.«

– Kairat Samarkhan

Nach drei Monaten und 25 Tagen wurde Kairat Samarkhan im Februar 2018 aus dem Lager entlassen. Kurz darauf gelang ihm die Flucht aus China. Der Dreißigjährige lebt heute an einem geheimen Ort im Ausland.

Berliner Zeitung

Heute mit
Hauptseite
Seite 5

10°/17°
Morgen
Freitag, 3. April 2012

Mittwoch, 3. April 2012 Nr. 78 Nr. 78 Jahrgang
Ausgabe 07: 1,20 € (ohne Versandkosten) 1,10 €

DFB-Skandal: Präsident Grindel ist zurückgetreten

Sport Seite 20

Impfpflicht – und die Alternativen dazu

Wissenschaft Seite 17

Frankreich Wieder einen Kampf gewonnen

von Ralf Kellner

Es geht um den Aufgabenbereich der „Lernenden“ (Schüler, Lehrlinge, Bewerber und Erwerbsuchende) in den französischen Unternehmen. Seit dem 1. März 2012 ist die Zahl der in Frankreich beschäftigten Jugendlichen über 16 Jahre um 1,2 Millionen gestiegen. Das ist ein Rekordwert für ein Land mit 65 Millionen Einwohnern. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber ist ebenfalls auf ein Rekordniveau gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.



Ralf Kellner
Autor des Artikels

Im Mai 2012 im Jahr der Wahlen wurde die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 1,2 Millionen gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.

Die These ist die, dass die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 1,2 Millionen gestiegen ist. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.

Gefahren wurde. Nötigenfalls ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um 1,2 Millionen gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.



Weniger Verspätungen bei der S-Bahn

Pünktlichkeit und
Fahrerzahl nehmen zu

von Peter Neumann

Auch im vergangenen Jahr gab es 2,4 Millionen Verspätungen bei der S-Bahn. Das ist ein Rekordwert. Die Zahl der Verspätungen ist um 1,2 Millionen gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.

Die Zahl der Verspätungen ist um 1,2 Millionen gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.

Die Zahl der Verspätungen ist um 1,2 Millionen gestiegen. Die Zahl der Stellenangeboten ist jedoch um 1,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Stellenangeboten ist um 1,5 Millionen gesunken.

Theodor-Wolff-Preis

Maritta Adam-Tkalec, Jahrgang 1956, kam nach Jahren der Tätigkeit als Portugiesisch-Dolmetscherin in Afrika zum Journalismus. In der *Berliner Zeitung* arbeitete sie seit 1984 als Redakteurin für Außenpolitik und machte die Transformation der Redaktion im Herbst 1989 in der Redaktion mit. Nach 1990 berichtete sie aus Brennpunktregionen in Afrika – Ruanda, Somalia, Sierra Leone, Angola etc. – und arbeitete als Redakteurin im Tagesthema. Im Jahr 2009 übernahm sie die Leitung des Ressorts Meinung der *Berliner Zeitung* und wurde schließlich im Jahr 2012 Ressortleiterin Politik von *Berliner Zeitung* und *Frankfurter Rundschau*. Seit 2017 betreut sie das Thema Stadtgeschichte, recherchiert und kommentiert ressortübergreifende Themen.

MARITTA ADAM-TKALEC ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung lokal« für ihren Beitrag »Leben als Opfer«, erschienen am 3. April 2019 in der *Berliner Zeitung*.

Leben als Opfer

Von Maritta Adam-Tkalec

MARITTA TKALEC hält obsessives Benachteiligungsgejammer für nicht hilfreich beim Lösen realer Probleme.

Ich bin mittelgroß, mitteldünn, mittelalt, mittelschlau, mittelansehnlich, mittelsympathisch, mitteledeutsch. Bleichgesichtig, Haare straßenkötterfarben. Alles durchschnittlich, unauffällig. Was man so Mainstream nennt. Ganz okay.

Aber wehe, wenn ich mir Gedanken darüber mache, ob ich nicht doch irgendwie schlecht dran bin. Schlechter als andere. Da werde ich im Handumdrehen zum Superopfer: als alte weiße Hetero-Frau, Radfahrerin, Fußgängerin, Alleinerziehende. Benachteiligt an allen Ecken und Enden: Ist da nicht die gläserne Decke, die meine weibliche Karriere bremst? Kein Aufsichtsrat bat mich je um meine wertvolle Mitarbeit. Wie soll ich da reich werden? Meine kleine soziale Herkunft lässt mich ohne Millionenerbe. Schlimm.

Vor allem aber bin ich ein Ossi, insofern ein Idealopfer. Im Einheitsland hieß es, als getöpftes Kind sei ich ein seelischer Krüppel (verschärfend wirkten Stasi und die Kollektivierung der Landwirtschaft). Ein West-Minister teilte von hoher christlicher Warte mit: Atheisten wie mir fehle etwas zum vollständigen Menschsein. Ich führte ein wertarmes Leben. Und die Karriere? Aussichtslos, ließ mich ein Chef, ein echter Depp aus dem Westen, wissen: Ossis dürfe man nicht auf Leitungsposten setzen – könnte ja jeden Moment eine Stasi-Akte auftauchen.

Was der ganze Sermon soll? Er soll zeigen, wie jedermann durch steile Thesen Opferstatus erlangen kann. Dummerweise breitet sich das plumpe Verfahren in Politik und Gesellschaft aus – überall tauchen Beleidigte, Verletzte, Gedemütigte aller Art auf und verlangen Genugtuung. Leider lässt sich kein einziges reales Problem durch das Betonen eines Opferstatus' und Moralgetue lösen. Keine einzige Gemeinheit ist aus der Welt.

Eine frische Studie behauptet zum Beispiel: Ostdeutsche sind genauso diskriminiert wie Migranten! Beide Gruppen stellten seltener Chefs, verdienten weniger und so fort. Stimmt und ist doch ganz falsch. Denn es gibt weder den Migranten noch den Ostdeutschen. Manche kommen weit, andere nicht. Man kennt die Beispiele. Vietnamesen machen in der Mehrheit gute Abschlüsse, Muslime deutlich seltener. Ostdeutsche schreiben Einsen und Fünfen.

Doch unterscheiden sich Ostdeutsche in einem Punkt wesentlich von Zuwanderern. Letztere suchen nach ihrem Platz in einer Gesellschaft, die sich selber gerade stark verändert, neue Regeln aufstellt und langsam begreift, dass Zuwanderung Normalität ist.

Ostdeutsche kamen ins Einig-Vaterland mit der Vorstellung, selbstverständlich dazuzugehören. Es zeigte sich: So war es nicht. Ostdeutsche sollten danken – bescheiden und still ihre Abwicklung dulden. Das war ein Schock. Die Phase des schweigenden Beleidigtseins endete mit dem Auftreten der AfD. Nun streicheln die anderen, erschreckten Parteien im Landtagswahlkampf die ostdeutsche Seele. So viel Verständnis war nie. Selbst die Grünen interessieren sich plötzlich für Brandenburg und Sachsen. Dort wiederum hört man es gerne, wenn spezielle Tugenden gepriesen werden – etwa, wenn dem Ossi weniger Narzissmus bescheinigt wird, dem Wessi übersteigerte Selbstliebe und Ichbezogenheit. Oassis als die besseren Menschen? Du meine Güte!

Die Kehrseite vom sozialen Ossi stellte soeben Altpräsident Joachim Gauck heraus: Den Ostdeutschen fehle »dieser absolute Durchsetzungswille«. Sie hätten sich eine Wettbewerbsmentalität wie ihre Landsleute im Westen nicht »auf natürlichem Wege« antrainieren können. Noch so ein Klischee: Ostdeutsche als ewige Opfer der DDR. Das Problem der Gauck'schen Sprüche liegt nicht in der Aufforderung, sich mehr anzustrengen – das hilft dem Einzelnen immer. Es liegt im Ausblenden der real geleisteten Anstrengung. 1,2 Millionen Ostdeutsche wagten nach der Wende den Weg in den Westen. Wer im Osten blieb, kämpfte sich durch Umschulungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Leiharbeit. Karrierenetzwerke wurden solange als Seilschaften madig gemacht, bis sie gerissen waren. Der westdeutsche Staat wollte die DDR-Elite zerschlagen und hat es getan. Jetzt bekommt das die nächste Generation zu spüren. Die Verluste waren eingepreist. Sie jetzt zu beklagen, ist Heuchelei.

BERLINER ZEITUNG

Nr. 78 HA vom 3. April 2019

Mindener Tageblatt

Gegründet 1856 von I.C.C. Bruns

UNABHÄNGIGE, ÜBERPARTEILICHE ZEITUNG

Mittwoch, 16. Januar 2019 - Nr. 13 - KW 3

Einzelpreis 1,50 Euro



Anti-Breizt-Demonstrationen abgeschlossen

Das britische Parlament für die Pr...

London (dpa). Mit dem klaren Nein des britischen Parlaments zum Brexit-Abkommen wird die Gefahr eines chaotischen Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union immer größer. Die Abgeordneten schürten den Deal von Premierministerin Theresa May mit der EU am Dienstagabend mit überwältigender Mehrheit ab. Damit fügten sie der 42 Jahre alten Konservativen eine historische Niederlage zu. Der Chef der oppositionellen Labour-Partei, Jeremy Corbyn, stellte sofort nach der Abstimmung einen Misstrauensantrag gegen die Regierung. May bot an, sich dem schon an diesem Mittwoch zu stellen. Der Machtkampf zwischen der britischen Regierung und dem Parlament über den Brexit-Kurs dürfte sich damit noch weiter verschärfen. Großbritannien will die Europäische Union am 29. März verlassen. Gibt es bei dahin keine Einigung, droht ein Austritt

PORTA WESTFALICA

Eisberger Straße lässt auf s...

Die I...

AfD ist ein Prüffall

Der Verfassungsschutz sieht Anzeichen für extremistische Bestrebungen

Der Verfassungsschutz der AfD stärker. Er erklärt die AfD als Gefahr für die Demokratie und fordert die Verfassungsschutzbehörden auf, die AfD als Gefahr für die Demokratie zu betrachten. Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei, die sich für die Abschaffung der Grundgesetz und die Einführung eines neuen Verfassungsschutzgesetzes einsetzt. Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei, die sich für die Abschaffung der Grundgesetz und die Einführung eines neuen Verfassungsschutzgesetzes einsetzt.



Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang erklärt die AfD zum Prüffall. Foto: dpa

Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei, die sich für die Abschaffung der Grundgesetz und die Einführung eines neuen Verfassungsschutzgesetzes einsetzt. Die AfD ist eine rechtsextremistische Partei, die sich für die Abschaffung der Grundgesetz und die Einführung eines neuen Verfassungsschutzgesetzes einsetzt.

Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen

Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen.

Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen. Die AfD will juristisch gegen die Neubewertung vorgehen.

Theodor-Wolff-Preis

Hans-Georg Gottfried Dittmann, Jahrgang 1979, wurde in Bielefeld als Sohn einer Österreicherin und eines Deutschen geboren, aufgewachsen ist er in Wiedenbrück im Kreis Gütersloh. Mit 17 durch ein Austauschjahr in Bonanza, Oregon (USA), enturzelt und seitdem auf dem Weg. Nach Stationen in Rotenburg an der Wümme, Magdeburg, Freiburg im Breisgau und Bielefeld seit 2016 wohnhaft in Minden und Redakteur beim *Mindener Tageblatt*.

HANS-GEORG GOTTFRIED DITTMANN ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung lokal« für seinen Beitrag »Rückruf«, erschienen am 16. Januar 2019 im *Mindener Tageblatt*.

Rückruf

Von Hans-Georg Gottfried Dittmann

Sie rufen uns zurück. Unsere Eltern, unsere Nachbarn wollen, dass wir nach Hause zurückkehren. Rettet das Dorf! Das klang in unserer Schulzeit und auch Jahre danach noch anders. Angefangen hat es mit dem Mantra, das die Eltern-generation fast wöchentlich in unsere Richtung feuerte: »Du musst flexibel sein. Wenn du einen Job angeboten bekommst, musst du dorthin ziehen.« Sie meinten es nur gut.

In der zehnten Klasse hieß es dann, wir sollten doch ein Austauschjahr machen. Ab in die USA, ab nach Frankreich. Lasst eure Freunde, euren Handballverein zurück, lernt eine neue Sprache, ein neues Land kennen. Entwurzelt und mit einem wirren Gefühl von Heimat kam meine Generation nach Hause zurück und machte ihren Schulabschluss wie in Trance. Meistens nicht so gut.

Zum Studium zogen wir weg. Sternförmiges Ausschwärmen – deutschlandweit, europaweit oder noch weiter weg. Mindestens ein Auslandssemester sollte dabei sein, die dritte Fremdsprache fließend werden. Unsere Eltern staunten über unsere Verlobten aus Lissabon oder Saragossa, mit denen wir am heimischen Weihnachtstisch nur Englisch redeten. Sie verstanden zwar nichts, aber sie fanden es gut.

Jetzt sind unsere Eltern im Ruhestand, sie sehen die leeren Geschäfte, die leeren Häuser. Der Handballverein hat mit ehemaligen Erzrivalen aus dem Nachbarort fusioniert, das Derby gibt es nicht mehr. Wir haben uns dort niedergelassen, wo unsere Arbeit ist, wo wir die Landessprache sprechen, wo unsere Partner wohnen. Fernab vom Dorf. Uns geht es gut.

Natürlich vermissen wir unsere Eltern, die Derbys, unsere Mundart, manchmal auch die alten Freunde. Wir vermissen dieses wirre Gefühl, das wir nach dem dritten Glühwein auf dem heimischen Weihnachtsmarkt spüren. Und am nächsten Morgen geht es uns meist nicht so gut.

Jetzt sollen wir zurückkommen. Dorthin, wo wir keinen Job finden, kein schnelles Internet haben, unsere Ehepartner die Einheimischen nicht verstehen. Das feurige Mantra der Großeltern unserer Kinder lautet nun: »Rettet das Dorf!« Sie meinen es nur gut.

MINDENER TAGEBLATT

Nr. 13 vom 16. Januar 2019

DER TAGESSPIEGEL

Auswanderer-Western: Das Erste zeigt, wie das Gehirn im Alter den „Club der singenden Männer“ im Forscher dem Roman von Louis

Dresdner Welkklassik: Zum Tode des Tenors Peter Schreier - Seite 29



BRUNNEN | ZEITUNG FÜR BRANDENBURG | 27. NOVEMBER 2015 | 10 UHR | 1,20 EURO | WWW.DER-TAGESSPIEGEL.DE



Deutschland Kliniken runter den Notarzt

Bundesweit 17.000 Pflegekräfte
Verband warnt vor „erzwingter

von Kerstin Weismann, München
Die Zahl der Krankenschwestern im deutschen Gesundheitswesen sinkt alarmierend. Der Verband der Krankenschwestern (BKK) warnt vor „erzwingter“ Ausweitung der Notarzteinsatzstellen (NES) in Krankenhäusern. Die Zahl der Pflegekräfte sinkt, während die Zahl der Patienten steigt. Dies führt zu einer Überforderung der verbleibenden Mitarbeiterinnen. Der Verband fordert eine Erhöhung der Personalstellen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Zahl der Pflegekräfte zu erhöhen, was jedoch von den Krankenkassen und den Krankenhäusern nicht unbedingt begrüßt wird.

Autosindustrie Schaltjahr 2020

von Jürgen Bräutigam
Die Autosindustrie steht vor einem Schaltjahr. Die Produktion wird durch den Rückgang der Verkaufszahlen in den letzten Jahren beeinflusst. Die Hersteller müssen sich auf einen Markt einstellen, der sich in Richtung Elektromobilität und autonomes Fahren bewegt. Die Branche erwartet ein Jahr der Umgestaltung und Innovation. Die großen Hersteller wie VW, Daimler und Ford werden ihre Strategien anpassen müssen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Die Entwicklung neuer Technologien wird die Branche in den kommenden Jahren stark prägen.

Mehr Asylanträge in der EU, weniger im Bund

Reise: Die Zahl der Asylanträge in der EU ist in den letzten Monaten gestiegen. Dies ist ein Indikator für die Situation in den Herkunftsländern. In Deutschland hingegen sinkt die Zahl der Asylanträge. Dies könnte auf eine bessere Situation in Deutschland oder auf eine Umverteilung der Flüchtlinge hinweisen. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Aufnahme von Flüchtlingen zu erleichtern, was jedoch von den Bundesländern nicht unbedingt begrüßt wird.

Wehrbeauftragter fordert Einsparung in Afrika

Reise: Der Wehrbeauftragte hat die Bundesregierung aufgefordert, die Ausgaben für die Einsätze in Afrika zu reduzieren. Die Einsätze sind als teure und erfolglos bezeichnet worden. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Einsätze zu überdenken und gegebenenfalls zu beenden. Dies ist eine wichtige Entscheidung für die deutsche Außenpolitik und die Rolle der Bundeswehr im Ausland.

U21-Weltmeisterschaft Bundesteamen erfolgreich

Reise: Die U21-Nationalmannschaft hat die Weltmeisterschaft in Mexiko erfolgreich beendet. Die Mannschaft hat sich für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft in Kanada qualifiziert. Dies ist ein großer Erfolg für die deutsche U21-Nationalmannschaft und ein Zeichen für die Entwicklung des Fußballs in Deutschland. Die Spielerinnen werden in den kommenden Jahren für die Nationalmannschaft im Frauenfußball eingesetzt werden.



Theodor-Wolff-Preis

Dr. Anna Sauerbrey, geboren 1979, ist Mitglied der Chefredaktion der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* und leitet das Ressort Causa/Meinung. Sie schreibt eine monatliche Kolumne über Deutschland für die *New York Times* und kommentiert regelmäßig das politische Geschehen bei RadioEins und im Deutschlandfunk Kultur. Sie hat in Mainz und Bordeaux studiert. Ihr besonderes Interesse gilt den transatlantischen Beziehungen. Anna Sauerbrey war Arthur F. Burns-Fellow, Public Policy Fellow der Transatlantic Academy und Richard Holbrooke-Stipendiatin. Bevor sie Journalistin wurde, hat sie am Historischen Seminar der Universität Mainz promoviert und war dort vier Jahre lang wissenschaftliche Mitarbeiterin.

DR. ANNA SAUERBREY ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung lokal« für ihren Beitrag »Wir Alltagsidioten«, erschienen am 27. Dezember 2019 in *Der Tagesspiegel*.

Wir Alltagsidioten

Von Anna Sauerbrey

SUV fahren oder Fleisch essen – beides gilt inzwischen als unterlassene Hilfeleistung am Gemeinwohl. Aber auch diese Art Ignoranz hat ihre Berechtigung

Am 6. September 2019 raste in Berlin der Fahrer eines Porsche-SUV an der Ecke Invaliden- und Ackerstraße auf den Gehweg. Vier Menschen starben. Am 17. Oktober bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin, dass sie davon ausgehe, die Unfallursache sei ein Krampfanfall gewesen. Da war der Debattem Sturm schon durchgezogen.

Die Opfer spielten in der Diskussion eine untergeordnete Rolle. Es ging darum, wie viel mehr CO₂ SUVs im Vergleich zu anderen Fahrzeugtypen ausstoßen; darum, ob sie im Falle eines Unfalls gefährlicher seien als andere; ob sie als elitäre Herrschaftszeichen zu deuten seien. Oliver Krischer von den Grünen forderte eine »Obergrenze für SUVs« in Städten. Die Deutsche Umwelthilfe verlangte einen SUV-Verkaufsstopp. Die AfD hielt dagegen und geißelte die »linksgrünen Verbotsfanatiker«. Ulf Poschardt, Chefredakteur der *Welt* und Sportwagenfahrer, geißelte in einem Essay sowohl die »Ökokrieger« als auch die »Selbstüberhöhung« von SUV-Fahrer*innen. Das Essay beginnt mit einem Zitat der britischen Voltaire-Biografin Evelyn Beatrice Hall: »Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.« Poschardt machte daraus: »Ich verachte Ihren Range Rover, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie ihn fahren dürfen.«

Und darum ging es tatsächlich in dieser Debatte: um die Freiheit. Um die Freiheit von SUVs oder die Freiheit zum SUV.

Freiheit war eines der großen Themen des Jahres 2019, und sie wird es 2020 bleiben. Der Liberalismus steht in allen seinen Traditionslinien unter Druck: Linksliberale beklagen den Niedergang der liberalen Demokratie, während in Polen die PiS den Rechtsstaat aushöhlt und in den USA das postfaktische Zeitalter seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Der Marktliberalismus in seiner Form des globalen Kapitalismus wird als krank und »entfesselt« beschrieben, längst nicht mehr nur von Globalisierungsgegnern, sondern auch von Ökonomen, Unternehmern, Bankern. Ebenso vehement ist die Kritik am gesellschaftlichen Liberalismus, an der Idee eines individuellen Rechts auf Freiheit und Gleichheit. Dieser Liberalismus sei zu »Identitätspolitik« pervertiert, die

Partikularismus und »Opferkonkurrenz« fördere und die Gesellschaft spalte. Damit verbunden ist die Diagnose einer Krise der Meinungsfreiheit.

Besonders emotional wurde es immer dann, wenn es um die Freiheiten im Alltäglichen ging, um Fragen der individuellen Lebensführung. Und darum ging es oft, seit der Klimawandel die Migration als Megathema abgelöst hat. Darf man noch Fleisch essen? Darf man noch fliegen? Darf man noch SUV fahren? Der Klimawandel zwingt die liberale Gesellschaft, das Verhältnis von persönlicher Autonomie und Gemeinwohl neu zu bewerten. Er zwingt dazu, die Frage neu zu stellen: Was ist Freiheit?

In seiner Antrittsvorlesung an der Universität Oxford beschrieb der britische Philosoph Isaiah Berlin 1958 zwei Freiheitsbegriffe. Er unterschied zwischen »negativer Freiheit«, also der Abwesenheit von staatlicher Kontrolle, und »positiver Freiheit«, also der tatsächlichen Autonomie des Einzelnen. Positive Freiheit ist mehr als nur ein Recht. In diesem Verständnis heißt frei sein, ganz real über die Möglichkeit zu verfügen, die eigenen Wünsche zu erfüllen oder Ziele zu erreichen.

An diese Unterscheidung schließt sich eine Vielzahl von Debatten an: Welche Wünsche muss ein Mensch realisieren können, um wirklich frei zu sein? Ist es schon eine Einschränkung meiner Freiheit, wenn ich nicht genug Geld habe, mir eine Villa zu kaufen – oder erst, wenn ich nicht das Geld habe, überhaupt eine Wohnung zu mieten? Oder reicht das abstrakte Recht auf eine Wohnung, auch wenn ich es nicht tatsächlich realisieren kann? Und welche Pflichten entstehen aus der positiven Freiheit für den Einzelnen?

In jedem Fall wird klar, dass sich Freiheit erst in Beziehungen realisiert: im Verhältnis des Einzelnen zum Staat und natürlich im Verhältnis zu allen anderen Menschen. Ein weiterer Debattenstrang dreht sich daher um notwendige Begrenzungen von Freiheit. Jan-Werner Müller, Professor für politische Theorie und Ideengeschichte in Princeton, arbeitet in seinem neuen Buch zu den Anfichtungen des Liberalismus mit der einfachen Formel der Philosophin Judith Shklar: Persönliche Freiheit endet da, wo sie die Freiheiten anderer einschränkt. Doch so einleuchtend das ist, so sehr verschwimmen gerade in der Nachhaltigkeitsdebatte die Grenzen.

Wo rangiert in diesem System der verschiedenen Freiheiten das Fahren von SUVs? In der moralisch aufgeladenen Nachhaltigkeitsdebatte ist es schwierig

geworden, dieses Phänomen analytisch zu verorten. Vielleicht hilft ein neuer Begriff, um sich diesem (und vergleichbaren Phänomenen) nüchterner zu nähern.

SUV zu fahren ist ein klassischer Fall von »stupidity«. Damit gemeint sind Alltagsidiotien, sozusagen kleine Verantwortungswahrnehmungsunterlassungen. Die gab es schon immer – nur hat sich ihre Bewertung im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte stark verändert.

Es ist, einerseits, ziemlich idiotisch, SUV zu fahren. Nicht alle, aber viele Modelle haben einen deutlich höheren CO₂-Ausstoß, sogar in solchen Tests, die sie nur mit (auch schon ziemlich großen) Limousinen derselben Hersteller vergleichen. Bis zum Dürresommer 2018 allerdings, also bevor die Nachhaltigkeitsdebatte nach Jahrzehnten der Randständigkeit auf die obersten Bedeutungsränge von Nachwahlbefragungen schnellte, konnte das Fahren von SUVs in der öffentlichen Wahrnehmung als lässliche Alltagsidiotie durchgehen, als »stupidity«. In ihrem gefühlten »Freiheitswert« bewegten die sich irgendwo in der Grauzone zwischen legitimem Wunsch und gesellschaftlichem Ärgernis. Sie spielten daher für die Grundsatzfrage liberaler Gesellschaften – dem gerechten Ausgleich zwischen individueller Autonomie und Gemeinwohl – eine zu vernachlässigende Rolle. Der Wunsch, ein dickes Auto zu fahren, besaß nicht den Status eines Wunsches, der konstitutiv für die positive Freiheit des Einzelnen ist, anders als Grundbedürfnisse wie Wohnen, Essen, Bildung. Immerhin aber ließ sich noch argumentieren, die Freiheiten der anderen würden dadurch nicht in derart gravierender Weise eingeschränkt, dass der Anspruch des SUV-Fahrers auf Erfüllung seines Wunsches nichtig würde.

Seit 2018 allerdings ist das Bewusstsein für den drohenden Klimakollaps stark gewachsen. Das hat den Wert der einzelnen Faktoren in dieser Gleichung in der öffentlichen Wahrnehmung und in der Politik verändert – und die ganze Rechnung um eine neue Dimension erweitert.

Erstens bezieht sich die Anforderung, die Freiheit eines jeden möge nur so weit reichen, dass sie die Freiheiten anderer nicht einschränke, nun auch auf die Zukunft. Die persönliche Freiheit solle auch da enden, wo sie die Freiheiten zukünftiger Generationen in unakzeptabler Weise einschränke, fordern Ökologen. Bernd Ulrich, stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*, Veganer und einer der Ersten, die den Klimawandel wieder ganz weit oben auf die Agenda gesetzt haben, schreibt in seinem neuen Buch »Alles wird anders – Das Zeitalter der

Ökologie«: »Klimawandel bedeutet ja im Kern, dass eine spezifische Anwendung der Freiheit heute die Zahl der zur Verfügung stehenden Optionen morgen physisch reduziert. In diesem Sinne kann nicht bloß ein Staat Freiheit einschränken oder beschneiden, auch eine Gesellschaft kann Freiheit buchstäblich konsumieren.« So plausibel das auf den ersten Blick scheint: Ganz leicht lässt sich ein »überzeitlicher Freiheitsausgleich« nicht begründen. Der Satz, die Freiheit eines jeden gehe nur so weit, dass sie die Freiheit anderer nicht einschränkt, ist ja gerade deshalb so einleuchtend, weil er sich auf die Solidargemeinschaft der Zeitgenossen bezieht. Er enthält einen Interessenausgleich, der intuitiv als gerecht empfunden wird, denn dafür, dass ich mich beschränke, beschränken sich auch die anderen. Zukünftige Generationen können den Jetzt-Menschen nichts zurückgeben. Natürlich kommt auch hier die Verhältnismäßigkeit ins Spiel. Je größer die Freiheitseinschränkung für die Zukünftigen (und sie ist, nach allem was wir wissen, gigantisch), desto weniger fällt der eigene Verzicht ins Gewicht. Das Dilemma des »überzeitlichen Freiheitsausgleichs« bleibt aber, dass er schwieriger zu vermitteln ist. Nicht umsonst greifen Aktivisten daher auf Argumente zurück, die sich auf das Jetzt beziehen: In der Debatte nach dem Berliner SUV-Unfall behaupteten Umweltaktivisten zum Beispiel, SUVs seien bei Unfällen gefährlicher. Unfallforscher widersprachen, eine Auswertung von Daten des Statistischen Bundesamtes von 2011 zeigt keine erhöhte Gefahr. Doch ein »Killer-SUV« ist heute gefährlich, der »Klimakiller-SUV« wäre das erst morgen.

Zweitens verliert die »stupidity«, die lässliche Alltagsidiotie, ihre Unschuld dadurch, dass die Klimadebatte Gesellschaften nach Jahrzehnten des sorglosen Individualismus zwingt, wieder stärker daran zu denken, welche Folgen die Handlungen vieler Einzelner in der Summe haben. Die Nachhaltigkeitsdebatte erzwingt eine Re-Vergesellschaftung des Denkens – oder will diese jedenfalls erzwingen. So wechseln die »stupidities« in eine andere moralische Kategorie. Aus der Alltagsidiotie wird ein Verbrechen an der Menschheit.

Die einzig richtige Folgerung aus diesen Verschiebungen, meinen Ökologen und Aktivisten, könne eigentlich nur sein: Weg damit. Diese Sichtweise verkennt allerdings die psychologische Bedeutung der Alltagsidiotien für die Akzeptanz der liberalen Gesellschaft insgesamt.

Die Freiheit des SUV-Fahrers ist eine Illusion, getrieben von intensivem Marketing. In Werbeclips fahren diese Autos auf einsamen Bergstraßen herum oder

durch Wüsten oder bringen einen vom Alltag gestressten Arzt zum Kunstflugtraining. Die Psychologie dahinter ist so simpel, dass es peinlich ist. Aber die Verkaufszahlen geben den Werbern recht: Fast jedes dritte in Deutschland neu zugelassene Auto war 2019 ein SUV.

Viele Menschen sehnen sich in ihrem engen Korsett aus Arbeit und Familie nach Freiheits- und Möglichkeitsräumen, gerade in der bürgerlichen Mitte. Die Alltagsidiotie ist eine Rebellion gegen die Zumutungen der Vernunftnotwendigkeiten. »Stupidity« ist ein Freiheitsplacebo für Leute, die nicht wirklich ausbrechen wollen, aber das Gefühl brauchen, es zu tun. Dann fahren sie mit dem SUV durch Mitte, fliegen spontan nach Brasilien oder bestellen ein Kilo neuseeländisches Wagyu-Steak für 229 Euro. Es ist eine Art bulimische Freiheit, die es ermöglicht, im Alltag zu funktionieren.

Diese Alltagsidioten zu ächten ist kontraproduktiv. Denn ihr Reiz liegt ja gerade in der Ordnungswidrigkeit, in der Unvernunft, in der Instant-Ent-Gesellschaftung. Das erklärt die hohe Emotionalität in der Debatte. Der Verlust kleiner »stupidities« kann sich sehr groß anfühlen.

Was heißt das für eine wirksame und akzeptierte Klimapolitik?

Die Klimapolitik macht die Gesellschaft nicht tatsächlich, aber potenziell »gefühl« unfreier. Das erfordert zunächst: die Psychologie der Alltagsidioten zu verstehen und zu berücksichtigen.

Es ist leicht, Menschen, die sich angesichts der drohenden Apokalypse an ein Lenkrad klammern, als kindisch darzustellen. Aber es wäre vermessen, ihnen die Erkenntnis zwangsweise zu verabreichen. Klimapolitik muss sich an den Menschen orientieren, wie sie nun einmal sind, und die fühlen sich bedroht, wenn man ihnen das letzte bisschen Freiheitsgefühl wegnehmen will, das ihnen die brutalrationale Knochenmühle des Alltags anbietet. Die wahren Gegner der liberalen Gesellschaft, die nur darauf warten, dass die nächste Angst hochschwappt, haben ihre Pro-Diesel-Kampagnen längst hochgefahren, um die populistische Halloween-Party am Laufen zu halten.

Je unmerklicher Klimapolitik ist, desto besser. Das spricht gegen SUV-Verkaufsstopps, Dieselvebote und ein Enddatum für den Verbrennungsmotor. Dass Klimapolitik sich auch auf den Verbraucher auswirkt, wird am Ende nicht zu vermeiden sein, doch vor dem Hintergrund der Psychologie der »stupidity« ist das Modell einer langsam wachsenden steuerlichen Belastung besser.

Alltagsidioten begreifen, das heißt außerdem: Pick your battles.

Selbst wenn zum Beispiel von heute auf morgen alle Deutschen Vegetarier würden, blieben die Einsparungen beim CO₂-Ausstoß im einstelligen Prozentbereich. Der Unmut, den man mit der Ächtung des Fleischessens aus Klimagründen auf das Ziel selbst lenkt, steht also in einem relativ schlechten Verhältnis zum Ertrag, solange Deutschland noch Braunkohle verfeuert und schlecht gedämmte Häuser Energie verballern. Mobilität – und damit auch SUVs – sind schon bedeutsamer. Auch hier aber scheint es schlauer, den Sprit sukzessive zu verteuern, als das Auto zu ächten, das ihn verbrennt.

Und es heißt schließlich: Mut zur klugen Regulierung.

Es ist einigermaßen hoffnungslos, auf eine neue Vergesellschaftung des Denkens durch Erkenntnis zu setzen. Den Klimawandel aufzuhalten ist eine klassische Staatsaufgabe. Denn wir alle sind Alltagsidioten. Wir besitzen die einzigartige Fähigkeit, die Zwänge, unter denen wir stehen, gleichzeitig zu erkennen und zu ignorieren. Damit diese beachtliche kognitive Leistung nicht auf die Stimmung drückt, trösten wir uns mit »stupidities«. Unterdrückt man diese Alltagsidiotie, geht das leider meist zulasten unserer Fähigkeit zur Erkenntnis. Deshalb muss SUV-Fahren erlaubt bleiben.

Anna Sauerbrey ist Mitglied der Chefredaktion des Tagesspiegels und leitet das Ressort Meinung und Causa. Sie ist Vegetarierin und hat zwei Fahrräder, aber kein Auto.

DER TAGESSPIEGEL

Nr. 24 046 vom 27. Dezember 2019

Theodor-Wolff-Preis

Dr. Hernán D. Caro, geboren 1979 in Bogotá, Kolumbien, lebt seit fast zwanzig Jahren in Deutschland. Doktor der Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin und freier Autor unter anderem des Feuilletons der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Er war journalistischer Volontär und später Mitarbeiter der Deutschen Welle sowie Deutschland-Korrespondent des lateinamerikanischen Kulturmagazins »Arcadia« (2007-2020). Er schrieb, zusammen mit Jana Burbach, das Drehbuch »Stimmlos«, eine Prognose fürs Jahr 2019, das im Dezember 2018 als vollständiges *Zeit* Magazin erschien. Ferner arbeitete er als Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Westeuropäische Literaturen der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und arbeitet als freier Redakteur an journalistischen Projekten des Goethe- Instituts in Südamerika und als Moderator in Deutschland und Kolumbien.

DR. HERNÁN D. CARO ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung überregional« für seinen Beitrag »Deutschland – Ein Annäherungsversuch«, erschienen am 24. März 2019 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

Deutschland – Ein Annäherungsversuch

Von Dr. Hernán D. Caro

Kann man Deutschland lieben? Wie oft habe ich mich das gefragt? Dass die Frage heikel ist, war mir – wie bestimmt jedem, der mit offenen Augen durch dieses Land geht – schon immer klar. Und während meines langen »deutschen Lebens« habe ich viele Antworten sammeln können. Da ist etwa, was Schopenhauer einmal schrieb: »Mit Italien lebt man wie mit einer Geliebten, heute im heftigen Zank, morgen in Anbetung – mit Deutschland wie mit einer Hausfrau, ohne große Zorn und ohne große Liebe«. Das erinnert an den Spruch, die Deutschen würden die Italiener (oder überhaupt uns berühmt-berühmten »Südländer«) lieben aber nicht respektieren; diese würden die Deutschen respektieren aber nicht lieben. Eine Bekannte, Deutsche von Geburt und Herkunft, erwiderte: »Ich finde, dieses Land kann man einfach nicht lieben«. Und ein alter Freund, dem ich mein Interesse am Thema beichtete, sagte, es sei gut, wenn ein Ausländer seine Liebe für Deutschland erklärt; tut es ein Deutscher, »macht man ihn ja fertig«. Abgesehen davon, dass ich seit Jahren deutscher Staatsbürger bin, musste ich damals denken: wer spricht hier von einer Liebeserklärung?

Natürlich ist die Frage schwierig. Wie sollte es anders sein, angesichts der Alpträume, die Deutsche im Namen Deutschlands verwirklicht haben? Und doch: seitdem mich etwas an dieses Land bindet – und es ist vieles – wollte ich an keiner anderen Frage mein Verhältnis zu Deutschland messen.

Dieses Verhältnis, zu Beginn hauptsächlich eins zur deutschen Sprache, fing vor etwa fünfundzwanzig Jahren an, bevor ich überhaupt einen deutschen Satz verstehen konnte. Den ersten Kontakt hatte ich wohl als 15-jähriger Schüler in Kolumbien, woher ich komme. Wie so viele in dem Alter las ich irgendetwas von Hesse in spanischer Übersetzung. Ich war bewegt – eine große Erschütterung habe ich dabei aber nicht erlebt. Richtig gespannt machte mich dagegen, kurz danach, die Deutschland-Verliebtheit des argentinischen Schriftstellers Jorge Luis Borges, der in einem Gedicht schreibt: »Du, deutsche Sprache, bist Deutschlands / Größtes Werk: Die verschlungene Liebe / Zusammengesetzter Stimmen, die offenen / Vokale, die Laute, die den gelehrten / Hexameter des Griechen erlauben / Und dein Rauschen von Wäldern und Nächten.«

Einverstanden: das Gedicht ist miserabel. Doch Borges schaffte es, dass für mich Namen wie »Heine«, »Meyrink« oder »Döblin« wie Boten aus mysteriösen Sphären klangen. Ich hatte keine Ahnung, wovon Borges da schwärmte, aber ich sehnte mich nach neuen Welten.

Die ersten Deutschstunden nahm ich zu Beginn meines Studiums und wenn ich jetzt daran denke, komme ich mir fast heroisch vor: Die Kurse fanden täglich um sieben Uhr statt, weshalb ich zwei Stunden davor in der kalten, feuchten Morgenfrühe meiner Geburtsstadt Bogotá aufstehen musste. Und Deutsch schien mir damals so verdammt schwer zu sein, dass ich mir nicht vorstellen konnte, irgendwann ein Gespräch führen zu können, das sich um mehr drehte als auf einer hypothetischen Straße nach dem Weg zur Apotheke zu fragen. Dazu: ich wollte, ungeduldig, übermütig, auf Deutsch lesen. Soweit ich mich erinnern kann, waren meine ersten deutschen Bücher zwei Bände, die ich in der Universitätsbibliothek fand: die Reisetagebücher von Schopenhauer und eine Sammlung expressionistischer Lyrik. Der Anfang, ja, war zäh.

Ich habe seit dem, glaube ich, nie wieder etwas so viel Hingabe gewidmet. Monatelang habe ich die verflixten Bücher beharrlich studiert. Oft brauchte ich eine ganze Stunde, um einen einzigen Satz zu entziffern – und selbst dann verstand ich nicht immer alles. Das Gefühl aber, das Undurchsichtige langsam begreiflich zu machen, sozusagen etwas Licht in verschiedene Stellen eines dunklen Raumes zu werfen, bis ich erraten konnte, was da stand, war großartig.

Schon damals beeindruckten mich einige Besonderheiten der Sprache, vor allem wegen der Kontraste, die sie mir offenlegten – auch, wie ich später lernte, bezüglich Deutschlands. In vielen deutschen Worten fand ich eine gewisse Bodenständigkeit, eine gefühlte Nähe zu den Dingen – in einer Sprache, die mir oft welfremd, sogar schwülstig vorkam. Dazu faszinierten mich manche deutsche Redewendungen, die mir ganze Geschichten – lustige, bizarre, makabre – erzählten: »Auf den Hund gekommen«, »Ins Gras beißen«, »Mitgefangen, mitgehangen«...

Als ich ein paar Jahre später als nervöser Philosophiestudent zum ersten Mal nach Deutschland kam, hatten sich meine Deutschkenntnisse entwickelt, allerdings etwas asymmetrisch: ich konnte Kafka lesen aber nur die banalsten Gespräche führen. Deutsch hatte ich gelernt als wäre es eine ausgestorbene Sprache und sagte ständig Dinge wie »In Anbetracht der Tatsache« oder »Mich dünkt«, was sicher einen merkwürdigen Eindruck gab. Schritt für Schritt aber wurde meine Sprache reicher und lebendiger, genauso wie meine Idee vom Land selbst, die bisher ein bisschen wie die von Borges war: angestaubt, lückenhaft und naiv.

Alles war neu, und alles vermischt sich in meiner Erinnerung. Orte und Zustände entdeckte ich gleichzeitig wie die Worte, die ich brauchte, um sie zu benennen: den Schwindel, der mich im Frühling ergreift; die träge Sinnlichkeit des Sommers; die Berliner Seen und den deutschen Wald – der mich bis heute eher kalt lässt. Ich lernte eine bis dahin unbekannte Eigenständigkeit kennen, als ich zum ersten Mal weit weg von meinen Eltern in einer »WG« wohnte. Und weil mir manche Deutsche schon bei einer Umarmung verklemmt vorkamen, erfuhr ich überrascht, dass ihre Sprache doch einige plastische Begriffe bot, um über Sex zu reden.

Ich lernte damals Leute kennen, die mir mit einer Neugier und Offenheit begegneten, die ich bis heute als repräsentativ für die beste Seite der deutschen Kultur empfinde. Mit Ihnen wurden mein panisches Zuhören und Stottern langsam zum vertrauten Lauschen und Plaudern und fast zwanzig Jahre später stelle ich ab und zu fest, wie viele Worte, die nun meine eigene deutsche Sprache ausmachen, das Erbe von Menschen sind, die ich hier geliebt habe oder liebe; meine Sprache ist einigermaßen das Zeugnis jener Begegnungen.

Beim ersten Mal in Deutschland erfuhr ich allerdings auch, was es bedeuten kann, in diesem Land ein Ausländer zu sein oder als solcher wahrgenommen zu werden. Da sitzt man etwa in einer Straßenbahn, unterhält sich auf Spanisch und wird plötzlich mit einem wütenden »Hier wird Deutsch gesprochen!« geohrfeigt. Da wird man etwa in einem überfüllten Zug als einziger Fahrgast von einem Polizisten laut und scharf nach dem Pass befragt und daraufhin minutenlang über persönliche, ja intime Dinge verhört, während die Mitreisenden stumm so tun, als würden sie woandershin schauen, während sie einen die ganze Zeit aus dem Augenwinkel begutachten. (Danach, wenn die Gefahr vorüber ist, werden die Mitfahrenden einen barmherzig anlächeln – und man wird sie zur Hölle schicken wollen.) Da wird man andauernd, auch in den kultiviertesten Kreisen, auf etwas reduziert, das man, gemäß verblüffend limitierter Vorstellungen, angeblich sein muss: der sorgenfreie oder unzuverlässige, feuchtfröhlich tanzende oder tückische, impulsive, wilde, geile und vor allem fremde Fremde.

Ich frage mich manchmal, inwiefern jene Erfahrungen meinen Anspruch beeinflussten, Deutsch zu lernen. Welche Rolle spielte dabei einerseits der gestresste Wunsch, nicht aufzufallen – andererseits aber auch der Anspruch, herauszustechen, irgendeinen Widerstand zu leisten und sei er noch so erbärm-

lich, wenn man den Feind mit einer spießigen Genitivkonstruktion kurz aus der Fassung bringt. Es ändert nichts an der Bedrohung. Es ist sogar kontraproduktiv. Aber man redet sich ein, man hätte es nicht zugelassen, auf eine Projektion reduziert zu werden, seine Würde nicht ganz verloren. Mein Verlangen, eifrig in die deutsche Sprache, in Deutschland, einzutauchen, beruhte größtenteils auf Faszination und dem Willen, zu gehören. Wie viel beruhte auf Groll? Vielleicht kann man das eine vom anderen einfach nicht trennen.

Ich entschied, in Deutschland zu bleiben, als ich eines Tages begriff, dass ich mir hier ein Zuhause aufgebaut hatte – eins, das nicht mehr eine Behauptung war, sondern ein sinnreiches, organisches Leben. Im Laufe der Jahre wuchs um mich herum ein Netzwerk geliebter Personen, die ich nicht anders als Familie nennen kann. Erinnerungen, schöne und hässliche, Emotionen und Routinen binden mich an Berlin und andere deutsche Orte. Manchmal ertappe ich mich dabei, wie ich mich über einen deutschen Erfolg freue und irgendwann wurde ich also deutscher Staatsbürger. Nun Sorge ich mich um Deutschland, wie es jemand tut, der sich für einen verantwortlichen Mitbürger hält. Nach vielen Jahren und jeder Menge Erfahrungen in diesem Land fühle ich etwas wie Verwurzelung und zwar so – denn es ist möglich –, wie jemand, der sich in zwei verschiedenen Ländern verwurzelt fühlt. Und wie jemand, der, weil er das Verwurzelte ernst nimmt, die Schattenseiten seines Landes nicht übersehen kann.

Mein Verhältnis zu Deutschland ist nach wie vor von Widersprüchen geprägt. Manche führten zu überraschter Begeisterung. So zum Beispiel wurde mir früh klar, dass man in diesem Land recht humorlos sein kann; dass Bitterkeit, nicht Witz, oft als Gegengift gegen Sorgen gewählt wird; dass im Fernsehen Humor mit peinlichen Sprüchen verwechselt wird; dass manche Intellektuellen und Autoren, selbst die jüngsten, allen Ernstes zu glauben scheinen, das Lachen über die Welt und sich selbst wäre völlig unseriös. Deshalb war mein Staunen groß, als ich die herrliche humoristische Tradition der deutschen Literatur entdeckte – Leute wie Morgenstern, Ringelnatz oder F.W. Bernstein, die Nonsens mit Metaphysik paaren – und die Energie und Frechheit von Tucholsky, Kästner oder Mascha Kaléko. Die beschwingte Tiefe und die Helligkeit, auf die ich dort treffe, ausgerechnet in einem Land, wo das metaphysische und sprachliche Dunkle auch Tradition haben, versöhnen mich immer wieder mit Deutschland.

Auch an den rauen Umgang unter den Einheimischen, den ich ab und zu in alltäglichen Szenarios bezeuge, will ich mich nie gewöhnen. Beim Anblick von Leuten, die sich beim Auto- oder Fahrradfahren beschimpfen, als könnten sie einander zerfleischen, frage ich mich oft: wie können diese Leute, die sich gar nicht kennen, so hassen? Doch in Deutschland entdeckte ich auch eine Zärtlichkeit, eine Form, ja, der Sinnlichkeit: die Achtsamkeit für die Natur, den Respekt fürs Wasser. Und in vielen Freundschaften und Lieben, die ich hier erleben durfte, empfing ich eine Ehrlichkeit und Beständigkeit, die ich selbst, wie ich fürchte, nicht immer geboten habe.

Andere Widersprüche waren ernüchternd. Letztes Beispiel: der »deutsche Teil« meiner Persönlichkeit basiert unter anderem auf der Vorstellung, die Deutschen seien ein überaus neugieriges Volk – Weltenbummler, Forschungsreisende, Alexander von Humboldt und so weiter. Von dieser Offenheit, die echt ist, profitiere ich: in Deutschland konnte ich mich immer wieder neu erfinden. Aber ich treffe auch Berührungängste und hanebüchene Vorurteile. Wie oft sagten mir hier Leute, beim Predigen über die Misere eines fremden Landes, etwas wie »Das würde in einem normalen Land nie passieren«? Wobei Deutschland als »normales Land« fungierte. Das Land der NSU-Morde, rechtsextremer Polizisten, des sogenannten »Dieselskandals«? Es gibt kein normales Land.

Doch endlich zurück zur Frage: Kann man Deutschland lieben? Natürlich kann das nur jeder für sich beantworten. Ich jedenfalls muss es weiter versuchen. Denn ich könnte hier nicht leben, meiner Kreativität, meinem Ehrgeiz freien Lauf lassen, Zukunftspläne machen, würde ich mich nicht für eine hoffnungsvolle Bindung öffnen – egal wie grantig wir in diesem Land sein können. Leicht ist es nicht und eines muss klar sein: jeder, der egal wie konsequent er sich bemüht, dazuzugehören, trotzdem entdeckt, dass er bis ans Ende seiner Tage hier als Fremder – Ausnahme, Störellement – behandelt wird, hat Gründe, Deutschland gegenüber hartherzig oder einfach verzweifelt zu sein.

Und so ist die eigentliche Frage, wie man Deutschland lieben könnte. Und plötzlich steht man vor einem großen Fragezeichen. Für Leute wie mich, die sich trotz allem für dieses Land entscheiden, scheint es heute keine Vorbilder zu geben. Zwischen dem morbiden Fieber der Rechtsnationalisten, die eine »Liebe« für Deutschland nach Reinheitsgebot beteuern und gleichzeitig den verbittertsten Hass verlebendigen, den Nostalgikern, die von einem Neo-Bieder-

meier-Deutschland schwärmen, bestehend aus pathetischen Worten über eine alte, reine deutsche Seele, Altherrengehabe und wiederaufgebauten Schlössern, was genauso provinziell und nutzlos ist wie der Witz, das beste Symbol für Deutschland sei ein Schrebergarten, und schließlich denjenigen, die es niedrig finden, wenn ich begeistert über Deutschland spreche aber zusammenzucken, wenn ich mich, wie sie, über das Land aufrege und sagen: »Aber deine Heimat hat doch schlimmere Probleme, oder?«. Zwischen diesen und anderen Formen der emotionalen Beschäftigung mit Deutschland bleiben unsere Annäherungsansätze stecken, denn sie waren, wie wir selbst, im Land, in dem alles durchgeplant, durchorganisiert abläuft, nicht vorgesehen.

Nun, wir sind aber mal da und damit muss jeder klarkommen. Aber wir auch. Ob wir Deutschen – »alte« und »neue«, oder wie auch immer unterschieden wird – es glauben oder nicht: Wir gehören dazu. Und weil Deutschland auch unseres ist, weil seine Zukunft auch von uns abhängt, müssen wir, wenn wir hier leben wollen, eben den schweren Versuch der Liebe unternehmen.

Darin steckt eine Chance – und eine riesige Herausforderung. Denn wir müssen uns Vorurteilen und schlichtem Rassismus gegenüberstellen. Dazu, natürlich, unserem eigenen Zögern. Und dabei bleibt jede mögliche Liebe unsererseits mühselig, komplex, eine, die die Erfahrung des Fremdseins, verschiedene, reiche Identitäten und den Wunsch, teilzuhaben, zusammenbringt, sowie Bewunderung, Verletzungen und eine tiefe Infragestellung von Deutschland. Doch ohne den Versuch laufen wir die Gefahr – wir alle –, kaputt zu gehen. Wie schaffen wir es, Deutschland zu lieben? An der Suche nach Antworten führt kein Weg vorbei.

WELT AM SONNTAG

15. DEZEMBER 2014 · NR. 50 · 1 €

DEUTSCHLANDS GROSSTE ZEITUNG

GEGRÜNDET 1946

PREIS D. € 4,50

Tag von 2014
China: Präsident
Xi Jinping hat
am 12. Dezember
den Amtseid
gelobt. Auf
Seite 38

Luxus BROT

Ein Handwerk wird zur Kunst und der Bäcker zum vollen Meister. Die Kunden lieben jeden Krümel – und zahlen jeden Preis

Seite 30

Alles wird schlimmer? VON WEGEN!

Seite 3-5

Verlorene Größen

Ein Abgang auf die Institutionen von einst

Seite 19-21

IN DIESER AUSGABE

Es bleibt
Überall Angst, Zittern und Nervosität. Ein Aufbruch von Peter Hainke | Seite 17

„Ich hätte die Kontrolle verloren“
Mit „Star Wars“ wurde ein Film über Darth Vader ein Ray über die Schrecken des Bösen. Seite 28

Schuld geht auf Bayern
Jugendberge an die Ostsee oder Skulpturen nach New York? Was auf eine Kreuzfahrt kosten? | Seite 42

WOLFGANG SCHÄUBLE

SPD-Wahl: „Kein gutes Verfahren“

Beatschlagungskritik Wolfgang Schäuble (CDU) hält die Wahlmodalität der SPD-Wahlverfahren für ungünstlich. Schäuble sagt dieser Zeitung: Die SPD hat ein halbes Jahr lang alle ihre Möglichkeiten genutzt, um Schäuble zu gewinnen. Schäuble sagt, dass dies kein gutes Verfahren ist. Seite 42

Das blutige

CDU-Politiker von Beauford-Strohm

Die gestimmte CDU-Politiker von Beauford-Strohm (CDU) diese Zeitung. Beauford-Strohm ist in der CDU-Politik ein bekannter Name. Seite 30

Die CDU-Politiker von Beauford-Strohm (CDU) diese Zeitung. Beauford-Strohm ist in der CDU-Politik ein bekannter Name. Seite 30

sitzende Afghanistan

Die CDU-Politiker von Beauford-Strohm (CDU) diese Zeitung. Beauford-Strohm ist in der CDU-Politik ein bekannter Name. Seite 30

BUNDESLIGA

Bayern und BVB mit hohen Siegen

Der FC Bayern hat nach einer zweiwöchigen Auszeit einen Sieg gefeiert. Gegen Ludwigslohner Wacker Bremen war der Rekordmeister mit dem Torhüter der Oberliga Apollon. Auch Borussia Dortmund feierte einen Sieg. Leipzig gewann ebenfalls in Düsseldorf, wo Berlin gegen Bayern Elmsleben mit einer Bilanz der Trainer von Horst Hrastko. Seite 23 und 24

Bayern

München - Bremen	0:1
Münster - Dortmund	0:2
Köln - Leverkusen	2:0
Hamburg - Freiburg	1:0
Flaktoren - Union	1:1
Duisburg - Leipzig	0:0

DWS-CHEF

Niedrigzinsen bleiben fünf Jahre

Die DWS-Chef der Vermögensverwaltungsgesellschaft DWS hat sich zu den niedrigen Zinsen geäußert. „Die Niedrigzinsen werden noch ein paar Jahre anhalten“, sagt er. Seite 42



Theodor-Wolff-Preis

Andreas Rosenfelder, geboren 1975 in Köln, studierte dort Germanistik, Philosophie und Theaterwissenschaft. Seine journalistische Karriere begann er gleich nach dem Abitur beim *Kölner Stadt-Anzeiger*. Nach dem Magisterabschluss stieß er 2001 zum Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, das er schon seit seinem sechzehnten Lebensjahr heiß und innig geliebt hatte. 2007 ging er dann nach Berlin, um von 2007 bis 2009 das (nicht nur journalistische) Abenteuer der deutschen *Vanity Fair* mitzumachen. 2010 wechselte er ins Feuilleton von *Die Welt* und *Welt am Sonntag*, zunächst als stellvertretender Ressortleiter, seit 2013 als Ressortleiter.

ANDREAS ROSENFELDER ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung überregional« für seinen Beitrag »Das Ende der Institutionen«, erschienen am 15. Dezember 2019 in der *Welt am Sonntag*.

Das Ende der Institutionen

Von Andreas Rosenfelder

Sie waren die Orte und Namen, die der Gesellschaft zur Orientierung dienten. Ihre Autorität war nicht unangefochten, aber offensichtlich: Ob Kirchen und Universitäten, Politiker und Intellektuelle, Würdenträger oder Leitmedien. Das ist vorbei. Ein Abgesang in sieben Kapiteln von Andreas Rosenfelder

1. Ein Eklat

Das Jahr 2008 ist lange, aber noch nicht allzu lange her. Es fühlt sich fast noch wie ein Teil jener breiten, ins Unschärfe ausfransenden Zeitmasse an, in der wir leben: die Gegenwart. Doch wenn man eine Zeitreise unternimmt, entdeckt man dort, vor etwa einem Jahrzehnt, die unheimliche Abbruchkante, hinter der sich alles in Geschichte und Gewesenes verwandelt: eine schon halb verschüttete Welt, die fremd und gespenstisch ins Heute hineinragt.

Der Mitschnitt der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises am 11. Oktober 2008 in Köln ist wie alles Vergangene, das nicht vergehen will, in der babylonischen Videothek von YouTube archiviert. Schaut man ihn an, spürt man einen kleinen Schock, so historisch wirkt die Zeremonie, gerade dann, wenn man sich noch nebelhaft an das ursprüngliche Ereignis zu erinnern glaubt.

Da steht der noch jugendliche, geradezu frische Thomas Gottschalk im Frack auf der Bühne und hält die Lobrede auf den steinalten Marcel Reich-Ranicki, der das Geschehen aus der ersten Reihe verfolgt, durch seine fernseherförmigen Brillengläser blinzelnd – ist es Müdigkeit, Irritation, Ekel? Gottschalk eröffnet seine Ansprache kunstvoll mit einer Anekdote: Bei der Feier zu Reich-Ranickis 85. Geburtstag, 2005 in der Frankfurter Paulskirche, habe er als Entertainer zum ersten Mal Angst verspürt, weil er »zwischen dem ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und dem Herausgeber der FAZ, Frank Schirrmacher,« eingeplant war.

Weizsäcker, Schirrmacher, Reich-Ranicki: Sie alle sind tot, doch schon bei der Nennung der Namen erhebt ein Geisterreich wieder auf. Es erstreckt sich von Weizäckers 1985 im Bundestag gehaltener Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (aus welcher der Satz »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung« blieb) über die Paulskirchenrede, die Reich-Ranickis Intimfeind Martin Walser 1998 hielt (daraus stammt die »Instrumentalisierung unserer Schande«) bis

zum Suhrkamp-Roman »Tod eines Kritikers«, der Schirmmacher dazu brachte, Walser 2002 im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* des Antisemitismus zu beschuldigen. Dies war die intellektuelle Landkarte von Deutschland, und um sie flüchtig zu skizzieren, brauchte man nur die Namen einer Handvoll mächtiger Männer in wichtigen Ämtern.

Heute sind die Namen verblasst. Aber auch die Ämter selbst, also jene geistigen Kraftfelder, an denen sich kommunikative Autorität auf eine fast mystische Art und Weise verdichtete, haben ihren Zauber verloren. Dass jemand oder etwas »eine Institution« ist, an der man nicht vorbeikommt, weil man sich – sei es positiv oder negativ – darauf beziehen muss, kommt nicht mehr wirklich vor. Die Frankfurter Paulskirche, das Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der Suhrkamp-Verlag, das »Literarische Quartett«, sogar die berühmte Couch im ZDF-Unterhaltungsformat »Wetten dass..?« – das waren Schauplätze, an denen sich das Schicksal von Büchern, Ideen, Menschen bis hinab zu A-, B- und C-Prominenten fast schon amtlich entschied. Dieser Kreislauf von Einfluss, Bedeutung und kulturellem Kapital erlebte 2008 ausgerechnet beim Deutschen Fernsehpreis eine Sternstunde, die zugleich so etwas wie ein finaler Kurzschluss werden sollte.

»Im »Literarischen Quartett« haben Sie mit Ihren Kollegen in 77 Sendungen 385 Bücher besprochen«, so fährt Thomas Gottschalk in dem Video an die Adresse Reich-Ranickis fort. Für einen kurzen, etwas schmerzhaften Moment fragt man sich, warum es einem heute so gleichgültig ist, wer das wiederbelebte »Quartett« jetzt, wo auch Reich-Ranickis Nach- oder Nachfolger Volker Weidermann aufgehört hat, weiter leiten soll, warum es überhaupt so egal geworden ist, wer irgendetwas leitet, welcher Name also welche Stelle im System besetzt, aber dazu später. »Sie haben Großes gesagt«, so Gottschalk in der Pose des gelehrigen Schülers, »und ich habe Ihnen gut zugehört. Zum Beispiel«, und nun verfällt er in die zischende und zuckende Reich-Ranicki-Imitation, die man damals bei deutschen Intellektuellen zu jeder Tages- und Nachtzeit abprüfen konnte: »Sie können nicht mit jeder Frau der Welt schlafen. Das ist aber noch kein Grund, es nicht wenigstens zu versuchen!«

Dieses Zitat, aus dem Kontext gelöst, würde die Preisverleihung heute innerhalb von Minuten zum Social-Media-Skandalereignis machen, und spätestens am nächsten Tag sähe sich der Intendant des ZDF gezwungen, sich sowohl von

Gottschalk als auch von Reich-Ranicki zu distanzieren. Damals wurde der Gag belacht, sogar der junge Frank Plasberg grinst im Publikum etwas verkniffen. Dann läuft der Einspieler zur Verleihung des Ehrenpreises an Reich-Ranicki ab. Die Redaktion greift aus dem Fernsehschaffen des Laureaten unbekümmert Sätze heraus, die heute für eine MeToo-Anklage gegen den »Kritikerpapst« reichen würden, es wirkt fast, als sollte der alte Mann gestürzt und nicht geehrt werden: »Egozentrisch und eitel müssen vor allem Kritiker sein«, dekretiert Reich-Ranicki, und dann, man spult ungläubig wieder zurück, aber er sagt es tatsächlich: »Frauen schreiben herrliche Romane und Erzählungen. Aber Theaterstücke können, jedenfalls in deutscher Sprache, Frauen ums Verrecken nicht schreiben!«

Das ist, aus dem Jahr 2019 betrachtet, der Moment der Selbstdemontage, auf den eine hypernervöse, in den sozialen Netzwerken permanent zugeschaltete Sekundäröffentlichkeit nur so lauert, die entscheidende Aussage, die im Zweifel gegen den Angeklagten verwendet werden kann, der Tod eines Kritikers. Doch 2008 geschieht das exakte Gegenteil: Marcel Reich-Ranicki macht sich unsterblich, indem er in seiner kurzen Dankrede den Deutschen Fernsehpreis vernichtet, oder, wie man seit dem berühmten CDU-Video des YouTubers Rezo sagt, »zerstört«. Der Geehrte weigert sich, die Show durch die Entgegennahme eines gläsernen Obelisken zu adeln und als Institution anzuerkennen: »Ich kann nur diesen Gegenstand, der hier verschiedenen Leuten überreicht wurde, von mir werfen oder ihn jemandem vor die Füße werfen, ich kann das nicht annehmen, und ich finde es auch schlimm, dass ich hier vier Stunden das erleben musste.«

Es ist ein letzter Triumph des Alten über das Neue, ein Aufflackern der Rhetorik, das an Peter Handkes Literaturbeschimpfung bei der Princeton-Tagung der Gruppe 47 im Jahr 1966 erinnert. Um die Situation zu retten, überredet Gottschalk den Preisträger, sich wenigstens zu einer Fernsehdiskussion mit den führenden Intendanten bereit zu erklären. Reich-Ranicki stimmt müde zu, leitet dann aber gleich zu einer Anekdote über den »großen sowjetischen Cellisten Rrrrostrrrropowitsch« über, der in Salzburg, »da gab es noch die Sowjetunion«, mit den Wiener Philharmonikern den »Don Quixote« von Richard Strauss gespielt habe, und das so gut, dass Herbert von »Karrrajan« ihm sofort das Du anbot.

Reich-Ranicki ist schon wieder in der Geisterwelt unterwegs, der Sphäre unsterblicher Größe, die von Namen bewohnt wird, die wiederum Platzhalter sind für die Existenz einer höheren, ewigen Ordnung. Nach der Rede fährt die Kamera noch lange durchs Publikum und über die amüsierten, aber auch ziemlich irritierten Gesichter, Ranga Yogeshwar, Anne Will und Hugo Egon Balder sitzen dort, alle elf Jahre jünger als heute. Das Fernsehen, das Marcel Reich-Ranicki gerade vor laufenden Kameras in Grund und Boden kritisiert hatte, hielt sich damals noch für das Leitmedium und reklamierte für sich jenen Status, den der Soziologe Niklas Luhmann 1996 in »Die Realität der Massenmedien« beschrieben hatte: »Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Medien.«

Doch 2008 war auch das Jahr, in dem Facebook, Twitter und sogar YouTube, wo das Video vom Fernsehpreis heute vergraben ist, einen Durchbruch erlebten und zu Massenmedien wurden. In einer Chronik der Medien markiert es den Beginn eines Erdbebens. Er hat nicht nur unser Wissen von der Welt, in der wir leben, erschüttert, sondern auch die Institutionen, die es aufbewahren.

2. Permanente Revolution

Die Kritik der Institutionen gehörte zum Kernprogramm von 1968. Rudi Dutschke hat sie, in Anlehnung an Mao Tse-tung, in eine fast schon paramilitärische Strategie verwandelt: »Heute würden Permanenzrevolutionäre, nicht Wortschwätzer, die in den Fabriken, in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, in der Bundeswehr, in der staatlichen Bürokratie systematisch den Laden durcheinanderbringen, von allen Lohnabhängigen vollkommen akzeptiert werden«, schrieb der Mann, der als »Wortführer« der Studentenbewegung selbst den Charakter einer Institution besaß: »Die Permanenzrevolutionäre können immer wieder hinausgeworfen werden, immer wieder in neue Institutionen eindringen: Das ist der lange Marsch durch die Institutionen.«

Diese permanente Revolution, die »den Laden« kontinuierlich durcheinanderbringt, scheint heute in all den von Dutschke aufgezählten Institutionen im Gange und sogar, wie Dutschke es vorhersagte, »vollkommen akzeptiert« zu sein: in den Großbetrieben wie Daimler und der Deutschen Bank, die nur noch im Krisenmodus existieren, in der Bundeswehr mit ihrer permanenten Mängel-

verwaltung und den ständig neuen Personalskandalen, erst recht in der staatlichen Bürokratie. Dutschkes schwarze Liste ließe sich beliebig verlängern: Volksparteien, Kirchen, Universitäten, Schulen, Museen, Verlage und – ja, auch das gehört zur Wahrheit – Medien befinden sich im Jahr 2019 in einem auf Dauer gestellten Krisenmodus, der von ihnen selbst auch fortwährend thematisiert wird, was den Autoritätsverlust noch beschleunigt.

Diese Destabilisierung ist aber nicht der Erfolg von eingeschleusten »Permanenzrevolutionären« aus den Jahren 1968ff. Die letzten Achtundsechziger sind bereits – meistens nach im klassischen Sinne sehr erfolgreichen Karrieren – in Rente gegangen, und für die Sabotage der eben aufgeführten Einrichtungen sind keine eingeschleusten Agenten nötig. Es ist eher so, dass die Machart der Welt, in der wir heute leben, dass unser soziales Betriebssystem das Konzept der Institution nicht mehr unterstützt. Der Literaturnobelpreis für Peter Handke, die neue SPD-Doppelspitze, ein neuer *Spiegel*-Chefredakteur: Jede Setzung ist im Augenblick des Vollzugs schon Gegenstand der Revision, der Timer für den insgeheim erhofften Sturz ist immer schon gesetzt.

Dass sich ein Name allmählich mit Bedeutung, eine Entscheidung nachträglich mit Sinn aufladen kann, setzt das Einwirken der Zeit voraus. In einem beschleunigten Echtzeituniversum greift dieser Mechanismus nicht mehr. Das Medium der Permanenzrevolution, die sich ihre Objekte fast beliebig sucht, sind die sozialen Netzwerke: Hier hat sich genau jenes »Säurebad eines erbarungslosen öffentlichen Diskurses« verwirklicht, das Jürgen Habermas 1999 beschrieb. Damals formulierte er ein aufklärerisches, zutiefst demokratisches Ideal, aber inzwischen scheint sich auch der Diskurs selbst im eigenen Säurebad aufzulösen.

Habermas, in den Sechzigerjahren Assistent von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer am Frankfurter Institut für Sozialforschung, hat selbst längst Institutionscharakter. Wie Hans Magnus Enzensberger oder Karl Heinz Bohrer gehört der Neunzigjährige zu einer Riege von altvorderen Denkern, in denen noch die Erfahrung des vergangenen Jahrhunderts aufgehoben ist. Obwohl sie einst für völlig unvereinbare, ja entschieden gegnerische Positionen standen, erscheinen sie uns heute als eine fossilienhafte Spezies für sich. Was sie verband, war der Anspruch, das Selbstgespräch, das die Gesellschaft mit sich führt, durch programmatische Texte zu prägen. Habermas etwa stellte 1981 in

seiner »Theorie des kommunikativen Handelns«, die einen »herrschaftsfreien« Raum eröffnen sollte, seine berühmten Diskursregeln auf: Wahrhaftigkeit, Inter-subjektivität, Richtigkeit, ein ganzer Katalog, der abgehakt sein muss, damit eine Aussage Geltung beanspruchen darf.

Inzwischen hat ein neuer »Strukturwandel der Öffentlichkeit« diesen utopischen Raum endgültig zum Einsturz gebracht hat. Auf den digitalen Plattformen stellt sich Diskursmacht nicht durch den »eigentümlich zwanglosen Zwang des besseren Argumentes« (Habermas) her, sondern durch affirmatives »Retweeten« der eigenen Seite oder die »Meldung« feindlicher Positionen an Kontrollgremien, und das immer nur so lange, bis sich eine erfolgreiche Gegenoffensive organisiert: Wo bei Habermas das Idealbild des bürgerlichen Salons durch alle Kommunikation hindurchschimmerte, ist es nun die Dystopie eines medialen Bürgerkriegs, der nie entschieden werden kann, weil alle Parteien sich als Partisanen betrachten: ein endloses Nullsummenspiel.

3. Ordnung im Chaos

Institutionen sind, wie der konservative Anthropologe Arnold Gehlen schon tief im zwanzigsten Jahrhundert festgestellt hat, Entscheidungshilfen im Chaos der Welt: »kulturelle Immobilien«. Durch sie gleicht der Mensch, das ewige »Mängelwesen«, seine fehlenden Instinkte aus. Wäre die Gesellschaft ein Computer, müsste man die Institutionen als den Festwertspeicher bezeichnen: Das ist der Bereich, der zwar ausgelesen, aber nicht einfach überschrieben werden kann.

Dass die kulturellen »Immobilien« selbst permanent von Wandel und Verfall bedroht sind, ist nur scheinbar ein Paradox. Im Gegenteil können sich Institutionen nur unter den Bedingungen der Bedrohung beweisen, gerade dann dienen sie als Felsen in der Brandung: Staat, Kirche und Familie als älteste Einrichtungen, aber ferner auch Versicherungsunternehmen, Krankenhäuser, Nachrichtensendungen, Lieblingsmusiker, Zeitungskioske. In seiner Schrift »Urmensch und Spätkultur« schreibt Gehlen 1956, also mitten in der Wirtschaftswunderzeit, die uns heute als Paradies an saturierter Stabilität erscheint: »Wenn die Disziplin der gelernten Arbeiter und der beruflichen Körperschaften zerfällt, der Juristen, Gelehrten, Beamten, der Regierungen und Kirchen, wenn das Ideolo-

gische und Humanitäre sich verselbständigt und diese Formen von außen her aufweicht, dann ist die Kultur am Ende.«

Skeptische Denker wie Arnold Gehlen und Niklas Luhmann haben in ihren Analysen offengelegt, dass Institutionen eben nicht aus Stein sind, sondern dass es sich dabei um komplizierte, voraussetzungsreiche und extrem unwahrscheinliche Kollektivgebilde handelt, die durch soziale Praktiken permanent neu erzeugt werden müssen. Diese Praktiken haben eine magische Dimension. Es sind Rituale mit dem Zweck, die Tatsache unsichtbar zu machen, dass es sich bei jeder Institution um eine Setzung handelt, die ihren zwingenden Charakter verliert, sobald sie nicht akzeptiert wird. Dann nämlich löst sich das Fantasiegebilde in Rauch auf.

Besonders schön ist das in der österreichischen Literatur der Zwanzigerjahre zu betrachten, von Joseph Roths »Radetzkmarsch« bis zu Alexander Lernet-Holenias »Die Standarte«: Das Habsburgerreich war vor allem ein schillerndes Konglomerat aus Titeln, Feldzeichen, Schwüren und heute bizarr anmutenden Ehrbezeugungen. Mit dem Untergang der Doppelmonarchie im November 1918 verloren all diese Symbole auf einen Schlag ihre Bedeutung, zurück blieb Plunder: Die Fahnen und Standarten, unter denen Millionen von Soldaten fielen, werden bei Lernet-Holenia von den letzten Wachen im schon vom Kaiser verlassenen Schloss Schönbrunn im Kamin verfeuert. Das Buch ist eines von vielen Belegen dafür, dass aus dem Zerfall von Institutionen oft die beste Literatur entsteht: Der Kern jeder großen Einrichtung ist eben, so nüchtern und staatstragend sie auch auftreten mag, immer ein poetischer.

4. Die Insignien der Würde

Jede Institution muss sich in der körperlichen Welt manifestieren, aber ihr Wesen ist mystisch, nicht von dieser Welt. Diese Doppelnatur wurde schon im Mittelalter erkannt. Der Normannische Anonymus, ein Pamphletist des 12. Jahrhunderts, ging zum Beispiel der damals hochpolitischen Frage nach, worin die Oberhoheit des Erzbistums von Canterbury über jenes von York denn nun eigentlich bestünde, und kam zu dem ironischen Schluss, dass es nicht die »Ziegel« der Kirche von Canterbury sein könnten, die denen der Kirche von York überlegen seien. In kulturellen Immobilien verkörpert sich immer etwas Unsichtbares, Ewiges.

Das Beispiel stammt aus der Studie »Die zwei Körper des Königs« von Ernst Kantorowicz, 1957 in Princeton gedruckt – dass man sie heute nur noch gebraucht und zu horrenden Preisen beziehen kann, sagt viel über das Schicksal von klassischen Texten. Der Historiker Kantorowicz, der 1895 in Polen geboren wurde, in Deutschland lebte und als Jude nach Amerika auswandern musste, untersuchte in dem Buch das Wesen der Königswürde. Er studierte die englischen Kronjuristen der Tudor-Zeit und stieß auf die Ansicht, dass der König einen »Superkörper« besitze, der anders als sein physischer Körper unzerstörbar und unsterblich sei. Dieser »Doppelkörper« konnte niemals irren oder fehlen, er konnte auch nicht unmündig oder dement sein.

Die Fiktion einer Ein-Mann-Körperschaft erlaubte es der britischen Krone, die Königswürde auch durch die aufgewühlten Jahrhunderte am Übergang zur Moderne, als das Parlament den amtierenden König jederzeit zur Rechenschaft ziehen konnte, zu retten, ja sogar vor dem kleinsten Kratzer zu bewahren. Praktischerweise konnte man den König jetzt sogar köpfen, ohne seine Würde zu verletzen und sich des Hochverrats schuldig zu machen. Sichtbar wurde der unzerstörbare Königskörper nur in den Insignien, insbesondere in der Krone, die das Haupt des Herrschers wie ein Heiligenschein umschließt.

Kantorowicz hatte im Ersten Weltkrieg in den Gräben von Verdun gekämpft und sich später als Student einem nationalistischen Freikorps angeschlossen, um dann als Jünger Stefan Georges eine flammende Biografie des Stauferkaisers Friedrich II. zu schreiben, angeblich vermachte sie Himmler Mussolini mit Widmung. Schließlich geriet Kantorowicz als Emigrant in Amerika in Konflikt mit dem Antikommunismus der McCarthy-Zeit. Wahrscheinlich hat er die geheimnisvolle Theorie vom Doppelkönigtum auch im Hinblick auf seine ziemlich abenteuerliche Gelehrtenexistenz rekonstruiert: Ohne einen intellektuellen Superkörper, ohne den Glauben an eine höhere Würde wäre es ihm unmöglich gewesen, sich durch die nacheinander einstürzenden Systemwelten des 20. Jahrhunderts hindurch zu bewegen, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren.

Noch heute gehorcht jede Institution, selbst die marode Berliner Stadtverwaltung, der von Kantorowicz beschriebenen Logik: In einem materiellen Träger, der letztlich beliebig bleibt, materialisiert sich eine höhere Autorität, eben jene Würde. Die Universität Bielefeld zum Beispiel, ein in den Siebzigerjahren entstandenes Monstrum aus in sich verschachtelten Sichtbetonriegeln, wurde aus

der Logik von 1968 heraus entworfen, ein steinernes Statement gegen den Repräsentationsanspruch von Gebäuden – sie hatte die Institutionskritik schon eingebaut. Trotzdem, vielleicht sogar gerade deshalb repräsentierte sie einen starken Genius loci, einen an den Ort gebundenen Geist. Er lässt sich durchaus mit jenem vergleichen, der im 13. Jahrhundert in Paris geherrscht haben muss, an der ersten aller Universitäten. In Bielefeld lehrten in der Nachkriegszeit die berühmten Soziologen Helmut Schelsky und Niklas Luhmann, die Historiker Reinhart Koselleck und Hans-Ulrich Wehler, so wie in Paris einst Albertus Magnus, Thomas von Aquin und Boethius unterrichteten, die besten Köpfe ihrer Zeit. Diesen großen Scholastikern verdanken wir, auch das zeigt Kantorowicz, die Vorstellung von einer »unstabilen« Zeit, in der »Verderben und Zeugung ewig aufeinanderfolgten ohne Anfang und Ende«.

Mit dem Gedanken einer zyklischen, von ewiger Wiederkehr geprägten Geschichte wurde auch die Theorie möglich, dass der Geist weiterzieht und durch die Weltgeschichte vagabundiert, von Inkarnation zu Inkarnation, von Ort zu Ort. In der Blütezeit des byzantinischen Reichs galt das alte Rom plötzlich nur noch als Ansammlung toter Steine, Konstantinopel war jetzt das »Rom des Ostens«. Die Idee der ewigen Stadt hatte sich von ihrem physischen Träger abgelöst, selbst aber keinen Schaden genommen: Der Mittelpunkt der Welt hatte sich einfach verlagert.

5. Der König ist tot, es lebe der König

Es gehört zum Gang der Dinge, dass Institutionen, die von der Illusion der Ewigkeit umspielt wurden, plötzlich ihre Würde, ihren Strahlenkranz, eben jenen Nimbus verlieren, auch wenn das meistens nicht über Nacht geschieht, sondern in der langen Dauer der Geschichte. Man bemerkt den Verlust erst, wenn er sich bereits vollzogen hat. Das Herausgebergremium der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Beispiel galt über Jahrzehnte als der Ort, an dem die geistigen Leitlinien der Republik festgelegt wurden: Die Posten, auf Lebenszeit vergeben, erfüllten ihre Träger mit einer fast kaiserlichen Amtswürde. Man war kein ambitionierter Journalist, wenn man ihre fünf Namen nicht aufsagen konnte, und jede Personalie an der Spitze der »Zeitung für Deutschland« war ein Politikum. Im September 2019 wurde ein Gruppenfoto veröffentlicht, das die

amtierenden Herausgeber der *FAZ* – es sind nach einigen Querelen nur noch vier – mit der amtierenden Bundeskanzlerin zeigt. In wenigen Stunden wurde das Bild auf Twitter von einer piranhahaften Schwarmintelligenz zerfressen, bis fast nichts übrig blieb: Abzüglich der Amtswürde, stellte das Foto nur noch eine Reihe von älteren, weißen Männern in unvorteilhaft sitzenden Anzügen dar. Die Aura der Macht, die auch aus dem Respekt und der Furcht im Auge des Betrachters resultiert, funktioniert nicht mehr.

Diese radikale Form der Bildkritik setzt inzwischen automatisch ein, wenn irgendein Ministerium, eine Krankenversicherung oder eine Zeitungsredaktion ein Gruppenfoto ins Netz stellt, das die Einrichtung auf unzeitgemäße Weise repräsentiert. Es geht dabei nicht nur um die Durchsetzung einer modernen Unternehmenskultur, um die Tatsache, dass sich eine Firma im Jahr 2019 nicht mehr von Direktorenrunden führen lassen kann, die an einen Heinz Erhardt oder Ludwig Erhard erinnern. Die Gruppenbildproblematik zeigt eine Krise der Repräsentation an, den fundamentalen Zweifel daran, dass ein Bild, eine Geste, ein Zeichen über sich selbst hinausweisen, etwas Höheres verkörpern können.

Ernst Jünger, François Mitterrand und Helmut Kohl, die sich am 20. Juli 1993 in Wilflingen treffen – das sind, schonungslos betrachtet, auch nur drei alte Männer mit gemusterten Krawatten und schütterem, leicht zerzaustem Haar, mindestens einer davon unter Faschismusverdacht. Und doch beschrieb Frank Schirrmacher, der die Szene damals als Chronist begleitete, die Zusammenkunft in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* so: »Wer auf der Straße steht, zwischen Stauffenbergschem Schloss und alter Försterei an diesem 20. Juli 1993, der spürt, dass die Zeit über die Ufer tritt. Er kann ihr Rauschen vernehmen. Und er wundert sich sehr.«

Der König ist tot, es lebe der König: Das ist die Losung der dynastischen Erfolge, aber auch das Überlebensmotto aller kulturellen Institutionen. Der Geist sucht sich, wenn eine seiner physischen Hüllen das Zeitliche segnet, einen neuen Wirtskörper, die Funktion überdauert und überstrahlt ihre Träger. Konstantinopel ist das neue Rom, Serien sind die neuen Romane, Weiß ist das neue Schwarz – im Universum der Bedeutungen geht nach dem Energieerhaltungssatz nichts verloren.

Was aber, wenn diese Form der Seelenwanderung nicht mehr funktioniert? Zurzeit sieht alles danach aus, als würde nicht einfach nur eine Institution nach

der anderen verblassen, der man dann Nostalgisches oder Hämisches nachrufen kann (in der Zeitung drucken wir ja inzwischen auch mehr Nachrufe auf Dinge als auf Personen: Nachruf auf den Wald, das Kino, die Videothek, den Flirt, die Festrede, das Auto etc.). Nein, das Prinzip der Amtlichkeit selbst löst sich auf, die Institution der Institution verflüchtigt sich. Wegfallende Stellen werden nicht mehr besetzt, sie können auch gar nicht mehr besetzt werden.

6. Im Strudel der Zeit

Wer ist der neue Niklas Luhmann, wer könnte die Konturen unserer Welt aus dem »Krähennest« beobachten, so wie der Bielefelder Geist mit dem berühmten Zettelkasten es tat? Wenn das Feuilleton überhaupt noch die zuständige Stelle ist, an der Meisterdenker ernannt werden, muss man Armin Nassehi diesen Titel zusprechen: Der Professor für Soziologie und Herausgeber des traditionsreichen »Kursbuchs« wird als gültiger Interpret der digitalen Gesellschaft gehandelt. Man traut ihm sogar die Funktion eines philosophischen Stichwortgebers für die Macht zu, die alte Rolle des Philosophenkönigs, die schon Platon beanspruchte: So wie Luhmann manchen als Einflüsterer der CDU galt und Habermas sich als geistiger Berater der SPD inszenierte, verschaffe Nassehi den Grünen einen theoretischen Überbau, jener Partei, die ja insgeheim davon träumt, die neue CDU zu sein.

In seinem Großwerk »Muster« beschreibt Nassehi im Anschluss an Luhmann überzeugend, wenn auch nicht vergleichbar elektrisierend, die Eigengesetzlichkeit des Digitalen. Im Internet erkennt er zutreffend das »Archiv aller möglichen Sätze«, also einen Apparat, der selbst die noch unbekanntesten Wahrheiten der Zukunft bereits in sich enthält. Das Problem ist, dass auch Nassehi seine Sätze in dieses unterschiedslose Archiv hineinschreibt. Auf Twitter postet er im Tagesrhythmus jede Rezension seines Werkes, bei Verrissen gerne mit bösen Kommentaren versehen, er retweetet Lob von Kollegen oder Witze über den Berliner Flughafen. Das macht den Denker menschlich und absolut modern, auf Twitter verhält man sich so und nicht anders. Es taugt aber nicht als Verfahren zur Herstellung von intellektueller Autorität. Unvorstellbar, dass Luhmann in einem geistigen Kleinkrieg Zeitungskritiken seiner Werke kritisiert oder Komplimente für seine Arbeit weiterverbreitet hätte.

Das Beispiel von Nassehi, sicher einer der klugen Analytiker der Gegenwart, zeigt ein grundsätzliches Paradox an: Niemand kann heute der neue Luhmann sein, sogar Luhmann selbst könnte diese Rolle nicht ausfüllen. Die Techniken, die man beherrschen muss, um in einer digital geprägten Öffentlichkeit zur Institution zu werden, widersprechen dem Wesen der Institution. Man kann auf Twitter nicht »ex cathedra« sprechen – und dieses amtliche, letztlich autoritäre Sprechen haben selbst die Großmeister des antiautoritären Denkens beherrscht, von Adorno über Foucault bis hin zu Agamben. Im sozialen Netzwerk gibt es aber keine erhöhte Sprecherposition, kein Katheder, weder Lehr- noch Bischofsstühle – und folglich auch keine mystische Würde, wie sie Ernst Kantorowicz nicht nur beschrieben, sondern als Gelehrter auch selbst noch ausgestrahlt hat.

Dieses Schicksal ist ein universelles, es gilt für alle Sparten. Man kann nicht der neue Siegfried Unseld sein, wenn man als Verleger auf Facebook lustige Briefwechsel mit seinem Internetanbieter postet, und der YouTuber Rezo ist auch nicht der neue Enzensberger, obwohl er mit seinem Video über die CDU wahrscheinlich mehr Wirkung hatte als jener einst mit seinen politischen Essays. Margarete Stokowski ist nicht der neue Kurt Tucholsky, Roland Tichy nicht der neue Sebastian Haffner, Richard David Precht nicht der neue Heidegger. Die Instrumente, mit denen man sich den Status einer intellektuellen Institution verschafft, arbeiten heute gegen die Institution. Selbst die Denkmalstürzer werden gestürzt, bevor sie selber zu Denkmälern werden können: Rezo zum Beispiel wurde nur ein halbes Jahr, nachdem er die CDU zerlegt hat und dafür selbst von traditionellen Medien zum politischen Publizisten seiner Generation geadelt wurde, von seinen Followern auf Twitter zerfetzt, weil er auf YouTube ein frauenverachtendes Video gepostet hatte. Die mediale Beschleunigung macht aus dem Diskurs einen Strudel, der irgendwann jeden nach unten reißt.

7. Abgesang

Was bleibt also, der große Abgesang? Selbst das geht nicht mehr, auch das Amt des Kulturkritikers ist vakant, die Pose lässt sich nur noch um den Preis der Lächerlichkeit imitieren. Der kulturkritische Essay »Anschwellender Bocksgesang« von Botho Strauß brachte den »SPD-Vordenker« (gibt es so etwas

noch?) Peter Glotz damals dazu, mit allerhöchstem Pathos eine Zäsur auszurufen: »Notiert euch den Tag, Freunde, es war die *Spiegel*-Ausgabe vom 8. Februar 1993. Es wird ernst!« Selbst Feuilletonschlachten wurden damals behandelt wie Daten der preußischen Militärgeschichte und sogleich für die Historiker der Zukunft festgehalten. Niemand käme heute auf die Idee, eine säuberlich datierte Chronik der Shitstorms des Jahres 2019 anzufertigen.

»Wenn man bedenkt, wie schnell der Feuerball der Narreteien wächst und sich dem kleinen Planeten des Geistes nähert«, heißt es in herrlich verschrobener Metaphorik bei Strauß. »Vielleicht morgen schon hat er uns alle ausgebrannt, und nur das Mundwerk läuft weiter munter vor sich hin, wir merken's nicht einmal mehr, jeder bereits ein Unterhaltungsschreck, ein Gespenst des Infotainments. Vielleicht rast er aber auch an uns vorbei.«

Und, ist der Planet des Geistes wirklich ausgebrannt? Interessanterweise erscheint die intellektuelle Welt des Jahres 1993, als Botho Strauß seine vernichtende Kritik der »10 Millionen RTL-Zuschauer« formulierte, die »nie zu Heideggerianern werden«, im Rückblick selbst schon wie eine Gelehrtenrepublik. Umgekehrt waren auch die Achtzigerjahre, als die Institutionen der alten, der Bonner Bundesrepublik noch intakt erschienen, eine Blütezeit der Kulturkritik: Mit den damals erschienenen Aufsätzen zur Zerstörung der Gesellschaft durch das »Nullmedium« Fernsehen (Enzensberger) könnte man Sammelbände füllen.

Man kann also auf der Suche nach einem Zustand, als die Einrichtungen der Welt noch nicht vom Virus der Krise befallen waren, immer weiter zurückgehen. Beginn der Zusammenbruch der Ordnung mit dem Internet, mit 1968, mit dem Ersten Weltkrieg, mit der Französischen Revolution, vielleicht schon mit dem Universalienstreit des Hochmittelalters oder dem Investiturstreit um die Einsetzung des Bischöfe? Selbst das Heilige Römische Reich kämpfte seit seinen Anfängen mit internen Krisen und Widersprüchen, war von den Rändern her immer schon dem Verfall ausgesetzt – fast wie das Universum selbst, zu dessen größtem Star im letzten Jahr nicht zufällig ein schwarzes Loch aufstieg, in all seiner düsteren Pracht fotografiert.

Das Strudelhafte der Zeit, das gerade die Wahrnehmung bestimmt, hat seinen Ursprung wahrscheinlich im Prinzip der Kritik selbst. Institutionen sind nicht umsonst ein Fetisch der Konservativen. Der Historiker Reinhart Koselleck hat in seinem 1959 erschienenen Klassiker »Kritik und Krise« die These aufge-

stellt, dass in jeder Aufklärung ein destruktives Element steckt, das sich irgendwann gegen die Aufklärung selbst wendet: »Die Kritik«, schrieb Koselleck über das moralisch aufgewühlte Zeitalter der Französischen Revolution, »hat die Zukunft in einen Sog verwandelt, der dem Kritiker das Heute unter den Füßen wegzieht.«

Es wäre absurd, sich nostalgisch in eine Welt zurückzuwünschen, in der die geistigen Institutionen gegen jede Form der Kritik imprägniert sind und unantastbar aus dem Meer der Zeit herausragen, ganz abgesehen davon, dass eine solche Welt niemals wirklich existiert hat. Aber die Totalisierung der Kritik, wie sie sich in der digitalen Öffentlichkeit verwirklicht, eine Institutionenkritik, die als geistiger Algorithmus fast im Leerlauf arbeitet, ist eine Gefahr – nicht nur für die Konservativen. Wem die Aufklärung wirklich am Herzen liegt, der darf den magischen Glauben an die Institutionen nicht ganz aufgeben.

WELT AM SONNTAG

Nr. 50 vom 15. Dezember 2019



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

BEREITVORGABEN VON WERNER D'ONNA, JURGEN KUBIK, BEITRÄGE VON ROLAND HILGER, ROLAND STELTENE



DIE FACEBOOK-KRISE
Managerin Sheryl Sandberg sagt, wie Facebook nach Skandalen anders machen muss. Interview



MÄNDLICHKEIT

INTERNET MIT TEMPO
Wie schnell breitet sich das Internet aus, und wie wird die Digitalisierung am besten genutzt?

DER ZEITGENOSSE
Wie es Paul McCartney schafft, trotz allem Optimismus zu bleiben. Interview



Vorsicht Tee

Arzte warnen: Neuen Evidenzstudien zufolge steigt das Risiko für Bluthochdruck durch übermäßigen Tee-Konsum.

Eine neue Studie zeigt, dass ein übermäßiger Konsum von grünem und schwarzem Tee das Risiko für Bluthochdruck erhöhen kann. Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Wahlenklau

Die Forscher untersuchen die Auswirkungen von Tee auf den Blutdruck bei über 100.000 Personen. Die Ergebnisse zeigen, dass ein übermäßiger Konsum von Tee das Risiko für Bluthochdruck um bis zu 10 Prozent erhöhen kann. Die Forscher empfehlen, den Tee-Konsum zu begrenzen.

Spende an die AfD wirft

Aus einem Geldgeber werden vierzehn Banden

Die AfD hat eine Spendenliste veröffentlicht, die die Namen von vierzehn Banden enthält, die Geld an die Partei gespendet haben. Die Banden sind: ...

Die AfD hat eine Spendenliste veröffentlicht, die die Namen von vierzehn Banden enthält, die Geld an die Partei gespendet haben. Die Banden sind: ...

Die AfD hat eine Spendenliste veröffentlicht, die die Namen von vierzehn Banden enthält, die Geld an die Partei gespendet haben. Die Banden sind: ...

Die AfD hat eine Spendenliste veröffentlicht, die die Namen von vierzehn Banden enthält, die Geld an die Partei gespendet haben. Die Banden sind: ...

Die AfD hat eine Spendenliste veröffentlicht, die die Namen von vierzehn Banden enthält, die Geld an die Partei gespendet haben. Die Banden sind: ...

Theodor-Wolff-Preis

Julia Schaaf, 1971 in Frankfurt/Main geboren, hat als Neuntklässlerin schon eine Schülerzeitung mitgegründet, als Studentin erste Erfahrungen bei Lokalzeitungen gesammelt und schließlich bei der *Stuttgarter Zeitung* volontiert. Sie studierte Kulturanthropologie und Soziologie in Frankfurt und Edinburgh, außerdem lebte sie eine Zeit lang in Italien. Sie ist Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes. Seit Gründung der überregionalen *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* im Herbst 2001 arbeitet sie für das Ressort »Leben«, das damals noch »Gesellschaft« hieß und damit genau das bündelt, was sie immer am meisten interessiert hat: die Frage, wie Menschen ihren Alltag und ihr Miteinander gestalten und mit Sinn erfüllen. 2007 zog sie nach Berlin, wo sie mit ihrem Mann und zwei Kindern lebt. 2016 wurde sie politische Redakteurin der *F.A.Z.*

JULIA SCHAAF ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Meinung überregional« für ihren Beitrag »Frauen: Lasst die Vollzeit! Und Männer: Ihr auch!«, erschienen am 20. Januar 2019 in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

Frauen, lasst die Vollzeit! Und Männer: Ihr auch!

Von Julia Schaaf

Frauen sollten sich stärker hinter ihre Karriere klemmen, wird oft gefordert, zuletzt auch von unserer Wirtschaftsredaktion. Julia Schaaf findet: Das ist der falsche Weg. Die Zeitnot treibt Familien in den Wahnsinn. Ein Kulturwandel muss her.

Zu meinen wichtigsten Lektionen als Mutter gehört es, nicht mehr über all jene Frauen herzuziehen, die es anders machen als ich. Stillen oder Fläschchen, Einschlaftraining oder Elternbett, klare Ansagen oder Endlosdiskussionen über so profane Dinge wie das Fingernägelschneiden – ich finde, wenn man Kinder kriegt, ist das Leben aufreibend genug. Es reicht, wenn sich Passanten auf der Straße und die Schwiegereltern in die Erziehung einmischen und das große gesellschaftliche Raunen einem ständig suggeriert, irgendetwas mache man gerade wieder falsch. Wir Frauen sollten einander in Ruhe lassen. Die leidige Debatte zwischen Glucken und Rabenmüttern, ob wir besser zu Hause bleiben oder weiter arbeiten gehen, liegt glücklicherweise hinter uns. Es gibt so eine Art Vereinbarkeitskonsens, der lautet: Jede regelt das Zusammenspiel aus Beruf und Familie so, wie es in ihrem Fall am besten ist.

Trotzdem oder gerade deshalb habe ich mich geärgert, als Inge Kloepfer vor zwei Wochen im Wirtschaftsteil dieser Zeitung schrieb: »Frauen, lasst die Teilzeit bleiben!« Die Forderung hört man ja immer wieder. Ich halte sie für falsch.

Dabei hat die Kollegin in gewisser Weise recht: Wenn wir Gleichberechtigung wollen, wenn wir wollen, dass Frauen in gleichem Maß wie Männer über die Geschicke unseres Landes entscheiden, wenn Frauen in Führungsetagen und Aufsichtsräten, in Leitungsfunktionen und Regierungsämtern endlich angemessen repräsentiert sein sollen, führt kein Weg daran vorbei, dass auch Frauen sich mit ganzer Kraft hinter ihre Karriere klemmen – jedenfalls bisher.

Wir Teilzeitmütter haben uns damals weggeduckt, als uns das »Lean in!« der Facebook-Vorzeige-Mutter Sheryl Sandberg entgegenschallte. In den Jahren danach hat dieser Weckruf durch die Diskussionen über Frauenquoten und »Gender Pay Gap« zusätzlich Relevanz bekommen. Spätestens seit #MeToo sind wir uns alle bewusst, dass die Gesellschaft von einem geschlechtsspezifischen Machtgefälle durchzogen ist, an dem sich nur dann etwas ändern wird, wenn mehr Frauen in Schlüsselpositionen aufrücken. Die Forderung nach Frauen in Vollzeit scheint nicht nur als Schutz vor weiblicher Altersarmut und aus volks-

wirtschaftlichen Gründen geboten. Sie wirkt wie das gleichstellungspolitische Instrument der Stunde.

Für die Familien jedoch bedeutet dieser emanzipatorische Impuls einen doppelten Rückschritt.

Erstens: Kinder kommen in der Argumentation gar nicht vor. Das ist dieselbe Logik, mit der in den vergangenen 15 Jahren familienpolitischer Fortschritt vor allem am Ausbau von Krippenplätzen und Ganztagschulen sowie in einer Ausweitung der Betreuungszeiten gemessen wurde. Die Fragen nach der Qualität der Angebote und dem Wohlbefinden der Kinder standen hinten an. Als wäre die 24-Stunden-Kita tatsächlich ein Ideal.

Zweitens: Das gesellschaftliche Leitbild der Zweiverdienerfamilie, das sowohl das Alleinerklärer- als auch das Zuverdienermodell abgelöst hat, privatisiert den Preis dieser Entwicklung. Ich persönlich kenne keine Familie mit kleinen Kindern, in der beide Eltern Vollzeit arbeiten und in der das Gewebe des Alltags nicht auf Naht genäht wäre – mit Ausnahme vielleicht des luxuriösen Beispiels, in dem der Arbeitgeber eine in England ausgebildete Vollzeit-Nanny finanziert, die den Kühlschrank checkt, bevor sie das Jüngste aus der Krippe abholt, so dass samstags nicht einmal mehr der Wochenendeinkauf gemacht werden muss.

In allen anderen Fällen stehen Väter und Mütter unter Dauerstrom; die Kinder lernen zu funktionieren. Vielleicht seufzen die gehetzten Frauen selbstkritisch, sie müssten an ihrem Perfektionismus arbeiten und zum Kita-Sommerfest mal ohne selbstgebackenen Kuchen erscheinen. Aber wehe, das Kind ist länger krank als die zwei, drei Tage, die man als Paar untereinander aufteilen kann, ohne im Büro das Gesicht zu verlieren. Oder der Geschirrspüler geht kaputt. Das Vollzeit-Zweiverdiener-Modell ist chronisch am Anschlag. Puffer kennt es nicht.

Ich selbst wollte nie in Teilzeit arbeiten. Ich gehöre genau zu jenen Frauen, bei denen der »Mommy Effect« besonders stark zuschlägt, den Inge Kloepper mit Bezug auf eine neuere angloamerikanische Studie beschrieben hat. Ich habe die Chancen überschätzt, mit Kind weiterzuarbeiten wie zuvor und meine berufliche Entwicklung voranzutreiben.

Die »emotionalen Kosten« des Mutterseins dagegen habe ich unterschätzt. Das Schlafdefizit. Die Schuldgefühle nach beiden Seiten, Familie und Arbeitgeber gegenüber. Die Erkenntnis, dass nicht nur meine Kinder gut betreut sein

müssen, sondern dass auch ich sie schrecklich vermisse, wenn ich sie nach einem langen Redaktionstag abends nicht mehr sehe. Die Forscher benennen das ziemlich genau so, wie ich es erlebt habe. Ich ziehe daraus jedoch einen völlig anderen Schluss. Teilzeit bedeutet nicht, wie die Studie nahelegt, die Verschwendung von Ressourcen, weil aus mangelnder Voraussicht die eigenen Bildungsinvestitionen gewissermaßen aus dem Fenster geworfen würden. Meiner Meinung nach ist Teilzeit die angemessene und sehr vernünftige Antwort auf die Erfahrung, dass Zeit und Kraft endlich sind und dass ein Teil davon, wenn man Kinder hat, dringend auf diesem Feld des Lebens gebraucht wird.

In meinem Fall war das ein Lernprozess. In der Kitalotterie einer westdeutschen Großstadt hatten wir für unser erstes Kind ein Jahr nach der Geburt eine Art Trostpreis gezogen: einen sogenannten Zweidrittelplatz in einer kleinen familiären Krabbelstube. Die Eltern mussten reihum kochen und putzen, Abholen war nach dem Mittagsschlaf gegen 14.30 Uhr. Wir fluchten. Verlassen Sie mal eine Zeitungsredaktion um 14 Uhr! Da kommen die Kollegen gerade vom Mittagessen zurück. Aber wir hatten keine Wahl. Unserer Tochter ging es prima. Sie genoss die Nachmittage mit uns, zweimal die Woche Papa, zweimal Mama, einmal übernahm die Oma.

Ein knappes Jahr später wurde uns in der Einrichtung unserer Träume ein Nachruckerplatz angeboten. Eine große, professionell geführte Kita mit langen Öffnungszeiten, Bildungskonzept und eigener Küche: der perfekte Dienstleister für berufstätige Eltern. Nachdem wir den Vertrag unterschrieben hatten, wollten wir bei einem Glas Wein auf dem Balkon unser Glück feiern. Aber wir waren irgendwie gar nicht froh. Hatten wir eigentlich im Sinne unserer Tochter entschieden? Oder ging es um unsere Jobs? Ein Segen, dass sich der geplante Wechsel rückgängig machen ließ.

Seitdem ist in meiner Familie genau das passiert, was die sozialwissenschaftliche Forschung seit vielen Jahren beobachtet: Vor der Geburt der Kinder sind Männer und Frauen vergleichbar gut ausgebildet und erfolgreich und engagiert im Beruf. Anschließend kommt es zu einer Retraditionalisierung der Rollen. Wir haben inzwischen zwei Kinder, und mein Mann hat eine Karriere. Ich arbeite gern und viel, aber eben nicht voll, damit es zu Hause funktioniert. Manchmal ist es ziemlich stressig, und ich schreie ungerecht herum. Oft genieße ich es, dass ich diejenige bin, die miterlebt, wie die Kinder lossprudeln, wenn sie aus

der Schule kommen. Von »Quality Time« habe ich nie etwas gehalten. Weder Trotzanfälle noch Teenager-Kummer richten sich nach verabredeten Zeitfenstern für intensives Beisammensein. Mit dem Alter der Kinder nehmen meine Spielräume wieder zu.

Schade eigentlich, dass der Feminismus zentrale familienpolitische Erkenntnisse dem konservativen, in vielen Fällen antiemanzipatorischen Lager überlassen hat. Wenn man die Meinung vertritt, dass Familien Zeit benötigen und Kinder ausreichend präzente Eltern, wenn man darüber hinaus noch findet, dass Sorgearbeit mehr gesellschaftliche Anerkennung verdient, klingt das schnell nach dem zu Recht als »Herdprämie« verspotteten Betreuungsgeld der CSU und nach Kristina Schröder. Meine Kollegin Inge Kloepfer hat für ihren Artikel mit der ehemaligen Familienministerin telefoniert, während diese gerade mit ihrem dritten Kind auf dem Arm in der Musikschule auf eine ältere Tochter wartete. Schröder, die sich aus der aktiven Politik verabschiedet hat und Teilzeit in einer Beratungsfirma arbeitet, die sie mit ihrem Mann gegründet hat, lebt die Behauptung, Frauen würden für die Kinder aus freien Stücken die Karriere zurückstellen.

Ich halte das für einen Trugschluss. Schröder verkennt, unter welchen gesellschaftlichen Zwängen Frauen ihre Teilzeitentscheidung treffen. Wenn 70 Prozent der Mütter, aber nur sechs Prozent der Väter teilzeitbeschäftigt sind, läuft grundlegend etwas schief.

Eigentlich liegt auf der Hand, was nötig wäre, um die Verhältnisse zu verändern. Nicht wir Frauen müssen von der Teilzeit lassen, sondern: Es braucht mehr Männer, die auch Teilzeit arbeiten. Es braucht Männer und Frauen, die in Teilzeit Führungsaufgaben übernehmen und Karriere machen, und dafür braucht es eine Arbeitswelt, die sich auf einen solchen Kulturwandel einlässt. Die Fiktion des flexiblen, mobilen, allzeit verfügbaren Beschäftigten, die aus Zeiten stammt, in denen die Hausfrau ihrem Ernährergatten den Rücken freihielt, ist für die Wirtschaft bequem. Sie passt aber nicht in eine Welt, in der Frauen wie Männer Verpflichtungen jenseits ihres Berufs wahrnehmen wollen und müssen. Da sind ja nicht nur die Kinder. Ohne Pflege, ohne Ehrenamt, ohne ein bisschen Vorsorge für die eigene Gesundheit funktioniert in dieser Gesellschaft nichts.

Zeitnot, schrieb die Familiensoziologin Karin Jurczyk kürzlich, sei die größte Herausforderung im Leben von Familien, und sie stellt klar: Es geht nicht um

besseres Zeitmanagement im Einzelfall, sondern um ein strukturelles Problem, für das es gesellschaftspolitische Lösungen braucht. Jurczyk schlägt »atmende Lebensläufe« vor, in denen ein Zeitbudget für familiäres, aber auch gesellschaftliches Engagement und sogar Selbstsorge vorgesehen ist, auf das je nach persönlichem Bedarf und Lebenslage zugegriffen werden kann. Das wäre eine umfassende, finanziell abgesicherte und institutionalisierte Anerkennung von »Care«.

Junge Paare brauchen genau das. Seit Jahren findet jede Studie zum Thema Vereinbarkeit heraus, dass Eltern sich eine gleichberechtigte Aufteilung von Arbeit und Kinderbetreuung wünschen. Als im Sommer 2015 das Elterngeld Plus eingeführt wurde, das solchen partnerschaftlichen Lösungen einen Weg ebnen soll, habe ich für diese Zeitung werdende Eltern befragt, wie sie sich ihre künftigen Rollen vorstellen. Einer der angehenden Väter, ein promovierter Naturwissenschaftler, hatte einen bahnbrechenden Plan. Damit er genug Zeit mit seinem Kind verbringen würde, damit auch seine Partnerin sich beruflich entwickeln könnte und damit das Paar sich die Hausarbeit gerecht würde teilen können, wollte er sich mit einem befreundeten Wissenschaftler gemeinsam auf Professorenstellen bewerben. Schon im Anschreiben wollten die Männer klarstellen, welche Ziele und Vorteile mit so einer geteilten Professur verbunden wären – für sie selbst, für ihre Frauen und Kinder, aber auch für die Gesellschaft und die Universität, die sich einer Pioniertat würde rühmen können.

Anderthalb Jahre später rief ich den jungen Mann an. Er hatte auf seine Bewerbungen nicht eine einzige Antwort bekommen.

Soviel zum Stand der Dinge.

Mit wohlwollender Neugier beobachte ich, wie junge Väter und Mütter im Bekanntenkreis sich schon jetzt wacker schlagen. Es gibt Familien, bei denen dank Elterngeld nach der Geburt des Babys alle gemeinsam zwei Monate zu Hause sind, um sich aneinander und das Leben zu dritt zu gewöhnen. Mittelschichtspaare, die es sich leisten können, nutzen die Vätermonate für eine lange Auslandsreise mit ihrem Kind. Ob sich die familienpolitische Leistung durch diese Umwidmung noch wie gewünscht auf die Rollenverteilung auswirkt, sei dahingestellt. Das andere mit dem Elterngeld verknüpfte Ziel, Mütter schneller wieder in den Beruf zu bringen und so ihre Erwerbstätigkeit abzusichern, empfinden die Paare offenbar nicht als drängend.

Wissenschaftlerinnen am Deutschen Jugendinstitut haben jüngst einen interessanten Befund veröffentlicht: In Familien, in denen Väter einen aktiven Part in der Kinderbetreuung übernehmen, heißt das nicht zwangsläufig, dass die Mütter an Zeit gewinnen würden. Im Gegenteil: Auch die Frauen kümmern sich verstärkt daheim. Offenbar gibt es ein genuines Bedürfnis, bei beiden Geschlechtern, einander nicht nur die Klinke in die Hand zu geben, um Arbeit, Kinder, Haushalt optimal aufeinander abgestimmt zu bewältigen. Die Studie legt nahe: Familien finden es einfach schön und wichtig, gemeinsam Zeit zu verbringen.

Als Teilzeitfrau bin ich davon alles andere als überrascht. Denn nicht die Teilzeit ist unser Problem. Die Vollzeitnorm macht Familien das Leben schwer.

FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG
Nr. 3R D3499C vom 20. Januar 2019

Das neue Heft.
Jetzt im Handel!

Dabei hier gratis lesen
www.diezeit.de/zeit

ZEIT WISSEN
77

FREI DEUTSCHLAND S. 6

DIE ZEIT



WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT WISSEN UND KULTUR



28. AUGUST 2018 17,- €



BRASILIEN

Da geht mehr...

Europa kann seine Macht zur Rettung einsetzen. Präsident Macron hat es

Immert noch mögen Brasiliens Anwesenheit auf dem Weltmarkt. Ursula von der Leyen ist die erste deutsche Kanzlerin, die einen

andere...
Das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

das...

Dürre



Jetzt ist er da!
Der große Kirill Petrenko gibt seinen Einstand bei den Berliner Philharmonikern
Freitag, Seite 28

Der Osten wählt
Wie Dresdens beste Buchhändlerin zur Sympathisantin der AfD wurde
Dresden, Seite 33

Wenn die Vermieter aus dem Westen kommen
Wien, Seite 35

Jetzt weltweit runde Ecken
Die Wählerfalschen werden 100
Chicago, Seite 41

LEBENSBIERT

Theodor-Wolff-Preis

Dr. Uwe Jean Heuser, Jahrgang 1961, leitet das Wirtschaftsressort der Wochenzeitung *Die Zeit*. Er studierte Volkswirtschaft in Bonn und Berkeley (USA), promovierte in Köln und erwarb einen Master-Titel in Harvard.

2004 erhielt er den Herbert Quandt Medien-Preis für die Artikelsammlung »Schöpfer und Zerstörer«. 2011 wurde er mit dem Dietrich-Oppenberg-Medienpreis der Stiftung Lesen ausgezeichnet. Sein Buch »Humanomics«, in dem er die Revolution des ökonomischen Denkens beschreibt, gewann den getabstract International Book Award als Deutsches Wirtschaftsbuch des Jahres 2008. »Anders Denken«, ein Buch für mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, war 2013 auf der Shortlist für den deutschen Wirtschaftsbuchpreis. Sein neuestes Buch »Kapitalismus inklusive« beschreibt, wie wir den Kampf gegen die Populisten bestehen.

Zusätzlich zu seiner Tätigkeit in der *Zeit*-Redaktion ist Uwe Jean Heuser Honorarprofessor für Ökonomie an der Leuphana-Universität in Lüneburg und engagiert sich unter anderem im Kuratorium der Studienstiftung.

DR. UWE JEAN HEUSER ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Thema des Jahres: Klimawandel« für seinen Beitrag »Alles auf einmal«, erschienen am 29. August 2019 in *Die Zeit*.

Alles auf einmal

Von Dr. Uwe Jean Heuser

Die Menschheit kann das Klima retten und den Wohlstand steigern – unter einer Bedingung: Sie muss radikal werden.

Jetzt brennt der Amazonas, auf jeder Titelseite, in allen Nachrichten. Davor war es der verdurstende deutsche Wald, der die Menschen in Atem hielt. Im Juli war es die unerträgliche Hitze, und bald werden es wieder die Gletscher sein. Eine Angstwelle jagt die nächste, und kein Tag, an dem nicht das Klima die Medien beherrscht und die Gedanken der Menschen. Jeder fragt sich: Ist die Erde noch zu retten?

An der Rettung dieses Planeten arbeiten bereits Abertausende Erfinder und Start-up-Unternehmer, Aktivisten und Lokalpolitiker, voller Leidenschaft und Hoffnung auf eine klimaneutrale Zukunft. Doch die Hoffnung bekommt immer wieder Dämpfer, wenn Konzerne und Konservative, Skeptiker und Zornige die Stimme erheben und vor überstürzten Maßnahmen, Jobverlusten, Armut warnen. Und vor den sozialen Aufständen, die unweigerlich folgten, wenn die Rettung der Umwelt zum einzigen politischen Ziel wird. Wie soll die Menschheit es da schaffen?

Können wir das Klima noch besänftigen und trotzdem den Wohlstand erhalten? Gelingt es uns, für unsere Kinder auch morgen einen menschenfreundlichen Planeten und ein nachhaltiges Wirtschaftssystem zu schaffen, ohne dass die Gesellschaften implodieren?

Eines steht fest: Aufregung und auch der Greta-Kult allein bringen niemanden weiter. Wir brauchen Antworten, müssen den wahren Stand der Tatsachen kennen. Sollten nach der Formel suchen, mit der die Erde zu retten ist. Wer mit solchen Fragen im Gepäck loszieht, landet sicher in New York bei einem Mann, der auf fast alles eine Antwort hat.

Jeffrey Sachs sitzt zu Hause in Manhattan auf dem Sofa und tut, was er am besten kann: die Welt retten. Wenn es heute jemanden gibt, der als Weltökonom gelten darf, dann ist es dieser 64-jährige Professor von der Columbia-Universität. Der Entwicklungsexperte war beruflich schon in 125 Ländern unterwegs, berät den UN-Generalsekretär bei der Erreichung globaler Entwicklungsziele und erhielt 2015 den Blue Planet Prize, eine Art Nobelpreis für grüne Vordenker.

Das Ziel sei klar, sagt Sachs, Mitte dieses Jahrhunderts dürfe die Menschheit das Klima nicht mehr belasten: »Bei allen Treibhausgasen muss dann eine Null stehen.« Und dann nennt er fast beiläufig die Bedingungen des Unterfangens: »Das darf die Weltwirtschaft nicht kaputtmachen, es darf die fünf Sechstel der Menschheit nicht stoppen, die beim Wohlstand aufholen, und es darf dem wachsenden Wohlergehen für alle nicht im Wege stehen.« Das bedeutet: Die Schwellenländer müssen reicher werden – und auch die Industrieländer an Lebensqualität zulegen. Sonst, so die Logik, enden alle Versuche, den Planeten zu retten, in Konflikten und Krieg. Die Sache werde nicht einfacher dadurch, dass mehr Wohlstand auch mehr Energie verbrauche, fährt Sachs fort und nimmt einen Schluck Wasser – es müsse halt alles erneuerbar sein. Oder beispielsweise in China auch nuklear.

Die ganze Weltbevölkerung muss mitmachen – aber wie?

Wow, möchte man sagen. Doch Sachs kommt jetzt zur guten Nachricht: »Es gibt fast schon einen Konsens darüber, wie dieser Moonshot« – ein gigantisches Projekt also, wie die Mondlandung – »zu bewerkstelligen ist.« Bahn, Autos und Gebäude mit Heizung und Kühlung müssten voll elektrifiziert werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe müssten rasch Lösungen ohne das Treibhausgas CO₂ entwickelt werden, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der Chemiebranche. Die Zahl der Aufgaben sei übersichtlich, findet der Mann auf dem Sofa: »Zusammen sind das nur zehn Punkte. Das macht es leichter.«

So ganz wäre die Erde damit trotzdem noch nicht gerettet. Methan und Lachgas heizen ihr obendrein ein, und die entstehen vor allem in der Landwirtschaft. Hier sei das Vorgehen noch nicht ganz klar, sagt Sachs. Natürlich dürften nicht so viele Flächen gerodet und müsse weniger Rindfleisch gegessen werden. Aber die Staaten bräuchten einen Plan, was bis wann zu geschehen hat: »Fragt die Ingenieure. Wir brauchen Klarheit.« Die Technik gibt den Takt vor, die Politik tanzt danach. So soll es sein.

Draußen auf der Upper West Side von Manhattan sind fast 40 Grad, drinnen analysiert Sachs mit kühlem Verstand. Man begreift, warum mehrere UN-Generale

ralsekretäre sich von ihm beraten ließen. Aber wie ist ihm das Klima zur Lebensaufgabe geworden? Wegen seiner Frau, einer Kinderärztin, die mit ihm in Afrika das Elend bekämpft? Sachs antwortet, er sage zum Beispiel den Afrikanern ganz offen, wie unberechenbares Wetter und Klimaschwankungen die Entwicklung ihrer Nationen hemmen. 2002 wurde er Chef des New Yorker Earth Institute und hatte es auf einmal mit Hunderten Klimaforschern und Ökologen zu tun. Die brachten ihm eine Menge bei über die Gefahren des menschengemachten Klimawandels. »Eine durch und durch ernüchternde Erfahrung«, sagt Sachs. Er hat mit seiner Frau drei Kinder, die auch gern alt werden wollen. Auch deshalb lässt jene Weltkrise, die seine Generation ihren Kindern und Enkeln beschert, dem Vater und Großvater Sachs keine Ruhe.

Soll die Sache noch gut ausgehen, muss die ganze Weltbevölkerung mitmachen – bloß wie? Vor allem Öl- und Gasnationen wie Russland, Saudi-Arabien, Kanada und die USA leben ja förmlich vom Klimafrevel. »Bei uns in Amerika ist die Ölindustrie die mächtigste Lobby«, konstatiert Sachs. »Seit den Neunzigerjahren gab es keine wahrhaft neuen bundesweiten Klimagesetze mehr.« Zuallererst aber gelte es, Europa zu gewinnen, danach die großen Ölimporteure China und Indien. Und danach die meisten Länder Südamerikas. »Erst eine Mehrheit schaffen, dann gewinnt man den Kampf« – sogar in den USA, auch wenn die gerade von einem Psychopathen geführt würden und sich wie ein Schurkenstaat aufführten. Trotzdem: Fast die Hälfte der Bundesstaaten bewege sich schon weg von den fossilen Brennstoffen.

Geht doch, lautet Jeffrey Sachs Botschaft – und kostet nicht viel. »Vielleicht ein Prozent des Volkseinkommens. Das ist kein großes Hindernis.« Nur müsste die Menschheit sich tatsächlich ordentlich beeilen.

Man stelle sich das mit dem Wohlstand und dem Klima vor wie eine Wanderung mit einem Sack voll Goldstaub auf dem Rücken. Irgendwann reißt ein kleines Loch ein, erst rieseln nur winzige Mengen heraus, doch mit der Zeit wird das Loch größer und größer. Je später der Wanderer, also die Menschheit, das Loch bemerkt und je weiter der Klimawandel voranschreitet, desto teurer wird es, ihn zu stoppen. Desto mehr Wohlstand rieselt heraus.

Die Menschheit ist schon eine ganze Weile unterwegs. Spätestens seit Ende der 1980er-Jahre wissen alle vom menschengemachten Klimawandel und dessen Gefahren. 1992 gelobte die Gemeinschaft der Nationen auf dem Erdgipfel

von Rio erstmals, sich ihm entgegenzustemmen. Damals war schon klar: Mitte dieses Jahrhunderts muss die Menschheit damit aufhören, Klimagase in die Luft zu entlassen.

Auf den Klimagipfeln regierte die schöne Theorie. In der Praxis aber hat das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum allen Fortschritt aufgebraucht und noch mehr. Seit damals hat der globale Ausstoß des Klimaschädling CO₂ nicht etwa abgenommen, sondern ist von gut 20 auf über 35 Milliarden Tonnen im Jahr gestiegen. Auch wenn viele Industrieländer etwas unternahmen gegen den Frevel – es war nie genug. Und die Uhr läuft. 1990 hatte die Menschheit noch 60 Jahre Zeit, um klimaneutral zu werden. Jetzt sind es noch 30.

Zum Glück ist zur Halbzeit aus dem Sack noch nicht viel Gold gerieselt. Die Nationen könnten den Klimawandel nach wie vor noch rechtzeitig bewältigen und auch ihren Wohlstand erhalten – ja sogar steigern. Allerdings dürfen sie sich dabei nicht mehr viele Fehler erlauben. Vor allem Europa nicht, das seit der Erfindung der Dampfmaschine im 18. Jahrhundert sämtliche Vorteile der Treibhauswirtschaft genossen und deren Kosten auf dem Planeten abgeladen hat. Die Europäer waren es, die jenes verheerende Produktions- und Konsummodell schufen, das die anderen Nationen verführte. Anders als die Vereinigten Staaten fördern sie heute kaum noch Öl und Gas und haben daher auf dem Weg zu einer klimaschonenden Wirtschaft weniger zu verlieren. Egal also, ob man es moralisch oder pragmatisch betrachtet: Wenn Europa nicht bald demonstriert, dass es auch anders geht, dann wird es niemand tun. Von hier aus muss das neue Denken wie eine Welle um die Erde gehen.

Warum auch nicht? Alles noch (!) denkbar, machbar, bezahlbar – und glücklicherweise ziehen die Jugendlichen von »Fridays for Future« und die neuesten Umweltkatastrophen alle Aufmerksamkeit aufs Klima. Ein historischer Moment, keine Frage. Bloß gibt es noch ein paar Probleme.

Zum Beispiel fällt der Ökoenthusiasmus erfahrungsgemäß leicht in sich zusammen. Gerade die Deutschen kennen das. Vor 20 Jahren führte die erste rot-grüne Bundesregierung die Ökosteuer ein. Lange hatten Forscher und Politiker eine derartige Abgabe diskutiert, 1999 wurde sie dann Wirklichkeit und sollte – erst niedrig und dann jährlich ansteigend – die wahren Klimakosten von Mineralöl, Strom und Gas offenlegen. Auf die soziale Frage gab es auch eine Antwort: Die Einnahmen flossen in die Rentenkasse, um die Arbeit von Neben-

kosten zu entlasten. Heute, da alle Welt CO₂ besteuern will, erscheint eine langsam wachsende Ökosteuer visionär. Doch die Vision währte nur kurz. Schon 2001 – die Wirtschaft lief schlecht, der Ölpreis stieg – beendete Bundeskanzler Gerhard Schröder das Projekt unter dem Druck von ADAC und Springer-Presse. Er entschied: Die Steuer steigt in der Zukunft nicht mehr weiter an. Deshalb geistern die Rudimente dieser Idee bis heute (in der Größenordnung von jährlich 20 Milliarden Euro) durchs deutsche Steuer- und Rentenwesen.

»Mit fünf Metern Meeresspiegel plus können Sie Manhattan vergessen«

Klima ist Politik. Das lernte James Hansen, 78, auf die harte Tour. Der in Iowa geborene Physiker und Mathematiker erforschte den Weltraum bei der Nasa, doch bald widmete er sich der Erdatmosphäre und wurde oberster Klimaexperte der Luft- und Raumfahrtbehörde. Als einer der Ersten überhaupt erkannte er die Dramatik des Klimawandels und sagte schon 1981 bemerkenswert klar voraus, was in den nächsten Jahrzehnten den Gletschern und Ozeanen widerfahren würde. In Washington kämpfte er während der Achtzigerjahre für einen Klimapakt – entschlossen und letztlich erfolglos.

Eigentlich hat James Hansen sich selbst Schweigen verordnet, weil er gerade sein Buch *Sophie's Planet* vollendet, das von der Zukunft des Planeten handelt. Es basiert auf Briefen an seine Enkelin Sophie, die im Verein mit anderen Jugendlichen die amerikanische Regierung wegen mangelnder Zukunftsvorsorge verklagt hat. Aber dann willigt Hansen doch ein zu telefonieren. Es geht immerhin um sein Lebensthema.

Hansen glaubt, dass der Klimawandel noch immer unterschätzt wird, und hat sich deshalb sogar mit dem Weltklimarat angelegt. Am bedrohlichsten erscheint ihm der Anstieg des Meeresspiegels. Noch seien das nur ein paar Zentimeter. Doch das Tückische am Klimawandel sei, dass die Folgen erst über die Jahrzehnte spürbar würden. Zuletzt droht den Nationen der Verlust ihrer Küstenstädte – und damit eines großen Teils ihres Wohlstands. »Mit fünf Metern plus können Sie Manhattan vergessen«, sagt James Hansen eindringlich. Und weil gleichzeitig unerträgliche klimatische Bedingungen in den Subtropen

drohten, die den Migrationsdruck vervielfachen würden, »könnte der Planet unregierbar werden«.

Mittlerweile konzentriert sich der geniale Forscher daher auf die Politik. Jahrelang hat er versucht, Jugendliche für den Kampf um ihre Zukunft zu gewinnen. Doch das war schwer. Selbst zu seinen Uni-Auftritten kamen vor allem ältere Hörer. »Die Jungen denken, sie wissen schon alles«, vermutet Hansen.

Mittlerweile hat sich der Aktivist Hansen radikalisiert, er will das Zweiparteiensystem der USA sprengen. Die Republikaner seien in der Hand der Öl- und Gaswirtschaft, sagt er. Die Demokraten frustrieren ihn noch mehr, weil sie nie ehrlich fürs Klima kämpften – nicht einmal unter Barack Obama. Sein Land brauche eine dritte Partei, die es mit beiden aufnehmen und den Wunsch großer Teile des Volkes nach Klimaschutz durchsetzen kann. Sophie's Planet soll dabei helfen.

Doch mehrere Faktoren erleichtern es der Politik, das Thema zu verschleppen: Jederzeit könnte eine Finanzkrise oder ein drohender Krieg die Klimafrage in den Hintergrund drängen. Außerdem koste der Klimaschutz zwar insgesamt nicht viel, käme jedoch einzelne Gruppen wie die Kohlekumpel und Ölförderer, Großbauern und Schwerindustrielle durchaus teuer zu stehen. Und auch klimafreundliche Lösungen entfalten auf Dauer ihre Nebenwirkungen und provozieren Widerstände. So schneiden etwa Windräder nicht bloß ins Landschaftsbild, sie sind auch schwer zu entsorgen. Die Produktion von E-Autos braucht extrem viel Energie und ist auf die umstrittenen seltenen Erden angewiesen. Zwar alles lösbar – aber zunächst ein Grund zu zaudern. Denn: Nichts im Klimaschutz ist so leicht, wie es aussieht. Was umgekehrt heißt: Wenn die Nationen Wohlstand und Klima erhalten wollen, müssen sie mehr tun, als einzelne wohlformulierte Pläne fordern.

Zusätzlichen Ärger machen die Langzeitwirkungen des CO₂ in der Zukunft. Im Jahr 2008 veröffentlichte James Hansen eine Studie, die es in sich hatte. Seine These: Auch wenn die Weltgemeinschaft klimaneutral wird und die Erderwärmung unter den als Verheerungsgrenze definierten zwei Grad halten kann, hat sie noch nicht gewonnen. Sollen langfristig nicht doch die Küsten überschwemmt und ganze Landstriche (etwa die Golfregion) unbewohnbar werden, dürfen die CO₂-Anteile in der Atmosphäre 350 parts per million (ppm) auf Dauer nicht überschreiten.

Diese Obergrenze war aber schon 2008 überschritten. Bis heute hat die Menschheit den Wert auf über 410 ppm hochgetrieben und steigert ihn weiter. Daher, sagt Hansen, müsste sie nun »negative Emissionen« erzeugen. Sei sie klimaneutral geworden, müsse sie CO₂ in großer Menge aus der Atmosphäre herausfiltern. Dazu reicht es nicht, den Klimafrevel zu verteuern. Man braucht die Technologie.

Wem jetzt das Herz in die Hose sinkt, weil er denkt, das ist nicht zu schaffen, der findet vielleicht Trost bei jenem System, das dem Klima so lange zugesetzt hat und jetzt doch sein bester Freund werden könnte: dem Kapitalismus. Der nämlich ist gemacht für schnelle, große Veränderungen.

Radikaler Wandel wirkt immer unmöglich – bis er geschieht

Wenn es nichts Großes zu entwickeln gibt, dann weiß der Kapitalismus nicht, wohin mit seiner Kraft: Er läuft heiß und produziert Blendwerk wie etwa die Immobilienkredite in den USA, die 2008 die Weltfinanzkrise auslösten. Gibt es aber tatsächlich Dinge zu erfinden oder rasch zu verändern, dann kommt die Kredit-, Investitions- und Innovationsmaschine ins Laufen.

Radikaler Wandel wirkt immer unmöglich – bis er geschieht. Der Kapitalismus war zum Beispiel in der Lage, die ganze Erde binnen weniger Jahre mit einem Netz von Milliarden Smartphones zu überziehen und damit die Kommunikation der Menschen, ihr soziales und politisches Leben neu zu definieren. Warum sollte er das mit dem Klima nicht können?

Tatsächlich arbeiten schon heute unzählige Unternehmer und Forscher an Lösungen für die große Null, die am Ende überall stehen muss. Sie entwickeln Elektro- oder Wasserstoffantriebe für Schiffe und basteln an klimaneutralen Flugzeugen. Sie lassen im Kleinen schon die Null in der Landwirtschaft oder am Bau wahr werden. Oder sie versuchen, die Erde abzukühlen, und düngen beispielsweise das Meer mit Eisen, damit das Plankton rasend wächst und mehr CO₂ aufnimmt. Andere wollen mit riesigen Staubsaugern ungeheure Mengen Luft von Treibhausgasen reinigen. Ja, auch dieser gefährliche Zauber gehört zur Klimarettung: Geoengineering nennt sich die Disziplin.

Verteilt über die Kontinente ist eine kleine Forscher-Armee dabei, die Blaupausen für die Klimarettung zu entwerfen. Was sie brauchen, ist ein fairer Wettbewerb mit den herkömmlichen und schädlichen Techniken, die vielfach – auch in Deutschland – noch subventioniert oder von starken Lobbyisten und ihren Lieblingspolitikern gehätschelt werden. Und dann brauchen sie die Null! Also die klare Vorgabe, dass ab einem bestimmten Datum kein Treibhausgas mehr Fabriken und Autos, Landflächen und Flugzeuge verlassen darf.

Dann geht viel, vielleicht alles. Es heißt immer, Innovationen ließen sich nicht bestellen. Das ist falsch. Eine spezielle Erfindung lässt sich zwar mit Geld und Gesetz nicht erzwingen, wohl aber lässt sich die wirtschaftliche Fortschrittsmaschine in die gewollte Richtung lenken. So war es bei der Einführung des Katalysators im Auto, den die Industrie vorab als eine Art Todesstoß beklagte – und dann locker bewältigte. So war es beim FCKW, als die Ozonschicht gerettet wurde. Technischer Fortschritt kann gewaltig sein: Die Sonnenenergie kostet heute ein Zehntel ihres Preises in den Neunzigerjahren.

Das Klima ist ein Jahrhundertproblem, auch technisch. Normalerweise setzen Staaten aufs Begrenzen und Verbieten – oder auf Innovation. Für dieses Entweder-oder ist es nun zu spät. Diesmal müssen ganze Gesellschaften beides verbinden. Erst dann entsteht eine Klimabewegung, die sich selbst verstärkt. So wie in Kopenhagen.

Ein Augustmorgen in der dänischen Hauptstadt am Meer. Zu Füßen des Besuchers erstreckt sich die neueste Errungenschaft der örtlichen Klimaschützer: eine Skipiste samt Liften. Sie führt über das gut 400 Meter abfallende Dach eines metallenen leuchtenden Gebäudes hinab, das aus einem bestimmten Winkel an die Hamburger Elbphilharmonie erinnert. Was aussieht wie ein neues Kopenhagener Wahrzeichen, ist keine Stätte der Hochkultur, sondern ein Ort des Mülls. Der wird hier, in diesem hochmodernen Werk verbrannt und in Strom und Fernwärme für mehr als 100.000 Haushalte umgewandelt.

Ab Oktober verläuft der Skibetrieb auf dem Dach der Müllverbrennungsanlage über Kunstmatten und Gras. Ein Teil der Fassade dient außerdem als Kletterwand, während drinnen täglich 250 Lastwagenladungen Müll verheizt werden. Der Dampf wird durch riesige Turbinen geleitet und entgiftet, bevor er in hübschen Rauchringen aus dem 85 Meter hohen Schornstein steigt. Die Anlage steht auf einer Industriebrache gegenüber der Altstadt. 200 Meter entfernt ist

ein riesiges Wohnhaus entstanden. Das grün angehauchte Spitzenrestaurant Noma – es galt jahrelang als das beste der Welt – ist in die Gegend gezogen. Cafés haben eröffnet, und im sauberen Hafenwasser grenzen Kordeln die Schwimmareale ab. Direkt daneben treiben die Wohncontainer für Studenten.

Die Stadt wachse immer näher heran, sagt der Kraftwerkschef Jacob Hartvig Simonsen. Die Anlage soll Menschen willkommen heißen, anstatt sie abzustoßen. Also lobte seine Firma einen Architekturwettbewerb aus, und fast zum Schluss kam der bekannteste Architekt des Landes, Bjarke Ingels, mit dieser Pistenidee an und gewann. »Mit großem Abstand«, ergänzt Simonsen. Baulich wurde es dann haarig.

Normalerweise sind solche Kraftwerke so gebaut, dass bei einer Explosion das Dach wegfliet. »Doch wir haben Skifahrer da oben!« Jetzt fliegt hier bei zu viel Druck die hintere Außenwand weg. »Wir sorgen aber dafür, dass wir den Druck unter allen Umständen kontrollieren.« Doch damit ist das Werk, es gehört den umliegenden Gemeinden, immer noch nicht fertig. Der Chef sucht derzeit nach der intelligentesten Technik, um das entstehende CO₂ aufzufangen und daraus mit Ökostrom den Flüssigkraftstoff der Zukunft zu machen.

Kopenhagen ist nur 334 Kilometer von Hamburg entfernt – und doch ein ganzes Jahrhundert. Fahrräder dominieren den Verkehr, Kreuzungen wurden zu wild verwachsenen Gärten, die bei Starkregen das Hochwasser aufnehmen. In den neuen Trendquartieren der 600.000-Einwohner-Stadt, die jeden Monat um mehr als tausend Bewohner wächst, entstehen reihenweise Passiv-Wohnhäuser. Stadtplaner und Jungunternehmer basteln ständig an Ideen. Im Hafen dürfen Besucher dank eines Start-ups kostenlos Kajak fahren – wenn sie dabei Müll aus dem Wasser fischen und im Bootsbehälter mitbringen. Jetzt soll eine neue Metrolinie eingeweiht werden – in einer Stadt, die vor zwei Jahrzehnten noch keine U-Bahn besaß.

Kopenhagen war schon vom Greta-Virus erfasst, als es Greta Thunberg noch gar nicht gab. Die hier führenden Sozialdemokraten wurden sehr früh grün und stellten schon 1971 den ersten dänischen Umweltminister. In den 1980er-Jahren, als Kopenhagen ökonomisch und ökologisch am Boden lag, begann das große Saubermachen mit dem Ziel, dass die Bürger dereinst im Hafen schwimmen könnten. Damals heizten noch viele Dänen mit Petroleumöfen, nach und nach wurden 99 Prozent der Haushalte aber ans Fernwärmenetz angeschlos-

sen. Der geplante Bau einer Autobahn quer durch die Stadt scheiterte zum Glück am Geld. Stattdessen begann die Arbeit an einem 450-Kilometer-Netz aus breiten Fahrradwegen.

»Wir können nicht auf alle anderen warten«

Vor hundert Jahren war das Fahrrad in Kopenhagen ein Zeichen bescheidenen Wohlstands. Zur Wirtschaftswunderzeit stiegen die meisten aufs Auto um, in den 1970er-Jahren trat kaum noch jemand in die Pedale. Die Ölpreiskrise brachte die Wende. Heute nutzen etwa die Hälfte aller Pendler das Rad. Regelmäßig fragt die Stadt ihre Bürger, wo neue Wege entstehen sollen und wo Radparkplätze fehlen. Gerade wurde die zweite futuristisch designte Fahrradbrücke über den großen Kanal eröffnet, um Räderstaus aufzulösen. Radfahren soll cool sein. Und bequem.

»Ich habe fünf Fahrräder«, sagt der Oberbürgermeister Frank Jensen. Wenn er dienstlich Auto fährt, dann möglichst elektrisch. Seit Jahren schafft die Stadt keine Benziner mehr an und tut auch sonst alles, um das 2012 verabschiedete Ziel zu erreichen: 2025 will Kopenhagen klimaneutral sein. »Mit Regulierung können Sie eine Menge erreichen«, sagt Jensen. So seien die Busunternehmen zwar privat, aber die Stadt habe sich mit ihnen geeinigt, dass sie ab 2025 alle elektrisch fahren. Ebenso die Hafenfähren. Auch technisch will die Stadt vorn sein. Die neuen Wohn- und Bürohäuser haben riesige Fenster, bei Sonnenschein heizen sie sich auf. Um Klimaanlage zu vermeiden, bieten die Kopenhagener deshalb Fernkälte an, gespeist aus dem ziemlich kühlen Hafenwasser.

Der Plan für 2025 ist einfach: grünes Wachstum und neuer Wohlstand ohne zusätzliche Kosten für die Bürger. Alle Betroffenen werden früh in Entscheidungen einbezogen. Die Stadt arbeitet eng mit Firmen und Universitäten zusammen, und fast alle Investitionen kommen aus dem privaten Sektor. Am Ende soll die Energie vollständig erneuerbar sein und der Verkehr unter dem Strich neutral. Außerdem versucht Kopenhagen klimaschonende Baumaschinen zu entwickeln. Weil die dänische Wirtschaft allein zu klein ist, arbeitet die Stadt viel mit den Schweden und Norwegern zusammen.

Am meisten fühlen sich die Stadtreformer von all den nationalen und europäischen Regeln gestört. So verwehrt das eigene Land ihnen eine Citymaut. »Wir

können nicht auf alle anderen warten«, heißt es verärgert bei den Klimastrategen. Kopenhagen, in vielen Rankings der Klassenbeste, will vorn bleiben. Dafür soll künftig auch ehrlicher gemessen werden. Bisher berechnet die Stadt nur die Klimaeffekte, die auf ihrem eigenen Gebiet entstehen. Doch was ist mit der Landwirtschaft, die die Nahrung liefert? Und was mit all den Betonplatten für die Neubauten, die in Polen hergestellt und mit dem Frachtschiff herübergeschippert werden? In den nächsten großen Plan soll all dies einfließen.

Künftig werde es schwieriger, fürchtet Cecilia Lonning-Skovgaard, die liberale Bürgermeisterin für Arbeit und Integration. Die Stadt diskutiere einen Fleisch-Bann für Kitas oder eine Fahrerlaubnis lediglich für grüne Lastwagen. So etwas schaffe Misstrauen, bedrohe kleine Firmen und Lehrstellen. Bisher hätten ehrgeizige Klimaziele die Dänen zusammengeschweißt und stolz gemacht, sagt die Managerin. »Aber noch wurde die Öffentlichkeit nicht wirklich ausgetestet, und nur zehn bis fünfzehn Prozent sind echte Gläubige.«

Trotzdem ist es kaum vorstellbar, dass Kopenhagen vom grünen Weg abkommt: Es ist die Stadt von Dan Stubbegaard, dem Gründer der international erfolgreichen Architekturfirma Cobe Architects. Er baut alte Hafenspeicher zu Wohnhäusern um und bringt seinen Kunden bei, Neubauten so flexibel zu planen, dass sie möglichst lange von Nutzen sind. Seine Erfahrung: »Menschen sind gut in Veränderung, wenn sie an der Klippe stehen.«

Es ist die Stadt des Spitzenkochs Matt Orlando, der in seinem Restaurant Amass die CO₂-Bilanz radikal verbessert, indem er neue Verfahren für die Weiterverwertung von Essensresten entwickelt, viele Zutaten im eigenen Restaurantgarten anbaut und jeden Tropfen Wasser sammelt. Amass ist ein Klimaschutz-Experiment, das Köchen überall zugutekommen soll.

Es ist die Stadt der Unternehmerin Mette Lykke, die »Too good to go« führt. Das grüne Start-up vermittelt in ganz Europa übrig gebliebenes Essen von Bäckern, Supermärkten oder Buffetküchen als Überraschungspakete zum Billigpreis. 13 Millionen registrierte Kunden können sie buchen und abholen. »Ich habe eine Berufung«, sagt sie.

Aus Kopenhagen kommt diese optimistische Botschaft: Klimaschutz wirkt ansteckend, wenn man sich ihm verschrieben hat. Große Ziele machen erfinderisch, und das, was eben noch ungemütlich wirkte, wird zum Alltag. Geschieht vieles parallel, verlieren die meisten Bürger zwar etwas an irgendeiner

Stelle, gewinnen aber woanders an Wohlstand und Lebensqualität hinzu. Streitet die Politik dagegen dauernd über einzelne Maßnahmen, die bestimmte Gruppen belasten, türmt sich die Abwehr.

Alles auf einmal! Das ist der Weg in dieser Zeit, in der die Welt schon über das CO₂-Ziel hinausgeschossen ist. Soll man klimaschädlichen Konsum verteuern und verbieten – oder auf die Moral der Konsumenten setzen? Beides!

Soll man Treibhausgase einsparen oder auf Geoengineering setzen? Auch das ist keine Alternative. Rechnet man von 2050 zurück, wird klar: Es bleiben wenig Optionen. Ja, der Preis für CO₂ muss steigen, und gleichzeitig werden Deadlines notwendig. Wer heute noch ein fossiles Kraftwerk genehmigt, sollte sich nicht als Klimaschützer dicketun. Neue Gebäude müssen ohne Gas- und Ölheizungen auskommen. In zehn Jahren darf kein Benzinauto mehr gebaut werden. Mit der Flug- und der Schiffsbranche sind Verfallsdaten für klimaschädliche Antriebe zu vereinbaren. Man sieht: In den verlorenen 30 Jahren seit 1990 wurde aus dem Entweder-oder des Klimaschutzes ein Sowohl-als-auch.

Ein Minister reicht nicht. Eine Klimaregierung ist nötig

Vielleicht brauchen die Nationen dieses Fünf-nach-zwölf-Gefühl. Die Einsicht, dass alles auf einmal zu geschehen hat. Dass ein Umweltministerium nicht reicht, das mit anderen Ressorts um Aufmerksamkeit ringt – sondern eine Klimaregierung nötig ist. Eine Klimanation.

Ottmar Edenhofer ist eine deutsche Mischung aus Jeffrey Sachs und James Hansen: Ökonom und Klimakenner, aktiv als Forscher und politischer Berater. Der 58-jährige Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung hält nichts vom Denken in Alternativen, die Natur gibt das nicht mehr her. Zwischen 2030 und 2040 müssten Strom und Wärme vom CO₂ befreit sein, sagt er. Danach gelte es, weltweit Treibhausgas einzusparen. »Durch Aufforstung. Durch das Auffangen und Verpressen von CO₂. Muss alles dabei sein.«

Edenhofer denkt darüber nach, wie eine Gesellschaft das schaffen soll. Das Klima berühre die ganze Politik, sagt er, »Steuer-, Finanz-, Ausgabenpolitik und so weiter«. Wenn die E-Autos kommen, fällt die Mineralölsteuer weg. Wenn der Klimaschutz das Leben für Ärmere zu teuer macht, müssen diese entlastet

werden. Die öffentlichen Einnahmen müssten dann aus anderen Quellen kommen, sagt Edenhofer. Bleibt die Frage, ob die Bürger dem Staat einen solchen Umbau noch zutrauen. Und der es sich selbst.

»In Deutschland haben wir eine tolle Klimarhetorik, aber eine grauenvolle Praxis«, kommentiert der Experte. Der Staat greife überall ein und reguliere vieles weich, statt wenige harte Grenzen zu setzen. So hätten gut gemeinte Subventionen bei der Energiewende von 2011 ein Revival klimaschädlicher Kohlekraftwerke ausgelöst, die eigentlich verboten gehörten. Auch bei den Immobilien sei der Staat zu weich. 80 Prozent der Preissteigerungen in den Städten seien dem Boden geschuldet, nicht den Gebäuden: »Das Klima könnte gewinnen, wenn niedrige Bodenpreise mehr Spielraum für umweltfreundlichen Wohnungsbau ließen.« Doch eine Grundsteuerreform, die am Boden ansetzt, werde kaum diskutiert.

Dass Berlin mit der CO₂-Steuer zögert, passt ins Muster. Doch worauf warten? Wenn das CO₂-Geld an die Bürger verteilt wird, lassen sich sogar Skeptiker für den Klimaschutz gewinnen. Und ein steigender CO₂-Preis könnte verhindern, dass fossile Energie durch neue Gewinnungstechniken wie das Fracking wieder billig wird und den Weg aus der CO₂-Falle blockiert. Stattdessen wird die Steuer im klassischen Entweder-oder-Stil gegen den europäischen Emissionshandel ausgespielt. Dabei bräuchte Deutschland die Steuer zusätzlich zur EU-Lösung, um wenigstens die bisher gemachten Klimaversprechen zu erfüllen.

Alles auf einmal – der radikale Wandel ist der einfachste. Deutschland kann dabei von den Dänen lernen oder auch von den Finnen, die alle Bürger, Wissenschaftler und Unternehmer ausdrücklich einladen, am Bau eines »grünen Kapitalismus« mitzuwirken. Das würde dem Planeten helfen.

Und dem Land. Gegen das, was die Nationen in diesem Jahrhundert klimatechnisch und gesellschaftlich auf die Beine stellen müssen, war das Internet ein Kinderspiel. Arbeitnehmer werden in einer digital-ökologischen Wirtschaft umlernen, Konsumenten ihre Vorstellung von Shoppen und Lebensqualität ändern, Unternehmen sich völlig neu orientieren müssen. Die grüne Innovationswelle wird früher oder später kommen und neben enormen Verwerfungen auch gewaltigen Wohlstand bereithalten.

Klima könnte das größte Geschäft des 21. Jahrhunderts werden – gerade für die Deutschen, die vor 20 Jahren schon einmal führend waren bei der Umwelt-

technik und der Umweltpolitik und die dann abkamen vom grünen Weg. Das Land der Ingenieure und Exporteure, der Mülltrenner und Waldschützer muss diesmal vorneweg laufen. Nach dem Silicon Valley darf nicht auch noch das Climate Valley weit weg am Pazifik entstehen.

DIE ZEIT

Nr. 36 vom 29. August 2019

Theodor-Wolff-Preis

Marcus Jauer, Jahrgang 1974, in Borna bei Leipzig geboren, hat als Redakteur für die *Süddeutsche Zeitung* gearbeitet – zuerst für die Berlin-Seite, später als Reporter für die Seite Drei und als Streiflicht-Autor. Danach wechselte er zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, wo er die Reportage-Seite im Feuilleton aufbaute und sechs Jahre lang leitete. Seit 2014 arbeitet er als freier Autor, unter anderem für *Die Zeit* und das Magazin der *Süddeutschen Zeitung*. Er ist Vater von drei Kindern, wohnt in Berlin und hat mit seiner Frau Alexa Hennig von Lange mehrere Sachbücher veröffentlicht.

MARCUS JAUER ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Thema des Jahres: Klimawandel« für seinen Beitrag »Bis sie versinken«, erschienen am 13. Juni 2019 in *Die Zeit*.

Bis sie versinken

Von Marcus Jauer

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert warnen Wissenschaftler vor der Klimakatastrophe. Immer wieder sagen sie, es sei fünf vor zwölf, und vielleicht ist es sogar schon viel später. Doch warum folgt niemand ihrem Rat?

Hans Joachim Schellnhuber erklärt den Deutschen seit mehr als 25 Jahren den Klimawandel, trotzdem fallen ihm immer noch neue Bilder dafür ein. »Wussten Sie, dass die Kommandobrücke der Titanic nach Sichtung des Eisbergs noch 30 Sekunden gewartet hat, bevor sie den Kurs änderte?«, fragt er.

Dass der Mann am Steuer der Titanic einfach gewartet hat, davon hatte man zwar bisher nicht gehört, aber es ist natürlich ein starkes Bild. Dreißig Sekunden, in denen der Untergang noch hätte verhindert werden können. Dreißig Sekunden, in denen nichts geschah.

Hans Joachim Schellnhuber hat das Bild vor Kurzem bei einem Vortrag in Athen ausprobiert. Er hat die Zuhörer gebeten, 30 Sekunden herunterzuzählen, während die Katastrophe immer näher rückt.

»Das halten die Leute kaum aus«, sagt Schellnhuber, noch froh über die Wirkung. »Man glaubt gar nicht, wie lang 30 Sekunden sein können.«

Er sitzt in seinem Büro im Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, einem gelb-roten Backsteinbau, der auf einer Anhöhe über der Stadt liegt. Er hat den Klimawandel schon mit einem Asteroiden-Einschlag in Zeitlupe verglichen. Und die Menschheit, die darauf reagiert, mit einem Mann, der vom Hochhaus springt und bis zum Aufschlag denkt, bis hierhin sei doch alles gut gegangen. Nun ist es die Titanic, die untergeht, weil niemand handelt. Der Pressesprecher sitzt daneben und schreibt mit.

Hans Joachim Schellnhuber ist der bekannteste Klimaforscher des Landes, auf manchen Veranstaltungen wird er sogar als »der berühmteste Klimaforscher der Welt« angekündigt. Selbst wer sich in der Vergangenheit nur am Rande für den Zustand des Planeten interessierte, bekam es irgendwann mit seinem hageren Gesicht und der sanften Stimme mit dem niederbayerischen Akzent zu tun, beide stets im Ausdruck begründeter Sorge.

Es gibt vermutlich keinen deutschen Wissenschaftler, der in den vergangenen 25 Jahren stärker auf die Gesellschaft eingewirkt hat. Er hat Angela Merkel beraten, als sie noch Umweltministerin war, er war ihr Chefberater, als sie

Kanzlerin wurde. Er hat vor den Vereinen Nationen gesprochen, im Weißen Haus und im Vatikan, nachdem er auch noch den Papst beraten hatte. Er kennt Prinz Charles, Al Gore und Greta Thunberg und scheut sich nicht, das zu erwähnen.

Wer die vielen, vielen Interviews vergleicht, die Schellnhuber in diesen 25 Jahren gegeben hat, dem fällt auf, dass sie alle ähnlich ablaufen. Erst berichtet er, was der Menschheit nach dem neuesten Stand der Forschung droht – die schmelzenden Eisschilde, die Austrocknung des Regenwaldes, das Zusammenbrechen der Monsune, die Stürme, die Dürren, die Fluten, Millionen Menschen, die aus unbewohnbar gewordenen Gebieten fliehen, all der Horror, der inzwischen unser Bild von der Zukunft prägt. Dann sagt er, was die Menschheit dagegen unternehmen kann – Ausstieg aus Erdöl, Kohle und Gas, Ausbau von Wind- und Sonnenenergie, Umbau der gesamten Art und Weise, wie wir leben, wirtschaften und mit der Natur umgehen.

Ist die Katastrophe denn noch aufzuhalten?

»Ich bin überzeugt, dass es noch möglich ist«, sagt er dann meist in den Interviews, »wenn wir jetzt rasch handeln.«

Es ist wie mit seinem Bild von der Titanic. Die Lage ist dramatisch, die Katastrophe ist nah, und sie kommt scheinbar unaufhaltsam näher. Aber noch ist es nicht zu spät, um alles abzuwenden. Es ist fünf vor zwölf. Aber das seit 25 Jahren.

Wie kann das sein?

Um diesen Widerspruch zu klären, muss man nicht nur mit Hans Joachim Schellnhuber in Potsdam sprechen, sondern auch mit Andreas Oschlies in Kiel und mit Julia Pongratz in München: drei Klimaforscher, drei Generationen – und trotzdem wird es noch jemanden brauchen, der gar kein Klimaforscher ist, um den Widerspruch ganz zu verstehen.

Moderne Klimaforschung ist nicht nur der Versuch, die Zukunft des Planeten so genau zu beschreiben, wie das keine Wissenschaft zuvor in der Geschichte getan hat. Sie ist auch der Versuch, diese Zukunft zu beeinflussen. Klimaforscher berechnen nicht nur, welche Folgen der Klimawandel für die Menschheit hat. Sie sagen auch, was wann wie getan werden müsste, um ihn zu stoppen. Die Wissenschaft beschreibt nicht nur das Problem, sondern auch die Lösungen. Die Menschheit muss sich dann nur noch dafür entscheiden, das Richtige zu tun. Richtig, weil es wissenschaftlich berechnet ist.

»Zumindest war das die Hoffnung«, sagt Hans Joachim Schellnhuber. »Ich stopfe vorn Wissen hinein, und dann kommt hinten eine zielführende Entscheidung heraus. Ein simples lineares Modell.«

Als er Anfang der Neunzigerjahre zur Klimaforschung kam, war eine Erwärmung der Erde schon messbar. Auch dass der Mensch für sie verantwortlich ist, war mehr als eine Vermutung. Seit der Industrialisierung hatten Kohle, Erdöl und Erdgas für einen nie da gewesenen Wohlstand gesorgt. Doch bei deren Verbrennung entstand Kohlendioxid. So farb- und geruchlos, wie es war, hatte man es Jahrzehnte für vernachlässigbar gehalten. Zwar war der amerikanische Präsident Richard Nixon bereits Ende der Sechzigerjahre von seinen Beratern davor gewarnt worden, dass der ständig steigende Anteil von Kohlendioxid in der Atmosphäre zu einer weltweiten Erwärmung mit unvorhersehbaren Folgen führen könne. Doch im Kalten Krieg galt ein vom Menschen verursachter Klimawandel nicht als drängendes Problem. Und als der Kalte Krieg vorbei war? Dass das Bundesforschungsministerium gut zwei Jahre nach dem Mauerfall in Potsdam ein Institut für Klimafolgenforschung gründen ließ, war eher eine Maßnahme zum Aufbau Ost als eine zur Rettung der Welt.

Schellnhuber war damals ein junger Professor für Theoretische Physik mit Forschungsaufenthalten in Kalifornien und der begründeten Aussicht auf eine Karriere im Elfenbeinturm. Am Klima interessierte ihn vor allem, dass sich wissenschaftliche Theorien hier auf etwas Praktisches anwenden ließen. Nachdem er der Direktor des neuen Instituts geworden war, zog er sich wochenlang mit einem Stapel wissenschaftlicher Literatur zurück – alles, was es bis dahin zum Klimawandel gab. Danach hatte er ein Bild davon, was da Gewaltiges auf die Menschheit zurollte.

»Die Amerikaner nennen das den holy shit-Moment«, sagt Schellnhuber.

Damals zeichnete er auf einem Blatt Papier, groß wie eine Zeitungsseite, mit Pfeilen und Kästchen auf, wie sich die Erderwärmung durch alle Bereiche der Natur hindurch bis in die letzten Winkel der Gesellschaft auswirken wird. Ein Organigramm der Katastrophe, gemalt mit etwa hundert Buntstiften. Die Grafik hat Schellnhuber gegen Ende seiner Karriere in seine Autobiografie aufgenommen. Wer sie anschaut, versteht sofort: Das alles ist irre kompliziert.

Seit Anfang der Neunzigerjahre hat Schellnhuber alle Bundesregierungen in Sachen Klimawandel beraten. Er hat in dieser Zeit drei Bundeskanzler erlebt.

Erst Angela Merkel gab ihm das Gefühl, er werde tatsächlich gehört. Als er sie zum ersten Mal traf, standen beide am Anfang ihrer Karriere. Sie war gerade Umweltministerin geworden und musste sich davon freikämpfen, Helmut Kohls Mädchen zu sein. Er führte ein Institut, von dem Kollegen sagten, man könne es nach fünf Jahren auch wieder einstampfen, wenn es nicht laufe. Ein Wissenschaftler, der Politik machen will. Eine Politikerin, die Wissenschaftlerin war. Beide hatten sie Physik studiert. Wenn er ihr etwas erklären wollte, schrieb er die Formel auf, und sie verstand sie. Mit ihm wurde aus ihr die Klimakanzlerin, mit ihr wurde aus ihm ein Klimaflüsterer. Eine Zeit lang trafen sie sich alle paar Wochen. Auf einmal schien es, als wolle Deutschland das Klima der Welt im Alleingang retten.

»Angela Merkel ist eine der wenigen, die wirklich verstanden haben, worum es geht«, sagt Schellnhuber. Aber auch das sagt er fast immer.

Die Wissenschaft hat sich früh gefragt, wie stark die Menschheit das Klima noch belasten kann. Die Idee, dass es sogenannte Kipp-Punkte gibt, an denen das gesamte System in einer unumkehrbaren Kettenreaktion aus Katastrophen in einen Zustand rutscht, den es seit Bestehen der Zivilisation nicht gab, stammt von Schellnhuber. Er war nicht der erste Forscher, der glaubte, dass die mittlere Erdtemperatur um nicht mehr als zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit steigen darf, wenn man dieses Kippen vermeiden will. Er war nur der Erste, dem es gelang, daraus Politik zu machen.

»Vater der Zwei-Grad-Grenze« – er hat nichts dagegen, wenn man ihn so nennt.

»Es ging darum, überhaupt eine wissenschaftlich begründbare Widerstandslinie ins Spiel zu bringen«, sagt er. »Es war entscheidend, dass jemand sagt: Natürlich zählt jedes Zehntelgrad, aber hier ziehen wir eine Grenze und beschließen, sie zu verteidigen.«

Seit Schellnhuber die Politik berät, hat er diese zwei Grad durch den politischen Apparat der Welt gelotst. Von der Bundesregierung über die Europäische Union und die sieben führenden Industriestaaten bis hin zur Staatengemeinschaft der Welt. Gremium für Gremium, Konferenz für Konferenz überzeugte er eine Ebene nach der anderen von diesen zwei Grad. Sie sind heute Grundlage der weltweiten Klimapolitik. Wo die Menschheit im Kampf gegen die Erderwärmung steht, wird an dieser selbst gewählten Grenze gemessen. Die Wissen-

schaft hatte informiert, die Politik hatte entschieden. Das simple lineare Modell schien zu funktionieren.

Mittlerweile weiß jeder: Das war ein Trugschluss.

Seit Anfang der Neunzigerjahre steigt der Ausstoß von Kohlendioxid unverändert an. Er entspricht heute noch der Kurve, die die Klimaforscher damals für den undenkbaren Fall berechnet haben, dass nichts unternommen wird, um den Ausstoß zu senken. All die Solaranlagen, Windräder und Elektroautos haben daran nichts geändert, weil zugleich auch der Energieverbrauch der Menschheit zunahm. Heute wird mehr Kohle, Öl und Gas verbrannt als jemals zuvor. Das Klima reagiert schneller als die Gesellschaft.

Trotzdem sagt Hans Joachim Schellnhuber: »Ich denke, bei entschlossenem Handeln ist bis 2030 noch eine reale Chance gegeben, die Zwei-Grad-Latte nicht zu reißen.«

Es ist also immer noch fünf vor zwölf. Ist etwa die Uhr stehen geblieben? Oder was stimmt hier nicht?

Andreas Oschlies ist 16 Jahre jünger als Hans Joachim Schellnhuber. Er arbeitet am Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel. Von seinem Büro aus sieht er auf den Hafen und den Pier, an dem die Forschungsschiffe anlegen, wenn sie vom Meer zurückkommen. Die Möwen sind durch das geschlossene Fenster zu hören.

Andreas Oschlies hat Theoretische Physik studiert. Physiker spielten beim Kampf gegen das Wettrüsten in den Achtzigerjahren eine gewisse Rolle, weil sie Dinge berechnen und beweisen konnten. Das beeindruckte ihn: berechnen zu können, was richtig und was falsch ist. Als er an der Uni dann selbst an politischen Diskussionen teilnahm, merkte er schnell, dass etwas berechnen zu können allein noch gar nichts nützt.

»Ich dachte, eine Diskussion wird geführt, damit klar wird, was zu tun ist«, sagt er. »Aber es wurde nie klar. Es gewann einfach nur der, der am längsten redete.«

Es ist interessant, wie ratlos und erstaunt hochgebildete Wissenschaftler sein können, wenn sie auf das System Politik stoßen. Während es dem Wissenschaftler ständig darum geht, Widersprüche aufzulösen, um zu eindeutigen Ergebnissen zu kommen, kann es für den Politiker auch logisch sein, wenn Reden, Entscheiden und Handeln auseinanderfallen.

Solange ein Politiker sagt, er wolle das Klima schützen, muss er nicht unbedingt danach handeln. Er kann das damit begründen, dass das nicht auf Kosten des Wohlstandes geschehen dürfe, so wie Wirtschaftsminister Peter Altmaier. Er kann den Klimaschutz in die Zukunft verschieben, so wie die Bundesregierung, die die Ziele für 2020 verpassen wird, aber dafür die Ziele für 2030 einhalten will. Er kann die Ziele sogar noch verschärfen, wenn sich zeigt, dass sie kaum einzuhalten sind, so wie das 2015 auf der Klimakonferenz in Paris geschah. Das Einzige, was er nicht laut sagen darf: dass er das Klima nicht mehr schützen will.

Vor der Klimakonferenz in Paris konnten sich die Klimaforscher eigentlich nicht mehr vorstellen, wie die Menschheit noch unter zwei Grad bleiben wollte. Doch dann einigte sich die Staatengemeinschaft sogar auf ein noch ambitionierteres Ziel: 1,5 Grad. In dem Moment, als das alte Ziel kaum noch realistisch schien, setzte sie sich auf einmal ein strengeres, beschloss aber auch für dieses Ziel keine konkreten Maßnahmen. Angeblich war es der Auftritt der kleinen Inselstaaten, die sich vor der Überflutung fürchteten, der die großen Industriestaaten überzeugte. »Ich bin ein Inseljunge«, sagte der amerikanische Präsident Barack Obama. Endlich schien die Politik den Kampf gegen den Klimawandel ernst zu nehmen. Die Konferenz galt als Durchbruch, die Euphorie war enorm. Die 1,5 Grad wurden rund um den Globus gefeiert.

Aber waren sie überhaupt einzuhalten?

Andreas Oschlies gehört zu den Wissenschaftlern, die diese Frage untersucht haben. Er ist Mitglied im Weltklimarat, einem Gremium, in dem sich Tausende Wissenschaftler aus aller Welt zusammengetan haben. Der Weltklimarat hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Politik regelmäßig über den Stand der Forschung zum Klimawandel zu informieren, damit diese ihre Entscheidungen daran ausrichten kann. Nach der Konferenz von Paris war es erstmals umgekehrt. Die Politik hatte eine Entscheidung getroffen, 1,5 Grad. Nun bekam die Klimaforschung zwei Jahre Zeit, um in einem Sonderbericht zu zeigen, wie das gehen soll. Natürlich war sie frei, jedes Szenario zu prüfen. Sie war nicht verantwortlich für die Hoffnungen der Welt. Wissenschaft ist unabhängig, sonst sind ihre Aussagen nichts wert.

Nur was, wenn die Wissenschaftler der Welt sagen müssten, dass das, worauf sie sich gerade so euphorisch geeinigt hatte, nicht möglich war?

»Die Angst war tatsächlich da, dass wir am Ende feststellen, es ist unmöglich«, sagt Andreas Oschlies. »Damit hatte uns die Politik den Schwarzen Peter zugeschoben.«

Er hat im Januar in Kiel einen Vortrag über die Szenarios gehalten, nach denen die 1,5 Grad noch zu halten wären. Alles, was er sagte, fußte auf dem Sonderbericht des Weltklimarates, an dem er als Gutachter mitgearbeitet hatte. Es war eine öffentliche Veranstaltung, der Mitschnitt ist im Internet zu finden. Nichts war geheim. Aber das bedeutet nicht, dass es zu den Menschen durchdrang.

Das erste Szenario, das er vorstellte, geht von einer Menschheit aus, die dem Kampf gegen den Klimawandel alles andere unterordnet. Sie steigt sofort aus der Kohle aus, investiert in neue Techniken wie Elektroautos und ist bereit, international zusammenzuarbeiten, statt Handelskriege zu führen. Entsprechend schnell kann sie den Ausstoß an Kohlendioxid senken, aber natürlich kommt sie nicht auf null. Es gibt immer noch Flugzeuge, die mit Kerosin fliegen, und Wohnungen, die geheizt werden müssen. Es wird weiter mit Zement gebaut, bei dessen Herstellung Kohlendioxid entsteht. Um dieses Gas aus der Atmosphäre herauszuholen, wird aufgeforstet.

Wie viel Wald müsste man dafür pflanzen?

»Jedes Jahr die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik«, sagt Andreas Oschlies. »Jedes Jahr bis zum Ende des Jahrhunderts.«

Schon nach zwei Jahren müsste demnach eine Fläche von der Größe Deutschlands aus Wald bestehen, und zwar komplett, ohne Felder, auf denen noch etwas wachsen könnte, oder Weiden, auf denen Tiere stehen. In 30 Jahren müsste eine Fläche von der Größe Europas bepflanzt sein, und auch das würde nicht ausreichen. Gleichzeitig wäre der Energiebedarf der Welt weiterhin so groß, dass er von Windrädern und Solaranlagen allein nicht gedeckt werden kann. Um diese Lücke klimaneutral zu schließen, müssten jedes Jahr 25 Atomkraftwerke gebaut werden. Andernfalls bliebe der Temperaturanstieg nicht bei 1,5 Grad.

Ist das nicht total unrealistisch?

»Rechnerisch geht es auf«, sagt Andreas Oschlies. »Ich halte es nur nicht für umsetzbar.«

Er klingt überhaupt nicht dramatisch, wenn er so etwas sagt, auch nicht warnend, düster oder predigend, im Gegenteil. Eher wie jemand, der darüber staunt, wie die Realität ins Absurde rutscht.

»Wir haben jetzt mehr als 25 Jahre Horrorszenarios an die Wand geworfen«, sagt er. »Das hat nichts geändert, es hilft auch nicht mehr. Die Leute hören einfach nicht auf zu fliegen, zu heizen oder Fleisch zu essen. Wir müssen auch andere Handlungsansätze anbieten.«

Andreas Oschlies hat für die Deutsche Forschungsgemeinschaft in den vergangenen Jahren mit einer Forschergruppe sogenanntes Climate-Engineering untersucht. Das sind Techniken, die gezielt ins Klima eingreifen, um es zu steuern. Die Idee war unter Klimaforschern lange nicht besonders beliebt, wollten sie doch, dass die Gesellschaft ihr Verhalten ändert, statt Verfahren zu entwickeln, mit denen sie weitermachen konnte wie bisher.

Auch die Bevölkerung scheint sich vor den Folgen zu fürchten. Drei von vier Projekten zum Climate-Engineering wurden in Deutschland durch Bürgerproteste gestoppt. Übrig blieb eine Anlage im brandenburgischen Ketzin, bei der über fünf Jahre insgesamt einige Zehntausend Tonnen Kohlendioxid 650 Meter tief ins Gestein verpresst wurden, ohne dass es zu Problemen kam. Dennoch sind seitdem keine Modellversuche mehr genehmigt worden. Nach den ewigen Diskussionen um die Atommüll-Endlager scheut die Politik offenbar die Diskussion um Kohlendioxid-Endlager.

»Natürlich gibt es große Risiken«, sagt Andreas Oschlies, »aber wenn wir so weitermachen wie bisher, entstehen Risiken, die einfach unverantwortlich groß sind.«

Kohlendioxid aus der Erdatmosphäre zu entfernen bedeutet, an der Ursache des Klimawandels anzusetzen. Man könnte das Gas direkt aus der Luft filtern oder aus den Schornsteinen der Kraftwerke, aber das ist teuer oder technisch schwierig. Man könnte Wälder aufforsten oder eine Algenblüte im Ozean auslösen, die Kohlendioxid bindet. Man könnte das Kohlendioxid in die Tiefsee pumpen oder in tiefe Gesteinsschichten. Man könnte sogar die Tatsache nutzen, dass Gestein, wenn es verwittert, Kohlendioxid binden kann. Das ist ein Prozess, der auf der Erde ohnehin die ganze Zeit abläuft.

Wie würde das aussehen?

»Man würde einen Berg nehmen, ihn zerkleinern, auf einer Fläche ausbreiten und verwittern lassen«, sagt Andreas Oschlies.

Einen Berg welcher Größe?

»Um das zu kompensieren, was wir heute pro Jahr ausstoßen? Das Matterhorn. Zweimal pro Jahr.«

Zweimal pro Jahr das Matterhorn? Das ist doch genauso unrealistisch, wie die halbe Welt in Wald zu verwandeln.

»Es wären verzweifelte Maßnahmen«, sagt Oschlies. »Sie zeigen aber, wie riesig das Problem inzwischen ist.«

Die Entnahme von Kohlendioxid wird in den Berichten des Weltklimarates als »negative Emission« bezeichnet. Negative Emissionen werden in Gigatonnen gemessen. Dabei gibt es die Techniken für solche Größenordnungen noch gar nicht. Sie sind weder gut erforscht noch erprobt. Sie müssten jedoch spätestens in zehn Jahren einsatzbereit sein, damit sich die Erwärmung überhaupt noch auf zwei oder eineinhalb Grad beschränken ließe. Wenn die Politik darauf verweist, dass der Kampf gegen den Klimawandel nach Meinung der Wissenschaft immer noch zu gewinnen sei, dann meint sie genau diese Szenarios. Szenarios, die mit etwas rechnen, das bis jetzt nur auf dem Papier existiert.

Es gibt Journalisten, Politiker, aber auch Wissenschaftler, die Hans Joachim Schellnhuber irgendwann für einen Alarmisten gehalten haben, dem es in Wahrheit darum gehe, statt des Klimas den Menschen zu verbessern. Dabei hatte er recht.

Es war schon vor 25 Jahren fünf vor zwölf.

Jetzt ist es später.

Warum sagt das niemand offen?

Oliver Geden arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, deren Aufgabe es ist, die politischen Entscheidungsträger des Landes zu beraten. Dafür wird sie vom Kanzleramt bezahlt. Oliver Geden ist kein Klimaforscher, er ist Politikberater mit dem Schwerpunkt Klima. Er kennt beide Seiten und ist der Meinung, dass zwischen ihnen über die Jahre eine ungute Dynamik entstanden ist.

»Im Grunde gibt es zwischen Politik und Wissenschaft eine Art Arbeitsbündnis, in dem keiner die Verantwortung dafür übernehmen will, die globalen Klimaziele für gescheitert zu erklären«, sagt er.

Warum nicht?

»Weil die Politik kein Klimaziel verfolgen kann, von dem die Wissenschaft sagt, dass es gar nicht mehr erreichbar ist. Und weil die Wissenschaft Angst hat, dass, wenn sie ein Klimaziel vom Tisch nimmt, sich die Politik dann ein noch weniger ehrgeiziges sucht.«

Das klingt nach einem erstklassigen Teufelskreis, in den die Klimaforschung da verstrickt ist. Will sie nicht riskieren, dass die Politik den Kampf gegen den

Klimawandel schleifen lässt, darf sie nicht sagen, wie es tatsächlich um das Klima steht. Stattdessen beglaubigt sie Rettungsszenarios, die immer unwahrscheinlicher werden. Und das nur, weil die Politik sich nicht traut, der Gesellschaft zu sagen, was eigentlich nötig wäre, um diesen Kampf noch zu gewinnen. Dabei wurde die Gesellschaft gar nicht gefragt, wozu sie überhaupt bereit wäre.

Womöglich passiert ja genau deshalb nichts: weil niemand ihr die Wahrheit sagt.

Oliver Geden hat bereits vor sieben Jahren in einer Studie für den politischen Apparat aufgeschrieben, mit welchen rechnerischen Tricks man arbeiten kann, damit es in den Szenarios so lange wie möglich so aussieht, dass sich die Zwei-Grad-Grenze noch halten lässt – während es in Wirklichkeit dafür schon zu spät ist. Man kann in den Szenarios beispielsweise eine kurzfristige Überschreitung der Temperaturgrenze erlauben und diese Überschreitung später ausgleichen. Man kann auch die Wahrscheinlichkeit herunterschrauben, nach der bestimmte Klimakatastrophen eintreten. Oder man kann die Menge Kohlendioxid großzügiger berechnen, welche die Menschheit noch ausstoßen darf, und natürlich kann man die Anzahl der »negativen Emissionen« immer weiter erhöhen. Niemand wird etwas merken.

Aber ist das nicht eine zynische Anleitung zur Manipulation?

»Ich fand es den elegantesten Weg, offenzulegen, welches Spiel hier gespielt wird«, sagt Oliver Geden.

Damit kein Missverständnis entsteht: Oliver Geden ist niemand, der den Kampf gegen den Klimawandel sabotieren will, im Gegenteil. Er kümmert sich in der Stiftung darum, wie sich die deutsche Energiewende mit Europa synchronisieren lässt und wie Europa in internationalen Klimaverhandlungen auftritt. Er hat ein Jahr bei den Klimaforschern des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg gearbeitet, und er schreibt am nächsten Bericht des Weltklimarates mit. Er versteht, dass Politik und Wissenschaft unter verschiedenen Voraussetzungen handeln müssen. Er will nur nicht, dass dabei eine Situation entsteht, in welcher der Redliche am Ende als Alarmist dasteht.

»Die Verantwortung dafür, ob ein Klimaziel erreicht wird, muss wieder bei der Politik liegen und nicht bei der Klimaforschung«, sagt er.

Vermutlich kommen deshalb alle Klimaforscher, mit denen man spricht, früher oder später auf Greta Thunberg zurück. Jenes 16-jährige Mädchen aus

Schweden, das beschloss, wegen des Klimawandels freitags nicht mehr zur Schule zu gehen. Der Erfolg der Bewegung, die sie ausgelöst hat, liegt nicht darin, auf den Klimawandel hinzuweisen. Der Klimawandel war bekannt. Der Erfolg liegt darin, endlich auszusprechen, dass die Art und Weise, wie ihm bisher begegnet wurde, vollständig gescheitert ist.

Die Schüler, die jetzt demonstrieren, stellen sich ja nicht vor Tankstellen, ungedämmte Mietskasernen oder Flughäfen, von denen Billigflieger starten. Sie ziehen vor Parlamente und Ministerien.

Julia Pongratz ist noch einmal 15 Jahre jünger als Andreas Oschlies und ist nicht über einen Umweg zur Klimaforschung gekommen, sie wollte von Anfang an dorthin. Als sie zur Jahrtausendwende Abitur machte, war das Problem der Erderwärmung bereits in allen Zeitungen angekommen, und sie dachte, wenn es jemanden brauche, der dafür Lösungen sucht, dann könne das doch auch sie sein.

»Mir war nicht klar, dass man da schon genug wusste, um dringenden Handlungsbedarf zu rechtfertigen«, sagt sie. »Wir haben die Daten seitdem eigentlich nur noch verfeinert.«

Julia Pongratz arbeitet an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, wo sie seit Kurzem einen Lehrstuhl für Physische Geographie und Landnutzungssysteme innehat. Die Frage, wie der Mensch Land nutzt und dadurch das Klima beeinflusst, untersucht die Wissenschaft noch gar nicht lange. Sich auf die Industrialisierung zu konzentrieren schien wichtiger, deshalb starteten alle Klimamodelle mit dem Jahr 1850, in dem die Industrialisierung ihren Anfang nahm. Was davor lag, war unbekannt. Das zu ändern war der Auftrag, den Julia Pongratz als junge Doktorandin erhielt.

Wie viele Jahre zurück sollte sie forschen?

»So weit es geht«, sagt sie.

Im Kern handelt es sich um den Zusammenhang, der schon bei Andreas Oschlies auftaucht. Die Menschheit stößt Kohlendioxid aus, aber nicht alles bleibt in der Atmosphäre. Einen Teil speichern die Ozeane, einen anderen die Pflanzen. Doch mit jedem gefälltten Baum, jedem Quadratmeter abgeholzten Regenwald wird der Speicher kleiner. Dieser Prozess läuft ab, seitdem die Menschheit Wald rodet, um Brenn- oder Bauholz zu gewinnen oder Äcker und Weiden anzulegen – also seit mehreren Tausend Jahren.

Um diesen Prozess für den gesamten Planeten zu rekonstruieren, wühlte sich Julia Pongratz monatelang durch Bibliotheken und Archive. Sie stützte sich auf Schätzungen, wie sich die Bevölkerungszahlen über die Jahrhunderte entwickelt hatten, und rechnete hoch, wie viel Fläche nötig gewesen war, um diese Menschen zu ernähren. Für Europa fand sie Aufzeichnungen niederländischer Adeliger, die über Generationen hinweg Buch über die Erträge ihrer Äcker geführt hatten. Für Asien orientierte sie sich an den Dokumenten der kaiserlichen Steuerbürokratie in China. Für Afrika versuchte sie, mithilfe von Linguisten herauszufinden, wann in welcher Region die Sprache Ackerbau betreibender Stämme auftauchte. Es war akribische Detektivarbeit, nur um festzustellen, dass der Mensch vor der Industrialisierung doch noch keinen Einfluss auf das Klima hatte. Solche Vermutungen hatte es gegeben. Julia Pongratz hat sie widerlegt. Es war Grundlagenforschung, nicht mehr und nicht weniger.

Das einzige Ereignis, in dem die Anwesenheit des Menschen überhaupt in den weltweiten Daten ablesbar war, war der Mongolensturm. Jener Eroberungszug von Dschingis Khan und seinen Nachfolgern, deren Reiterarmeen im Mittelalter mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen. Menschen, die Land bewirtschaftet hatten, das sich die Natur nun, da sie tot waren, wieder zurückholte. Der Wald, der dieser Auslöschung nachfolgte, band so viel Kohlendioxid, dass es zu einer minimalen, aber globalen Abkühlung kam.

Man könnte sagen: Alles, was die Menschen an Klimaschuld abzutragen haben, stammt aus den vergangenen 150 Jahren. Davor mussten sie sich schon im großen Stil gegenseitig umbringen, damit das Klima überhaupt von ihnen Notiz nahm.

Mit dieser Erkenntnis hatte Julia Pongratz ihre ersten Auftritte in der Öffentlichkeit. Sie forschte damals gerade in Stanford, und der amerikanische Fernsehsender Fox, der den Klimawandel für eine Erfindung hält, holte sie ins Frühstücksfernsehen. Dort hieß es dann, ausgerechnet eine Deutsche habe herausgefunden, dass der einzige Mensch, der jemals einen messbaren positiven Einfluss auf das Klima ausgeübt habe, ein Massenmörder gewesen sei. In der englischen Boulevardzeitung Daily Mail erschien die Geschichte unter der Überschrift »Dschingis Khan, der Grüne«.

Man sieht Pongratz an, dass ihr das jetzt noch unangenehm ist.

Über jedes Detail ihrer Forschung kann man mit Julia Pongratz lange reden, und es ist immer interessant. Nur wenn man darüber reden will, worum es in

den Gesprächen mit Hans Joachim Schellnhuber und Andreas Oschlies fast die ganze Zeit ging – also wie die Klimaforschung noch auf die Menschheit einwirken kann, um deren Untergang zu verhindern –, weiß sie nicht so richtig, was man von ihr will.

»Da müssten Sie einen Politikwissenschaftler fragen.«

Auch Julia Pongratz hat ein Szenario erstellt. Danach ließe sich die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts um 0,3 Grad senken, wenn die Menschheit die Abholzung in den Tropen stoppt und außerdem eine Fläche von der Größe Brasiliens mit Wald bepflanzt. Es muss dafür weder die Sahara noch die australische Wüste aufgeforstet werden. Die Flächen, die es braucht, werden frei, weil die Landwirtschaft besser und durch den Klimawandel Ackerbau in Regionen möglich wird, die jetzt noch zu kalt dafür sind. Es ist ein absolut realistisches Szenario, in dem man kaum auf etwas verzichten müsste. Sie muss nicht einmal die Techniken einsetzen, von denen Andreas Oschlies spricht. Aber das Ganze bringt eben nur 0,3 Grad.

»Es ist eine Frage der Perspektive, ob man findet, das ist viel oder wenig«, sagt Pongratz.

Irgendwann im Laufe des Gesprächs ist man irritiert von dieser absoluten Sachlichkeit. Als spüre Pongratz weder die Pflicht, Alarm auszulösen, noch die Pflicht, Zuversicht zu vermitteln. Es ist bei ihr nicht fünf vor zwölf, aber auch nicht fünf nach zwölf. Sie benutzt überhaupt keine Bilder. Das Gefühl, sie müsse als Forscherin der Politik dabei helfen, ein Klimaziel einzuhalten, hat sie schlichtweg nicht.

»Theoretisch könnte es mir gleichgültig sein, was die Politik mit unserem Wissen macht«, sagt Pongratz, »deshalb sind die Forschungsergebnisse nicht weniger akkurat. Es steht auch keine Reputation auf dem Spiel. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es, Fakten zu liefern, nicht politische Handlungsanweisungen.«

Springt man noch einmal zurück zur Titanic von Hans Joachim Schellnhuber oder zum Matterhorn von Andreas Oschlies, wirkt es erst einmal wie eine deprimierende Bilanz, wenn die jüngste Generation von Klimaforschern nur noch Verantwortung für ihre Zahlen übernehmen will und nicht mehr für deren Wirkung. Aber im Grunde wird damit endlich geradegerückt, was zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik verrutscht war. Die Wissenschaft ist da, um zu forschen, die Gesellschaft bildet sich eine Meinung, die Politik handelt. Es soll-

te einfach nur jeder seine Aufgabe erfüllen, dann muss auch keiner jemand anderes Hoffnung sein. Denn das zeigt die letzte Europawahl: Wenn die Politik das Thema nicht ernst nimmt, muss sie irgendwann die Menge der Leute ernst nehmen, die das Thema ernst nehmen.

Hans Joachim Schellnhuber verliert nie ein schlechtes Wort über Angela Merkel. In keinem Interview aus den vergangenen 25 Jahren findet sich bei ihm auch nur der Anflug von Enttäuschung, wenn es um sie geht. Es ist, als halte er sie immer noch für die Wissenschaftlerin, die er einmal kennengelernt hat.

Aber vermutlich gibt es die Wissenschaftlerin Angela Merkel gar nicht mehr, es gibt nur noch die Politikerin.

Die Zeiten, in denen sie die Klimakanzlerin war und Schellnhuber ihr Chefberater, sind genauso vorbei wie die Zeiten, in denen Deutschland beim Klimaschutz anscheinend ganz allein vorangehen wollte. Schweden, Dänemark, Großbritannien, die Niederlande, die Schweiz sind heute wesentlich weiter, Deutschland gilt als Bremser. Doch das lastet Schellnhuber nicht Merkel an.

»Ich weiß, dass sie eine überzeugte Klimaschützerin ist«, sagt er, »aber sie kann eben manchmal nicht so, wie sie will.«

Als er vor einiger Zeit die Leitung seines Instituts abgegeben hat, richtete sie für ihn ein Essen im Kanzleramt aus. Es sollte wohl so etwas wie der Abschluss ihrer gemeinsamen Zeit sein. Er lud seine eigenen Gäste ein, der Regisseur Volker Schlöndorff kam, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strohm, und Nathalie von Siemens vom Vorstand der firmeneigenen Stiftung.

Am Ende stellte einer von Schellnhubers Gästen der Bundeskanzlerin eine Frage.

Er wollte wissen: »Was können wir noch tun, um Sie im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen?«

Merkel antwortete: »Bilden Sie wirre Allianzen.«

Und während Schellnhuber noch erklärt, dass die Kanzlerin mit wirr natürlich nicht verrückt, sondern unvorhersehbar gemeint habe, fragt man sich, ob es nicht viel entscheidender wäre, dass die anscheinend mächtigste Person im Raum darauf hinweist, erst Mehrheiten in der Gesellschaft zu benötigen, bevor sie etwas tun kann.

Das ist die Antwort, die noch gefehlt hat, um zu verstehen, warum es im Kampf gegen den Klimawandel seit 25 Jahren scheinbar fünf vor zwölf ist.

Die Klimaforschung hat der Politik Zeit verschaffen wollen, damit sie handeln kann, während die Politik auf ein Zeichen der Gesellschaft wartete, dass sie handeln darf. Aber die Gesellschaft kann dieses Zeichen nicht geben, wenn sie nicht weiß, wie es wirklich um das Klima steht. Wenn niemand sagt, wie es ist, kann auch niemand danach handeln. Dem Klimawandel ist das egal. Es ist die Menschheit, die Zeit verloren hat.

DIE ZEIT

Nr. 25 vom 13. Juni 2019

Theodor-Wolff-Preis

Katrin Langhans, Jahrgang 1987, recherchiert Geschichten mit den Schwerpunkten Umwelt, Medizin und Sozialrecht. Nach ihrem Volontariat bei der *Süddeutschen Zeitung* arbeitete sie dort vier Jahre im Ressort Investigative Recherche. Sie leitete für die SZ internationale, preisgekrönte Recherchen zur Weltbank und zu Medizinprodukten. Katrin Langhans wurde als Teil des Teams, das die Panama Papers und die Paradise Papers enthüllte, mit dem Nannen Preis und dem Deutschen Reporterpreis ausgezeichnet. 2019 veröffentlichte sie als Co-Autorin das Buch »Gefahr im Körper – Das riskante Geschäft mit der Gesundheit«. Sie gehört zum pädagogischen Leitungsteam der Reportageschule Reutlingen und lehrt »Investigative Recherche«.

KATRIN LANGHANS ist nominiert für den Theodor-Wolff-Preis 2020 in der Kategorie »Thema des Jahres: Klimawandel« für ihren Beitrag »Bis zum Umfallen«, erschienen am 9./10. November 2019 in der *Süddeutschen Zeitung*.

Bis zum Umfallen

Von Katrin Langhans

4,1 Millionen Milchkühe, 26 Milliarden Euro Umsatz: Deutschlands Milchindustrie ist die größte in der EU. Aber wie geht es eigentlich den Tieren? Eine Leistungsbeschreibung

An die toten Kühe gewöhnt man sich. An aufgedunsene Bäuche, glasige Augen und rote Zungen, die quer aus dem Maul hängen, an das Wasser, das aus den Körperöffnungen läuft. Ja sogar an den Geruch, süßlich faul, so als hätte man einen Topf Gemüsesuppe wochenlang in der Sonne stehen lassen. Aber die toten Kälber, sagt Tadjana Lenhard, die vergisst man nicht so leicht.

Lenhard lenkt den orangefarbenen Lastwagen um die Kurve. Es ist sieben Uhr morgens, ein lauwarmer Tag im September. Die Kranfahlerin hat nichts gefrühstückt, nippt ab und zu an ihrer Fanta, links und rechts liegen Maisfelder, Allgäuer Dörfer mit weiß verputzten Häusern, Wälder, spitze Kirchtürme.

Lenhard, 50 Jahre alt, kastanienfarbenes Haar, grüner Blaumann, mag die Ruhe am Morgen. Vorn in ihrem Fahrerhäuschen, gleich vor der Glasscheibe steht ein Schild mit der Aufschrift »Speedy Maus«. Ein Geschenk von Freunden. Hinten am Wagen steckt eine gelbe Quietschente auf der Anhängerkupplung, die hat sie selbst gekauft. Ihr Handheld, ein Computer groß wie ein Smartphone, zeigt die ersten Aufträge für diesen Tag an: eine Kuh, ein paar Ferkel. Zwei Kälber.

Lenhard wirft nur selten einen Blick auf das Navigationsgerät. Seit mehr als zehn Jahren sammelt sie in der Gegend tote Kälber, Kühe, Schweine, Ferkel ein. Manchmal auch Pferde, Wildschweine, Schafe. Sie kennt die Wege, sie kennt die Bauern. Montags bis freitags fährt sie übers Land und lädt die Kadaver in der Tierkörperbeseitigungsanlage ab. Dort werden die Tiere verbrannt und zu Tiermehl verarbeitet.

Lenhard biegt in einen privaten Seitenweg ein, parkt vor einem Hof, steigt aus, geht ein paar Schritte auf eine weiße Plastikplane zu. Die wölbt sich wie ein kleiner Hügel. Lenhard zieht das Plastik weg. Da liegt die tote Kuh. Sie stinkt. »Im Sommer riechen die noch viel schlimmer«, sagt Lenhard und kramt die Fernbedienung für den Kran aus dem Fahrerhäuschen. Sie öffnet die oberen Klappen der Ladeflächen, ein Greifarm streckt sich in die Höhe, fährt runter, umfasst den aufgeblähten Bauch der toten Kuh, hebt sie hoch. Das Tier hängt wie ein schlaffer Halbmond am Kran, Wasser tropft aus dem Maul. Len-

hard lenkt die Kuh über die Ladefläche, sie öffnet den Klammergriff, der Kadaver fällt herunter.

Unter einem Backstein liegt der Pass der Kuh. Darauf steht die Nummer ihrer Ohrmarke. Jede Kuh in Deutschland kann identifiziert werden. Die Behörden wissen, wo das Tier geboren ist, wer es aufgezogen hat und wo es verstirbt. Warum die Tiere sterben, das erfassen sie nicht.

Auf dem nächsten Hof sammelt Lenhard ein paar Ferkel aus einer blauen Tonne ein, die in Plastiktüten stecken, blutverschmiert. Dann steigt sie in den Wagen, fährt weiter, vorbei an Wäldern, Kuhweiden, Dorfmetzgereien. Jetzt kommen die Kälber.

Zwei Kleinkinder in Allwetterjacken starren mit weit geöffneten Augen auf den Lastwagen, den Lenhard mitten auf dem Hof parkt. Die Kälber liegen im Gras, sie sind kaum größer als ein Labrador, ihr Fell ist noch flauschig und feucht. Sie tragen keine Ohrmarken, erst im Alter von sieben Tagen müssen Kälber identifizierbar sein.

Lenhard schleift eines nach dem anderen an den Hinterbeinen über den Boden und hievt die Kälber in eine Schaufel, die elektrisch hochfährt und einklappt. Eine Frau kommt auf den Hof gelaufen, schiebt die Kinder in den Kuhstall.

Im Ungewissen

Verendet ein Kalb, so wie hier, bevor es eine Woche alt ist, erfassen Behörden in der Regel weder seinen Tod noch die Ursache. Als die Politik in den Neunzigerjahren eine Datenbank für Rinder in Auftrag gab, war das Ziel, Seuchen künftig besser zu bewältigen, gerade erst hatte die BSE-Krise weltweit etwa 190.000 Rinder befallen. Der Tierschutz spielte keine Rolle. An die toten Kälber hat niemand gedacht. Und das, obwohl es in Deutschland mehr als vier Million Milchkühe gibt, mehr als in jedem anderen Land in der EU. Umso erstaunlicher ist es, dass ein Überblick über die Gesundheit der deutschen Durchschnittskuh bis heute fehlt. Daten werden lückenhaft erhoben oder gar nicht, so als wären die Behörden in den Neunzigern stecken geblieben.

So gibt es kaum belastbare Antworten auf eine einfache Frage: Wie geht es der Milchkuh?

Die *Süddeutsche Zeitung* hat zahlreiche Studien und Daten über den Zustand der Milchkuhhaltung in Deutschland ausgewertet. Viele der Zahlen sind bereits veröffentlicht, wurden aber noch nicht miteinander in Zusammenhang gebracht; noch unveröffentlichte Daten wurden bei Verbänden und Behörden angefragt, die oft nur zögerlich reagierten. Das könnte an den Ergebnissen liegen, die sich aus der Auswertung der Daten ergeben. Wenn man etwa die Prozentzahlen der Kälber in Bayern errechnet, die das erste Lebensjahr nicht überstehen: Mehr als eines von neun Kälbern überlebt die ersten drei Monate nicht. Totgeburten miteingerechnet werden 13 Prozent der Kälber kein Jahr alt. In der Summe sind das allein in Bayern 1,9 Million Tiere seit 2008.

Als Grund für die hohen Zahlen sehen Experten vor allem Probleme im Management und der Betreuung der Tiere. Der Milchpreis ist im Keller, ein Kalb ist nicht viel wert. »Landwirte stehen immer wieder vor der Entscheidung zu überlegen, ob sie den Tierarzt noch holen oder nicht, was daran liegt, dass eine Behandlung schnell mehr kosten kann, als das Tier wert ist«, sagt Elke Rauch, Fachärztin für Tierschutz an der Ludwig-Maximilians-Universität München. »Durch besseres Management vor allem bei der Fütterung und Tränkehygiene und verbesserten Haltungsbedingungen könnte die Kälbersterblichkeit verringert werden.«

Totgeburten wird es immer geben, aber viele Todesfälle wären vermeidbar. Wenn man nur mehr über die Tierhaltung wüsste. Aber niemand untersucht systematisch die Tiere, die in Tierkörperbeseitigungsanlagen verbrannt werden, niemand erfasst, wie viele Kälber und Kühe in Deutschland qualvoll verenden.

Elisabeth große Beilage, Fachärztin an der Tierärztliche Hochschule Hannover, begutachtete 2016 tote Schweine und Ferkel, die lastwagenweise in vier verschiedene Tierkörperbeseitigungsanlagen in der Bundesrepublik geliefert wurden. Ferkel wurden in solchen Mengen aus den Transportern gekippt, dass die Forscherin irgendwann aufgab, die Tiere zu zählen. Eines von fünf Schweinen, so das Ergebnis ihrer Studie, verendet, noch bevor es zum Schlachter kommt, das sind 13,6 Million Schweine jedes Jahr. Bei jedem zehnten Schwein fand die Wissenschaftlerin klare Anzeichen, dass das Tier vor seinem Tod lang anhaltende, starke Schmerzen gelitten hat. Für Kühe gibt es diese Erhebung nicht.

Unter Kontrolle

Die regelmäßige Begutachtung der Tiere in Beseitigungsanlagen zählt bis heute nicht zu den Aufgaben der Veterinäre. Staatliche Kontrolleure testen tote Rinder immer noch auf BSE, aber eben nicht auf Tierschutzverstöße. Gabriele Pflaum, 59, Amtstierärztin aus Oberfranken, kann bei der Spätschicht von ihrem Seuchenprüfplatz aus in die Halle sehen, auf den Berg toter Tiere. Dass ihr da immer wieder Kühe auffallen, die tiefe Wunden oder veränderte Gliedmaße aufweisen, ist dem Zufall geschuldet, nicht der Kontrollpflicht. Es sind Stichproben. »Systematisch ist das für uns nicht leistbar«, sagt Pflaum, zu wenig Personal. Die Ärztin trennt verletzte Klauen ab, schickt sie in die Pathologie.

Die Ärztin fotografiert die kranken Tiere, ihre wunden Gelenke oder tennisballgroßen Geschwüre. An ihrem Rechner klickt sie sich nun durch die Bilder, zeigt schwarzverkrustetes abgestorbenes Gewebe, handballengroße Eitergeschwüre, wunde Liegestellen. Es bräuchte ein systematisches Monitoring der Tierkadaver, sagt sie, man sollte jeden Befund prüfen. Wurde das Tier behandelt? Hat es lang gelitten? War sein Tod vermeidbar? Gibt es noch andere Tiere, die leiden? »Wenn ich dann erhebliche pathologische Veränderungen feststelle, kann ich gezielt in den Betrieb gehen und sagen, das ist aufgefallen, ich will deinen restlichen Bestand sehen.«

Sie klickt weiter durch die Bilder, zeigt Kühe, bei denen der Betäubungsschuss aus Versehen in die Nasenhöhle traf statt ins Gehirn. Eine abgemagerte Kuh, deren Rippen hervortreten wie die Tastatur eines Klaviers. »Ich kann jeden Knochen erkennen, da muss ich gar keine Sektion machen, die Dornfortsätze der Wirbelsäule sieht man deutlich, den Sitzbeinhöcker, es ist überhaupt keine Muskulatur mehr vorhanden, da ist ein Tier, das verhungert ist«, sagt Pflaum. Das kann viele Ursachen haben. Vielleicht war die Kuh krank, von Parasiten befallen, oder sie hat nicht genug Futter bekommen, um ihren Energiebedarf zu decken.

Warum geht es Kühen oft so schlecht, Frau Pflaum? »Ich denke, man kann die Leistung der Tiere nicht unendlich nach oben schrauben, die Kuh ist ein Lebewesen, das ist keine Maschine, die ich hochtunen kann«, sagt die Ärztin.

An der Maschine

In den Fünfzigerjahren gab eine Kuh etwa 2.500 Liter Milch im Jahr, heute im Schnitt mehr als dreimal so viel. Die Hochleistungskühe der Rasse Holstein geben im Schnitt etwa 9.000 Liter, Spitzentiere bringen schon mal 19.000 Liter. Der Milch selbst geht's gut, ihre Qualität wird beflissen kontrolliert. Auf die Gesundheit der Kuh, jahrelang auf maximale Milchleistung gezüchtet, wird bei Zuchtvereinen aber erst allmählich geachtet.

Um einen Liter Milch zu erzeugen, muss die Kuh je nach Klima und Haltung etwa zwei bis drei Liter Wasser trinken, etwa 700 Gramm fressen, 500 Liter Blut durch das Euter jagen. Eine deutsche Durchschnittskuh gibt am Tag etwa 30 Liter Milch. Die Kuh ist eine Hochleistungssportlerin.

»Auf den Menschen übertragen läuft die Kuh dreimal am Tag einen Marathon, und dabei soll sie gesund bleiben«, sagt Holger Martens, graue Haare, kariertes Hemd, Professor an der Freien Universität Berlin. Er sitzt in seiner Altbauwohnung, hat den Laptop aufgeklappt, immer wieder zitiert er Zahlen und Studien. Martens forscht seit Jahrzehnten zur Gesundheit der Kuh. »Wir dürfen von den Tieren keine Leistungen fordern, die sie nicht erbringen können«, sagt er, sonst drohten Euterkrankheiten, Stoffwechselstörungen, Klauenkrankheiten, Lahmheiten, Fruchtbarkeitsstörungen.

Forscher sprechen von Produktionskrankheiten, Brancheninsider von Berufskrankheiten. Uneins ist man sich über die Ursachen. Ist es vor allem die Zucht auf Leistung? Die Haltung? Das Futter? Das Management?

Es gibt nicht viele einschlägige Untersuchungen, eine Ausnahme ist eine EU-weite Studie aus dem Jahr 2017, die sich mit der Gesundheit von Bio-Kühen beschäftigte. In Deutschland lahmt demnach jedes fünfte Tier – europaweit waren es lediglich 14 Prozent. Aus anderen Studien weiß man, dass die Lahmheitsraten bei konventionellen Kühen mitunter noch viel höher sind.

Wenn eine Kuh lahm geht, beugt sie ihren Rücken, humpelt, um das Bein nicht zu belasten und bewegt den Kopf auf und ab. Jeder Tritt schmerzt. »Die Lahmheiten gehen mir wirklich unter die Haut«, sagt Martens, »weil das so sichtbar ist, dass die Tiere leiden.«

Ein weiterer Befund der EU-Studie: Es gibt in Deutschland nicht die Tierhaltung. Die Unterschiede sind enorm, in manchen Ställen gab es kein einziges

lahmendes Tier, in anderen lahmten bis zu 79 Prozent. So hohe Werte gab es in keinem anderen untersuchten Land. Das Problem ist der Politik längst bekannt. Vor vier Jahren kam der wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik, der die Bundesregierung berät, zu einem vernichtenden Urteil: Die Tierhaltung im Land sei nicht zukunftsfähig.

Gegenwärtig ist das Leben einer Kuh streng getaktet. Zwei Jahre lang wird sie gemästet und dann das erste Mal geschwängert. Eine Kuh gibt nur Milch, wenn sie ein Kalb gebärt, im Schnitt bekommt sie pro Jahr eines. Das Kalb nimmt man ihr kurz nach der Geburt weg, damit sie keine enge Bindung aufbaut. Das Kalb wird in eine Einzelbox gesteckt, die Mutter schon bald an den Melkroboter. Landwirte erzählen, die Schreie der Kuh seien kaum auszuhalten, wenn man Mutter und Kalb erst nach ein paar Tagen trennt.

Die Kuh gibt fortan 305 Tage Milch, währenddessen schwängert man sie erneut, nach ein paar Wochen Pause gebärt sie das nächste Kalb. Das nimmt man ihr weg, die Kuh gibt Milch. Und so weiter.

Martens nimmt ein Blatt Papier und einen Stift, zeichnet eine Linie. »Wenn das die Geburt des Kalbes ist, dann ist der Peak der Milchleistung ungefähr bei sechs bis acht Wochen«, sagt er und malt mit dem Stift einen Hügel, bevor die Milchleistung wieder abfällt. »Seit Jahren weiß man, dass die Kuh in dieser Zeit zu wenig frisst, sie verbraucht mehr Energie, als sie zu sich nimmt«, sagt Martens.

»Die Kuh ist eine gute Mutter, die macht alles für ihr Kalb«, sagt Martens. »Sie steckt mehr Kraft in die Milchproduktion, als sie besitzt.« Was bedeutet das für die Kuh? Martens nimmt ein Blatt Papier zwischen seine Hände. »Das Blatt ist die Fettschicht zwischen Knochen und Klauensohle«, sagt er. »Das Tier baut funktionelles Fett ab.« Fettreserven, die Menschen etwa abbauen, wenn sie verhungern. Das führe bei der Kuh zu Klauenleiden, »manchmal setzt auch ihr Zyklus aus«, sagt Martens. »Wie bei einer Balletttänzerin. Die Kuh ist energetisch am Rand.« Trotz dieses Wissens schraube man die Milchleistung der Kuh immer höher.

Jede vierte Kuh wird geschlachtet, weil ihre Fruchtbarkeit gestört ist. Der Lobbyverband Rind und Schwein führt Buch darüber, warum Landwirte Kühe aussortieren. Die Landwirte selbst melden die Gründe. Kaum eine Kuh wird demnach aus Altersgründen aussortiert. Mehr als 40 Prozent der Tiere müssen zum Schlachter, weil in der Vergangenheit Klauen- und Euterkrankheiten aufge-

treten sind oder Stoffwechselstörungen. Wie schlimm die Krankheit war, wird nicht erfasst. War die Klaue schief gewachsen oder das Bein schmerzhaft lahm? War das Euter leicht entzündet oder brannte es?

Eine Milchkuh wird etwa fünf Jahre alt, dabei könnte sie locker dreimal so alt werden. Schuld daran ist nicht nur die Gesundheit der Tiere, sondern auch simple Mathematik. Wenn eine Kuh pro Jahr ein Kalb gibt, verdoppelt sich die Herde. Wo sollen all die Tiere hin? In der Regel ziehen Landwirte den eigenen Kuhnachwuchs groß und tauschen pro Jahr etwa ein Drittel der Herde aus. Macht ein Tier Stress, wird es also zu oft krank, ersetzt der Bauer die Kuh einfach durch eine neue.

Der Verkauf der Kälber lohnt sich jenseits der wenigen Zuchttiere kaum. In Deutschland ist das Angebot an Kälbern groß, die Nachfrage gering. Denn zur Mast eignet sich die Milchkuh nicht so gut, da gibt es andere Rassen, die schneller Fleisch ansetzen. Die männlichen Tiere, Abfallprodukte der Milchindustrie, kosten etwa 50 Euro bei der Rasse Holstein; schwache Kälber werden mitunter gar an Viehhändler verschenkt. Ein wertloses Tier.

Im Stall

Auf einem Familienhof in Niedersachsen, weit mehr als hundert Kühe. Mit-tendrin: René Pijl, Blaumann, kantige Brille, kräftige Oberarme. Er hebt die Flex an. Vor ihm steht eine Kuh in einem Metallgestell, das einem Käfig ähnelt. Ihr Hinterbein steckt in einer Gummischlaufe. Pijl schleift Horn von der Hufe, braunweiße Späne fliegen meterweit durch die Luft. Draußen scheint die Herbstsonne.

»Zwei Mal im Jahr muss die Kuh zur Pediküre«, sagt Pijl, der in den Niederlanden geboren ist und seit mehr als 30 Jahren in Deutschland lebt und als Klauenpfleger arbeitet. Er beugt so Klauenleiden wie Lahmheiten vor. Die Tiere stehen zu viel auf hartem Boden im feuchten Kot.

Im Laufstall drängeln ein paar Dutzend Kühe hinter einer Absperrung. Einige gucken interessiert zu Pijl, der seine Flex beiseitelegt und der Kuh, die er gerade behandelt hat, einen grünen Strich auf den Rücken malt. So weiß er, dass sie schon dran war. Weiter hinten im Stall schrubbt eine Kuh ihren Rücken an einer Bürste.

Andere Kühe stehen Schlange am Melkroboter. Ihre Euter sind prall, größer als ein Medizinball, die Adern treten hervor. Vorne läuft nun eine Kuh in die Melkvorrichtung und senkt den Kopf, das Gerät gibt ihr Futter. Saugarme stülpen sich über das Euter und pumpen. Die Kuh frisst, die Milch läuft.

Weiter hinten liegen ein paar Tiere in Liegeboxen auf hartem Boden, Stroh gibt es nicht. Der Landwirt zieht an einem Strick, den er der Kuh mit der Nummer 66 um den Kopf gelegt hat. Die Kuh soll als Nächstes in den Klauenschneider, aber sie will nicht. Sie drückt die Beine durch, lehnt ihren Körper zurück, streckt den Hals. Der Sohn des Bauern schiebt die Kuh von hinten an. Mit einem Ruck macht sie einen Satz nach vorne, zwei Metallgreifer fahren dicht an ihren Hals heran, Kuh 66 reißt die Augen auf. Ein Gummiband fährt unter ihren Bauch, hebt die Kuh leicht an, ein weiteres Band zieht ihre Beine in die Höhe, erst das rechte, dann das linke. Pijl sprüht grünblaues Antibiotikaspray auf die Hufe, schleift das Horn.

Es riecht nach Verwesung, eine Flüssigkeit läuft aus der Klaue. Sie blutet.

Es surrt. Das Bein der Kuh wird heruntergefahren, die Metallgreifer fahren zur Seite, Kuh 66 läuft zaghaft vorwärts. Sie humpelt, hinterlässt Blutspuren auf dem Boden. »Die funktioniert noch«, sagt der Bauer.

»Wie lange die es noch macht, zeigen die nächsten Monate«, sagt Pijl. »Die humpelt, da kommen noch mehr davon, ich kann nicht alle retten«, sagt er. »Wenn du hier drei Wochen barfuß laufen würdest auf dem Boden, hättest du auch Füße, die faulen. Hochleistungskühe sind anfälliger, krank zu werden.«

Pijl geht zu seinem kleinen Computer, gibt das Klauenleid der Kuh ein. Seit mehr als vierzig Jahren sammelt Pijl die Daten der Kühe, die er behandelt. Er kennt ganze Kuhfamilien. »Früher war ich vor allem zur Vorbeugung da, heute muss ich primär behandeln«, sagt er. Bei acht von zehn Kühen findet er Probleme, Kuh 66 gehört zu den schwereren Fällen.

»Die Kuh ist eine Künstlerin. Die ist so nett zu uns«, sagt Pijl und wischt sich Horn von der Stirn. »Wir sollten keine lahmen Kühe haben. Schau, 66 schleppt sich noch so dahin.« Die Kuh humpelt durch den Kot. »Die leistet noch, obwohl sie krank ist«, sagt Pijl.

»Aber nicht todkrank«, sagt der Bauer.

»Stroh hätte Vorteile«, sagt Pijl.

»Wie soll das wirtschaftlich sein?«, fragt nun der Bauer. »Ich würde denen ja gern Auslauf geben, mehr Platz, größere Boxen, aber dann kann ich nicht effi-

zient produzieren. Was viele vergessen: Der Gesetzgeber gibt den Rahmen vor, in dem wir uns bewegen. Der Weg muss von der Politik geebnet werden.«

Im Tierschutzgesetz steht seit 2002, dass kein Tier unnötig leiden soll. Diese Definition ist schwammig und juristisch schwer zu fassen. Wann ist ein Leid unnötig? Ist es unnötig, wenn man eine Kuh auf einen Boden stellt, der Lahmheiten bedingt? Ist das Leid unnötig, wenn man die Kuh auf mehr Leistung züchtet anstatt auf Gesundheit? Die Bundestierärztekammer will nun prüfen, ob es sich bei der Rasse der Holstein-Kuh um eine Qualzucht handelt, seit Ende vergangenen Jahres gibt es zu diesem Thema einen Arbeitskreis. Von Qualzucht spricht man, wenn Züchter Merkmale in ein Tier hineinzüchten, die zu vermeidbarem Leid bei den Nachkommen führen. Qualzucht ist verboten.

»Die Tierärzteschaft hält es für dringend erforderlich, sich bei Nutztieren mit dem Thema auseinanderzusetzen«, sagt Sylvia Heesen, die den Arbeitskreis leitet. »Die Tiere müssen das Ergebnis rein leistungsorientierter Zucht ausbaden und wir uns in der Folge mit den Krankheiten befassen.« Der Arbeitskreis hat eine Dissertation zum Thema ausgeschrieben, die Datensammlung läuft. »Noch können wir nicht sagen, wer schuld ist, aber dass es Milchkühen oft nicht gut geht, da sind sich alle einig«, sagt Heese.

Unter Beobachtung

Wer wissen will, wie es den lebenden Kühen geht, muss sich die Toten ansehen. Per Gesetz ist vorgeschrieben, dass jeder Schlachtkörper im Schlachthof untersucht werden muss, um zu prüfen, ob alle Organe hygienisch einwandfrei sind. Amtliche Veterinäre untersuchen jede tote Kuh, sie prüfen, ob Leber, Lunge, Darm und Herz in den Handel gelangen dürfen.

Sie finden Lungenschäden, deformierte Nieren, Darmbeschädigungen. Die aussortieren Körperteile der Kühe geben mitunter Hinweise, an welchen Krankheiten sie zu Lebzeiten gelitten haben.

Der niederländische Konzern Vion ist einer der größten Schlachtkonzerne Deutschlands. Jedes Jahr werden an sieben Standorten in Deutschland insgesamt etwa 750.000 Rinder geschlachtet. Im Schnitt sind das etwa 2.000 Rinder pro Tag. Seinen deutschen Hauptsitz hat das niederländische Schlachtunternehmen in Buchloe, umgeben von Wiesen und Trauerweiden. Am Haupteingang prangt auf einem Schild das Firmenlogo: ein grünblaues Herz.

Anne Hiller, 38, Fachtierärztin für Fleischhygiene, ist für die Qualitätssicherung im Unternehmen verantwortlich. In einem Konferenzsaal präsentiert sie grünblaue Tortendiagramme. Demnach werden die Prüfer bei etwa jedem fünften Organ der Kühe fündig. Am häufigsten sind Lungen und Leber auffällig. Bei Schweinen sind die Raten noch höher, jedes dritte Organ wird aussortiert.

Zwar geben die Schlachtbetriebe diese Befunde an die Landwirte weiter – aber weder erfährt der Bauer, ob es seinen Tieren schlechter geht als dem Schnitt, noch wird systematisch geprüft, ob die Betriebe Konsequenzen ziehen und die Haltung der Tiere, das Management oder die Zucht verändern.

Seit drei Jahren fordert die Bundestierärztekammer eine zentrale Gesundheitsdatenbank. Dort könnte man die Zahlen zusammenführen. Schlachtbefunde, Daten aus Tierkörperbeseitigungsanlagen, Medikamentenmonitoring, die Ergebnisse von Tierschutzkontrollen. Veterinäre könnten das Wissen nutzen und gezielt in Betriebe gehen, in denen sich Probleme häufen. Sie könnten schauen, warum es den Tieren so schlecht geht – und Lösungskonzepte erarbeiten.

Aber dazu muss es die Politik auch wollen. Bereits 2005 forderte der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Tierbestände, Befunde und Behandlungen besser zu erfassen. Schon damals hieß es, man brauche ein besseres Gesundheitsmonitoring. Aber erst seit diesem Jahr erarbeitet das Thünen-Institut im Auftrag der Bundesregierung Kriterien, um die Gesundheit der Kühe und das Tierwohl im Stall deutschlandweit zusammenzuführen. Im besten Fall ist die Politik fünfzehn Jahre zu spät.

Am Ende

Spricht man mit den Menschen, die fast täglich in der Praxis mit dem Leid der Tiere konfrontiert sind, hört man immer wieder das Gleiche: Sie essen weniger Fleisch, am liebsten von einem Bauern, den sie kennen. »Ich esse es nur selten«, sagt Tanja Lenhard, die Frau, die im Lastwagen, die Kühe in die Beseitigungsanlage bringt. »Kalbfleisch rühr ich nicht mehr an.«

Manchmal gehen ihr die Bilder der toten Kälber noch am Abend durch den Kopf. Manchmal denkt sie noch über die Gespräche nach. »Mei, wenn der Bauer gerade da ist, dann erzählt er dir die ganze Lebensgeschichte von dem Tier«, sagt Lenhard. »Wann es auf die Welt gekommen ist, wie viele Tierarztkos-

ten sie reingesteckt haben, wie es dann doch gestorben ist.« Einmal habe ein Landwirt auf seinem Mastrind gelegen, geweint, er wollte die Kuh nicht gehen lassen.

Der nächste Hof liegt mitten in einem kleinen Allgäuer Dorf. Die Bäuerin fährt das tote Kalb in der Schubkarre aus dem Holzschuppen. Lenhard öffnet die Klappe, lädt das Tier ein, steigt wieder ins Auto. »Ich sag immer, es ist ein Kommen und ein Gehen. Was ich aber nicht machen könnte, wäre ein lebendiges Tiere zum Schlachthof fahren.«

Lenhard fährt mit dem Lastwagen auf eine Anhöhe und parkt direkt vor einem weißen Iglu, in der ein wenige Wochen altes Kalb steht. Das Tier schaut neugierig zu, als Lenhard die Kuh mit dem Kran einlädt. Der Bauer erzählt, der Tierarzt sei dreimal da gewesen. Jetzt hilft nichts mehr.

»Die war a gute, wer weiß, wie die nächste wird«, sagt der Landwirt und blickt zur toten Kuh. Neben ihm steht das Kalb.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG

Nr. 259 vom 9./10. November 2019

Die Zeitungen

Theodor-Wolff-Preis

Die Zeitungen

Zum Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis 2020 wurden Beiträge von 401 Journalistinnen und Journalisten aus folgenden Zeitungen eingereicht:

<i>Aachener Zeitung</i>	<i>Der Tagesspiegel</i>
<i>Anzeiger für Harlingerland</i>	<i>Die Rheinpfalz</i>
<i>Augsburger Allgemeine</i>	<i>Die Welt</i>
<i>Badische Neueste Nachrichten</i>	<i>Die Zeit</i>
<i>Badische Zeitung</i>	<i>Donaukurier</i>
<i>Badisches Tagblatt</i>	<i>dpa</i>
<i>Bayerische Staatszeitung</i>	<i>Ems-Zeitung</i>
<i>Berliner Morgenpost</i>	<i>Erlanger Nachrichten</i>
<i>Berliner Zeitung</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Magazin</i>
<i>BILD am Sonntag</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung</i>
<i>BILD.de</i>	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
<i>Böhme-Zeitung</i>	<i>Frankfurter Rundschau</i>
<i>Borkener Zeitung</i>	<i>Frankfurter Rundschau Magazin</i>
<i>Braunschweiger Zeitung</i>	<i>Fränkischer Tag Bamberg</i>
<i>chrismon</i>	<i>Freie Presse</i>
<i>Cuxhavener Nachrichten</i>	<i>Fuldaer Zeitung</i>
<i>Darmstädter Echo</i>	<i>Gießener Anzeiger</i>
<i>Deister- und Weserzeitung</i>	<i>Hamburger Abendblatt</i>
<i>Der Freitag</i>	<i>Handelsblatt</i>
<i>Der Prignitzer</i>	

<i>Harz Kurier</i>	<i>Orange by Handelsblatt</i>
<i>Heidenheimer Zeitung</i>	<i>Rhein-Neckar-Zeitung</i>
<i>Heilbronner Stimme</i>	<i>Rhein-Zeitung</i>
<i>Heinsberger Zeitung</i>	<i>Rheinische Post</i>
<i>Hohenloher Tagblatt</i>	<i>Rhön- und Saalepost</i>
<i>Husumer Nachrichten</i>	<i>RND</i>
<i>Kölner Stadt-Anzeiger</i>	<i>Salzgitter-Zeitung</i>
<i>Kölnische Rundschau</i>	<i>Schleswig-Holstein am Wochenende</i>
<i>Leipziger Volkszeitung</i>	<i>Schwäbische Zeitung</i>
<i>Main-Echo</i>	<i>Schweriner Volkszeitung</i>
<i>Mainpost</i>	<i>SHZ.de</i>
<i>Mannheimer Morgen</i>	<i>Straubinger Tagblatt</i>
<i>Märkische Allgemeine</i>	<i>Stuttgarter Zeitung</i>
<i>Mindener Tageblatt</i>	<i>Süddeutsche Zeitung</i>
<i>Münchner Merkur</i>	<i>Südkurier</i>
<i>Neue Osnabrücker Zeitung</i>	<i>Südwest Presse</i>
<i>Neue Rhein Zeitung/Neue Ruhr Zeitung</i>	<i>SZ Magazin</i>
<i>Neue Westfälische</i>	<i>SZ Magazin Online</i>
<i>neues deutschland</i>	<i>SZ.de</i>
<i>Nordkurier</i>	<i>taz</i>
<i>Oberhessische Presse</i>	<i>taz.de</i>
<i>Oberpfalz-Medien</i>	<i>Thüringer Allgemeine</i>
	<i>Trierischer Volksfreund</i>

VRM

Weinheimer Nachrichten

Welt

Welt am Sonntag

Weser-Kurier

Westdeutsche Allgemeine

Westdeutsche Zeitung

Westfalenpost

Westfälischer Anzeiger

Witzenhäuser Allgemeine

Zeit Magazin

Zeit Online

Preisträger 1962 bis 2019

Preisträger 1962 bis 2019

1962

Thaddäus Troll, *Bremer Nachrichten*
Gerd Czechatz, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Ansgar Fürst, *Badische Zeitung*, Freiburg
Hans-Jürgen Hoyer, *Frankfurter Rundschau*
Heinz Keil, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, Essen
Friedrich Ludwig Müller, *Frankfurter Neue Presse*
Dr. Günther Rühle, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Walter Rudolf Schloesser, *Europa Union*, Köln
Heinz Stuckmann, *Die Zeit*, Hamburg
Georg Zimmermann, *Hamburger Abendblatt*

1963

Dr. Paul Arnsberg, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Jürgen Dennert, *Sonntagsblatt*, Hamburg
Rainer Fabian, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Dr. Hans Gerlach, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Dr. Hermann Harster, *Bild am Sonntag*, Hamburg
Rudolf Küstermeier, Deutsche Presse Agentur, Hamburg
Dr. Clara Menck, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Christian Schütze, *Stuttgarter Zeitung*
Ansgar Skriver, *Die Zeit*, Hamburg

1964

Klaus Bresser, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Werner Diederichs, *Westfalenpost*, Hagen
Erich Faßbender, *Frankfurter Rundschau*
Karl-Hermann Flach, *Frankfurter Rundschau*
Erich Helmsdorfer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
und *Augsburger Allgemeine*
Kai Hermann, *Die Zeit*, Hamburg
Sepp Scherbauer, *Sportbericht*, Stuttgart
Werner Spanehl, *Süddeutsche Zeitung*, München
Dr. Dietrich Strothmann, *Die Zeit*, Hamburg
Dr. Johannes Gaitanides, *Münchner Merkur*
Wilhelm Greiner, *Rhein-Neckar-Zeitung*, Heidelberg
Hans Schäfer, *Kieler Nachrichten*

1965

Dr. Fritz Richert, *Stuttgarter Zeitung*
Valeska von Roques, *Vorwärts*, Bad Godesberg
und *Welt der Arbeit*, Köln-Deutz
Peter Miska, *Frankfurter Rundschau*
Werner Holzer, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Ernst Müller-Meiningen, *Süddeutsche Zeitung*, München
Reiner Dederichs, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Bruno Keppler, *Südwestdeutsche Allgemeine Zeitung*, Mannheim
Heidrun Kayser, *Christ und Welt*, Stuttgart
Dr. Margret Wicke-Kampf, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Dr. Klaus Hattemer, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Werner Spanehl, *Deutsche Post*, München
Günter Bruns, *Bremer Nachrichten*
Hans Lerch, *Triererischer Volksfreund*
Alexander Rost, *Welt am Sonntag*, Hamburg

1966

Dr. Joachim Besser, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Vitus Dröscher, freier Journalist, Hamburg
Marianne Eichholz, freie Journalistin, Berlin
Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein, *Die Welt*, Hamburg
Klaus Harpprecht, S. Fischer Verlag, Frankfurt (Main)
Heinz Held, freier Journalist, Köln
Kai Hermann, *Die Zeit*, Hamburg
Peter Brügge, *Der Spiegel*, Hamburg
Dr. Joachim Kaiser, *Süddeutsche Zeitung*, München
Karl-Heinz Krumm, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Rolf Michaelis, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Thomas von Randow, *Die Zeit*, Hamburg
Heinrich Rieker, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Dr. Theo Sommer, *Die Zeit*, Hamburg
Paul Wilhelm Wenger, *Rheinischer Merkur*, Koblenz

1967

Dr. Lothar Ruehl, *Die Welt*, Hamburg
Wolfgang Horlacher, *Stuttgarter Zeitung*
Günter Matthes, *Tagesspiegel*, Berlin
Hans Ulrich Kempfski, *Süddeutsche Zeitung*, München
Hermann Schreiber, *Der Spiegel*, Hamburg
Dr. Jürgen Dennert, *Sonntagsblatt*, Hamburg
Hans-Joachim Langner, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
Dr. Helmuth de Haas, *Die Welt*, Hamburg
Barbara Bondy, *Süddeutsche Zeitung*, München
Christian Ferber, *Die Welt*, Hamburg
Dr. Fred Hepp, *Süddeutsche Zeitung*, München
Herbert von Borch, *Süddeutsche Zeitung*, München
Joachim Nawrocki, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Bodo Harenberg, *Die Zeit*, Hamburg
Ernst Maria Lang, *Süddeutsche Zeitung*, München
Klaus Pielert, *Industriekurier*, Düsseldorf
und *Neue Ruhr Zeitung*, Essen

1968

Andreas Graf Razumovsky, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Dr. Robert Haerdter, *Stuttgarter Nachrichten*

Heinz Schewe, *Die Welt*, Hamburg

Dr. Bernd Nellessen, *Die Welt*, Hamburg

Klaus Meier-Ude, *Frankfurter Rundschau*

Ben Witter, *Die Zeit*, Hamburg

Eugen Skasa-Weiss, *Stuttgarter Zeitung*

George Salmony, *Süddeutsche Zeitung*, München

Dr. Theo Löbsack, *Stuttgarter Zeitung*

Claus Bardtholdt, *Die Zeit*, Hamburg

Christian Habbe, *Die Welt*, Hamburg

Wilhelm Hartung, *Die Welt*, Hamburg

1969

Hans Wilhelm Schueler, *Die Welt*, Hamburg
Martin Bernstorf, *Christ und Welt*, Stuttgart
Chrysostomus Zodel, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
Walter Henkels, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Eka Gräfin von Merveldt, *Die Zeit*, Hamburg
Heiner Radzio, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Dieter E. Zimmer, *Die Zeit*, Hamburg
Jost Nolte, *Die Welt*, Hamburg
Eduard Verhülsdonk, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Peter Gerisch, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Lothar Vetter, *Frankfurter Rundschau*
Dr. Günther von Lojewski, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Rudolf Schöpfer, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
Westfalenpost, Hagen, *Westfälische Nachrichten*, Münster,
Kölnische Rundschau

1970/71

Gitta Bauer, Springer-Auslands-Dienst, New York
Immanuel Birnbaum, *Süddeutsche Zeitung*, München
Hans Gresmann, *Die Zeit*, Hamburg
Rudolf Heizler, *Kölnische/Bonner Rundschau*
Dr. Günter Zehm, *Die Welt*, Hamburg
Dr. Fritz-Ullrich Fack, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Rudolf Herlt, *Die Welt*, Hamburg
Helmut M. Braem, *Süddeutsche Zeitung*, München
Wolf Schön, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Heinrich Rieker, *Rheinischer Merkur*, Koblenz
Petra Michaely, freie Journalistin, Scheidterberg
Dieter Hünerkoch, *Weser-Kurier*, Bremen
Marie-Luise Scherer, *Berliner Morgenpost*
Gerhard Krug, *Die Welt*, Hamburg

1971/72

Dr. Hans Heigert, *Süddeutsche Zeitung*, München
Dr. Lothar Ruehl, *Die Welt*, Hamburg
Jürgen Offenbach, *Stuttgarter Nachrichten*
Reinhard Appel, *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Stuttgart
Hans-Joachim Noack, *Frankfurter Rundschau*
Hans Baumann, *Die Welt*, Essen
Dr. Franz Thoma, *Süddeutsche Zeitung*, München
Thea Winandy, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Manfred Sack, *Die Zeit*, Hamburg
Norbert Ely, *Wiesbadener Kurier*
Lutz Krusche, *Frankfurter Rundschau*, Paris
Günter Schmidt, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
Ulla Plog-Handke, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Gerd Lenhart, *Rheinpfalz*, Speyer
Rolf Kunkel, *Die Zeit*, Hamburg

1972/73

Dr. Thomas Löffelholz, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

Dr. Hermann Pörzgen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Dr. Manfred Thier, *Stuttgarter Zeitung*

Dr. Heinz Verfürth, *Handelsblatt*, Düsseldorf

Diether Stolze, *Die Zeit*, Hamburg

Dirk Schubert, *Deutsche Zeitung/Christ und Welt*, Stuttgart

Christian Ferber, *Die Welt*, Hamburg

Joachim C. Fest, *Der Spiegel*, Hamburg

Martin Urban, *Süddeutsche Zeitung*, München

Michael Bickel, *Schrobenhausener Zeitung*

Günther Leicher, *Allgemeine Zeitung*, Mainz

Bruno Manz, *Münchner Merkur*

Horst Vetten, *Die Zeit*, Hamburg

Cecilia von Studnitz, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg

Lokal- und Stadtteil-Redaktion des *Hamburger Abendblatt*

1973/74

Heinz Heck, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Wolfgang Wagner, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Ilse Nicolas, *Die Welt*, Berlin
Kurt Diekmann, *Nordwest-Zeitung*, Oldenburg
Raimund Hoghe, *Westfalen-Blatt*, Bielefeld
Hans-Georg Kösters, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
Hans-Joachim Neisser, *Rheinische Post*, Düsseldorf
Hans-Joachim Deckert, *Mannheimer Morgen*
Georg Heller, *Stuttgarter Zeitung*
Nina Grunenberg, *Die Zeit*, Hamburg
Horst Schüler, *Hamburger Abendblatt*
Manfred Dellling, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg
Dr. Hellmuth Karasek, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Friedrich Luft, *Die Welt*, Berlin
Michael Globig, *Die Zeit*, Hamburg

1974/75

Kurt Becker, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Andreas Kohlschütter, *Die Zeit*, Hamburg
Karl-Heinz Krumm, *Frankfurter Rundschau*
Uwe Jacobi, *Heilbronner Stimme*
Wilfried Hommen, *Kölnische Rundschau*
Johannes Lübeck, *Lübbecker Kreiszeitung*, Bünde
Dr. Peter Gillies, *Die Welt*, Bonn
Walter Kannengießer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Albert Müller, *Die Welt*, Bonn
Jürgen Diebäcker, *Rheinische Post*, Düsseldorf
Horst-Werner Hartelt, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Düsseldorf
Günter Engelhard, *Deutsche Zeitung*, Bonn
Dr. Rudolf Goldschmit, *Süddeutsche Zeitung*, München
Klaus Bruns, *Die Welt*, Hamburg
Manfred Lehnen, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1975/76

Malte Buschbeck, *Süddeutsche Zeitung*, München
Jürgen Engert, *Der Abend*, Berlin
Kurt Frank, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
Jürgen C. Jagla, *Kölnische Rundschau*
Dietrich Ratzke, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Fritz Wirth, *Die Welt*, Bonn

1977

Dr. Dieter Buhl, *Die Zeit*, Hamburg
Jens Gundlach, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Ute Kaltwasser-Blankenbach, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Rudolf H. Riener, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
Dr. Hermann Rudolph, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

1978

Birgit Lahann, *Welt am Sonntag*, Hamburg
Herbert Riehl-Heyse, *Süddeutsche Zeitung*, München
Karl Feldmeyer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Klaus-Peter Schmid, *Die Zeit*, Hamburg
Sibylle Krause-Burger, *Stuttgarter Zeitung*
Annelie Stankau, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Alexander Hoffmann, *Frankfurter Rundschau*
Josef Dörr, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
Rolf Düdder, *Westfälische Rundschau*, Dortmund

1979

Claus Heinrich Meyer, *Süddeutsche Zeitung*, München
Josef-Otto Freudenreich, *Badische Neueste Nachrichten*, Karlsruhe
Dr. Herbert Kremp, *Die Welt*, Bonn
Erpo Frhr. Droste zu Vischering, *Reutlinger General-Anzeiger*
Herbert Kolbe, *Neue Ruhr Zeitung*, Duisburg

1980

Dr. Rainer Flöhl, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dietrich Möller, Korrespondent Osteuropa
Peter Sartorius, *Süddeutsche Zeitung*, München
Max Conradt, *Hamburger Abendblatt*
Klaus Hellweg, *Haller Tagblatt*, Schwäbisch Hall
Kersten Boeer, *Die Welt*, Bonn
Dagmar Siegmann, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1981

Norbert Lewandowski, *Rheinische Post*, Düsseldorf
Friedrich Meichsner, *Die Welt*, Bonn
Brigitte Scherer, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Hans-Joachim Noack, *Frankfurter Rundschau*
Karl Wagemann, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen
Gabriele Fischer, *Osterholzer Kreisblatt*
Evi Simeoni, *Stuttgarter Zeitung*
Christian Potyka, *Süddeutsche Zeitung*, München

1982

Dr. Helmut Herles, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Dr. Anton Sterzl, *Aachener Volkszeitung*
Robert Leicht, *Süddeutsche Zeitung*, München
Christine Jäckel, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Volker Stutzer, *Passauer Neue Presse*
Dr. Thomas Brey, Deutsche-Presse-Agentur, Essen
Peter-Matthias Gaede, *Frankfurter Rundschau*

1983

Dr. Josef Joffe, *Die Zeit*, Hamburg
 Heinz W. Koch, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Dr. Olaf Ihlau, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Martin Kolbus, *Idsteiner Zeitung*
 Heinz Welz, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Jürgen Wolff, *Rottenburger Post*

1984

Dr. Klaus-Ulrich Moeller, *Stuttgarter Nachrichten*
 Christian Schmidt-Häuer, *Die Zeit*, Hamburg
 Joachim Neander, *Die Welt*, Bonn
 Claus Peter Mühleck, *Tauber-Zeitung*, Bad Mergentheim
 Jutta Stössinger, *Frankfurter Rundschau*
 Kathrin Kramer, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Anke Breitlauch, *Nordsee-Zeitung*, Bremerhaven

1985

Dr. Rudolf Strauch, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
 Marianne Wichert-Quoirin, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Thomas Kielinger, *Die Welt*, Bonn
 Claudia Michels, *Frankfurter Rundschau*
 Dr. Daniel Salber, *Dürener Zeitung*
 Walter Schmühl, *Dürener Zeitung*
 Angela Steffan, *Fränkische Nachrichten*, Wertheim
 Dr. Susanne Mayer, *Stuttgarter Zeitung*

1986

Rudolph Chimelli, *Süddeutsche Zeitung*, München
Cordt Schnibben, *Die Zeit*, Hamburg
Franz Pfluger, *Reutlinger General-Anzeiger*
Bernd Behr, *Münstersche Zeitung*
Kurt Leidner, *Pirmasenser Zeitung*
Hans Frieder Baisch, *Pirmasenser Zeitung*
Bernhard Kolb, *Pirmasenser Zeitung*
Sylvia Schreiber, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch
Monika Egler, *Stuttgarter Zeitung*

1987

Carlos Widmann, *Süddeutsche Zeitung*, München
Reinhard Breidenbach, *Allgemeine Zeitung*, Mainz
Rolf Antrecht, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Rudolf Eickeler, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Waltraud Kirsch-Mayer, *Mannheimer Morgen*
Thomas Hauser, *Badische Zeitung*, Freiburg
Monika Schäfer-Feil, *Darmstädter Echo*
Gabriele Stief, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*

1988

Ulrich Wildermuth, *Südwest Presse*, Ulm
 Knut Teske, *Die Welt*, Bonn
 Werner Birkenmaier, *Stuttgarter Zeitung*
 Meinrad Heck, *Fränkische Nachrichten*, Bad Mergentheim
 Toni Keppeler, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Ulrike Pfeil, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Petra Pluwatsch, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Ulrich Hauser, *Neue Ruhr Zeitung*, Essen

1989

Hans Schiemann, *Rheinischer Merkur/ Christ und Welt*, Bonn
 Justin Westhoff, *Der Tagesspiegel*, Berlin
 Dr. Uwe Wittstock, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Hermann Meyer-Hartmann, *Hildesheimer Allgemeine Zeitung*
 Max Conradt, *Hamburger Abendblatt*
 Ferdos Forudastan, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Cordula von Wysocki, *Kölnische Rundschau*

1990

Dr. Joachim Sobotta, *Rheinische Post*, Düsseldorf
 Renate Marsch, Deutsche Presse-Agentur, Warschau
 Werner Meyer, *Abendzeitung*, München
 Ida Sandl, *Eblinger Zeitung*
 Franz Freisleder, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Thomas Becker, *Die Zeit*, Hamburg
 Ingo Lamberty, *Der Tagesspiegel*, Berlin

1991

Axel Hacke, *Süddeutsche Zeitung*, München
Ulrich Schacht, *Welt am Sonntag*, Hamburg
Dieter Strunz, *Berliner Morgenpost*
Alexander Richter, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
Cornelia Färber, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
Jörg Bartel, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
Heinrich Thies, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Johannes Leithäuser, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Michael Knopf, *Frankenpost*, Hof
Thomas Seehuber, *Windsheimer Zeitung*

1992

Jürgen Schreiber, *Frankfurter Rundschau*
Heimo Schwilk, *Rheinischer Merkur*, Bonn
Christian Wernicke, *Die Zeit*, Hamburg
Eva Schweitzer, *taz - die tageszeitung*, Berlin
Ulrich Neufert, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Martin E. Süskind, *Süddeutsche Zeitung*, München
Göran Schattauer, *Ostthüringer Zeitung*, Gera
Lorenz Maroldt, *Neue Zeit*, Berlin

1993

Michael Best, *Freies Wort*, Suhl
Christoph Dieckmann, *Die Zeit*, Hamburg
Dr. Anton Notz, *Stuttgarter Nachrichten*
Gabi Novak-Oster, *Rhein-Zeitung*, Koblenz
Sabine Schwieder, *Cellesche Zeitung*
Wolfgang Ehemann, *Fränkischer Tag*, Bamberg
Ralf Schuler, *Neue Zeit*, Berlin
Christoph Schwennicke, *Badische Zeitung*, Freiburg
Nico Fried, *Badische Zeitung*, Freiburg

1994

Giovanni di Lorenzo, *Süddeutsche Zeitung*, München
Dr. Wolfgang Mauersberg, *Hannoversche Allgemeine Zeitung*
Dr. Eckart Klaus Roloff, *Rheinischer Merkur*, Bonn
Frank Nipkau, *Westfalen-Blatt*, Bielefeld
Wolfgang Schreiber, *Solinger Tageblatt*
Klaus Broichhausen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Hilmar Höhn, *Badische Zeitung*, Freiburg
Wolf-Rüdiger Mühlmann, *Thüringenpost*, Schleiz

1995

Alexander Osang, *Berliner Zeitung*
 Dietrich Schröder, *Märkische Oderzeitung*, Frankfurt/Oder
 Wolfgang Wiedlich, *General-Anzeiger*, Bonn
 Petra Mies, *Frankfurter Rundschau*
 Michael Thumser, *Frankenpost*, Hof
 Ulrich Deupmann, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Gudrun Bayer, *Nürnberger Zeitung*
 Corinna Emundts, *taz - die tageszeitung*, Berlin

1996

Johannes Winter, *Frankfurter Rundschau*
 Ulrich Hammerschmidt, *Freie Presse*, Chemnitz
 Frank Jansen, *Der Tagesspiegel*, Berlin
 Philipp Maußhardt, *taz - die tageszeitung*, Berlin
 Sabine Rückert, *Die Zeit*, Hamburg
 Kuno Kruse, *Die Zeit*, Hamburg
 Hermann Beckfeld, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
 Jürgen Dahlkamp, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

1997

Guido Eckert, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Reiner Luyken, *Die Zeit*, Hamburg
 Ralf Hoppe, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Andreas Wenderoth, *Berliner Zeitung*
 Dr. Peter Intelmann, *Emder Zeitung*
 Hans-Uli Thierer, *Südwest Presse*, Ulm
 Dr. Friedrich Karl Fromme (Lebenswerk)

1998

Sabine Riedel, *Frankfurter Rundschau*
 Gerd Kröncke, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Ulrich Schmitt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Dr. Kurt Oesterle, *Schwäbisches Tagblatt*, Tübingen
 Wilfried Massmann, *Neue Westfälische*, Bielefeld
 Andreas König, *Havelberger Volksstimme*
 Dr. Thomas Löffelholz (Lebenswerk)

1999

Maxim Biller, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Karin Großmann, *Sächsische Zeitung*, Dresden
 Dr. Joachim Käppner, *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt*, Hamburg
 Annette Ramelsberger, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Brigitte Desalm, *Kölner Stadt-Anzeiger*
 Bernhard Stuhlfelner, *Straubinger Tagblatt*
 Hubert Wolf, *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, Essen
 Wolf J. Bell (Lebenswerk)

2000

Dr. Franziska Augstein, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
 Evelyn Roll, *Süddeutsche Zeitung*, München
 Ullrich Fichtner, *Frankfurter Rundschau*
 Jutta Voigt, *Die Woche*, Hamburg
 Hans Kratzer, *Erdinger Neueste Nachrichten*
 Andreas Dörr, *Reutlinger General-Anzeiger*
 Mario Vigl, *Badische Zeitung*, Freiburg
 Roderich Reifenrath (Lebenswerk)

2001

Dr. Heribert Prantl, *Süddeutsche Zeitung*, München
Jana Simon, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Joachim Rogosch, *Stuttgarter Zeitung*
Thilo Knott, *EBlinger Zeitung*
Michael Thiem, *EBlinger Zeitung*
Silke Lambeck, *Berliner Zeitung*
Frank Schauka, *Märkische Allgemeine*, Potsdam
Suska Döpp, *Kölnische Rundschau*
Jens Meifert, *Kölnische Rundschau*

2002

Regine Sylvester, *Berliner Zeitung*
Wolfgang Büscher, *Die Welt*, Berlin
Irena Brežná, *Freitag*, Berlin
Peter Schwarz, *Waiblinger Kreiszeitung*
Lothar Häring, *Schwäbische Zeitung*, Leutkirch

2003

Holger Kreitling, *Die Welt*, Berlin
Dr. Stefan Ulrich, *Süddeutsche Zeitung*, München
Birgit Walter, *Berliner Zeitung*
Michael Ohnewald, *Stuttgarter Zeitung*
Tobias Schuhwerk, *Allgäuer Zeitung*, Kempten
Dr. Herbert Kremp (Lebenswerk)

2004

Jochen-Martin Gutsch, *Berliner Zeitung*
Andrea Böhm, *Die Zeit*, Hamburg
Thomas Delekat, *Die Welt*, Berlin
Barbara Hardinghaus, *Hamburger Abendblatt*
Stefani Geilhausen, *Rheinische Post*, Düsseldorf

2005

Horst von Buttlar, *Financial Times Deutschland*, Hamburg
Nicol Ljubić, *Die Zeit*, Hamburg
Lara Fritzsche, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Waltraud Schwab, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Wolfgang Görl, *Süddeutsche Zeitung*, München

2006

Dr. Stefan Geiger, *Stuttgarter Zeitung*
Maxim Leo, *Berliner Zeitung*
Marc Brost, *Die Zeit*, Hamburg
Jens Voitel, *Emdener Zeitung*
Christine Kröger, *Weser-Kurier*
Karl Feldmeyer (Lebenswerk)

2007

Nikolaus Blome, *Die Welt*, Berlin
Astrid Geisler, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Sebastian Glubrecht, *Süddeutsche Zeitung*, München
Marlon Gego, *Aachener Zeitung*, *Aachener Nachrichten*
Christoph Wöhrle, *Berliner Morgenpost*
Sibylle Krause-Burger (Lebenswerk)

2008

Dr. Carolin Emcke, *Die Zeit*, Hamburg
Thomas Kistner, *Süddeutsche Zeitung*, München
Marc-Joachim Obert, *Frankfurter Rundschau*
Stephan Hermsen, *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen
Miriam Opresnik und Özlem Topçu, *Hamburger Abendblatt*

2009

Henning Sußebach, *Die Zeit*, Hamburg
Bastian Obermayer, *Süddeutsche Zeitung*, München
Thomas Scheen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Regina Köhler, *Berliner Morgenpost*
Nina Grunenberg (Lebenswerk)

2010

Jana Hensel, *Die Zeit*, Hamburg
Dr. Arne Perras, *Süddeutsche Zeitung*, München
Sabine Rennefanz, *Berliner Zeitung*
Detlef Schmalenberg, *Kölner Stadt-Anzeiger*
Frank Buchmeier, *Stuttgarter Zeitung*
Prof. Dr. Joachim Kaiser (Lebenswerk)

2011

Mely Kiyak, *Berliner Zeitung/Frankfurter Rundschau*
Rena Lehmann, *Rhein Zeitung*, Koblenz
Jan Rübel, *Berliner Morgenpost*
Dr. Uwe Ebbinghaus, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*
Kirsten Küppers, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Klaus Harpprecht (Lebenswerk)

2012

Harald Martenstein, *Die Zeit*, Hamburg
Lars Fischer, *Wümme-Zeitung*, Lilienthal
Dr. Philip Cassier, *Berliner Morgenpost*
Alexander Gorkow, *Süddeutsche Zeitung*, München
Volker Zastrow, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*

2013

Robin Alexander, *Welt am Sonntag*, Berlin
Jochen Arntz, *Süddeutsche Zeitung*, München
Jan Haarmeyer, *Hamburger Abendblatt*
Andrea Jeska, *Die Zeit*, Hamburg
Kai Müller, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Alfred Grosser (Lebenswerk)

2014

Johannes Ehrmann, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Benjamin Piel, *Elbe-Jeetzel-Zeitung*, Lüchow
Kai Strittmatter, *Süddeutsche Zeitung*, München
Kerstin Kohlenberg, *Die Zeit*, Hamburg
Peter Unfried, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Rudolph Chimelli (Lebenswerk)

2015

Tobias Großekemper, *Ruhr Nachrichten*, Dortmund
Rudi Kübler und Christine Liebhardt, *Südwest Presse Online*, Ulm
Roland Schulz, *SZ Magazin*, München
Konrad Schuller, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*
Bernd Ulrich, *Die Zeit*, Hamburg
Barbara Sichtermann (Lebenswerk)

2016

Nicole Bastian und Jens Münchrath, *Handelsblatt*, Düsseldorf
Tobias Haberl, *SZ Magazin*, München
Karsten Krogmann und Marco Seng, *Nordwest-Zeitung Online*,
Oldenburg
Heinrich Wefing, *Die Zeit*, Hamburg

2017

Anja Reich, *Berliner Zeitung*
Marc Neller, *Welt am Sonntag*, Berlin
Hans Monath, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Nicolas Richter, *Süddeutsche Zeitung*, München
Deniz Yücel (Sonderpreis)

2018

Anna Lena Mösken, *Berliner Zeitung*
Lorenz Wagner, *SZ Magazin*, München
Malte Henk, *Die Zeit*, Hamburg
Vanessa Vu, *Zeit Online*, Hamburg
Hannes Koch, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Günter Bannas (Lebenswerk)

2019

Daniel Schulz, *taz – die tageszeitung*, Berlin
Dr. Gregor Peter Schmitz, *Augsburger Allgemeine*
Marius Buhl, *SZ Magazin*, München
Maris Hubschmid, *Der Tagesspiegel*, Berlin
Andrian Kreye, *Süddeutsche Zeitung*, München
Michael Jürgs (Lebenswerk)

Das Kuratorium

Helmut Heinen,
Herausgeber *Kölnische Rundschau* (Vorsitzender)

Peter Stefan Herbst,
Chefredakteur *Saarbrücker Zeitung*

Prof. Bascha Mika,
Autorin, Berlin

Heinrich Meyer,
Herausgeber *Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung*, Essen

Prof. Dr. Beate Schneider,
Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung an der
Hochschule für Musik, Theater und Medien, Hannover

Prof. Dr. Bernd Söseemann,
Leiter der Forschungsstelle »AkiP« am Friedrich-Meinecke-Institut
für Geschichtswissenschaften an der Freien Universität Berlin

Jost Springensguth,
Publizist und Kommunikationsberater, Münster

Die Jury

Nikolaus Blome,
Autor und Publizist, Berlin

Wolfgang Büscher,
Ressortleiter Investigation/Reportagen, *Die Welt/Welt am Sonntag*, Berlin

Stefanie Gollasch,
Chefredakteurin, *Wolfsburger Allgemeine Zeitung*, *Aller-Zeitung*,
Peiner Allgemeine Zeitung

Christian Lindner,
Autor, Berlin

Lorenz Maroldt,
Chefredakteur, *Der Tagesspiegel*, Berlin

Benjamin Piel,
Chefredakteur, *Mindener Tageblatt*

Annette Ramelsberger,
Gerichtsreporterin, *Süddeutsche Zeitung*, München

Anja Reich,
Chef-Reporterin, *Berliner Zeitung*

Cordula von Wysocki,
Chefredakteurin, *Kölnische Rundschau*

Herausgeber:

Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V. (BDZV)

Haus der Presse, Markgrafenstraße 15, 10969 Berlin

Verantwortlich für den Inhalt: Anja Pasquay

Redaktion: Juliane Gringer, Berlin

Gestaltung und Satz: Eins 64 Grafik-Design, Bonn

Fotos: Mike Wolff (Seite 43), Peter Jülich (Seite 57),

Kathrin Spirk (Seite 89), Gisela Gürtler (Seite 111),

Kai-Uwe Heinrich/Tsp (Seite 157), Jana Burbach (Seite 165),

Gene Glover (Seite 213), Werner Pfeiffer (Seite 231)

Druck: DCM – Druck Center Meckenheim